



Andrea von Gersdorff
Astrid Lorenz



Neuanfang in Brandenburg



Andrea von Gersdorff
Astrid Lorenz

Neuanfang in Brandenburg

Copyright 2010

Herausgeber:
Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung

Eine Publikation der Brandenburgischen Landeszentrale
für politische Bildung.

Mit freundlicher Unterstützung von



ISBN 3-932502-57-4

Fotografien: Simone Diestel

Gestaltung und Realisierung:
Bauersfeld Werbeagentur

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Veröffentlichung stellt keine
Meinungsäußerung der Brandenburgischen
Landeszentrale für politische Bildung dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen
die Verantwortung.



Ungewöhnlicher Ort für eine Kabinettsitzung – unterwegs im Zug durch das Land Brandenburg.

Inhalt		Vom Parteineuling zum Landtagsvizepräsidenten <i>Martin Habermann</i>	93
An einem Wochenende im Sommer 1989...	6	Auf Distanz zur eigenen Fraktion <i>Herbert Knoblich</i>	99
<i>Andrea von Gersdorff und Astrid Lorenz</i>			
SUCHEN		REINGERATEN	
Werte leben und konsequent sein <i>Beate Blechinger</i>	11	Kinderärztin mit neuen Aufgaben <i>Hannelore Birkholz</i>	108
Ein Mann der offenen Worte <i>Günter Nooke</i>	17	Von New York nach Potsdam – Ein Diplomat wird Landespolitiker <i>Hans Otto Bräutigam</i>	115
Endlich Ideen verwirklichen <i>Matthias Platzeck</i>	24	Zum obersten Finanzexperten in neuem Umfeld <i>Klaus-Dieter Kühbacher</i>	123
Rücksichtsvoller Idealist <i>Alwin Ziel</i>	31	In die Pflicht genommen <i>Manfred Stolpe</i>	129
MACHEN		TREU BLEIBEN	
Ein Freigeist – kein Parteisoldat <i>Peter-Michael Diestel</i>	41	Ein Pragmatiker als Fraktionschef <i>Wolfgang BIRTHLER</i>	138
Fürsorge und Verantwortung als Leitmotiv <i>Jörg Hildebrandt über seine Frau Regine Hildebrandt</i>	47	Standpunkte bewahren <i>Stefan Körber</i>	145
Mit Entschlossenheit am Werk <i>Steffen Reiche</i>	54	Der Anfang vom Ende in der alten Partei <i>Karl-Heinz Kretschmer</i>	152
Beseelt von der Freiheit <i>Britta Stark (damals Schellin)</i>	62	Enttäuschungen mit der Partei <i>Alfred Pracht</i>	159
Flucht nach vorn <i>Heinz Vietze</i>	69	Konstruktiver Kritiker <i>Marco Schumann über seinen Vater Michael Schumann</i>	165
ZUGREIFEN		Aufstieg, Ausstieg, Umstieg. Elitenwechsel in Brandenburg	173
Politik als Intermezzo <i>Frank Dietrich</i>	79	<i>Astrid Lorenz</i>	
Als Westler gegen Westimporte <i>Hinrich Enderlein</i>	85	Literaturverzeichnis	196
		Über die Autorinnen	199

An einem Wochenende im Sommer 1989 ...

verlief das Leben der meisten DDR-Bürger noch in den gewohnten Bahnen. Viele Menschen fuhrten in ihren Garten außerhalb der Stadt, um sich zurückzuziehen und in der Natur zu erholen. Auch Herbert Knoblich: „Wir hatten uns 1980 außerhalb Potsdams einen recht großen Garten zugelegt, in dem wir vom Frühjahr bis zum Herbst die meisten Wochenenden zubrachten. So entzog man sich von Freitag bis Sonntag dem öffentlichen Blickfeld.“

Andere gingen wie Alwin Ziel regelmäßig sonntags in die Kirche, auch um im vertrauten Umfeld vielleicht offener reden zu können: „Wir wohnten in Berlin/Lichtenberg. Dort gingen wir sonntags in die evangelische Kirche Am Fennpfuhl. Nach dem Gottesdienst gab es eine Tasse Kaffee und man plauderte mit den anderen Kirchgängern.“

Für Frauen war das Leben in der DDR selbst an Wochenenden häufig mit besonders viel Arbeit verbunden: „Freizeit war für mich damals Samstagabend von 20 bis 22 Uhr.“ Arbeit, Kinderbetreuung und Einkauf verlangten Beate Blechinger viel Kraft und Energie ab.

Peter-Michael Diestel, auch er im Sommer 1989 immer unterwegs in der freien Natur, fasst für sich zusammen: „Alle meine Ziele, Hoffnungen und Wünsche haben sich ansonsten auf das Leben in der DDR konzentriert. Denn sie war mein Heimatland. Ich kannte nichts anderes als diese 108.000 Quadratkilometer.“ Er fand wie viele andere auch: „Das Leben in der DDR hatte für mich etwas Selbstverständliches.“

Manche erlebten Vorgänge, die sie nicht einordnen konnten. „Damals absolvierte ich meinen Grundwehrdienst bei der NVA in Cottbus. Wir Soldaten des dritten Diensthalbjahres hatten uns zum Grillen zusammengefunden. Auf einmal ratterte gegen 17 Uhr der Fernschreiber, was sehr ungewöhnlich war. Das Fernschreiben hatte unter dem Vermerk: „Geheime Verschlusssache!“ folgenden Inhalt: „Die Entlassung der Entlassungskandidaten 89 II fällt auf unbestimmte Zeit aus. Keßler, Armeegeneral.“ Frank Dietrich schenkte der Meldung wenig Beachtung, erst später wurde ihm klar, was es damit auf sich hatte.

Nur wenige verbrachten ihre Wochenenden anders als in den Jahren zuvor, doch die Stimmung änderte sich langsam. Britta Stark, die sonst gerne mit dem Fahrrad einen Ausflug unternahm: „Es gab aber auch Sonntage, an denen ich mit Freunden diskutiert habe, wie man die sich verändernde politische Situation selbst mitgestalten kann.“ Ähnlich erging es Alfred Pracht bei der Parteiarbeit für die LDPD: „Es fanden mehr Gespräche und Diskussionen an Sonntagen statt als bisher üblich, wir sprachen offener miteinander, auch über Parteigrenzen hinweg, und äußerten Ansichten, die wir uns Jahre vorher nicht getraut hätten zu sagen.“

Den zunehmenden Druck fühlten auch jene Funktionäre der SED, der „führenden Partei“ der DDR, die mit der Bevölkerung in Kontakt standen. „Im Sommer 1989 gab es für mich keinen normalen Sonntag mehr. Jede Woche war angespannt wegen der wirtschaftlichen Situation. Ich war am Wochenende ständig unterwegs, war bei vielen Diskussionen, wo es hauptsächlich um Versorgungsfragen ging.“ Heinz Vietze sah damals zwar noch keine Anzeichen für das, was kam, doch er war zunehmend ernüchtert.

Ob Herbert Knoblich, Beate Blechinger, Britta Stark oder Heinz Vietze – ihnen allen ist gemeinsam, dass sie im Sommer 1989 noch nicht ahnten, ahnen konnten, was in den nächsten Monaten sie, ihre Familie und Freunde, die Nachbarn und Kollegen, die gesamte Gesellschaft erwarten würde. Vieles kam zusammen, damit sich die Unzufriedenheit der einzelnen zu einer gemeinsamen Protestwelle formte. Sie brachte die Freiheit, Politiker, Funktionäre und Direktoren zu entmachten und das politische System umzukrempeln. Allen Genannten ist auch gemeinsam, dass sie später zu denen gehörten und gehören, die in der erlangten Demokratie das neu gegründete Land Brandenburg gestalten und prägen würden.

Dieses Buch lässt sie und andere Personen zu Wort kommen, die in der Zeit des Neuanfangs ab 1990 politisch aktiv waren und die Geschicke des Landes beeinflussten. Es ist kein Heldenroman. Es zeigt Menschen, die das gleiche Problem hatten wie wir heute. Es gibt eine große Freiheit, alles Mögliche zu tun, aber wie entscheide ich mich, was ich mit dieser Freiheit anfangen, was gut ist für mich und für andere? Wie weit kann ich gehen, darf ich Fehler machen? Weiß ich überhaupt genug? Wie setze ich mich durch, wenn ich unzufrieden mit etwas bin?

Die wenigsten Personen in diesem Buch verfolgten einen Plan. Sie kamen auf ganz unterschiedliche Weise dazu, Politik zu gestalten. Sie suchten und schauten sich um, sie wurden unerwartet in etwas hineingezogen, sie griffen zu, als sich eine Gelegenheit ergab oder sie blieben einfach ihren Grundsätzen treu. Und dann gab es noch die „Macher“ – Personen, die sich immer gern engagierten und sich nun entschieden, dies in der Politik zu tun. Nach diesen Unterschieden sind die verschiedenen Buchabschnitte betitelt.

Bei allen Eigenheiten der Charaktere und Sichtweisen einte die Menschen in diesem Buch, dass sie bereit waren, auch nach der Zeit des großen Umbruchs Politik zu gestalten, sich den Mühen und auch Verwundungen des politischen Streits auszusetzen, gemeinsam etwas Neues zu schaffen, obwohl sie keinen Masterplan dafür hatten. Sie übernahmen Verantwortung und prägen mit ihren Entscheidungen Brandenburg bis heute.

Lebenslinien sind nicht vorgezeichnet, sie waren es nie und sind es heute nicht. Einige der Befragten stehen nach wie vor auf der Bühne von Parlament und Regierung, andere sind nicht mehr politisch aktiv, wofür es jeweils ganz unterschiedliche Gründe gab. Zwei Agierende der damaligen

Zeit sind bereits verstorben. Für sie haben wir im einen Fall den Ehemann, im anderen den Sohn sprechen lassen.

Wir stellten allen Personen dieselben Fragen, darunter: Welchen beruflichen Hintergrund hatten Sie und wie war Ihre Haltung zur DDR? Welche Erinnerungen haben Sie an 1989/90 und die Phase danach? Was motivierte Sie dazu, aktiv Politik zu betreiben? Welchen Umgang mit der Vergangenheit bevorzugten Sie? Wie bewerten Sie heute die damaligen Ereignisse und Entscheidungen? Und: Würden Sie das alles noch einmal machen?

Die Antworten sind in Erzählform wiedergegeben. Wir wünschen uns, dass die Geschichten in diesem Buch die Leser so in Atem halten wie uns, weil sie zeigen, wie viel Entwicklung in einem Leben möglich ist, wenn man will. Wir wünschen uns auch, dass nebenbei erkennbar wird, wie Politik in einem Bundesland abläuft, dass sie sinnvoll ist, dass die Menschen in Brandenburg einen Schatz gemeinsamer Erfahrungen haben, der sie eint und unterscheidet von anderen. Wer weiß, woher er kommt, kann selbstbewusster entscheiden, wohin er will.

Die Rückblicke im Buch, so individuell sie auch sind, ergeben zusammen ein recht genaues Abbild des personellen Neuanfangs in Brandenburg. Der Schlusssatz verdeutlicht, warum das so ist. Er stellt das Erzählte in den größeren Zusammenhang des politischen Aufbruchs und Elitenwechsels in Ostdeutschland und vergleicht Brandenburg mit den anderen Ländern. Der Aufsatz ist so angelegt, dass auch nur einzelne Abschnitte gelesen werden können, deren Themen interessieren.

Dieses Buch wäre nicht zustande gekommen ohne die großzügige Bereitschaft der Befragten, uns Einblicke in ihr Leben, das ihrer Frau (Regine Hildebrandt) oder ihres Vaters (Michael Schumann) zu geben. Simone Diestel, die als Pressefotografin in Potsdam die Protagonisten des Buches bei ihrer Arbeit begleitete, war so freundlich, uns ihr Archiv zu öffnen. Dadurch konnten wir die Erinnerungen um Porträtaufnahmen aus der Zeit des Neuanfangs ergänzen. Wir danken allen sehr für die Unterstützung.

Viel Spannung und Erkenntnisgewinn beim Lesen wünschen
Andrea von Gersdorff und Astrid Lorenz

Mai 2010

SUCHEN

Beate Blechinger

Werte leben und konsequent sein



Das Leben in der DDR bedeutete für mich in erster Linie viel Arbeit. Nach dem Feierabend begann für mich die „zweite Schicht“, in der ich einkaufen ging, was immer Schlange stehen hieß, den Haushalt besorgte und mich um unsere drei Kinder kümmerte. Freizeit war für mich damals Samstagabend von 20 bis 22 Uhr. Allein deshalb weine ich der DDR nicht eine Träne nach.

Im Sommer verbrachten wir die Sonntage im Garten. Die Kinder brachten Freunde mit, spielten Tischtennis oder badeten. So war es auch 1989. Mein Jüngster war damals 14 Jahre alt. Ich hatte drei Jahre zuvor schweren Herzens meinen Beruf als Lehrerin aufgegeben, weil man mir gesagt hatte, wenn meine Tochter nicht zur Jugendweihe ginge, wäre ich als sozialistische Lehrerin nicht mehr tragbar. Seit der Zeit war ich in einem Rechenzentrum in Neuenhagen, Kreis Strausberg, als Ingenieurin für Betriebsorganisation und Datenverarbeitung tätig.

In der DDR war ich schon immer oppositionell. Zwar nicht aktiv, aber im Geiste. Das hatte mit meiner Erziehung zu tun. Politisch hat mein Vater zu Hause kein Blatt vor den Mund genommen. Jedes Gespräch endete mit dem Satz: „Wir leben nicht in einem Rechtsstaat. Dass ihr das ja nicht in der Schule erzählt! Dann bringt ihr euren Vater ins Gefängnis.“ So war das Klima zu Hause, und deshalb habe ich nie eine Affinität zu diesem Staat gehabt. In der Schule war ich sowieso Außenseiterin, da ich nicht bei den Pionieren war, sondern jeden Sonntag in die Kirche ging. Ich habe die Jugendweihe nicht mitgemacht und war niemals Mitglied einer Partei.

Erst im Studium habe ich bei Diskussionen mit Freunden begriffen, dass andere die DDR völlig anders wahrnahmen. Die haben es als gerechtfertigt angesehen, dass man Menschen quasi einsperrt und sagt, sie dürften nicht ausreisen, weil es für sie nicht gut sei. Ich war zwar immer ein politischer Mensch, aber mir war bewusst, dass es in der DDR keine Partei gab, in der ich mich engagieren konnte, denn alle Parteien hatten den Aufbau des Sozialismus in ihrem Programm, und ich habe nie an den Sozialismus geglaubt.

Meine kirchliche Haltung hat mich in meiner Laufbahn als Lehrerin sehr behindert. Ich habe mich zeitweise gewundert, warum ich schon an meiner ersten Schule nicht am Nachmittag zum Ernteeinsatz eingeteilt wurde, sondern am Sonntagvormittag, wenn Gottesdienst war. Als ich dann nach der Wende meine Kaderakte einsehen konnte, wusste ich warum. Weil mir na-

türlich die Beurteilung vorseilte, dass ich jemand war, der christlich gebunden ist, und daher politisch nicht zuverlässig. Mit der Einteilung am Sonntag wollten sie mich testen.

Als ich 1986 im Rechenzentrum zu arbeiten anfang, bin ich das erste Mal mit sozialistischer Produktion konfrontiert worden. Da habe ich mitgekriegt, dass praktisch unsere ganzen IT-Programme geklaut waren. Es stand „Robotron“ drauf, aber bis auf die erste Seite war alles auf Englisch. Ich habe erstmals gemerkt, dass es so nicht auf Dauer funktionieren kann.

Die Versorgungslage wurde Mitte der 80er Jahre außerdem immer schlechter, und manche Dinge des täglichen Bedarfs waren kaum noch zu bekommen. Uns sind auch die Veränderungen unter Gorbatschow nicht entgangen, der für viele DDR-Bürger der Hoffnungsträger war. Alle haben gehofft, dass auch bei uns „Perestroika“ und „Glasnost“ einziehen.* Ich ahnte, dass es so nicht weiter gehen kann. Aber dass es so schnell zu Ende geht, diese Erwartung hatte ich nicht.

Den Fall der Mauer fand ich toll. Zu der Zeit war ich vier Wochen in Leipzig zu einem Computerlehrgang. Deshalb habe ich dort auch an den Montagsdemonstrationen teilgenommen. Es war ein irres Gefühl, was man vielleicht nicht nachempfinden kann, wenn man nicht aufgewachsen ist wie ich. Immer mit dem Wissen, dieser Staat ist ein reiner Willkürstaat. Und dann steht man dort, mit Tausenden auf der Straße und ruft, „Wir sind das Volk!“

Wir hatten schon im September 1989 Familienrat gehalten und überlegt, ob wir gehen oder bleiben sollen. Denn immer mehr DDR-Bürger verließen das Land. Wegen der Kinder sind wir geblieben. Als sich dann später Neues Forum, Demokratischer Aufbruch und andere Vereinigungen gründeten, haben mein Mann und ich uns noch mal zusammengesetzt und beschlossen, dass sich einer von uns politisch engagieren und der andere fürs Geld verdienen zuständig sein sollte. Wir wollten uns auf jeden Fall für etwas einsetzen, damit es nicht in die falsche Richtung geht. Also bin ich am Wochenende oder abends zu allen möglichen Gründungsveranstaltungen oder Versammlungen gegangen. Ich habe mir alle Programme durchgelesen, sei es das der SDP oder auch vom Neuen Forum, die ja den Fortbestand zweier deutscher Staaten wollten. Im Dezember, glaube ich, ging ich zu einer Veranstaltung der Deutschen Sozialen Union. In der Zeitung hatte nur ganz kurz gestanden, dass sich die DSU gründet. Ihre Ziele lauteten: Soziale Marktwirtschaft und deutsche Einheit. Da dachte ich, das ist das, was ich will. Da bin ich hin und als Frau gleich zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt worden. So bin ich in die Politik gekommen.

* Perestroika bedeutet auf russisch Umbau, Glasnost Offenheit oder Transparenz. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, benutzte diese Schlagworte, als er forderte, Politik und Wirtschaft in der Sowjetunion zu reformieren, um den Sozialismus zu verbessern.

Meine politischen Vorstellungen betrafen vor allem die Familien- und Bildungspolitik. Denn in der DDR gab es keine Frauenhäuser, obwohl es Gewalt in der Familie gab. Es gab keine Drogen- und Suchtberatungsstellen, obwohl der Alkoholmissbrauch hoch war. Wir hatten gleich nach den USA die zweithöchste Scheidungsrate der Welt. Ich habe mir gesagt, wenn wir das ändern wollen, dann müssen wir in der Familie ansetzen. Wir müssen die Eltern stärken, sodass sie mehr für ihre Kinder da sein können und nicht alles dem Staat überlassen. Ich war gegen diese Verstaatlichung der Erziehung, aber nicht etwa für „Frauen zurück an den Herd“. Es ging mir darum, dass Kinder die Zuwendung und Zeit bekommen, die sie für eine gesunde Entwicklung brauchen. Außerdem dachte ich, dass es uns mit der Unterstützung aus den alten Bundesländern gelänge, unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten schnell zu überwinden. Das war natürlich total naiv. Mit der Zeit habe ich aber gemerkt, dass manche DSU-Mitglieder Positionen vertraten, die eher zu den Republikanern gepasst hätten. Daher bin ich zusammen mit einigen anderen ausgetreten. Und es stand die Frage an, sich jetzt nicht mehr zu engagieren oder Mitglied der CDU zu werden. Also bin ich in die CDU eingetreten, habe für den Landtag kandidiert und bin auch gewählt worden. Danach war ich Parlamentarische Geschäftsführerin im Landtag.

Meine Familie hat mich von Anfang an unterstützt. Mein Mann hatte während des Wahlkampfes immer einen Leimeimer und Plakate im Auto und hat die angeklebt oder in Kaufhallen verteilt. Auch meine Kinder haben Plakate geklebt und mit dem Fahrrad Werbezettel verteilt. Es gab Anfeindungen im Dorf, aber das war mir egal. Ich hatte das in der DDR mein ganzes Leben lang erlebt.

Ich hatte nie das Gefühl, ich hätte in die Bundespolitik gehen sollen. Ich fand es unheimlich bewegend, dass ich jeden Tag die Landesregierung kritisieren konnte, ohne Nachteile zu befürchten. Die Freiheit, zu sagen, was ich für richtig empfinde, hat mich damals bei allem begleitet. Das war eine tolle Erfahrung. Außerdem kannten sich die 88 Abgeordneten im Landtag und schätzten sich meist gegenseitig. Ich wollte nicht eine Abgeordnete von über 600 Parlamentariern im Bundestag sein.

Im Jahr 1990 hatte ich aufgrund meiner Haltung zur DDR eine ziemlich rigorose Einstellung nach dem Motto: Alle Stasileute raus. Und möglichst alle Sekretäre der Partei raus. Aber ich habe in der Wendezeit in meiner politischen Arbeit viele Gespräche geführt und auch mit Leuten gesprochen, die mich für meine Haltung beschimpft haben. Da wurde mir klar, ich kann meine Biografie nicht verallgemeinern. Es haben nicht alle gelitten in der DDR. Wer eben nicht christlich war, wer keine West-Verwandtschaft hatte und auch nicht in den Westen wollte, wer in einem volkseigenen Be-

trieb gearbeitet hat, jedes Jahr seinen FDGB-Urlaub hatte, seine Datsche, seinen Trabi und der nicht, sag ich mal, jeden Tag das *Neue Deutschland* lesen musste*, der fand das gar nicht so schlimm. Da habe ich dann halt wirklich gedacht: Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein.

Trotzdem fühlte ich mich als Vertreterin des Volkes, denn ich war bei der friedlichen Revolution dabei gewesen. Das Volk war ja später auch an den wichtigsten Entscheidungen angemessen beteiligt. Durch die freien Wahlen hat sich außerdem gezeigt, dass die, die meinten, für das Volk zu sprechen, wie der Runde Tisch**, an dem auch Genossen gesessen haben, eben nicht nur repräsentative Vertreter des Volkes waren. Von denen waren sehr viele noch der Meinung, die DDR müsse erhalten bleiben. Aber das war nicht nur die Volksmeinung. Insofern bin ich ein leidenschaftlicher Verfechter der repräsentativen Demokratie, weil ich denke, auf diese Art und Weise haben natürlich Bürger die Möglichkeit, ihre Ideen auch in politisches Handeln umzusetzen.

Mir persönlich waren in der Anfangszeit die Entscheidungen in der Bildungspolitik am wichtigsten. Ich war enttäuscht, dass wir nichts Positives aus der DDR übernommen haben und die stärkere Leistungsförderung wie in Sachsen nicht von Anfang an betrieben haben. Wir haben Dinge wie die zentrale Abschlussprüfung abgeschafft und Gesamtschulen flächendeckend eingeführt, die sich damals schon in den alten Bundesländern überlebt hatten.

Als Abgeordnete gab es allerdings in den ersten Jahren keine Entscheidung, bei der ich für etwas hätte stimmen müssen, wenn ich nicht davon überzeugt war, denn nur in der Opposition kann man stimmen, wie man will. Manchmal kam auch ein Oppositionsantrag durch. Ich hatte schon das Gefühl, dass ich mit meinen Vorschlägen gehört wurde. Die heutige Haltung: Regierung hat immer Recht, Opposition immer Unrecht, war anfänglich nicht so ausgeprägt. Das Verhältnis der Abgeordneten zueinander war sehr menschlich und freundschaftlich. Andererseits wurden die Fronten Regierung und Opposition zunehmend klarer. So soll der damalige SPD-Finanzminister Klaus-Dieter Kühbacher, der ja aus dem Westen war, den Leuten gesagt haben, das ist Opposition, dem dürft ihr nicht zustimmen.

Im Vergleich zu heute war die Zeit dennoch unheimlich spannend. Wir hatten natürlich viel mehr Entscheidungen zu fällen, weil ja im Prinzip die Grundlagen für das Funktionieren des Landes Brandenburg gelegt werden mussten. Dann war die Stasiaufarbeitung ein leidenschaftliches Thema mit sehr emotionalen Diskussionen. Und bei der Ausarbeitung der Verfassung prallten plötzlich Welten aufeinander.

* Das *Neue Deutschland* war Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

** Die DDR-Oppositionsgruppen setzten im Herbst 1989 vielerorts durch, dass sich die Regierungsparteien nach dem Beispiel Polens zu einem geregelten Dialog mit ihnen bereit erklärten. Um die Gleichberechtigung und das Miteinander der Verhandlungspartner zu unterstreichen, wurde er „Runder Tisch“ genannt. Ende November stimmte die SED auch der Einrichtung eines Zentralen Runden Tisches der DDR zu.

Aber die Regierungsfractionen hatten ein großes Interesse an einem parteiübergreifenden Entwurf. So haben sie also auch erhebliche Zugeständnisse gegenüber der CDU-Fraktion gemacht. Sicherlich sind viele Staatsziele wie das Recht auf Arbeit oder das Recht auf Wohnung Illusionen, die man dem Bürger macht. Aber ich habe der Verfassung mit zehn anderen CDU-Abgeordneten zugestimmt, weil ich mir gesagt habe: Das ist ein Wert an sich, dass so ein grundlegendes Dokument auch von der gesamten Brandenburger Bevölkerung getragen wird und nicht nur von zwei, drei Parteien.

Die Mitarbeit von Westdeutschen beim Aufbau der Brandenburger Verwaltung und bei der Erarbeitung von Gesetzen habe ich grundsätzlich positiv erlebt. Anders war es mit Ulf Fink, der 1991 Landesvorsitzender der CDU wurde. Für seinen Vorgänger Lothar de Maizière hatte ich eine große Bewunderung, weil er unter so schwierigen Bedingungen 1990 einen friedlichen Übergang geschaffen hat. Es war schade, dass er wegen ständiger Fragen nach seiner DDR-Vergangenheit aufgehört hat. Danach habe ich an meiner Partei sehr gelitten.

An Ulf Fink hat mich gestört, dass er auch stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) war. Ich finde, man kann nicht einem eher konservativen Sozialdemokraten, wie Manfred Stolpe das war, einen linken CDU-Politiker entgegensetzen. Ich habe zwar ein halbes Jahr lang versucht, einigermaßen gut mit Ulf Fink zusammenzuarbeiten. Doch dann habe ich gemerkt, er ist gekommen, um zu zeigen, wo es lang geht und nicht, um sich auf uns Brandenburger einzulassen.

Er hat sich zu sehr auf die Stasi-Debatte konzentriert. Als Westdeutscher durfte er den Ministerpräsidenten Stolpe einfach nicht zum Rücktritt auffordern. Mit jeder Rücktrittsforderung von ihm ging Herr Stolpe in der Beliebtheitskala nach oben, so dass ich dachte, das darf nicht wahr sein. Ich war der Meinung, er schadete der Partei. Die Brandenburger CDU hat damals den Fehler gemacht, Angela Merkel nicht zu wählen, die bei uns als Parteivorsitzende kandidierte. Dass ich den Vorsitzenden angegriffen habe, hat meiner politischen Karriere damals geschadet. Das wurde in meiner Partei nicht so positiv aufgenommen. Weil ich mich dann mit Ulf Fink völlig überworfen habe, bekam ich 1994 keinen Listenplatz mehr und gab meine politische Arbeit auf. Erst 1999 kehrte ich in die Politik zurück, nachdem mich der damalige CDU-Landesvorsitzende Jörg Schönbohm darum gebeten hatte.

Für Brandenburg ist nach 1990 nicht alles gut gelaufen. Manfred Stolpe war derjenige, der den Brandenburgern die Identität gegeben hat, aber er hatte nicht unbedingt großen wirtschaftlichen oder bildungspolitischen Sachverstand. In der Bildung wurden die Weichen falsch gestellt, wirtschaftlich wurde zu viel auf das Prinzip Gießkanne gesetzt. Man hat gedacht, man könnte in jeden Landstrich Investoren holen, wenn man nur

genügend Fördermittel ausschüttet. Also wurden Gewerbegebiete im Oderbruch oder sonst wo gefördert, die heute eine beleuchtete Wiese sind. Da ist schon viel schief gelaufen, aber auf der anderen Seite muss ich natürlich sagen, wir alle haben Politik nicht „gelernt“. Auch ich hatte viele Illusionen. Ich kannte nicht das Ausmaß der Umweltschäden. Ich wusste nicht, dass wir bei der Arbeitsproduktivität bei 40 Prozent waren. Mir war nicht klar, dass die DDR eigentlich schon vor der Wende pleite war. Ich darf da also auch nicht über andere richten.

Letztendlich bin ich mit meiner Entscheidung, in die Politik zu gehen, zufrieden. Wenn ich vielleicht auch nur an zwei, drei Stellen etwas bewirkt habe, war es das wert. Ich bin stolz darauf, so wie auch meine Kinder stolz auf mich sind. Ich habe auch persönlich davon profitiert und viele Leute kennengelernt, denen ich sonst nie begegnet wäre. Leute, die ich als außerordentliche Bereicherung meines Lebens empfinde. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass man die Biografien der anderen nicht am eigenen Lebensweg messen kann. Das hat mich etwas großzügiger im Urteil werden lassen. In diesem Zusammenhang hat mich die mangelnde Sensibilität von Westdeutschen enttäuscht, die immer noch mit einer ziemlichen Arroganz über ostdeutsche Biographien urteilen, was ich für den Nährboden für die Erfolge der Linkspartei halte. Auch enttäuscht es mich bis heute, dass so wenig Interesse von Bürgern aus den alten Bundesländern an der DDR und an den neuen Ländern besteht.

Gleichzeitig habe ich bis heute das Gefühl, ich habe in einer anderen DDR gelebt als die, die von der DDR sagen, es sei alles nicht so schlimm gewesen. Das Erlebnis, dass man Freitagnachmittag beim Fleischer anstehen musste, dürften eigentlich 90 Prozent der DDR-Bürger mit mir geteilt haben. Oder dass man wochenlang vorher alles bestellen musste, wenn man etwas Besonderes haben wollte. Nach der Zeit des Neuanfangs werde ich häufig gefragt, aber ich wünschte mir, dass ich noch mehr in Schulen eingeladen würde, weil ich glaube, dass auch Schüler von heute, die die DDR nicht mehr erlebt haben, wissen wollen, wie man in der DDR gelebt hat und wie die Zeit des politischen Umbruchs war.

Beate Blechinger, geboren am 22. Mai 1947 in Dresden, war ab 1990 Abgeordnete der CDU im Landtag Brandenburg. Nach Auseinandersetzungen in der Partei zog sie 1994 nicht wieder in das Parlament ein und arbeitete in ihrem Beruf. 1999 kehrte sie in den Landtag zurück und wurde Fraktionsvorsitzende. 2004 bis 2009 war sie Ministerin der Justiz und Abgeordnete, seit 2009 ist sie Abgeordnete.

Günter Nooke

Ein Mann der offenen Worte

In der DDR war ich frühzeitig oppositionell eingestellt, weil schon meine Eltern dem System kritisch gegenüber standen. Ich war weder Pionier, noch bin ich zur Jugendweihe gegangen. Stattdessen wurde ich konfirmiert und ging regelmäßig in die Kirche. Das führte dazu, dass ich nicht auf die Erweiterte Oberschule gehen durfte. Ich habe dann in Cottbus Baufacharbeiter mit Abitur gelernt, so dass ich anschließend doch studieren konnte.

Gelegentlich musste ich auch Kompromisse machen. So habe ich eineinhalb Jahre Wehrdienst bei der NVA geleistet, um Chancen zu haben, für ein Physikstudium zugelassen zu werden. Die Universität Leipzig nahm mich dann wegen meiner guten Noten an. Meine Vorgeschichte war denen natürlich bekannt, aber die Leipziger Universität im Allgemeinen und die damalige Sektion Physik im Besonderen waren politisch unabhängiger als andere. Beruflich behindert haben mich meine Weigerung, Reserveoffizier zu werden sowie die Tatsache, dass ich immer auch während des Studiums politisch aktiv war. Ansonsten war ich wie fast alle DDR-Bürger Mitglied im FDGB und in der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Da bin ich allerdings 1988 anlässlich des Verbots der deutschsprachigen Ausgabe der Zeitschrift *Sputnik** durch die DDR-Regierung ausgetreten. Selbst dieser simple Austritt war natürlich eine politische Aussage. Das war auch so von mir beabsichtigt.

Wir hatten einige entfernte Verwandte und Freunde im Westen, zu denen meine Großeltern reisen durften. Da ich keinen eigenen Fernseher besaß, habe ich das Westfernsehen bei meinen Eltern oder Schwiegereltern verfolgt. Ansonsten habe ich West-Berliner Radio gehört und Fachzeitschriften aus dem Westen gelesen. Ich wusste ganz gut, wie die Bundesrepublik Deutschland funktioniert. Aber ich habe auch das *Neue Deutschland* gelesen, um zu wissen, wie die SED-Führung tickt.

Im Jahr 1989 arbeitete ich als Fachgebietsleiter Schwingungsmessung in der Arbeitshygieneinspektion des Rates des Bezirkes Cottbus. Diese Hygieneinspektion war im Grunde eine Arbeitsumweltbehörde. Wir haben Expositionen an Arbeitsplätzen nach wissenschaftlich-technischen Kriterien gemessen und begutachtet und Verwaltungsaufgaben erledigt. Ich war schon einige Jahre verheiratet, und die jüngste meiner drei Töchter war gerade ein Jahr alt. Wir wohnten in Forst in der Lausitz. Ein Rückzugsgebiet bot uns das Haus mit Grundstück meiner Eltern am Stadtrand von Forst ebenso wie die Tischlerei dort, die mir gehörte. Im Sommer haben wir uns

* Der *Sputnik* wurde von der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti herausgegeben. Aufgrund zunehmender kritischer Beiträge zur sowjetischen Geschichte und zu nötigen Reformen strich die DDR-Regierung im November 1988 den *Sputnik* von der Vertriebsliste des staatlichen Pressehandels.



oft aufs Rad gesetzt und sind durch die Brandenburger Lande gefahren. So war es auch noch vor der friedlichen Revolution.

Als Christen verschiedener Kirchengemeinden hatten wir 1988 bereits den Ökumenischen Friedenskreis der Region Forst gegründet. Unser Ziel war die Öffnung der Gesellschaft. Wir lehnten gemeinsam die SED-Diktatur ab, hatten aber zu inhaltlichen Fragen, wie beispielsweise Kinderbetreuung oder Nutzung der Kernenergie, durchaus unterschiedliche Meinungen. Außerdem haben wir ein eigenes Informationsblatt *Aufbruch* herausgegeben und uns politisch eingemischt. Wir bekamen natürlich Druck vom Staat und leider auch von Kirchenoberen. Lagebesprechungen in der Gruppe und mit den uns unterstützenden Gemeindekirchenräten waren an der Tagesordnung. Im Prinzip war das unser Kampf für freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit. Politische Vorbilder hatte ich nicht, aber mich als Physiker und politisch-philosophisch interessierter Mensch hat Carl-Friedrich von Weizsäcker beeinflusst. Mein Chef bei der Arbeitshygieneinspektion, die ja auch zum Staatsapparat gehörte, hat mich in dieser Zeit gegenüber anderen staatlichen Stellen immer gedeckt. Es gab also nicht nur Nischen außerhalb von Staat und Partei, sondern auch manchmal innerhalb.

Von August 1989 an, als bereits Tausende von DDR-Bürgern über Ungarn und die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik ausgereist waren, habe ich mich außerhalb meiner Arbeit und Familie fast ausschließlich mit Politik befasst. Dafür und für die Herausgabe des *Aufbruch* ging fast meine ganze Freizeit drauf. Spätestens Ende September wurde mir klar, dass sich die Frage der Reisefreiheit zuspitzen und am Ende nichts mehr so aussehen würde wie vorher. Das heißt nicht, dass mir da schon bewusst war, wie schnell die Wiedervereinigung kommen könnte. In Forst haben wir dann bereits am 16. September den Aufruf von Demokratie Jetzt! verteilt. Am 1. Oktober gründete ich in der Wohnung von Ehrhart Neubert in Berlin zusammen mit 17 anderen Mitstreitern den Demokratischen Aufbruch (DA), seit dem 28. Oktober 1989 war ich Mitglied im Vorstand. Der DA besaß im Gegensatz zu anderen neuen Organisationen von Beginn an eine ordentliche Satzung und führte demokratische Wahlen durch. Die erste Demonstration in Forst war gleich eine Woche nach der großen Demonstration am 9. Oktober in Leipzig. Zur angemeldeten, großen Demonstration am 4. November in Berlin sind einige aus Forst extra hingefahren.*

Über den Fall der Mauer am 9. November habe ich mich gefreut, aber er war für mich nicht so überraschend wie vielleicht für andere. Da wir vom Demokratischen Aufbruch für den 10. November in Berlin eine Pressekonferenz angesetzt hatten, bin ich an diesem Tag erneut nach Berlin gefahren.

* Gut einen Monat nach der ersten, kleinen spontanen Montagsdemonstration in Leipzig kamen am 9. Oktober 1989 etwa 70.000 Teilnehmer zusammen. Am 4. November, einem Samstag, versammelten sich auf dem Berliner Alexanderplatz mehrere Hunderttausend Menschen zu einer von Künstlern und Oppositionsgruppen organisierten Kundgebung, der größten in der Geschichte der DDR. Das Fernsehen übertrug sie live. Vertreter der DDR-Staatsmacht meldeten sich zu Wort, wurden aber ausgebuht.

Aber natürlich interessierte sich keiner mehr für Parteiprogramme, nachdem die Mauer gefallen war. Nach West-Berlin bin ich allerdings nicht gegangen.

Für meine politische Arbeit änderte sich durch den Mauerfall nichts. Neu hinzu kam nur die Diskussion um die deutsche Einheit im Vorstand des Demokratischen Aufbruchs. Wir waren auch die Ersten, die zur Bildung einer nationalen Versammlung aufgerufen haben.

Im Januar 1990 habe ich den DA verlassen, weil ich nicht gemeinsam mit der Ost-CDU als Allianz für Deutschland Wahlkampf bei den ersten freien Volkskammerwahlen machen wollte. Denn auch die Block-CDU war zu DDR-Zeiten an Unterdrückung und Bespitzelung beteiligt gewesen, und auch uns haben ihre Mitglieder zum Teil ausgehört. Da blieben nur noch das Neue Forum, Demokratie Jetzt! und Initiative Frieden und Menschenrechte als harter Kern der DDR-Opposition, die sich für die Wahl zur Listenverbindung Bündnis 90 zusammenschlossen. Ich wurde für den Bezirk Cottbus gewählt und so Mitglied der Fraktion von Bündnis 90 und Grünen in der Volkskammer.

In der Volkskammer wurde ich Mitglied im Wirtschaftsausschuss, wo ich mich vor allem den Themen Eigentum, DDR-Altschulden, der Treuhand sowie Energie widmete. Ich habe mich immer sehr dezidiert geäußert, weil es oft um sehr viel Geld ging. Als kleine Fraktion konnten wir bei 400 Abgeordneten natürlich nichts durchsetzen, aber wir haben auf Themen aufmerksam gemacht, von denen erst viel später erkannt wurde, wie wichtig sie waren. Der Umgang miteinander war in der Volkskammer sehr offen, Feindschaft gab es nicht. Ich habe sogar einmal eine Abstimmung in der PDS-Fraktion gegen Gregor Gysi gewonnen. Das wäre heute unvorstellbar.

Die Einheit war für mich das Ergebnis aus den vorangegangenen Ereignissen. Wir von der Fraktion Bündnis 90/Grüne empfanden sie allerdings weniger als Geschenk, wurden doch aus der DDR-Binnenverschuldung mit der Währungsunion über Nacht reale Kapitalmarktschulden, die es vorher nicht gegeben hatte. Wir standen aufgrund verschiedener inhaltlicher Regelungen dem Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sehr kritisch gegenüber, aber angesichts des Drängens der DDR-Bürger war die Währungsunion unvermeidbar. Auch den Umgang mit den Enteignungen von Grund und Boden durch das SED-Regime fand ich falsch. Diese beispielsweise wegen der Braunkohlentagebaue enteigneten Bürger bekamen ihre Grundstücke nicht zurück oder wurden nicht nachträglich entschädigt. Andere, die in den 50er Jahren das Land verlassen hatten und im Westen zu Wohlstand gekommen waren, dagegen schon. Der Einigungsvertrag hat – böse formuliert – im Grunde nur geklärt, worauf die DDR-Bürger durch den Beschluss der Volkskammer freiwillig zu verzichten bereit waren. Ich

habe deswegen gegen den Einigungsvertrag gestimmt. Ich wollte ein Zeichen setzen, dass der Vertrag so nicht in Ordnung ist. Ich habe aber eine persönliche Erklärung abgegeben, dass ich natürlich dafür stimmen würde, falls an meiner Entscheidung die deutsche Einheit scheitern würde. Der Vertrag wurde allerdings von der Volkskammer mit 299 von 380 Stimmen angenommen, so dass meine Erklärung nicht nötig war.

Gemeinsam mit Matthias Platzeck und Marianne Birthler haben wir relativ früh für uns entschieden, dass es spannend sein muss, ein neues Bundesland aufzubauen. Wir kandidierten für den Brandenburger Landtag für Bündnis 90 als Listenvereinigung und machten zusammen Wahlkampf. Erst im Oktober 1991 wurde das Bündnis 90 offiziell als Partei gegründet. Als es sich im Mai 1993 mit den Grünen vereinte, wollte ich diesen Zusammenschluss nicht mitmachen und trat aus. Von da an war ich wieder parteilos.

In Brandenburg habe ich mich mit allen Themen des Neuanfangs befasst. Vergangenheitsaufarbeitung war für mich anfangs kein Schwerpunkt. Ich war im Landtag Fraktionsvorsitzender unserer sechsköpfigen Fraktion und Mitglied mehrerer Ausschüsse, darunter im Wirtschafts-, Umwelt- und Bauausschuss. Im Februar 1992 wurde ich Mitglied im dritten Untersuchungsausschuss, dem Stolpe-Untersuchungsausschuss. Seit diesem Zeitpunkt habe ich mich mit der Vergangenheit befassen müssen. Als ich die Stasi-Akten auf den Tisch bekam, musste ich sie natürlich lesen. Aufgrund der Aktenlage bin ich der Ansicht, dass die Vorwürfe gegen Manfred Stolpe berechtigt sind. Er hat eben nicht nur im Interesse der Menschen mit der Staatssicherheit geredet. Als Fehler sehe ich es heute an, dass die PDS den Vorsitz des Ausschusses übernehmen konnte, aber sie war drittgrößte Fraktion und dies entsprach den demokratischen Spielregeln.

Ich habe immer versucht, in Gesprächen, Reden und Diskussionen mit den Bürgern und der Presse zu erklären, was ich für richtig halte. Ich konnte und wollte nicht nur das erzählen, was man gerne hörte. Dass mir die Überzeugungsarbeit nicht immer gelungen ist, zeigen das Beispiel Stolpe oder die Entscheidungen zur Braunkohleverstromung. Als Bündnis 90 haben wir uns bei vielen Themen gegen die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung gestellt. Ich war auf Grund meiner Stellung als Fraktionsvorsitzender und der Unterstützung von Fraktionsmitgliedern recht frei in meiner Entscheidung.

Die Stimmung in den Landtagssitzungen fand ich von der allgemeinen Situation her sehr offen. Das war aus meiner Sicht Parlamentarismus, wie er eigentlich ursprünglich mal gedacht war. Nicht nur wir, auch die CDU-Fraktion um Peter-Michael Diestel haben mit der PDS Anträge eingebracht. Man könnte uns vorwerfen, dass wir keine klare Linie zur PDS gezeigt haben,

aber eine Ausgrenzung der PDS-Fraktion im Landtag hätte wenig gebracht. Wir hielten uns an die demokratischen Spielregeln. Für uns galt: Wenn jemand etwas Richtiges sagt, müssen wir keinen zweiten Antrag schreiben. Die westdeutschen Spielregeln haben wir damals einfach nicht übernommen. Leider hat sich diese Offenheit dann umgekehrt. Ein ostdeutscher Politiker, der inoffizieller Mitarbeiter der Stasi oder SED-Mitglied war, muss nur zu seiner DDR-Biografie „stehen“ und schon ist alles erledigt. Das lehne ich ab.

Es ist nicht einfach, in einem System politisch aktiv zu sein, in dem es um Interessen geht und Mehrheiten entscheiden. Durch die Zeit in der Volkskammer und in den ersten vier Jahren in Brandenburg ist mir die konkrete Realität des Westens sehr bewusst geworden, auch wenn ich das Prinzip des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, wie es im Grundgesetz formuliert wird, für das einzig Vernünftige halte. Kritik der PDS am Kapitalismus, die typisch für diese Partei war, konnte man abtun, aber die Vertretung ostdeutscher Interessen, auf die sie abzielten, war im Grunde in Ordnung. Trotzdem habe ich immer dagegen gehalten, wenn Heinz Vietze oder Michael Schumann mit ihren alten sozialistischen Vorstellungen ankamen. Aber diese Angriffe waren sehr an der Sache orientiert und niemals persönlich.

Das galt auch für den Prozess der Verfassungsgebung, der alles in allem sehr demokratisch war. Manche Passagen sind bis heute nicht angewendet worden oder gar nicht erst bekannt. So steht beispielsweise in der Verfassung ein Enteignungsrecht, das über das Grundgesetz hinausgeht. Es sieht vor, dass man Eigentum auch breit streuen kann. Denn eine breite Streuung von Eigentum kann durchaus mehr dem Allgemeinwohl dienen als eine Vergesellschaftung. Beispielsweise wenn man ein Stück Wald allen Dorfbewohnern gibt, die dann darüber gemeinsam verfügen können. Aber das hatte bisher noch keine Relevanz.

Anders hätte ich mir die Schulpolitik vorgestellt, die von Marianne Birthler als Schulministerin bestimmt wurde. Das ist wirklich nicht gut gelaufen. Ich wäre gerne beim Abitur nach zwölf Jahren geblieben, doch es wurden dreizehn. Aber wir konnten uns mit den wenigen Leuten, die wir in der Fraktion waren, nicht auch noch ausgiebig mit dem eigenen Ministerium streiten.

1994 bin ich dann noch einmal für das BürgerBündnis zur Wahl angetreten. Wenn ich nicht von den Bürgern abgewählt worden wäre, wäre ich gerne Politiker im Land Brandenburg geblieben, das man meiner Meinung nach Mark Brandenburg hätte nennen sollen. Aber man muss als Politiker damit leben, dass es auch einmal nicht weitergehen kann. Ich schaue jedenfalls zufrieden auf meine Zeit in Brandenburg zurück. Meine Familie hat mich trotz häufiger Abwesenheit von zu Hause immer unterstützt. Ich bin stolz, dass ich das Land mitgestaltet habe. Nicht missen will ich die Erfahrung,

dass man mit wenigen tollen Leuten unglaublich viel schaffen kann, wenn man sich einig ist und alle an einem Strang ziehen wollen. Andererseits musste ich erkennen, dass viele Leute, die mir persönlich sympathisch waren und die ich ernst nehmen wollte, entweder unbewusst die Wahrnehmung der Realität im Fall Stolpe verweigert haben, oder ganz bewusst gesagt haben, ich entscheide mich für die Karriere und sage, was alle hören wollen.

Über die Zeit der friedlichen Revolution spreche ich immer noch viel. Als Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung wurde ich dazu auf vielen Veranstaltungen im In- und Ausland befragt. Mir ist es wichtig, immer differenziert zu berichten. Heute gibt es einen Trend zur Relativierung des politischen Unrechtssystems in der DDR. Dazu wird auch bewusst die Erinnerung der Menschen an den unpolitischen, normalen DDR-Alltag thematisiert. Das stört mich schon. Es gibt aber 20 Jahre später im Osten immer noch reale Probleme, wie zum Beispiel eine viel geringere Kaufkraft als im Westen. Solche Tendenzen haben auch damit zu tun, dass viele junge Leute ihr Glück in den westlichen Ländern suchen, weil es im Osten zu wenige Arbeitsplätze gibt. Ein anderes Problem besteht darin, dass frühere westliche Schönredner des sozialistischen Systems und Alt-68er heute auf Lehrstühlen an Universitäten in Ostdeutschland sitzen, ohne sich jemals für ihre Aussagen von damals entschuldigt zu haben. Im Gegenteil, sie haben ihre Ideologie ein bisschen angepasst und ihre eigene Biografie ein wenig korrigiert. Da haben wir Ostdeutschen, meines Erachtens, viel zu wenig widersprochen und uns zur Seite drängen lassen.

***Günter Nooke**, geboren am 21. Januar 1959 in Forst/Lausitz, wurde 1990 als Abgeordneter von Bündnis 90 in den Landtag gewählt. Er trat 1993 der vereinigten Partei Bündnis 90/Grüne nicht bei, blieb aber Fraktionsvorsitzender. Der von ihm mitbegründeten Partei BürgerBündnis gelang 1994 nicht der Einzug in den Landtag. 1996 wurde Nooke Mitglied der CDU, für die er 1998 bis 2005 im Bundestag saß. Von 2006 bis 2010 war er Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe. Seit März 2010 ist er Afrika-Beauftragter der Bundesregierung.*

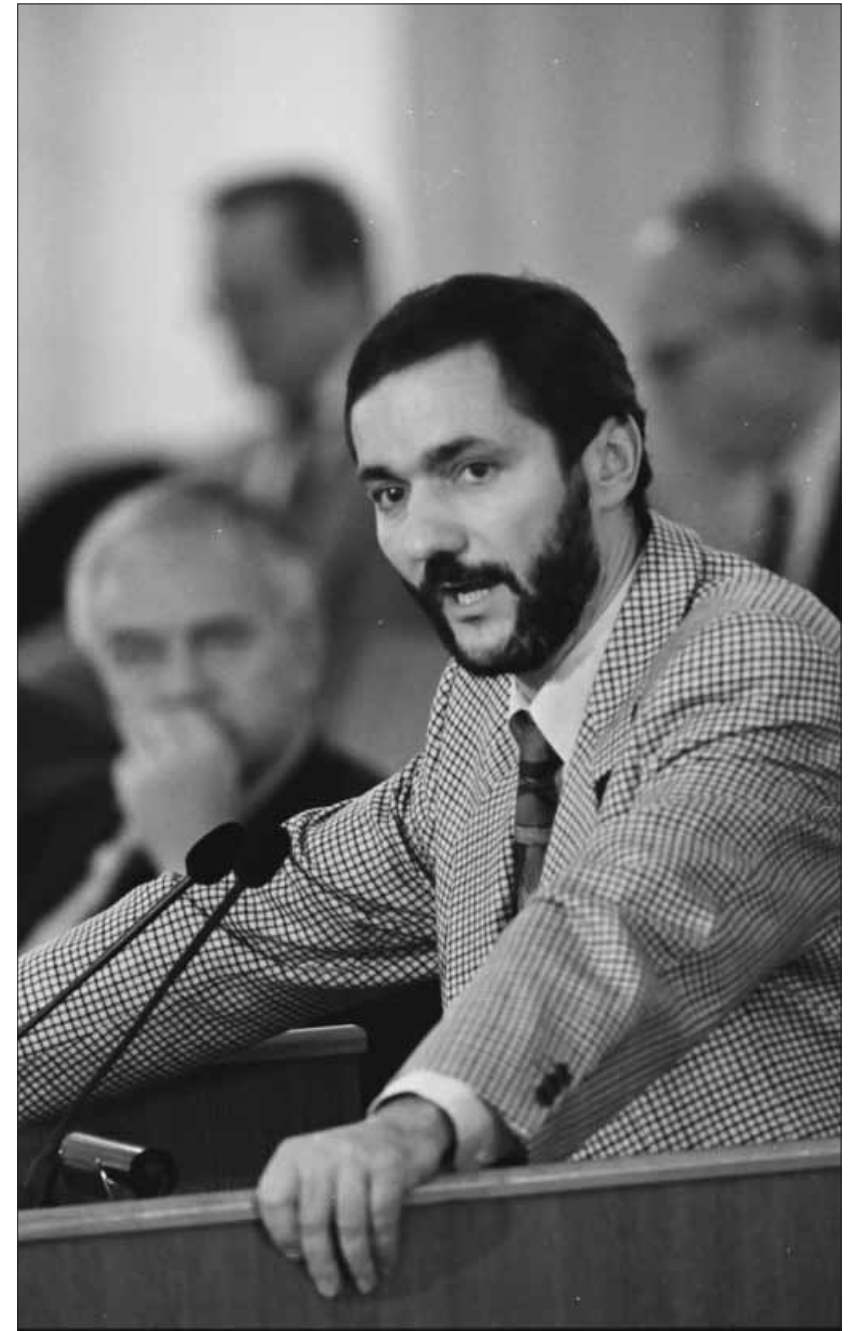
Endlich Ideen verwirklichen

Als Jugendlicher galt ich in meiner Familie lange als „Roter“. Tatsächlich stand ich dem Sozialismus der SED zunächst zustimmend gegenüber. Aber mit der Zeit wuchsen meine Zweifel, denn Anspruch und Wirklichkeit der DDR schienen mir immer stärker auseinander zu klaffen. Ein besonders einschneidender Wendepunkt war für mich die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976. Dann marschierte 1979 auch noch die Sowjetunion in Afghanistan ein, meine Desillusionierung war damit ziemlich komplett.

In meinem Freundeskreis saßen wir im Laufe der achtziger Jahre oft zusammen und überlegten, was wir in der erkennbar kriselnden DDR ändern könnten – und ob das Land überhaupt noch einmal zu einer Erneuerung von innen heraus imstande sein werde. Mich beschäftigte diese Frage intensiv und zwar schon der Zukunft meiner drei Töchter wegen. Einige aus meinem Umfeld entschieden sich um die Mitte der achtziger Jahre, Ausreisearträge zu stellen, weil sie jegliche Hoffnung auf Verbesserungen aufgeben hatten. Wir anderen wollten bleiben und nahmen uns vor, uns vor allem auf der lokalen Ebene neue Handlungsspielräume zu erarbeiten – so gut es unter den Bedingungen der DDR eben ging.

Um den Jahreswechsel 1987/88 herum schloss ich mich deshalb mit Freunden in Potsdam zur „Interessengemeinschaft Pfingstberg“ zusammen. Auf dem Pfingstberg stand ein Belvedere, das die DDR über Jahrzehnte verfallen ließ, weil man von dort aus sowohl nach West-Berlin als auch auf ein Gelände der russischen Streitkräfte blicken konnte. Wir machten uns daran, die völlig verwilderten Parkanlagen zu erneuern. Unser Engagement verstanden wir nicht so sehr als Systemopposition, sondern wir wollten ganz einfach einen kleinen Beitrag dazu leisten, das Leben in der DDR etwas selbstbestimmter, offener und bunter zu machen.

Im April 1988 gründete ich mit ein paar Freunden in Potsdam die Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung (ARGUS). Das war schon grundsätzlicher gemeint. Mit den Mitteln des selbstorganisierten, konstruktiven Engagements für die Umwelt wollten wir wenigstens von einem Punkt aus die Gesellschaft in der DDR zum Besseren verändern. Leider galt es seinerzeit fast schon als normal, dass auf den Flüssen farbig schillernde Schaumkronen tanzten und die Luft vergiftet war. Natürlich wurde unsere Arbeit in der ARGUS mit der Zeit immer politischer. Aber dass die Mächtigen der DDR uns als „feindlich-negative Elemente“ betrachteten, sagt mehr über die schweren Defizite der SED-Herrschaft aus als über unsere Absichten. Wir verstanden uns damals ganz sicher nicht als feindliche Umstürzler.



Von Beruf bin ich Diplomingenieur für biomedizinische Kybernetik. Von 1980 bis 1982 arbeitete ich im Kreiskrankenhaus Bad Freienwalde als Direktor für Ökonomie und Technik, war also zuständig für die materialtechnische Versorgung. Ich wurde dort nach Ablauf meines Probejahres von der SED-Kreisleitung bedrängt, in die Partei einzutreten. Nachdem ich das abgelehnt hatte, wurde ich zu wichtigen dienstlichen Besprechungen im Krankenhaus nicht mehr eingeladen. Weil ich wusste, dass das auf Dauer beruflich nicht gut gehen würde, suchte ich mir eine neue Arbeit in Potsdam.

1989 war ich Abteilungsleiter für Umwelthygiene in der Potsdamer Hygieneinspektion. Ich war mittlerweile geschieden und lebte in einer Lebensgemeinschaft. Materiell ging es mir durchaus gut. Mein neuer Chef in der Hygieneinspektion war zwar Mitglied in der CDU, aber er hat meine Aktivitäten für die ARGUS und die „IG Pfingstberg“ immer gedeckt.

Westverwandte besaß ich nicht, so dass ich mein ganzes Wissen über den Westen aus dem Fernsehen bezog. In Potsdam konnten wir ja ARD und ZDF empfangen, und das tat ich auch sehr ausgiebig. Die *Aktuelle Kamera* dagegen hat mich nicht so interessiert.* Ich las allerdings intensiv die Zeitungen der DDR, nicht nur das *Neue Deutschland*, sondern auch die *Junge Welt* und die *Brandenburgischen Neuesten Nachrichten* der Blockpartei NDPD. Außenpolitisch habe ich mich im *Horizont* und in kulturpolitischen Dingen im *Sonntag* informiert. Gerade der *Sonntag* war eine Zeitung mit Anspruch.**

Meine Abende und Wochenenden in jenem Sommer waren von der Arbeit für die ARGUS und die „IG Pfingstberg“ vollständig ausgefüllt. Mein politisches Engagement nahm immer mehr zu. Mein altes Hobby, Segelregatten auf märkischen Seen zu fahren, geriet zunehmend ins Hintertreffen. Noch zu dieser Zeit rechnete ich allerdings nicht mit einem abrupten Umbruch. Ich sah zwar, wie die Umwelt litt und wie die Städte zerfielen. Aber im Hinblick auf Veränderungen in der DDR dachten wir eher in einem Zeitraum von 20 Jahren. Wenn Erich Honecker nicht mehr lebe, könnte sich das politische System der DDR im Gefolge der Reformen Michail Gorbatschows in der Sowjetunion langsam öffnen – das ungefähr war damals unsere Überlegung.

Schon Anfang 1989 hatten wir von der Potsdamer ARGUS Kontakt zu Bürgerinitiativen in der DDR gesucht, die ähnliche Ziele verfolgten wie wir. Mit den insgesamt 24 Gruppen gründeten wir Netzwerke. Ich war der Vorsitzende des Netzwerks Information, das den Kern der ganzen Bewegung

* Die *Aktuelle Kamera* war die Hauptnachrichtensendung des DDR-Fernsehens.

** Der *Horizont* erschien als „Sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft“ wöchentlich, ab 1983 monatlich im Berliner Verlag, die Wochenzeitung *Sonntag* war Organ des Kulturbundes der DDR.

bildete. Den 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober haben wir alle zusammen in Potsdam „gefeiert“. In der vorbereiteten Willenserklärung, die wir nachts verabschiedeten, hieß es: „Wir sind am Tage des 40. Geburtstages unserer Republik betroffen, traurig und wütend über den Zustand unseres Landes. Das Gehen vieler ist für uns Ausdruck der Enttäuschung und der Abkehr, die schon seit Jahren Teile der Bevölkerung erfasst haben.“ Diese Erklärung unterschrieben fast alle Delegationen.

Am Tag des Mauerfalls saß ich abends in einer Runde mit anderen Vertretern der Umweltbewegung. Wir hatten für eine Kundgebung zum Thema „Freiheit der Umweltdaten“ ein Fußballstadion in Potsdam gemietet. Unsere Kundgebung sollte am 15. November stattfinden, und wir sprachen gerade über technische Probleme bei der Beleuchtung. Da kam jemand herein und erklärte, die Mauer gehe wohl auf. Ein Teilnehmer der Runde meinte ganz trocken: So ein Mist. Müssen die das gerade jetzt machen? Da kommt doch keiner mehr zur Kundgebung. Dann brachen wir alle in Gelächter aus. Der Mann hatte natürlich recht. Statt der erwarteten 10.000 kamen nur 4.000 Menschen.

Ich versuchte noch in der Nacht, über die Glienicker Brücke, in deren Nähe ich wohnte, nach West-Berlin zu fahren. Die Wachtposten dort verkündeten, dieser Übergang bleibe geschlossen – für immer, wie sie uns erklärten. Es dauerte aber nur noch 22 Stunden, bis ich wie viele tausend andere DDR-Bürger über genau diese Brücke in den Westen fahren konnte.

Noch im November gründete sich dann auf der Basis der 24 Umweltinitiativen, die sich am 7. Oktober in Potsdam getroffen hatten, eine Vorform der Grünen Liga, des ersten freien Umweltverbands der DDR. Ich wurde zum Sprecher gewählt und im Dezember als Vertreter der Grünen Liga an den Zentralen Runden Tisch der DDR entsandt. Von Februar bis April 1990 war ich für die Grüne Partei der DDR Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett von Ministerpräsident Hans Modrow. Das alles spielte sich damals in einem atemberaubenden Tempo ab.

Zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 kandidierte ich als Parteiloser für die Grüne Partei. Aber alle Gruppierungen aus der Bürgerbewegung, also Grüne, Bündnis 90, Unabhängiger Frauenverband und die Vereinigte Linke, kamen zusammen nur auf fünf Prozent. Das war damals natürlich eine große Enttäuschung für uns. Aber die Zeit war ein wenig über uns hinweg gegangen. Wir hatten offenbar das Gefühl für die Wünsche der Bürger verloren, die mehrheitlich schon längst „Wir sind ein Volk“ riefen, als wir noch unverdrossen am „Wir sind das Volk“ aus dem vorigen Herbst festhielten. Wir waren nicht alle grundsätzlich Befürworter der Einheit. Auch ich gehörte zunächst zu denen, die die DDR reformieren und erhalten wollten. Erst als Minister im Kabinett Modrow erhielt ich Zugang zu

handfesten Wirtschaftsdaten. Da wurde mir klar, dass dieser Staat überhaupt kein ökonomisches Fundament mehr für einen Alleingang besaß.

In der Volkskammer gründeten wir dann aus den Resten der Bürgerbewegung eine Fraktionsgemeinschaft, und ich wurde deren Parlamentarischer Geschäftsführer. Als sich die Volkskammer im Zuge der deutschen Einheit auflöste, kandidierten Marianne Birthler, Günter Nooke und ich für das Bündnis 90 für die Wahl zum Brandenburger Landtag. Wir wollten es sozusagen noch einmal wissen. Zwar rechneten wir uns im Grunde keine Chance aus, bekamen dann aber doch sechs Prozent der Stimmen und waren plötzlich Abgeordnete im Potsdamer Landtag. Bundestagsabgeordneter in Bonn wollte ich dagegen nicht werden. Diesen Politikbetrieb hatte ich bereits als entsandter Abgeordneter der Volkskammer zwischen Vereinigung und erster gesamtdeutscher Wahl kurz erlebt. Mir war sofort klar gewesen: Dorthin wollte ich nicht.

Nachdem wir mit dem Bündnis 90 in den Brandenburger Landtag eingezogen waren, wollten wir natürlich auch mitregieren. Es kam zur Bildung der so genannten „Ampelkoalition“ aus SPD, FDP und Bündnis 90. Mich fragte der neue Ministerpräsident Manfred Stolpe, ob ich Umweltminister werden wolle. Das erschien mir als folgerichtige Fortsetzung meines bisherigen Weges. Also sagte ich zu.

Die Anfangszeit war atemberaubend und zugleich schön. Wir waren von früh bis spät Feuer und Flamme für unsere neue Aufgabe. Als Minister konnte ich meine Ideen verwirklichen. Unserer Verwaltung unterstanden die alten Truppenübungsplätze, die Staatsjagden und die riesigen Naturlandschaften, die es dank der geringen Zersiedelung aus DDR-Zeiten noch gab. Der damalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer nannte dies das „Tafelsilber“ der Deutschen Einheit. Ich glaube rückblickend, wir haben dieses Tafelsilber gut poliert.

In einem sehr demokratischen Prozess ist meines Erachtens die Brandenburger Landesverfassung entstanden. Sie fußt in vieler Hinsicht auf den Ideen und Prinzipien der DDR-Bürgerbewegung. Das gefällt mir. Ebenso demokratisch war die Annahme der Verfassung durch die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger in einer Volksabstimmung: 94 Prozent der Abstimmenden votierten dafür.

Natürlich gab es auch schwierige Momente. Wenn ich vor Menschen stand, die ihre Arbeit verloren hatten, musste ich nicht selten sagen, dass ich ihnen im Moment nicht helfen könne. Das waren mit Abstand die bittersten Stunden für mich. Bis in die Mitte der neunziger Jahre hinein machte fast täglich irgendein Betrieb dicht. Ich bin heute froh, dass wir nicht von Anfang an wussten, was da auf uns zukommen würde. Wenn mir jemand ganz zu Beginn gesagt hätte, dass innerhalb von wenigen Jahren Großkombinate wie die in Guben oder in Premnitz in sich zusammenbrechen

und zunächst nichts außer Hoffnungslosigkeit zurücklassen würden, hätte ich mir gesagt: Da will ich nicht dabei sein.

Selbstverständlich gab es auch Fehleinschätzungen. Eine der gravierendsten betraf die Brandenburger Haushaltsperspektive. Wir dachten damals: Wenn wir zuerst viel Geld investieren, dann sprudeln anschließend die Steuerquellen umso kräftiger. Jeder weiß: So ist es nicht gekommen. Auf den Krediten, die wir vor 20 Jahren aufgenommen haben, sitzen wir heute noch.

In der Brandenburger Landesverwaltung hatten wir viele Berater aus unserem Partnerland Nordrhein-Westfalen. Die einen kamen aus Überzeugung, aus alter Bindung oder aus neuer Lust hierher und arbeiteten intensiv mit. Andere kamen aus Karrieregründen, was ich ihnen nicht vorwerfen will. Um ein Zeichen zu setzen, haben wir im Umweltministerium ganz bewusst drei oder vier Abteilungsleiterposten mit Ostdeutschen besetzt. Nur die juristische und die Zentrale Abteilung wurden von Westdeutschen geführt, da wir im Osten auf diesen Gebieten zu wenig Sach- und Fachverstand hatten.

Leider löste sich das Bündnis 90 im Jahr 1993 aufgrund seiner Vereinigung mit den westdeutschen Grünen auf. Weil wir aus Brandenburg die Vereinigung nicht mitmachten, stand die Hälfte unserer Fraktion plötzlich ohne Partei da. Ich hatte schon auf dem Neumünsteraner Parteitag der Grünen 1991 erlebt, dass die Delegierten im Westen völlig andere Themen bewegte als uns. Die SPD hingegen lag mir viel näher. Schon mein Großvater und Urgroßvater waren Sozialdemokraten gewesen. Ich bin dann allerdings erst 1995 in die SPD eingetreten, da ich nicht vor der Landtagswahl 1994 den Eindruck vermitteln wollte, ich suchte nur eine Partei zum Weitermachen.

Dass ich 1990 in die Politik gegangen bin, ist eine Entscheidung, die ich seither niemals bereut habe – obgleich ich durchaus kein Berufspolitiker werden wollte. Ob ich in den Jahren seither an Bodenhaftung eingebüßt habe, müssen andere beurteilen. Ich lebe jedenfalls immer noch in demselben Haus wie zu DDR-Zeiten mit denselben Mitbewohnern, die es bis heute mit mir ausgehalten haben, und denselben Nachbarn links und rechts.

Aus all den Jahren habe ich die Erfahrung mitgenommen, dass man immer wieder einen Neuanfang versuchen kann. „Geht nicht, gibt's nicht“, pflegte Regine Hildebrandt zu sagen. Das zeigt sich schon an der Gründung des Landes Brandenburg. Wir konnten uns bei der Neugründung 1990 nicht auf eine Brandenburg-Identität stützen, anders als beispielsweise die Sachsen, die schon zu DDR-Zeiten beim Fußball „Sachsen“ skandierten. Vor allem dank Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt hat sich hier eine Identität gebildet. Heute sehen die Brandenburgerinnen und

Brandenburger ihr Land als ihre Heimat an. Ich glaube, dass Brandenburg mittlerweile auch nach außen ein gutes Markenzeichen ist – an dessen Strahlkraft wir allerdings weiter arbeiten müssen.

Ich wünsche mir, dass die Westdeutschen ihr Wissen über die DDR erweitern. Dass sie nicht immer nur an DDR und Staatssicherheit denken, wenn heute die Rede auf Ostdeutschland kommt. Sie sollten wissen, dass wir in Ostdeutschland seit 1990 früher aufstehen, weiter fahren und länger arbeiten mussten. Dass viele Menschen hier neue Berufe erlernen mussten, weil das Land eine nahezu komplette Deindustrialisierung durchlebte. Ich wünsche mir auch, dass mehr Westdeutsche den Osten besuchen. Wir leben hier nicht in einem Heimatmuseum, sondern wir haben hier Probleme zu bewältigen, die auch noch eintreten können oder eintreten werden – man denke beispielsweise an die Folgen des demografischen Umbruchs. Es gibt zwar noch immer gravierende Unterschiede zwischen Ost und West, aber vieles hat sich angeglichen. Ich bin froh darüber, dass wir heute in Potsdam ähnliche Themen wie in Kiel oder Stuttgart diskutieren.

***Matthias Platzeck**, geboren am 29. Dezember 1953 in Potsdam, zog 1990 als Abgeordneter von Bündnis 90 in den Landtag Brandenburg ein. Er wurde Minister für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung und war gleichzeitig Parlamentarischer Geschäftsführer von Bündnis 90, bis er 1992 sein Abgeordnetenmandat mit Verweis auf eine nötige Gewaltenteilung niederlegte. 1993 trat Platzeck nicht der vereinigten Partei Bündnis 90/ Grüne bei. Obwohl dem von ihm mitbegründeten BürgerBündnis 1994 nicht der Einzug in den Landtag gelang, wurde er als Parteiloser wieder Minister im selben Ressort. 1995 trat Platzeck in die SPD ein. 1998 wurde er zum Oberbürgermeister von Potsdam gewählt. Seit 2002 ist er Ministerpräsident des Landes Brandenburg, seit 2004 auch Abgeordneter.*

Alwin Ziel

Rücksichtsvoller Idealist

Im Jahr 1987 durfte ich zum sechzigsten Geburtstag meines Bruders nach Kanada reisen, wo er wie der Großteil meiner Familie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs lebte. Die Kinder meines Bruders wuchsen dort im Gegensatz zu meinen Kindern in Freiheit auf. Das hat mich nicht mehr losgelassen. Bürgerliche Freiheiten zu haben oder nicht zu haben, macht das Leben diametral anders.

Ein Jahr später durfte ich zu einem Besuch in die Bundesrepublik reisen. Während dieses Aufenthalts habe ich mich entschieden, im Westen zu bleiben. Ich wollte meine Frau und meine beiden Söhne nachholen. Das ging dann leider nicht, weil meine Frau schwer krank wurde. Mit der festen Zusage der Straffreiheit kehrte ich nach vier Monaten aus Hamburg in die DDR zurück. Allerdings wurde ich bei meiner Einreise doch interniert und kam in ein Lager für Republikflüchtlinge nahe Bernau. Nachdem ein In-sasse nach einem Verhör Selbstmord beging, wurden alle Inhaftierten vorzeitig entlassen, damit die neuen Häftlinge nichts davon erfuhren. Wir hatten aber die strenge Auflage, nicht davon zu sprechen.

Danach musste ich mir eine neue Stelle suchen. Meine frühere Arbeit an der Fachschule für Rechnungsführung und Statistik in Ost-Berlin konnte ich nicht wieder aufnehmen. Trotz meiner guten Qualifikation als Jurist bekam ich erst nach einer Weile eine Stelle als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin, weil sich ein früherer Professor für mich eingesetzt hatte. Er versicherte, dass ich wieder sozialistisch „erzogen“ würde. Ich habe mich dann mit Behindertenrecht beschäftigt. Lehren durfte ich nicht mehr.

Bis zu einem gewissen Grad hatte ich mich viele Jahre durchaus mit der DDR arrangiert. Meine Frau und ich haben uns nicht unwohl gefühlt. Ich habe eine Entwicklung genommen, wie sie wohl jeder ganz gerne gehabt hätte. Trotz meiner christlichen Haltung – ich habe keine Jugendweihe gemacht, sondern bin konfirmiert worden – habe ich ein Lehrerstudium für Deutsch und Russisch absolviert. Es folgte ein Aufbaustudium in Rehabilitationspädagogik und Kommunikationswissenschaften. Später habe ich noch Jura studiert und mein Wissen an Studenten weitergeben können. Die Arbeit an der Fachschule hat mir Spaß gemacht. Es passierte zuweilen, dass die Studenten etwas sagten, was sie nicht hätten sagen dürfen, aber ich bin nie angezeigt worden.



Ich bin natürlich mehrfach angesprochen worden, in die SED einzutreten. Mir wurde gleichzeitig gesagt, dass ich mein kirchliches Engagement dann lassen müsste. Das stand bei mir aber nie ernsthaft zur Debatte. Wir haben ja auch immer nur Westfernsehen gesehen, vor allem die West-Nachrichten. Denn nur dort wurde die Wahrheit über die DDR gesagt, die DDR-Nachrichten hingegen waren einfach verlogen. Die Kinder hielten wir an, in der Schule nicht davon zu sprechen.

Da es keine Redefreiheit gab, waren wir immer vorsichtig. Wir wohnten in Berlin/Lichtenberg. Dort gingen wir sonntags in die evangelische Kirche Am Fennpfuhl. Nach dem Gottesdienst gab es eine Tasse Kaffee und man plauderte mit den anderen Kirchgängern. Unser wirkliches Rückzugsgebiet aber war unser Garten in Hohen Neuendorf. Wenn möglich, haben wir die Wochenenden im Sommer dort verbracht.

Nach meiner Rückkehr in die DDR hatten wir keine so ruhigen Sonntage mehr wie früher. Meine Frau und ich wurden nun viel mutiger. Wir besuchten fortan nach den Gottesdiensten auch die so genannten Bibelstunden, wo wir anschließend politische Gespräche führten. Wir wollten uns diese Gespräche nicht mehr nehmen lassen. Auch nicht durch zwei Stasi-Mitarbeiter, die mich einmal zur Warnung wortlos nach Hause begleiteten. Wir stellten schon bald einen Ausreiseantrag nach Kanada, da wir keine Chance für einen Neuanfang in der DDR mehr sahen. Zumal ich an der Universität von manchen Mitarbeitern nicht akzeptiert wurde, weil ich in deren Augen die DDR verraten hatte. An eine Wende haben wir damals nicht gedacht.

Als die Mauer geöffnet wurde, ging ein großes Glücksgefühl durch die ganze Familie. In den Westen, gar nach Kanada, mussten wir nun nicht mehr ausreisen, denn wir hatten die bürgerlichen Freiheiten im eigenen Land. Da so viele Menschen am 9. November über die Grenze in den Westen fuhren, konnten wir uns nicht vorstellen, dass die Regierung sie wieder schließen würde. Am Samstag drauf sind wir zu unseren Verwandten nach Niedersachsen gefahren. Da waren die Grenzübergänge schon verwaist. Überall wurden wir mit Kaffee und Kuchen begrüßt, die Gastfreundlichkeit der Westdeutschen war unübertroffen groß.

Während eines Aufenthalts in Hamburg hatte ich bei Hausversammlungen gemerkt, dass ich mich gerne für eine Sache einsetze. Damals bin ich schon von Sozialdemokraten angesprochen worden, ob ich nicht mal zu einer Ortsvereinssitzung kommen wolle. Als ich aus der Bundesrepublik wieder in die DDR zurückkehrte, war mir bereits klar, dass ich am liebsten politisch gestalten würde. Das habe ich im Rahmen von Arbeitskreisen der Kirche das ganze Jahr 1989 über getan. Ich wurde gefragt, ob ich nicht in eine Arbeitsgruppe kommen wolle, die arbeitsrechtliche Fragen diskutiere. Diese stellte sich als Kreis um Markus Meckel, den Mitbegründer der So-

zialdemokratischen Partei der DDR, und Richard Schröder heraus. Sie gingen sehr offen und unbefangen mit mir um. Die Arbeit galt aber nicht arbeitsrechtlichen Themen, sondern wir haben an einem Programm für die neue Partei gearbeitet. Ich war in einer Gruppe gelandet, die später den Kern der SDP in Berlin bildete. Schnell hatte ich das Gefühl, dass dies die richtige Linie für mich war und bin im Dezember 1989 der SDP beigetreten. Im Januar 1990 benannte sich die SDP in Anlehnung an die westdeutsche Schwesterpartei in SPD um und vereinigte sich im September 1990 schließlich mit ihr. Es ist sicher kein Zufall, dass mein Lieblingspolitiker aus Westdeutschland zu DDR-Zeiten Johannes Rau von der SPD war.

Beim Neuen Forum, wo ich zuvor kurz mitgemacht habe, war das Vorgehen sehr unsystematisch. In der Kirchengruppe hingegen ging es strukturiert zu. Das entsprach mir. Es machte mir großen Spaß, mich hier einzubringen, auch wenn wir vieles für den Papierkorb geschrieben haben. Zu der Zeit habe ich mich nicht wie manche Bürgerrechtler gegen die DDR positioniert, sondern ich habe mich an erster Stelle für eine neue DDR eingesetzt, mit völlig neuem Gedankengut, das dem der Bundesrepublik Deutschland weitestgehend entsprechen sollte.

Ich habe für die erste frei gewählte Volkskammer der DDR kandidiert und wurde gewählt. Genau in den Tagen um die Wahl am 18. März 1990 erhielten meine Frau und ich den Bescheid aus Kanada, wir könnten nun einreisen. Aber wir blieben, und ich wurde Staatssekretär im Sozialministerium unter Regine Hildebrandt, die das Amt der Ministerin nur mit mir als Staatssekretär antreten wollte.

Die Wiedervereinigung war genau das, was wir Sozialdemokraten angestrebt hatten. Sie lag auch ganz in meinem Sinne. Wir wollten nur für einen ganz kurzen Zeitraum zwei deutsche Staaten, obwohl wir befürchteten, der Osten könne wirtschaftlich nicht mithalten. Wir hatten immer die Sorge, die Russen könnten eingreifen. Deshalb durfte nicht zu viel Zeit bis zur Wiedervereinigung verstreichen. Außerdem waren wir nicht nur ideologisch, sondern auch geistig sehr nahe bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Regierung unter Lothar de Maizière wie auch aus der Bonner Regierung. Bei der Zusammenarbeit mit den Staatssekretären aus dem Bundessozialministerium von Norbert Blüm (CDU) merkte ich sehr bald, wie ehrlich das Blüm-Ministerium mit uns umging. Es hat uns keine U-Boote geschickt, sondern richtig gut qualifizierte und loyale Mitarbeiter.

Nach Brandenburg hat mich Manfred Stolpe geholt. Während der Verhandlungen über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion hat er mich gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, in das neue Bundesland zu gehen, wenn das DDR-Parlament aufgelöst sein würde. Das konnte ich mir gut vorstellen, weil ich Brandenburg gut kannte. Auch wusste ich, dass Regine Hilde-

brandt als Kandidatin für die Landtagswahl dorthin gehen wollte. Meine Familie hat mir bei all dem immer den Rücken gestärkt. Noch bevor ich dann am 22. November 1990 Innenminister wurde, habe ich auf Reisen durch Brandenburg die Entwicklung des Landes miterlebt und festgestellt, wie gut den Kommunen und Landkreisen die kommunale Selbstverwaltung tat.

Für mich als Innenminister war in erster Linie der Aufbau des Landes Brandenburg wichtig. Die Kommunen hatten durch die Verordnung der kommunalen Selbstverwaltung der Regierung de Maizière einen zeitlichen Vorlauf gehabt, aber bei der Polizei mussten wir ganz von vorne anfangen. Es gab dort viele Menschen, die am Ende ihrer physischen und psychischen Kräfte waren. Sie hatten sich gar nicht alle schuldig gemacht, aber sie hatten das Gefühl, falsch positioniert gewesen, vielleicht auch missbraucht worden zu sein. Unser Partnerland Nordrhein-Westfalen war für uns ein wichtiger und uneigennütziger Helfer. Zusätzlich zu den vertraglich vereinbarten Transfergeldern hat unser Ministerium dafür von NRW eine große finanzielle Unterstützung erhalten und die Hilfe von westdeutschen Mitarbeitern, die über den normalen Einsatz hinaus arbeiteten. Ich habe sehr viel von diesen Kollegen gelernt. Denn abends saßen wir oft nach dem Essen zusammen und tauschten uns aus über die Dinge, die dann im Ministerium nachher knallhart durchgearbeitet werden mussten.

Gleichzeitig war mir die Verfassung wichtig – und dabei der Zusammenhang zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe als Innenminister, der hauptsächlich an einer neuen Verfassung beteiligt ist, ebenfalls großen Wert darauf gelegt, dass wir Staatszielbestimmungen mit in die Verfassung aufnehmen, damit sich die Brandenburger besser in ihr wiederfinden können. Alles wurde von den Brandenburger Bürgern intensiv diskutiert und anschließend durch eine Wahl angenommen. Wir haben die Möglichkeit von Bürgerbefragungen und Bürgerentscheidungen in die Verfassung aufgenommen, was damals sehr modern war. Das alles halte ich nach wie vor für richtig.

In Brandenburg ist manches anders gelaufen als in den anderen ostdeutschen Ländern, aber ich will nicht unbedingt sagen, dass es immer besser gelaufen ist. Wir haben versucht, einen Zusammenhalt zu erreichen, indem nicht so scharf zugespitzt und nicht so schnell verurteilt worden ist. Schwer gefallen sind mir immer Entscheidungen, bei denen Menschen ihre Arbeit verloren haben. Manche Bereiche des Innenministeriums mussten abgewickelt werden, wie beispielsweise die Küche in einer Polizeischule. Als ich diese Polizeischule besuchte und mich Mitarbeiter der Küche wegen der bevorstehenden Schließung ansprachen, habe ich ihnen empfohlen, die Küche selbst zu übernehmen, aber das haben sie sich nicht zugetraut. Die Menschen in der DDR waren genauso intelligent wie die im Westen, aber sie hatten einfach nicht die Erfahrung und den Mut, ein Risiko einzugehen.

Die Stimmung im Kabinett, in den Ausschüssen und im Parlament war trotz der 12- bis 14-Stunden-Tage sehr konstruktiv. Gerade die Kabinettsitzungen empfand ich immer als angenehm. Ich hatte das Gefühl, da sitzt eine Gruppe von verantwortlichen Brandenburger Bürgern zusammen, die das Beste für das Land auf den Weg bringen will. Für mich stand dabei immer fest, dass ich mir nie mehr meine demokratischen Rechte nehmen lassen würde. Das hatte ich mir schon gesagt, als wir die Diktatur der DDR überwunden hatten.

Die Koalition von SPD, FDP und Bündnis 90 war meines Erachtens ein Glücksfall für Brandenburg. Auch die Erfahrung der gestandenen Politiker aus dem Westen hat dazu beigetragen. Ich bekenne mich aber auch zum „Brandenburger Weg“, wie wir ihn damals genannt haben. Es war die richtige Überlegung, die Menschen mitzunehmen und sie spüren zu lassen, dass sie beteiligt sind.

Meine Vorstellung von der Aufarbeitung der Vergangenheit ging ebenfalls in diese Richtung. Ich war nicht voller Hass wie manch andere. Für mich ist es wichtig, dass wir alle und vor allem unsere Kinder aus der Geschichte lernen. Ich wollte den Menschen, auch denen, die in der DDR falsch gehandelt haben, immer eine Perspektive geben. Zu entscheiden, ob sich dabei jemand strafrechtlich verantwortlich gemacht hat, war meiner Auffassung nach die Aufgabe der Gerichte. Und da war ich ganz begeistert von der Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin auch der Überzeugung, dass Ministerpräsident Manfred Stolpe nie unehrlich war. Er hat mit den Behörden der DDR zusammengearbeitet, weil er sich für Militärdienstverweigerer und Ausreisewillige eingesetzt hat. Das war ein Balanceakt. Daraus sind zu Unrecht Beschuldigungen abgeleitet worden.

Neben ehemaligen SED-Mitgliedern im Landtag zu sitzen, war für mich nicht leicht. Schon in der Volkskammer habe ich manche Rede gegenüber der PDS-Fraktion gehalten, die an Schärfe kaum zu übertreffen war. Aber sie waren demokratisch gewählt, und wir waren angetreten, die Demokratie hochzuhalten. Ihnen zu verbieten, zu Wahlen anzutreten, hätte ich falsch gehalten.

Im Großen und Ganzen ziehe ich eine positive Bilanz unserer Arbeit in Brandenburg. Wir wollten die Wirtschaft ankurbeln und mussten ein bestimmtes Schrittmaß vorgeben. Dabei haben wir natürlich Umweltsünden begangen. Ich habe insgesamt die Erfahrung gemacht, dass man sich nicht durch Schwierigkeiten aus der Ruhe bringen lassen darf und mit Bedacht vorgehen muss. Politische Entscheidungsprozesse hatte ich mir schneller vorgestellt, vor allem, wenn ich als Innenminister eine bestimmte Anzahl Gesetze im Jahr durchbringen musste und feststellte, dass sie alle mehrfach ausführlich diskutiert wurden. Da war ich schon der Meinung, die Entscheidungsprozesse müssten ein bisschen straffer vonstatten gehen.

In die Politik zu gehen, war für mich genau richtig. Deshalb habe ich auch sehr schnell auf meine Planstelle an der Humboldt-Universität verzichtet, auch mit dem dazugehörigen beruflichen Risiko. Ich bin dankbar, dass ich in einer Zeit mitgestalten durfte, die für unser Vaterland von ganz besonderer Bedeutung war und habe das Gefühl, mein Einsatz wird gesellschaftlich anerkannt. Aber andere Generationen sollen beurteilen, ob wir auch gut, ehrlich und solide gearbeitet haben.

Über die Wendezeit selbst spreche ich mit meiner Familie, meinen Freunden und Bekannten immer wieder. Es ist ein Thema, das uns unser Leben lang begleiten wird. Ich habe in dieser Zeit viele neue Freunde dazugewonnen, insbesondere seit ich nicht mehr Minister bin, aber zuvor leider auch den Kontakt zu manch alten Freunden verloren.

Die Brandenburger haben meines Erachtens ein Gefühl dafür entwickelt, zupacken zu wollen und sich nicht entmutigen zu lassen. Sie wollen sich selber in diesem Land verwirklichen, auch wenn nicht jeder seit damals so gut abgeschnitten hat. Ich glaube, die Menschen würden sich jederzeit zur Demokratie bekennen.

Alwin Ziel, geboren am 22. April 1941 in Quernau/Westpreußen, ist seit 1990 Abgeordneter für die SPD im Landtag Brandenburg. Er war ab 1990 zwei Legislaturperioden lang Innenminister des Landes und von 1999 bis 2002 Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen.

MACHEN



Peter-Michael Diestel

Ein Freigeist – kein Parteisoldat

Bis sich die Wende abzeichnete, bin ich noch davon überzeugt gewesen, dass ich mit 65 Jahren zum Rat des Kreises, Abteilung Inneres, gehen, einen Antrag auf eine Besuchsreise in die BRD stellen und dann das „gelobte Land“ sehen würde. Die DDR stand doch für mich praktisch kurz vor der Anerkennung durch den Westen. Ich war davon überzeugt, dass die Armee in der Lage war, die Errungenschaften des Sozialismus mit der Waffe zu verteidigen. Ich glaube, jeder war davon überzeugt.

Alle meine Ziele, Hoffnungen und Wünsche haben sich ansonsten auf das Leben in der DDR konzentriert. Denn sie war mein Heimatland. Ich kannte nichts anderes als diese 108.000 Quadratkilometer. Ich war parteilos, war nie Mitglied der FDJ, war nicht gesellschaftlich aktiv, sondern in der Jungen Gemeinde und ging regelmäßig in die Kirche. Aber ich wurde deswegen nicht ausgegrenzt. Das Leben in der DDR hatte für mich etwas Selbstverständliches. Dazu gehörte auch ein Höchstmaß an Unzufriedenheit. Trotzdem war es ein sehr schönes Leben. Ich wusste, was ich darf, ich wusste, was ich nicht darf. Ich hatte mich mit der DDR arrangiert.

Bis 1989 war ich Leiter der Rechtsabteilung eines 40.000 Hektar großen Landwirtschafts- und Handelskombinates im sächsischen Delitzsch mit gut 100 landwirtschaftlichen Betrieben und rund 6.000 Beschäftigten. Aber mein erster Beruf ist der eines Melkers mit Abitur, später Rinderzüchter genannt. In der DDR konnte man einen Gesellenbrief machen und gleichzeitig das Abitur ablegen. In diesem Beruf habe ich gearbeitet, bevor ich in Leipzig Jura studiert und anschließend promoviert habe. Mit meinem zweiten Beruf Schwimmmeister, den ich neben der Melkerausbildung erlernt habe, konnte ich während des Studiums meine Finanzen in den Ferien aufbessern.

Ich war immer ein begeisterter Sportler. Im Sommer bin ich mit meiner damaligen Frau und den drei Kindern oft von Leipzig aus an die Mecklenburger Seenplatte gefahren. Wir haben geangelt, sind gesegelt oder haben einfach etwas in der Natur unternommen. Wenn wir in Leipzig geblieben sind – wir hatten dort ein Haus –, habe ich mit den Kindern Sport getrieben oder wir sind spazieren gegangen. Um uns über aktuelle Geschehnisse zu informieren oder zur Entspannung haben wir nur Westfernsehen gesehen. Das Einzige, wofür ich das ostdeutsche Fernsehen angeschaltet habe, waren Übertragungen der DDR-Fußballoberliga und von Leichtathletik-Wettkämpfen. Anschließend haben wir noch Bundesliga geschaut. Das war auch im Sommer 1989 der Fall.

Dass sich etwas bewegte, konnte man im Laufe des Jahres 1989 bemerken. Erst gab es die umstrittenen Kommunalwahlen am 7. Mai, dann folgten die Botschaftsbesetzungen und die Ereignisse in Ungarn. Immer mehr meiner Freunde wollten ausreisen, wofür ich ihnen die Ausreiseanträge schrieb. Auch meine subjektive Unzufriedenheit wurde noch größer.

An den großen Montagsdemonstrationen in Leipzig, die quasi die Wende einläuteten, habe ich etwa ab Oktober 1989 teilgenommen. Vorher ging ich in die Thomaskirche zu Gesprächskreisen mit Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling und anderen Intellektuellen und Gleichgesinnten. Das war nicht ungefährlich, denn wir wussten, dass Leute von der Stasi dabei waren. Andererseits war die Kirche selbst ein Hort der Sicherheit. Über die Öffnung der Grenze und die damit verbundenen Entwicklungen in der DDR habe ich mich sehr gefreut. Der 9. November war für mich jedoch ein ganz normaler Arbeitstag.

Vier Wochen nach dem Mauerfall habe ich gemeinsam mit Pfarrer Ebeling und anderen die Christlich-Soziale Partei Deutschlands (CSPD) gegründet, deren Generalsekretär ich war. Wir beide waren damals große Fans des 1988 verstorbenen Franz-Josef Strauß und der bayerischen CSU, was sicherlich auch an unserer christlich-bürgerlichen Lebenshaltung lag. Wir haben ein kurzes drei- bis vierseitiges Programm formuliert, das zwar auf unserer christlichen Wertewelt aufbaute, aber sicher viele DDR-Bürger erreicht hätte, wenn nicht alles anders gekommen wäre. Wir waren die erste Partei, die die deutsche Einheit als politisches Ziel gefordert hat. Da sind wir von Bonn aus ermahnt worden, das wäre verfrüht. In der noch existierenden DDR gab es sogar ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen mich, weil sich die Forderung nach der deutschen Einheit gegen die Rechtsordnung der DDR gerichtet hat. Aber ich bin stolz darauf, dass wir dieses Ziel als erste formuliert haben.

In München mussten wir uns schon bald bei der CSU Unterstützung und Geld holen, da wir den Aufbau der Partei finanziell nicht alleine schaffen konnten. Im Januar 1990 haben wir dann auf Anraten der CSU und im Zuge der Allianzgespräche mit der CDU und dem Demokratischen Aufbruch für die Volkskammerwahl die Partei in DSU umbenannt, also Deutsche Soziale Union, weil wir annahmen, das C käme in der DDR nicht so gut an. Vielleicht hätten wir gleich die CSU gründen sollen, so wäre die Partei nicht in der Bedeutungslosigkeit versunken. Aber im Nachhinein sind alle klüger. Trotzdem habe ich die DSU erfolgreich in die Volkskammer geführt und wurde dann Innenminister der DDR. Im Juni 1990 bin ich allerdings aus der DSU ausgetreten, weil sie einen Rechtsruck vollzogen hat. Zwei Monate später wurde ich CDU-Mitglied.

Politisch aktiv geworden bin ich, weil ich aus dieser dumpfen staatlichen Hülle DDR raus wollte. Es saßen Leute im Politbüro, die nicht reden konnten, die kein Auftreten hatten, die nicht argumentieren konnten. Sie hatten kein Sendungsbewusstsein und kein Ziel und waren nur aufgrund ihrer Durchschnittlichkeit in diesem Apparat befördert worden. So eine Situation wollte ich nie wieder zulassen. Mein Wille zur Gestaltung war enorm, weshalb ich von meiner Familie und von Freunden oft gebremst werden musste.

Die Wiedervereinigung, die ich im Wesentlichen als Stellvertreter des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière und Innenminister mitgestalten durfte, war zu dem Zeitpunkt mein Lebensziel. Dafür haben ich und andere unsere Berufe aufgegeben. Wenn ich an die Gesprächsrunde im ersten frei gewählten DDR-Kabinett denke, mit Professoren, mit Theologen, erinnere ich mich an viel geistige Substanz. Die Kollegen aus dem Westen haben über uns gelächelt, weil wir ihre Parteipolitik nicht verstanden haben, auch nicht verstehen wollten. Aber was ist die deutsche Einheit gegen den Wahlsieg einer Partei?

Als feststand, dass die DDR aufgelöst würde und im Herbst 1990 Landtagswahlen in den neuen Ländern stattfinden sollten, bin ich von CDU-Vertretern aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg gefragt worden, ob ich nicht deren CDU-Spitzenkandidat sein wolle. Da ich meinen Lebensmittelpunkt nach Berlin verlegt hatte, habe ich mich für Brandenburg entschieden. Ich wusste außerdem, dass viele starke Persönlichkeiten wie Lothar Bisky, Michael Schumann, Manfred Stolpe und auch Regine Hildebrandt, die ich schon aus der DDR-Volkskammer kannte, antreten würden. Ich hätte bei der Neugründung der Länder allerdings ein nördliches und ein südliches Bundesland favorisiert mit einer politisch selbständigen Einheit Berlin in der Mitte. Leider ist ein auf Kleinstaaterei und parteipolitisches Denken ausgerichtetes Bundessystem auf den Osten gestülpt worden. Ich empfand dies damals als verpasste historische Chance, obwohl ich heute sehe, dass sich in Brandenburg Strukturen konsequent und folgerichtig entwickelt haben. Auch hat Brandenburg seine eigene Identität entwickelt, was man schon daran erkennt, dass die Bevölkerung keine Vereinigung mit Berlin wollte. Ich finde es herrlich, dass das Volk einfach „Nein“ gesagt hat. Ich bin mir aber sicher, dass die nach der Wende geschaffenen staatlichen Kreis- und Länderstrukturen irgendwann zu korrigieren sind.

Leider habe ich als der einzige ostdeutsche CDU-Spitzenkandidat der neuen Länder die Wahl im Herbst 1990 verloren. Manfred Stolpe war einfach übermächtig und dabei sehr sympathisch. Ich glaube, ich war dennoch ein konstruktiver Oppositionsführer, als wir hier in Brandenburg die Behörden- und Justizstrukturen aufgebaut haben. Wir alle haben nur nach vorne gesehen, das kann ich für jede Partei sagen. Wir mussten etwas Neues

schaffen, und dieses konstruktive Element der ersten Legislaturperiode hat unser Handeln und Denken bestimmt. Von der PDS kam eine starke eigenständige intellektuelle Leistung. Die Stärke des Wahlsiegers SPD lag in der Verwaltung, weil dort viele Beamte vorwiegend aus Nordrhein-Westfalen und anderen Altbundesländern saßen. In meiner eigenen Partei gab es leider einen deutlichen Unterschied zu den Inhalten der anderen Parteien, da wir uns als Opposition keinen so großen Mitarbeiterstab leisten konnten. Aber die Situation war insgesamt konstruktiv und niemals persönlich anfeindend. Im Verfassungsausschuss beispielsweise, dessen Vorsitzender ich war, gab es in vielen Diskussionen zum Teil ganz schräge Auffassungen, die durch Meinungsstreit, durch politische Rede und Gegenrede ausgeräumt wurden. Ganz selten wurde jemand einfach überstimmt. Das habe ich sehr angenehm in Erinnerung. Dennoch musste ich auch erleben, dass politische Entscheidungsprozesse nicht so abliefen, wie wir das in den verfassungsrechtlichen Dokumenten geregelt haben. Da reichte ein einziger Artikel in einer großen Zeitung, und sofort war das Abstimmungsverhalten anders.

Als Vorsitzender des Innenausschusses sowie als Oppositionsführer war ich mit vielen Dingen beschäftigt. Aber besonders war mir an einem harmonischen Umgang mit den Menschen aus der früheren Zeit gelegen. Denn ich glaube, der Blick nach vorne war erst einmal wichtiger als der Blick zurück. Das heißt nicht, dass man die Aufarbeitung der Vergangenheit vernachlässigen darf. Wer etwas leisten konnte, den brauchten wir. Ich bin daher gegen jegliche Ausgrenzungsaktivitäten vorgegangen und halte es nach wie vor für richtig, dass wir im Land Brandenburg die Entscheidung der Wähler akzeptiert haben, und nicht wie in Dresden gigantische Prozesse angestrengt haben, um beispielsweise ehemalige IM los zu werden. Ich hatte keine Probleme damit, dass frühere SED-Genossen plötzlich mit im Landtag saßen. Wir sind in Brandenburg einen sehr klugen Weg gegangen.

Mit der Politik aufgehört habe ich vor allem, weil meine politischen Inhalte in der CDU nicht mehrheitsfähig waren. Ich hatte noch als DDR-Innenminister und Mitgestalter der deutschen Einheit den SED-Genossen und 100.000 hauptamtlichen Stasi-Leuten, den über 100.000 IM, den Grenztruppen und den Offizieren der Nationalen Volksarmee, der Polizei und anderer bewaffneter Organe Menschlichkeit versprochen, die nicht eingetreten ist. Es war eine friedliche Revolution, die es ohne das Umdenken und das Ablegen der Waffen bei den ehemals Herrschenden nie gegeben hätte. Auch die deutsche Einheit hätte es nie gegeben, wenn Lothar de Maizière und ich diesem Personenkreis gesagt hätten: Liebe Freunde, wenn die deutsche Einheit kommt, dann verlängern wir rückwirkend Verjährungsfristen, um euch alle kriegeln zu können. Mit diesem Grundansatz unterlag ich in meiner Partei und daher war es folgerichtig und konsequent zurückzutre-

ten. Ich bin der Auffassung, dass die SED eine konservative Partei war und je weiter nach oben man kam innerhalb der SED, sogar eine reaktionäre Partei, aber auf gar keinen Fall eine linke oder eine sozialistische Partei. Wir hätten uns als CDU um das Potenzial der 2,4 Millionen SED-Mitglieder kümmern müssen, die ein Teil der intellektuellen Führung der DDR waren. Wir durften sie nicht auf Dauer ausgrenzen. Aber durch die dummliche „Rote-Socken“-Politik des CDU-Generalsekretärs Peter Hinze und anderer hat man diese Leute damals gegen die CDU aufgebracht und ohne Not in die Arme der PDS getrieben.

Auf der anderen Seite hat das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ständig versucht, auf die brandenburgische CDU Einfluss zu nehmen und sie in eine bestimmte Richtung zu drehen. Bis sie endlich Ulf Fink als Landesvorsitzenden installiert hatten, der dann die Mehrheit der Landespartei gegen die Verfassung eingestellt hat, obwohl sie eine moderne und sympathische Verfassung ist, was auch Juristen aus bürgerlichen Lagern bestätigen. Ich habe dann meine politische Zukunft davon abhängig gemacht, ob der Entwurf von der CDU-Fraktion im Parlament einstimmig angenommen wird. Leider haben elf der 25 CDU-Abgeordneten dagegen gestimmt und vier enthielten sich. Innerhalb der Partei entstand ein Konflikt zwischen Verfassungsbefürwortern und deren Gegnern. Daher habe ich mich, ebenso wie Beate Blechinger, aus der Fraktionsführung zurückzogen.

Zwar hat Ulf Fink vor dem Volksentscheid über die Verfassung im Juni 1992 die Brandenburger und Brandenburgerinnen ebenfalls aufgefordert, gegen die Landesverfassung zu stimmen. Doch die Bevölkerung stand sehr positiv dazu und hat sie mit 94 Prozent der gültigen Stimmen angenommen. Vielleicht habe ich damals auch nur einen eleganten Weg gesehen, mich mit einem Sieg aus der Politik verabschieden zu können. Ich war bis zur nächsten Wahl nur noch normaler Abgeordneter und Mitglied im Rechts- und Hauptausschuss, was mir nach der stürmischen Entwicklung meines Lebens seit der Wende gut tat. Außerdem konnte ich meinen Beruf als Anwalt ausüben. Natürlich war diese Entscheidung auch in gewisser Weise falsch und inkonsequent, denn ich bin damals gerne Politiker gewesen und bis heute stolz drauf. Ich bin aber nicht etwa gegangen – wie gelegentlich kolportiert wird –, weil die Kosten für ein gepanzertes Dienstfahrzeug, das mir als ehemaliger Innenminister zustand, die Fraktionskasse zu sehr belastet hatte. Während meiner Zeit hat es in meiner Umgebung nie Unklarheiten mit der Fraktionskasse gegeben, wohl aber hätte der Staat die Kosten für das Fahrzeug tragen müssen und nicht die Fraktion.

Ich habe in der Wendezeit und später in Brandenburg viele neue Freundschaften geschlossen. Sei es mit Westdeutschen wie Egon Bahr und Helmut Kohl, seien es Lothar de Maizière, Gregor Gysi und auch Michael Schumann, der ein kluger Mann war. Dass ich mit Leuten wie beispiels-

weise Regine Hildebrandt oder Günther Krause, die alle uneigennützig Politik gestaltet haben, auch zusammen arbeiten konnte, ist eine der wichtigsten Erfahrungen, die ich gemacht habe. Erspart hätte ich mir gern die Erfahrung der vielen persönlichen Angriffe und die damit einhergehenden Prozesse. Angeblich war ich hauptamtlicher Stasioffizier, russischer KGB-Spion oder Mielkes Schwiegersohn. Das alles geschah nur, um mich als politisch Andersdenkenden zu diskreditieren. Aber ich muss sagen, mir wird auch heute noch sehr viel Anerkennung und Anteilnahme an meinen politischen Überzeugungen zuteil. Weil bei den Menschen etwas anderes im Kopf hängen geblieben ist, als das, was in der Zeitung stand.

Bis heute beschäftige ich mich regelmäßig mit der Revolution in der DDR, werde danach gefragt, gebe Interviews. Allerdings bin ich noch nie zu einer Gedenkveranstaltung zur deutschen Einheit eingeladen worden, was mich sehr wundert. Wir müssen aber dafür sorgen, dass nicht weiterhin von Westdeutschen so dümmlich und undifferenziert über die DDR geredet wird wie jetzt. Sonst werden wir die deutsche Einheit mental zerstören und die Ossis wollen wirklich die DDR zurück. Dann wird sie in ihren Augen eine wunderschöne, harmonische, biedermeierliche Gesellschaft gewesen sein, die sie nie war. Wir werden sie immer verteidigen, wenn andere die DDR als Unrechtsstaat in Gänze deklarieren und 17 Millionen Menschen zu Tätern machen.

Dr. Peter-Michael Diestel, geboren am 14. Februar 1952 in Prora auf Rügen, wurde 1990 als Abgeordneter der CDU in den Landtag Brandenburg gewählt, wo er bis 1992 den Fraktionsvorsitz innehatte. Diestel gestaltete für die CDU die Brandenburgische Verfassung mit und war 1992 neben Gregor Gysi (PDS) Mitinitiator der parteiübergreifenden „Komitees für Gerechtigkeit“. 1994 wurde er nicht wieder in den Landtag gewählt. Er ist als Rechtsanwalt in Potsdam tätig.

Jörg Hildebrandt über seine Frau Regine

Fürsorge und Verantwortung als Leitmotiv

Meine Frau kam 1941 in der Bernauer Straße in Berlin zur Welt. Die Wohnung der Familie wurde im Weltkrieg 1944 ausgebombt, und 1961 erlebte meine Frau den Bau der Mauer genau entlang dieser Straße, in der sie weiterhin wohnte. Für sie war die Bernauer Straße eine „Schicksalsstraße“, die sie politisch sehr geprägt hat – sie hatte einen ganz großen Abstand zum DDR-System.

Zur Zeit der Wende arbeitete Regine, promovierte Biologin, als Bereichsleiterin in der Zentralstelle für Diabetes und Stoffwechselkrankheiten. Zuvor war sie stellvertretende Leiterin der Pharmakologischen Abteilung im Volkseigenen Betrieb „Berlin-Chemie“ gewesen. Da ihr der Eintritt in eine der Blockparteien oder gar in die SED völlig abwegig erschien und sie auch aktives evangelisches Gemeindemitglied war, hatte sie keine weiteren Karrierechancen. Aber das machte ihr nichts aus. Sie war immer der Meinung, sie könne auch so ihre Aufgaben, von denen es genug gab, erledigen.

Wir haben drei Kinder, von denen 1989 noch zwei zu Hause wohnten. Unsere älteste Tochter, damals gerade 20 Jahre alt, war im Sommer über Ungarn und Österreich nach Westdeutschland geflohen. Unser Sohn suchte einen Ausbildungsplatz als Karosseriefacharbeiter, und unsere jüngste Tochter ging mit ihren 15 Jahren noch zur Schule. Wir lebten gut und hatten alles, was wir brauchten. Regine war ein Familienmensch. Gemeinsame Mahlzeiten waren uns sehr wichtig: wochentags das Abendbrot und am Sonntag nach dem Gottesdienstbesuch das Mittagessen.

Im Sommer verbrachten wir die Nachmittage an den Gewässern in der Umgebung Berlins und wir unternahmen gern größere Urlaubsfahrten, meist nach Osteuropa. Da wir beide eine große Verwandtschaft hatten, gab es immer irgendwo einen Geburtstag zu feiern, so dass unsere Wochenenden stets gut ausgefüllt waren.

Seit ihrer Kindheit ging meine Frau in die Kirche. In der Berliner Versöhnungskirche sang sie im Kinder- und später im Kirchenchor und war in der Jungen Gemeinde engagiert, wo wir uns kennengelernt haben. Sie war aufgrund dessen weder bei den Pionieren noch in der FDJ. Nach dem Mauerbau 1961, als die Versöhnungskirche nicht mehr zugänglich war, schlossen wir uns der Gemeinde des Berliner Doms an und sangen in der von Regine und mir mitbegründeten Domkantorei, die mein Bruder Herbert leitete. In dieser Zeit war die Kirche unser Refugium, weil wir hier offen Gedanken äußern und frei diskutieren konnten. Die Kirche bedeutete für Regine geistige Heimstatt.

„Arrangiert“ hatte sie sich nur insofern mit der DDR, als sie fleißig und ordentlich gearbeitet hat. Erst auf Drängen ihres Arbeitskollektivs trat sie dem FDGB bei, da das Kollektiv sonst nicht prämiert worden wäre. Wir sind in der DDR nie zur Wahl gegangen. Wenn Wahlschlepper uns holen wollten, beriefen wir uns darauf, dass nach Artikel 22 der DDR-Verfassung keine Wahlpflicht bestünde. Wir haben uns immer mit Briefen und Protestschreiben bemerkbar gemacht, sei es an das Zentralkomitee der SED oder an das *Neue Deutschland*. Als im August 1968 beispielsweise die Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR einfielen, sind wir in die Tschechoslowakische Botschaft gegangen und haben dagegen protestiert.

Regine hat geduldig DDR-Zeitungen gelesen, da sie auf dem Laufenden sein wollte, was die offizielle Politik und bestimmte Sprachregelungen in der DDR betraf. Daher hatten wir sowohl das *Neue Deutschland* als auch die *Neue Zeit*, das Zentralorgan der Ost-CDU, abonniert. Den politischen Hintergrund holte sich Regine allerdings aus westlichen Informationsquellen. Da wir niemals einen Fernseher besessen haben, hörten wir vornehmlich Nachrichten und politische Sendungen der West-Berliner Radiostationen RIAS und SFB, aber auch den Londoner Rundfunk. Eine Menge erfuhren wir von unseren vielen Freunden und Verwandten aus dem Westen, die uns besuchten.

Im Verlauf des Jahres 1989 rührte sich immer mehr Widerstand in der DDR, ausgelöst durch die zunehmende ideologische Gängelung, die unablässige Beschränkung der Reisefreiheit, den stärker werdenden Drang der Abertausenden Ausreisewilligen und den Nachweis des Betrugs bei den Kommunalwahlen im Mai. Ab September engagierte Regine sich gemeinsam mit mir bis zum Jahresende in der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt!, zugleich traten wir am 12. Oktober der fünf Tage zuvor gegründeten SDP bei, der Sozialdemokratischen Partei der DDR. Die Entscheidung war für uns als Berliner keine Frage. Wir verehrten die ehemaligen Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter und Willy Brandt ebenso wie Kurt Schumacher, den ersten Vorsitzenden der westdeutschen SPD nach dem Krieg. Regine war vor allem der soziale Aspekt der Partei wichtig. Für uns kam die Ost-CDU als Büttel der SED nicht in Frage. Am 4. November nahm Regine mit selbst gemalten Plakaten an der ersten großen freien Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin teil. Das war auch die Zeit, in der sich Regine an der Besetzung konspirativer Stasi-Wohnungen beteiligte. Wir empfanden allerdings zunehmend Angst, weil Egon Krenz, der eben erst eingesetzte neue Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking als „notwendiges Wiederherstellen der Ordnung“ bezeichnet hatte, und glaubten nicht, dass die DDR-Diktatur sang- und klanglos von der Bühne verschwinden würde.



Am 9. November 1989 wurde unser Sohn 18 Jahre alt. Wir feierten tüchtig, gingen aber dennoch relativ früh ins Bett. Als jemand anrief und sagte, die Grenze sei geöffnet worden, wollte ich das gar nicht glauben. Aber Regine ließ nicht locker. Wir schalteten das Radio ein, telefonierten mit Freunden, und tatsächlich sollten an der Bornholmer Brücke Leute sein, die die Grenze überqueren wollten. Wir sind noch am selben Abend mit den Kindern dorthin gefahren und wurden in der Nacht mit einem Strom von Menschen in den Westen geschwemmt. Das war einfach toll. Da war uns irgendwie klar, dass dieses Ereignis den Zerfall der DDR bedeuten würde.

Nach der Maueröffnung übernahmen viele in unserer Familie politische Aufgaben. Ich war für die SDP Teilnehmer des Runden Tisches beim Rundfunk, mein Schwager wurde SDP-Stadtrat in Berlin-Mitte, und auch meine Schwester übernahm einen ehrenamtlichen Posten. Als die erste freie Wahl der Volkskammer vorbereitet wurde, fehlte es der Partei an Berliner Kandidaten. Familienmitglieder, aber auch Parteifreunde wie Steffen Reiche und Markus Meckel, die selbst kandidierten, überredeten Regine, ebenfalls zu kandidieren. So wurde sie am 18. März in die Volkskammer gewählt. Von mir hat sie bei all dem große Ermunterung erfahren, aber auch die Verwandtschaft hat sie zum Weitermachen ermutigt.

In der Regierung von Lothar de Maizière wurde meine Frau Arbeits- und Sozialministerin. Ein anderes Ressort hätte sie sich nicht vorstellen können. Allerdings übernahm sie dieses Amt nur unter der Voraussetzung, dass Alwin Ziel, ein Parteifreund mit Kenntnissen des Arbeitsrechts, ihr Staatssekretär würde. Schon kurz nach Aufnahme ihrer Arbeit als Ministerin zeigte sich, dass die durch den Umbruch verursachte Arbeitslosigkeit ihr Hauptproblem sein würde. Deshalb hat sie sich immer dafür eingesetzt, dass Menschen ihre Existenzgrundlagen nicht komplett verlieren. Sie sprach sich dafür aus, über Weiterbildungsmaßnahmen neue Arbeitsplätze anzubieten und bei Entlassungen über Umschulungen Lösungen zu finden.

Die Wiedervereinigung war für Regine ein großes Glücksmoment. Es gab für sie keine Alternative trotz aller Kümernisse und Ärgernisse. Die Bevormundung und Gängelung durch den Staat hatte ein Ende. Es gab Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, eine freie Presse und auch die freie Schulwahl. Freiheit bedeutete für meine Frau aber immer, Verantwortung für Mitmenschen zu übernehmen und nicht die Freiheit des anderen einzuschränken. Diese Leitschnur der Fürsorge und Verantwortung für den Nächsten rührte aus ihrem christlichen Glauben. Wobei ihr besonders Albert Schweitzer und Dietrich Bonhoeffer Vorbilder waren.

Durch ihre Arbeit als Ministerin wurde meine Frau bald recht bekannt und sie ließ sich wie selbstverständlich als Kandidatin der SPD für die Wahl zum Brandenburger Landtag aufstellen. Über die Neugründung Brandenburgs als Bundesland war sie glücklich, da sie sich als Preußin und Bran-

denburgerin gleichermaßen empfand. Den Weg in die Bundespolitik hat Regine daher nie erwogen. Manfred Stolpe, Brandenburgs designierter Ministerpräsident, hat ihr nach der Wahl vom 14. Oktober 1990 die Übernahme eines Ministeramts nahe gelegt. Sie bestand darauf, das gleiche Ressort wie zuvor zu übernehmen. So wurde sie in Brandenburg erste Landesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen.

Wichtig war meiner Frau bei ihrer Arbeit vor allem die soziale Verträglichkeit der Zusammenführung der beiden Staaten nach der Wiedervereinigung. Vieles von dem, was geändert werden sollte, fand sie einfach unsinnig. Besonders intensiv hat sie beispielsweise für die Beibehaltung der Polikliniken gekämpft. In Brandenburg ist es ihr gelungen, 30 solcher Kliniken als „Gesundheitszentren“ zu erhalten. Aber sie konnte nicht verhindern, dass sinnvolle Strukturen wie ärztliche Fortbildungsakademien oder Kur- und Bädereinrichtungen aufgegeben und viele Leute arbeitslos wurden. Von Erfolg gekrönt war wiederum ihr Bemühen um die Einrichtung landesweiter Betreuungszentren für chronisch Kranke. Nicht zu vergessen ihre „Vorsorgekuren“, unter anderem für diabetische oder rheumakranke Kinder, vor allem aber das Investitionsprogramm „Pflege“ und das Milliarden-Bauprogramm „Altenpflegeheime“. Sie hat sich für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stark gemacht wie für Beschäftigungsgesellschaften und Existenzgründungen, um Menschen in Arbeit zu bringen.

Ferner hat sie sich sehr für die Selbstbestimmung der Frau in der Abtreibungsfrage bezüglich der Fristenregelung eingesetzt, für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt und eine vernünftige Kinderbetreuung, wie sie in der DDR gemeinhin üblich war. Eine große Hilfe bei der Bewältigung dieser Aufgaben war ihr damaliger Staatssekretär Olaf Sund, der die langjährige Leitung des Landesarbeitsamtes von Nordrhein-Westfalen aufgegeben hatte, um in Brandenburg seine sozialpolitischen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen.

In den Kabinettsitzungen stieß sie mit ihren Wünschen häufig auf Widerspruch. Jeder Minister wollte natürlich für sein Ressort mehr Mittel rausholen. Glücklicherweise hatte sie zu Finanzminister Klaus-Dieter Kühbacher ein ganz ausgezeichnetes Verhältnis, später auch zu Finanzministerin Wilma Simon. Beide zeigten fast immer Verständnis für ihre Sozialbelange. Wenn es dennoch keine Einigung gab, hat Regine ihre Kollegen anschließend einfach angerufen und in der Tat „genervt“. Sie gab nicht klein bei und konnte dadurch manchen Erfolg verbuchen. Ansonsten waren die Sitzungen ihrer Schilderung nach immer sehr kollegial, und es gab wohl bis zum Schluss keine nennenswerten Verstimmungen. Das lag aber auch an den Moderationsfähigkeiten von Manfred Stolpe. Regine hat ihn bis zu ihrem Lebensende sehr geschätzt.

Stolpe kannten wir seit den 1960er Jahren und wir wussten, dass er der Mann der evangelischen Kirche gewesen war, der mit der Staatssicherheit „von Amts wegen“ zu tun hatte, aber begreiflicherweise nicht über alles coram publico gesprochen hat. Das war auch mir und meinen Kollegen in der Evangelischen Verlagsanstalt bekannt. Deshalb fanden wir die IM-Vorwürfe gegen ihn unerhört. Insgesamt hat meine Frau die ganze Stasi-Debatte im Land nicht hysterisch gemacht. Jedwede Spitzeldienste fand sie verwerflich, hielt deshalb die Überprüfung von Landtagsabgeordneten und leitenden Staatsbediensteten durch die Gauckbehörde für unerlässlich. Ebenso wichtig war ihr freilich der Blick voraus: Der ungeteilte Einsatz für den Neuanfang. Sie hat sich deshalb auch schwer damit getan, dass von 27 CDU-Mitgliedern im Landtag nur drei erst nach der Wende eingetreten sind. Für sie waren CDU-Altmitglieder in der Regel ganz große Opportunisten. Sie fühlte sich von ihnen häufig viel stärker angefochten als von anderen Abgeordneten, ja auch von denen aus der PDS.

Mit dem Ergebnis ihrer politischen Arbeit war meine Frau selten zufrieden, höchstens mit ihrem Einsatz. Sie hat nicht alles erreichen oder zu Ende führen können, was sie sich vorgenommen hatte. Es gab viele Enttäuschungen zu verkraften. Sie musste lernen, dass sie für ihre Vorhaben politische Partner brauchte und gelegentlich auch Kompromisse einzugehen hatte, die sie dann nicht nur als „Notlösungen“ betrachten durfte. Das war ein schwieriger Erkenntnisprozess. Doch sie hat sich kein „Netzwerk“ aufgebaut, keine „Beziehungen“ geknüpft, weil sie Klüngel hasste. Gleichwohl hat sie sich sehr gut mit Matthias Platzeck verstanden, und Hans Otto Bräutigam war ihr ein politischer Freund.

Sie hätte gerne auf die Erfahrung verzichtet, dass die Parteiräson viel Schwung aus der notwendigen Bearbeitung der Sachthemen nimmt. Ihrer Ansicht nach erlag die Vernunft allzu häufig der Opportunität. So konnten oft soziale oder wirtschaftliche Fragen nicht gelöst werden. Aber bis zum Schluss war sie in einer Aufbruchstimmung.

Regine wollte ursprünglich nur vorübergehend politisch tätig sein. Deshalb hat sie zunächst ihren alten Arbeitsplatz nicht freigemacht, bis sie erkannte, dass die Zeit in der Politik länger dauern würde. Als sie sich wegen der Koalition der SPD mit der CDU nach den Landtagswahlen 1999 aus dem Ministeramt zurückzog, ist ihr das wegen der vielen noch anstehenden Aufgaben nicht leicht gefallen, aber sie hat den Rückzug nicht bedauert. Sie hat bei ihrer Arbeit immer von der Einsicht in die Notwendigkeit gesprochen und nicht um persönliche Positionen in der Politik gekämpft. Sie fühlte sich als Vertreterin ihrer Mitbürger, aber es war nie ihr Ziel, Berufspolitikerin zu werden.

Betrübt hat es Regine allerdings, dass gerade ihr die Beschönigung der DDR vorgeworfen wurde, weil sie bestimmte Dinge, die ihr wichtig und ordentlich und gut erschienen, erhalten sehen wollte, also besonders die Strukturen der Kinderbetreuung oder die Polikliniken. Das Gerede, in der DDR sei „auch nicht alles schlecht gewesen“, ist ihr, salopp gesagt, tüchtig auf den Wecker gegangen. Sie hat immer deutlich machen wollen, was die DDR-Bürger mit der Wiedervereinigung gewonnen haben und worauf sie nach der Erfahrung mit einer Diktatur gut und gerne verzichten können. Deswegen würde sie die heute aufkommende Verklärung Ostdeutschlands sicher mit unguuten Gefühlen sehen. Zeitlebens war es ihr aus eigener übler Erfahrung klar: Die DDR ist nicht einen einzigen Tag ihrer vierzigjährigen Existenz ein demokratisch legitimierter Rechtsstaat gewesen.

Dr. Regine Hildebrandt, geboren am 26. April 1941 in Berlin und gestorben am 26. November 2001 in Woltersdorf bei Berlin, war ab 1990 Abgeordnete der SPD im Landtag Brandenburg und Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Als Ministerpräsident Manfred Stolpe nach der Wahl 1999 eine Koalition mit der CDU einging, gab sie ihr Abgeordnetenmandat zurück und wurde nicht wieder Ministerin.

Mit Entschlossenheit am Werk

Von meiner Grundeinstellung her bin ich christlich geprägt. Daraus habe ich auch zu DDR-Zeiten nie einen Hehl gemacht und schon früh Gesprächskreise in der Jungen Gemeinde in meiner Heimatstadt Potsdam geleitet. Das war in gewisser Weise immer politisch. Die Gesprächswochenenden hießen damals bewusst Rüstzeiten, um uns für die Auseinandersetzungen wegen unseres Glaubens in der real existierenden DDR zu rüsten.

Nach dem Abitur habe ich, unterbrochen durch eine Ausbildung zum Möbeltischler, evangelische Theologie am Sprachenkonvikt in Berlin studiert und war zur Zeit der Wende im zweiten Jahr evangelischer Pfarrer in Christinendorf, einem kleinen Ort in der Nähe von Trebbin.

Im Sommer 1989 habe ich sonntags in Christinendorf und in Märkisch Wilmsdorf Gottesdienste gehalten und anschließend oft Besuche bei Gemeindegliedern gemacht. Da meine Frau in Berlin studierte und unsere älteste Tochter in dieser Zeit mit im Pfarrhaus wohnte, trafen wir uns am Wochenende in Christinendorf oder in Potsdam bei unseren Eltern. Manchmal fuhr ich auch nach Berlin. Unsere beiden jüngeren Töchter wurden nach der Wende geboren. Mit Freunden überlegte ich damals intensiv, wie wir Veränderungen in der DDR erreichen könnten. Im Friedenskreis der Berliner Gethsemane-Gemeinde und in den Veranstaltungen des Konziliar-Prozesses, der vom Ökumenischen Rat der Kirchen organisiert wurde, forderten wir unter anderem immer deutlicher die Bürgerrechte auch für die DDR ein. Zugleich wurde für uns der Kampf für die Bewahrung der Schöpfung zunehmend wichtiger.

Von Kindheit an hatte ich eine kritische Haltung zur DDR, weil ich in Babelsberg an der Grenze zu West-Berlin aufwuchs, Westfernsehen gucken konnte und oft Verwandte aus dem Westen zu Besuch kamen. Aber es gab eine längere Phase, in der ich versuchte, mich zu arrangieren und Veränderungen im System zu bewerkstelligen. Ich war sogar einmal Gruppenratsvorsitzender in der Schule, ein anderes Mal FDJ-Sekretär in meiner Klasse. Für meine Schule war das natürlich eine Herausforderung, weil ich gleichzeitig das christliche Bekenntnisabzeichen trug und in kritischer Distanz politisch tätig war. Eine kurze Zeit überlegte ich gar der CDU beizutreten, um mit Hilfe dieser Partei Veränderungen zu organisieren. Mein Patenonkel bewahrte mich davor, indem er mir zeigte, wie viele damit gescheitert waren.



Seit ich 1986 überraschend das erste Mal anlässlich des Geburtstages meines Großvaters in den Westen reisen durfte, stellte ich mir bei weiteren Reisen wiederholt die Frage, ob ich da bleiben sollte. Ich kehrte in die DDR zurück, wollte aber mehr als bisher für Veränderungen tun. Bei meinem ersten Besuch im Westen fühlte ich mich nach 24 Stunden mehr zu Hause als im Osten. Ich spürte das Lebenselixier Freiheit. Ich hatte keine Lust mehr, im Staatstheater DDR in dem großen Stück „Aufbau des Sozialismus“ meine Rolle zu spielen und auf wichtige Rechte und Freiheiten sowie auf einen möglichen Wohlstand zu verzichten. Außerdem gingen mir die Bürokratie und Rückständigkeit auf die Nerven. Sie brachten mich um kostbare Lebenszeit. Es dauerte manchmal eine Stunde, bis ich ein funktionierendes öffentliches Telefon gefunden hatte. Oder ich benötigte zwei Stunden mit dem Zug vom Bahnhof Friedrichstraße bis nach Griebnitzsee in Potsdam, weil man ja um West-Berlin herumfahren musste.

Ich merkte, dass es eine grundlegendere Opposition braucht, um etwas zu verändern. Daher bemühte ich mich, Informationen über die SPD zu bekommen, weil ich mich der Partei von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel am nächsten fühlte. Gleichzeitig überwand ich Stück um Stück die Angst vor Repressalien. 1988 begann ich mit den Überlegungen für eine Neugründung dieser Partei in der DDR. Ich wusste recht gut über die wahren Zustände in der DDR Bescheid, da ich mich ausführlich über westliche Medien informierte. Aber es war nicht leicht, Gleichgesinnte zu finden, die bereit waren, die DDR so grundlegend in Frage zu stellen. Doch seit dem Spätsommer 1989 traf ich mich im Berliner Sprachenkonvikt regelmäßig mit Ibrahim Böhme und Angelika Barbe. Die Gründung einer Partei war außerdem so verboten, dass es nicht einmal ein Verbot gab und auch keine rechtliche Möglichkeit, die Genehmigung dafür zu beantragen. Aber am 7. Oktober 1989 gründeten wir dann gemeinsam mit anderen Mitstreitern in Schwante die SDP. Wir nannten sie so, damit wir nicht als Westgründung diffamiert werden konnten.

Nach der Parteigründung musste ich mehr Zeit und Arbeit in die Politik investieren. Ich suchte den Kontakt zur West-SPD, denn als Besitzer eines Reisepasses konnte ich nach Bonn fahren. Neben anderen traf ich dort am 25. Oktober 1989 den damaligen Parteichef Hans-Jochen Vogel. Diese Kontakte und die Möglichkeit über die Medien ausführlich von unserer Gründung zu erzählen, haben nicht unwesentlich zur Stärkung der jungen SDP beigetragen.

Am Tag des Mauerfalls war ich in meiner Gemeinde in Christinendorf. Ein Freund kam und berichtete mir, dass die Mauer in Berlin offen sei. Wir fragten uns, wie lange die Grenze jetzt wohl für alle Menschen offen bleiben wird. Nachdem wir ein Glas Sekt auf den Fall der Mauer getrunken hatten, bin ich nach Ost-Berlin und von dort mit Frau und Tochter nach West-Berlin gefahren, wo wir bei einer Freundin übernachteten. Das alles war für mich

mit unheimlichen Glücksgefühlen verbunden. Wie viele andere rechnete ich nicht so schnell mit freien Wahlen, sondern mit dem Beharrungsvermögen der SED.

Als SDP-Mitbegründer kandidierte ich für die Volkskammer auf der Liste der SPD im Bezirk Potsdam und wurde am 18. März 1990 gewählt. Ich wollte natürlich die bürgerlichen Freiheitsrechte – Pressefreiheit, Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, freie Wahlen und Parteien – für die DDR, aber es ging mir auch um die Strukturen im Land bis hin zur Wirtschaft. Ich wollte eine schnelle Annäherung an die Bundesrepublik und die zügige Angleichung der Lebensverhältnisse. Während der Verhandlungen zum Einigungsstaatsvertrag wurde mir immer stärker bewusst, dass es in der DDR auch bewahrenswerte Dinge gab, wie zum Beispiel das Sozialversicherungssystem und die Polikliniken, in denen mehrere Ärzte gemeinsam arbeiteten. Erhalten wollte ich sie aber nicht, weil sie aus der DDR waren, sondern weil ich sie im Vergleich zur Bundesrepublik doch einen Tick moderner fand. Leider ist daraus selbst im Osten, auch durch die Haltung der CDU, nicht allzu viel geworden.

Die Stimmung in der Volkskammer war vor allem gegenüber der SED-Nachfolgepartei PDS sehr aggressiv. Besonders die Mitglieder der ehemaligen Blockparteien versuchten in ihrer Ablehnung nachzuholen, was sie über Jahre versäumt hatten. Das lag auch daran, dass sich Ministerpräsident Lothar de Maizière immer weniger gegen Helmut Kohl und dessen Ziehsohn Günther Krause, der zum starken Mann der Ost-CDU wurde, durchsetzen konnte. Der setzte Parteikalkül vor alles andere und wurde darin vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützt.

Nach der Auflösung der Volkskammer am 2. Oktober hätte ich auch in die Bundespolitik gehen können. Ich habe mich aber für Brandenburg entschieden, weil ich seit Mai SPD-Landesvorsitzender war. Als wir den Landesverband gründeten, wollte ich den Posten des Vorsitzenden, um zu verhindern, dass Jochen Wolf, den ich für einen Scharlatan hielt, oder ein anderer, der es nicht können konnte, Ministerpräsident von Brandenburg würde. Keiner von uns hatte die Erfahrung und das Format dafür. Daher sprach ich Manfred Stolpe auf dieses Amt an.

Ich hätte mir damals auch vorstellen können, dass die DDR als Ganzes der Bundesrepublik beitreten oder mit ihr fusionieren würde, aber schon im April 1990 zeichnete sich ab, dass die DDR-Bürger ihre alten Länder wieder haben wollten. Wir hatten es in Brandenburg zwar etwas schwieriger als Sachsen oder Thüringen, eine eigene Identität zu finden, da Brandenburg mit Berlin lange den Kern des viel größeren Preußen gebildet hatte, aber es hat sich doch sehr schnell unter Einbezug der Lausitzer ein starkes Landesbewusstsein herausgebildet.

Politisch angetrieben hat mich mein Versprechen, Brandenburg und den dortigen SPD-Landesverband aufzubauen. Meine Frau stand meinem politischen Engagement allerdings eher distanziert gegenüber. Sie sagte mehr als einmal bedauernd, sie habe einen Pfarrer geheiratet und einen Politiker bekommen. Dennoch war sie viele Jahre Mitglied der SPD. Für mich selbst war Politiker zu sein anfangs nur etwas Vorübergehendes, ein Mandat auf Zeit; ich war ja mit meinem eigentlichen Beruf nicht unzufrieden.

Nach der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 favorisierte ich die Ampelkoalition mit Bündnis 90 und der FDP, weil ich mir vorstellte, mit Hilfe von Freunden aus der Bürgerbewegung Dinge anders als im Westen zu machen. Trotzdem wollten wir gerade in der Phase des Aufbaus einen breiten Konsens mit CDU und PDS herstellen und die CDU bei uns nicht so ausgrenzen, wie sie selbst es als Regierungspartei in den anderen Ländern mit der SPD hielt. Nicht, weil wir eine kleine DDR sein wollten, wie uns heute noch manche vorwerfen, sondern weil wir in dieser Umbruch- und Aufbausituation eine breite Basis für die Zukunft legen wollten. Andererseits waren viele Grundentscheidungen klar, und es gab z.B. in der Verfassungsdebatte einen aus heutiger Sicht erstaunlich breiten Konsens.

Die Stimmung war generell offen. Vernünftige Vorschläge wurden gehört und sachlich diskutiert; die Trennlinie zwischen Regierung und Opposition war weniger scharf als später. Wir konnten uns wegen der Fülle an Entscheidungen auch nicht immer so lange mit Fragen beschäftigen. Wir hatten soviel Freiheit wie nie zuvor. Wir genossen sie und bemühten uns, dass sie nicht eingeschränkt wird. Aber für die Gleichheit von Lebenschancen mussten wir mit Vehemenz kämpfen, damit sie nicht durch die neue Freiheit zerstört würden.

In der ersten Legislaturperiode war ich Mitglied im Verfassungsausschuss, im Berlin-Brandenburg-Ausschuss, im Kulturausschuss und kurze Zeit auch im Hauptausschuss. Die wichtigste Entscheidung war für mich damals, mit der Verfassung einen guten Rahmen zu setzen und die Aufbruchsituation zu nutzen. Ich wollte Dinge in die Verfassung schreiben, die so noch nie in einer Verfassung gestanden haben, aber von vielen als sinnvoll angesehen wurden, und ich wollte die Erfahrungen der friedlichen Revolution in die Bundesrepublik dauerhaft einbringen. Ich war ein Verfechter der Mitbestimmungsrechte des Volkes. Mir war auch wichtig, dass wir die Verfassung und die Gesetze nicht einfach von den Westländern abschreiben. Die Brandenburger Verfassung ist demokratischer zustande gekommen als die Verfassungen in den anderen neuen Ländern, weil wir nicht nur die CDU, sondern auch die PDS einbezogen und das Ergebnis durch einen Volksentscheid in Kraft gesetzt haben.

Die Rolle der Westdeutschen war gemischt. Sie wirkten manchmal bremsend, vor allem in der CDU, aber es gab anfangs ebenso viele, die ihre gesamte Lebenserfahrung einbrachten und auch Neues lernen wollten. Später kamen Bedenkenräger, die sich geräuschlos aus ihrem alten Leben verabschieden und dabei noch gutes Geld verdienen wollten. Sie machten Dienst nach Vorschrift. Typische Glücksritter fanden sich vor allem in der Wirtschaft. Sie nutzten die Unwissenheit der Ostdeutschen finanziell aus. Große Unternehmen wie Krupp kauften ihre Konkurrenzbetriebe auf, kassierten Fördergelder und machten diese Betriebe dann dicht. Dann blieb der Osten nicht mal verlängerte Werkbank. Das waren für mich bittere Erfahrungen.

Wir haben zwangsläufig Fehler gemacht, die bis heute nachwirken. Zum einen haben wir die Kreise in Brandenburg zu klein gefasst, so dass wir viele Millionen D-Mark in Strukturen wie den Bau von Kreisverwaltungen investiert haben, obwohl es anders gegangen wäre. Wir haben uns auf Prognosen verlassen, die ein Bevölkerungswachstum vorhersagten und deshalb den Bau überdimensionierter Kläranlagen gefördert, die die Gebühren für Wasser in die Höhe getrieben haben.

In der Bildungspolitik haben wir das dreigliedrige Westschulsystem übernommen, weil wir Volkes Wille umsetzen mussten. Ich wollte wie Bildungsministerin Marianne Birthler vom Bündnis 90 eine Schule für alle bis zur 10. Klasse und daneben Gymnasien, die anders als in der DDR, für alle Schüler offen sein sollten. Wir haben damals nicht genug dafür gekämpft, wenigstens ein nur zweigliedriges Schulsystem einzuführen. Das ist für mich eine der bittersten Erfahrungen, dass wir sehenden Auges einen schweren Fehler machen mussten, den wir heute nur mit größter Anstrengung korrigieren können. Bei der vorschulischen Bildung sind wir 1990 gut gestartet. Später haben wir dann in der Landesregierung Kürzungen beschlossen, die sich unter dem Eindruck der Pisaergebnisse als falsch herausstellten.

Leider haben wir auch 1996 die Abstimmung über eine Fusion von Berlin und Brandenburg zum falschen Zeitpunkt gemacht. Der damalige Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus-Rüdiger Landowsky hatte seine Zustimmung zum Vertrag davon abhängig gemacht, dass nicht mit der Senatswahl in Berlin, sondern erst ein halbes Jahr später abgestimmt wird. Die Abstimmung scheiterte, und das hat bis heute negative Folgen für das Land und die Republik.

Im ersten Landtag fühlte ich mich als Vertreter des Volkes, da ich selbst mitten aus dem Volk kam und meine politische Karriere nicht geplant war. Es gab auch Situationen, da fühlte ich mich mehr als Vertreter einer Partei, die es aufzubauen galt. Erst ab 1994 war ich als Minister auch Vertreter

einer Regierung, die angesichts des demografischen Wandels schmerzhafte Entscheidungen treffen musste: Als Volksvertreter hätte ich vielleicht für den Fortbestand einer Schule plädiert, aber als Regierung mussten wir die Kosten und Perspektiven im Blick haben.

Politische Entscheidungsprozesse habe ich mir an vielen Stellen anders vorgestellt und gewünscht. Ich dachte, man könne den Diskussionsprozess in einer Partei länger offen halten, als das in der Brandenburger SPD gelungen ist. Mit den Jahren merkte ich, dass ein Teil der Abgeordneten zu funktionierenden Rädchen geworden war, während andere resignierten. Ich glaube bis heute, dass mehr Politiker im Sinne des Ganzen politische und personelle Entscheidungen treffen können und sollten.

Absprachen und Versprechungen gab es natürlich damals schon. Die Frage ist, mit welchem Ziel man sie trifft: Im Interesse des Ganzen oder sind es faule Kompromisse und unfaire Geschäfte. Bis ich den Parteivorsitz wegen der Wahlschlappe im Jahr 2000 aufgeben musste, habe ich mit aller Kraft dafür gesorgt, dass die besten Leute in politische Verantwortung gekommen sind. Für mein Empfinden hat die SPD von heute ein Stück ihrer Unschuld verloren, weil bei der Besetzung von Ämtern vielfach auch anderes Kalkül im Vordergrund steht.

Ich war von Beginn an für eine sinnvolle Balance von Neuanfang und Aufarbeitung. Die Aufarbeitung der Vergangenheit sollte neue Chancen ermöglichen. In der Volkskammer habe ich mit Stolz das Stasi-Unterlagengesetz mit beschlossen und glaube, dass uns damit die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit besser als in anderen ehemaligen Diktaturen gelungen ist. Als SPD-Landesvorsitzender musste ich mich als Mitglied im Stolpe-Untersuchungsausschuss schon bald mit den Stasi-Vorwürfen gegen Manfred Stolpe beschäftigen. Ich vertraue ihm bis heute, aber ich ahnte schon zu DDR-Zeiten, dass er, um zu erreichen, was er erreicht hat, mit allen sprach, die Macht hatten. Wenn er also Oppositionellen wie Bärbel Bohley oder Freya Klier helfen wollte, musste er auch mit Vertretern der Stasi verhandeln. Ich glaube nicht, dass er je die Seiten gewechselt hat oder diese Gespräche wegen eines persönlichen Vorteils führte.

Ich bin stolz auf das, was uns gemeinsam gelungen ist, und auch darauf, dass ich zentrale Entscheidungen mitbewirkt und geprägt habe. Hätte ich nicht, gemeinsam mit Johannes Rau, 1990 Manfred Stolpe in die SPD gezogen, wäre die SPD in Brandenburg sicher nicht so lange in der Regierungsverantwortung. Leider habe ich einzelnen Menschen zu sehr vertraut, weil ich davon ausging: So wie ich dir begegne, so wirst du auch mir begegnen. Dennoch habe ich neue Freundschaften geschlossen, über Parteigrenzen hinweg eigenartigerweise mehr in der Linken als in der CDU. Dass mein Beitrag zum Aufbau des Landes anerkannt wird, zeigen mir die

Einladungen zu Veranstaltungen zu den runden Jahrestagen der Wende. Ich bin dankbar dafür. Das eine ist eigenes Verdienst, zum anderen hatte ich aber auch Glück, dass ich damals zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle gewesen bin.

Steffen Reiche, geboren am 27. Juni 1960 in Potsdam, war Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR und von 1990 bis 2000 Landesvorsitzender in Brandenburg. Von 1990 bis 2005 hatte er ein Landtagsmandat inne, ab 1994 war er in zwei Legislaturperioden Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bzw. für Bildung, Jugend und Sport. 2005 wechselte er in den Deutschen Bundestag, wo er bis 2009 Abgeordneter war.

Britta Stark (Schellin)

Beseelt von der Freiheit

Wenn ich meinen Kindern erzähle, dass ich in der DDR nicht frei reisen durfte, können die das gar nicht verstehen. Dass man bei irgendwelchen mittleren Beamten in der Kreispolizeibehörde vorstellig werden musste, die sich nach Westverwandten und ausgereisten Familienmitgliedern oder Freunden erkundigten, um dann die beantragte Reise abzulehnen, können sie sich nicht vorstellen. Ich wollte immer gerne reisen und habe sehr unter dem Eingesperrtsein in der DDR gelitten. Aus lauter Not wollte ich sogar Schiffsjunge, besser gesagt Schiffsmädchen, werden, aber selbst das hat nicht geklappt. Man kam aus dieser „Burg“ nicht heraus. Dabei wäre ich auch wiedergekommen, obwohl meine Eltern und Großeltern schon früh gestorben sind. Aber ich bin halt sehr heimatverbunden.

Statt auf Reisen zu gehen, fuhr ich also weiterhin täglich von meinem Wohnort Bernau nach Berlin-Blankenburg ins Gartenbaukombinat, wo ich bis zur Wende als Maschinenbauteilkonstrukteurin gearbeitet habe. Ich habe dort als Fachfrau eine Mohrrübenerntemaschine konstruiert. Ich hatte keine Karriere vor mir, allein schon von der Ausbildung als Technikerin her, aber ich wollte auch nicht Kombinatdirektorin oder Abteilungsleiterin werden. Ich hatte ja auch kein Parteibuch. Gleichwohl war ich FDJ-Mitglied und im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund. Aber es war durchaus möglich, sich im Rahmen seiner beruflichen Stellung nicht alles gefallen zu lassen. Ich habe jedenfalls immer meine Meinung gesagt, und es hat mir nicht geschadet.

Die Sonntage im Sommer 1989 waren ganz unterschiedlich, denn ich lebte allein und hatte noch keine Kinder. Es gab also Sonntage, an denen ich mich mit Freunden getroffen und Kaffee getrunken habe, Fahrrad gefahren bin oder das Grab meiner Eltern besucht habe. Es gab aber auch Sonntage, an denen ich mit Freunden diskutiert habe, wie man die sich verändernde politische Situation selbst mitgestalten kann. Politisch aktiv geworden bin ich mit Anfang 20 über evangelische Kirchenkreise, die versucht haben, den Osten von innen her zu verändern. Meine Mutter war regelmäßige Kirchgängerin, weshalb ich Mitglied der Kirche war. Ich bin allerdings nicht konfirmiert worden, sondern habe die Jugendweihe mitgemacht.



Ja, und dann gab es Sonntage, an denen ich zu den heute bekannteren Gesprächsforen in Berlin ging. Zum Beispiel in die Gethsemanekirche im Prenzlauer Berg, wo es schon lange eine oppositionelle Zelle gab, oder auch in die Zionskirche in Berlin-Mitte, die mit dem Friedens- und Umweltkreis der Zionsgemeinde interessante Gesprächskreise bot. Später habe ich auch bei den Montagsdemonstrationen in Berlin mitgemacht.

Dennoch war ich in der DDR nicht oppositionell. Ich habe in diesem Land gelebt, habe die schönen Seiten genossen und versucht, gegen Dinge, die mir missfielen, vorzugehen, ohne dass ich im Gefängnis landete. Als Bürger der DDR hatte man die Möglichkeit, ohne Rechtsbeistand bis zum Obersten Gericht zu klagen. Was ich beispielsweise getan habe, als beim Tod meiner Mutter eine medizinische Sorgfaltspflichtverletzung nicht eingestanden wurde. Auch habe ich mich gewehrt, als die Behörden versucht haben, mich aus der alten Dreiraumwohnung meiner Eltern zu vertreiben. Ich habe ohne Umzugsgenehmigung mit einem Polizisten aus Bernau meine Wohnung getauscht. Ja, ich habe mich immer im Rahmen des Unrechtssystems gewehrt.

Wir haben zu Hause nur Westfernsehen geschaut. Das hat mich sehr geprägt. Meine Mutter war glühende Anhängerin von Willy Brandt und Helmut Schmidt, und mein Vater hat nach dem Mauerbau noch lange in West-Berlin auf dem Bau gearbeitet. Zu unseren Verwandten in der Bundesrepublik haben wir immer Kontakt gehalten, so dass wir eigentlich sehr westlich sozialisiert waren. Die *Aktuelle Kamera* hat es bei uns nicht gegeben. Ich habe sie später auch gemieden. Man musste sich ja nicht darüber informieren.

Mit dem Ende der DDR hätte ich nie gerechnet. Viele meiner Freunde waren zwar über Ungarn illegal ausgereist, auch mein Freund ist 1987 weggegangen, und ich spürte, etwas ist in Bewegung. Aber dass sich die Grenzen jemals öffnen würden, hat keiner gehnt. Vom Fall der Mauer habe ich am Morgen danach im Radio gehört. Auf dem Weg zur Arbeit waren in der S-Bahn alle sehr aufgeregt und redeten durcheinander. Mit den Kollegen aus dem Betrieb haben wir dann entschieden, zum Grenzübergang Bornholmer Straße in Berlin zu fahren. Dort kamen wir zwischen 7 und 8 Uhr an. Da war ich nun ohne Kontrollen nach West-Berlin gelangt und habe wie viele andere auch auf der Mauer gesessen. Das Ganze war sehr bewegend, auch weil ich an meine Eltern denken musste, die der Generation angehörten, deren Leben die DDR verpatzt hatte. Ich war damals 26 Jahre alt, für mich und meine Freunde gab es noch eine Chance und wir haben bis heute ein tolles Leben führen können. Aber unsere Eltern waren die Angeschwärmten.

Mein politisches Engagement ergab sich nach der Maueröffnung recht schnell. Wir hatten keine Zeit, lange zu überlegen. Ich habe mir alles angeguckt, vom Neuen Forum bis zum Demokratischen Aufbruch, die mir aber intellektuell zu abgehoben waren. Ich habe dann mit anderen die Sozialdemokratische Partei in der DDR, die SDP, gegründet, und war die erste Vorsitzende des Bezirksverbandes Frankfurt (Oder). Als ich gefragt wurde, ob ich mitmachen wolle, habe ich gedacht, jetzt musst Du mitgestalten, und meine Arbeit im Kombinat aufgegeben. Ich habe damit zwar den Kontakt zu meinen damaligen Freunden und Kollegen etwas verloren, aber neue Freunde im politischen Umfeld gefunden, die mich bei meiner politischen Arbeit immer unterstützt haben.

Bis zum September 1990, als sich die SDP mit der Westdeutschen SPD vereint hat, war ich im ersten DDR-Landesvorstand der SDP. Ich habe in der SPD schnell meine politische Heimat gefunden; ihre Protagonisten waren eher bodenständig so wie ich. Das ist auch der Grund, weshalb für mich die Bundespolitik nie zur Debatte stand. Ich möchte die Entscheidungen, die ich treffe und auf die ich Einfluss nehmen kann, immer überblicken können.

Nach der Kommunalwahl im Mai 1990 wurde ich zunächst die erste Regierungsbeauftragte und Leiterin der Bezirksverwaltungsbehörde Frankfurt (Oder). Da hatte ich nun die Aufgabe, diese Behörde mit mehreren tausend Mitarbeitern abzuwickeln, mit allen angeschlossenen Einrichtungen bis hin zu den Gastehäusern. Diese ehemaligen Räte der Bezirke waren alle noch mit den alten Genossen versehen und nicht demokratisch gewählt wie die Bürgermeister oder Landräte. Das war eine Wahnsinnsaufgabe, ohne dass ich davon wirklich Ahnung hatte. Frustrierend war, dass für viele Beschäftigte aufgrund eines Überleitungsvertrags schon das bundesdeutsche Personalrecht galt und wir sie nicht mehr loswurden. Es bestand nicht einmal eine Chance, diese Leute zu degradieren. Noch bevor ich kam, hatten Stasi und SED ihre Genossen zum Beispiel in Finanzämtern und Sozialämtern untergebracht. Das konnte ich anhand der Personalakten nachvollziehen, und da sitzen sie noch heute. Das wird immer wieder in Petitionen und Briefen von Bürgern beklagt, die sozusagen unter jedem System mit denselben Personen zu tun haben. Andererseits kann man so einen Staatsapparat mit Tausenden von Leuten nicht innerhalb von einer Woche komplett durch Tierärzte, Pastoren oder Maschinenbauer ersetzen.

Mir war daher die Stasi-Aufarbeitung wichtig, weshalb ich in der Arbeitsgruppe für das Stasi-Unterlagengesetz mitgearbeitet habe. Leider war die Aufarbeitung teilweise nur begrenzt möglich, denn es sind schon kurz nach der Wende Stasi-Akten vernichtet worden. Andererseits wurde und wird die Aufarbeitung der Vergangenheit vorwiegend und nicht selten vordergründig an der Stasi festgemacht. Aber sie war nur ein Instrument der SED, und

die wirklich Verantwortlichen waren die SED-Funktionäre. Sie tragen die Verantwortung für all das, was in der DDR geschehen ist. Da ist die Vergangenheit ungenügend aufgearbeitet worden. Es hätte manchmal schon gereicht, dass sich einer der ehemaligen SED-Funktionäre entschuldigt, einen Satz zur eigenen Aufarbeitung geäußert oder einfach mal reflektiert hätte, was eigentlich passiert war und ab wann er selber eine Verantwortung zu tragen hatte. Aber das hat alles nicht stattgefunden. Viele waren sofort wieder im Sattel, als Richter und Staatsanwälte, als Beamte und Verwaltungsangestellte, und bildeten den neuen Rechtsstaat. Diese Erfahrung hätte ich lieber nicht gemacht.

Fast genauso hat es mich gestört, dass viele wichtige Positionen in den Behörden und Ministerien mit Westdeutschen vorwiegend aus Nordrhein-Westfalen, unserem Partnerland, besetzt waren. Es gab neben Karrieristen natürlich auch Fachleute, auf die wir angewiesen waren. Aber das Prinzip der doppelten Schreibtische, wir arbeiten die Ostdeutschen ein und gehen dann wieder nach Hause, wurde zwar versprochen, aber nicht eingehalten.

Da es anfangs nicht klar gewesen ist, ob die DDR als eigenstaatliches Gebilde erhalten bleibt, habe ich mich zunächst gegen die alte DDR, das Unrechtssystem und die herrschenden Bedingungen engagiert. Im Laufe der Zeit wurde ich zur Streiterin für die neue Gesellschaft, die wir dann miteinander aufgebaut haben. Meine politischen Vorstellungen waren damals eher unklar, für mich persönlich stand der Freiheitsgedanke im Vordergrund. Mir war ganz wichtig, dass diese neue freiheitliche Gesellschaft bestehen bleibt und dass jedes Individuum – anders als zu Ostzeiten – selbstbestimmt ist. Konkrete Vorstellungen über das Schul- oder Sozialsystem beispielsweise, hatte ich nicht. Das kam mehr so aus dem Bauch heraus. Ich hatte auch keine Vorbilder, allerdings erfüllten Regine Hildebrandt, Manfred Stolpe und Steffen Reiche für mich eine Art Vorbildfunktion. Gerade Manfred Stolpe war für viele eine Symbolfigur. Deswegen haben wir in der Diskussion um seine Stasi-Kontakte, die er aufgrund seiner Position als Konsistorialpräsident in der DDR sicher hatte, in der Mehrheit zu ihm gestanden.

Es war schon ein erhebendes Gefühl, in der ersten Legislaturperiode sozusagen eine neue Gesellschaft strukturieren zu können, alles neu aus der Taufe zu heben, die Gesetzgebung und Rahmenbedingungen für das neue Land Brandenburg zu gestalten. Das erleben zu können, ist ja nur wenigen gegeben. Bis heute habe ich dieses Gefühl für Freiheit als Wert an sich nicht verloren.

Wegen meiner Erfahrungen als Regierungsbeauftragte habe ich im Landtag vor allem im Innen- und Kommunalausschuss mitgearbeitet, wo es um den Aufbau von Verwaltungsstrukturen ging. Aber ich war auch im Verfassungsausschuss. Die Sitzungen damals waren einfach toll. Es gab

ja keine Grundlage. Wir sind natürlich mit guten Vorschlägen aus Nordrhein-Westfalen überhäuft worden, aber wir haben uns auch anderweitig umgesehen und dann Stück für Stück ein Gesetz nach dem anderen geschaffen: die Kommunalverfassung, das Verwaltungsorganisationsgesetz und das Datenschutzgesetz – all diese Themen, die wir vorher überhaupt nicht kannten. Wir haben oft bis nach Mitternacht gesessen. Alle Vorschläge wurden gehört. Da wir eine Ampelkoalition hatten, mussten wir viel um die Sache streiten. Aber die Diskussionen waren immer ergebnisorientiert. Auch die Opposition war anders eingebunden als heute. So hat der schon verstorbene Michael Schumann von der PDS viele gute Vorschläge gemacht, die berücksichtigt worden sind. Das klassische Regierungs- und Oppositionsverhalten hat sich erst mit den Jahren aufgebaut. Mir scheint, das kommt automatisch mit der Professionalität der Politik. Ich glaube, wir haben das alles ganz gut für Brandenburg hinbekommen, wenn man im Rückblick jetzt auch manche Dinge anders machen könnte.

Ich finde, dass das Volk angemessen an allen Entscheidungen beteiligt war. Es gab zunächst die Runden Tische, und später im Verfassungsausschuss saßen neben den Landtagsabgeordneten auch Sachverständige. Das war für mich eine sehr gute Zusammensetzung und wir haben ein akzeptables Ergebnis erzielt. Außerdem haben die Brandenburger ihre Verfassung per Volksentscheid annehmen können. Allerdings waren die Leute damals noch viel besser mitzunehmen, es herrschte eine tolle Aufbruchstimmung und Interesse an einer breiten Diskussion. Bereits da hat sich schon eine landsmannschaftliche Prägung ausgebildet, die es vorher nicht gab. Die Menschen sind heute stolz, Brandenburger zu sein. So wie Regine Hildebrandt und Manfred Stolpe damals die Vorreiter waren. Ich fühlte mich auch jederzeit als Volksvertreter, denn ich habe ja selbst mitdemonstriert.

Von der Wende ist natürlich immer weniger zu spüren. Aber solange noch Leute aus dieser Zeit leben, glaube ich, wird es Differenzierungen zwischen Ost und West geben. Ich habe auch Verständnis dafür, dass jemand frustriert reagiert und sagt, mir ist egal, dass man nach China fahren kann, ich kann es mir gar nicht leisten. Ich hätte lieber einen Arbeitsplatz, eine Sozialversicherung, eine Schrankwand und meine Rente. Man konnte sich in der DDR einrichten. Daraus rührt natürlich auch die Verklärung der DDR bei denen, die dort ihre Nische hatten und heute ohne etwas da stehen. Das zeigt einem, dass man die Leute nicht einfach sich selbst überlassen kann und dass jeder ein Minimum zum Leben braucht. Wir sollten es daher schaffen, einen solidarischen Konsens in der Gesellschaft zu finden.

In diesem Zusammenhang enttäuscht es mich, dass die DDR, unsere jüngste Geschichte, in der Schule so wenig behandelt wird. Sicher hängt das auch von den Lehrern ab und deren Erfahrungen in der DDR. Ich halte viele Vorträge in den Schulen, biete mich auch an, aber meistens geschieht

dies im Rahmen von Projektarbeit oder in Schulklassen in Diskussionsrunden. Insgesamt ist das viel zu defizitär und wir müssen mehr dafür tun, DDR-Geschichte besser zu vermitteln.

Ich bin stolz und froh, dass ich Brandenburg mitgestalten konnte. Dass ich an der Landesverfassung mitgearbeitet habe, dass ich mich für etwas Neues eingesetzt und den alten DDR-Schaum bekämpft habe. Das hat mich auch ein ganzes Stück in meiner eigenen Entwicklung geprägt. Mir ist dabei die gesellschaftliche Anerkennung weniger wichtig als die Tatsache, dass ich immer noch in den Spiegel gucken kann.

Britta Stark, geboren am 12. Mai 1963 in Bernau/Brandenburg, war ab 1990 zwei Legislaturperioden lang für die SPD Abgeordnete im Landtag Brandenburg. 1999 bis 2001 arbeitete sie nach verpasstem Wiedereinzug in der Verwaltung, bis sie 2001 als Nachrückerin für Manfred Stolpe, der Bundesminister wurde, erneut im Landesparlament aktiv war. Seither ist sie Abgeordnete, seit 2004 zudem Mitglied des Landtagspräsidiums.

Heinz Vietze

Flucht nach vorn

Mein Geld habe ich in der DDR als hauptamtlicher Funktionär der SED verdient. Zur Zeit der Wende war ich gerade erst neu im Amt als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Potsdam.* Damit war ich im Landkreis und der Bezirksstadt Potsdam politisch hauptverantwortlich für ein möglichst großes Engagement bei der Erfüllung der Aufgaben, die damals von der Partei beschlossen wurden. Das betraf die verschiedensten Bereiche. Vorher war ich als 1. Sekretär der Kreisleitung in Oranienburg und dann Potsdam zum Beispiel zuständig für die Umsetzung des Wohnungsbauprogramms, den Bau von Schulen, Jugendklubs oder Kindereinrichtungen.

Bescheidener waren die Möglichkeiten, wenn man eigene Initiativen umsetzen wollte. Dennoch hatten wir in Oranienburg etwa ein Kinderkrankenhaus errichtet oder eine Verkaufseinrichtung für die im Kreis selbst produzierten Konsumgüter geschaffen.

Im Sommer 1989 gab es für mich keinen normalen Sonntag mehr. Jede Woche war angespannt wegen der wirtschaftlichen Situation. Ich war am Wochenende ständig unterwegs, war bei vielen Diskussionen, wo es hauptsächlich um Versorgungsfragen ging. Das war oft ernüchternd, auch im Hinblick auf die berechtigten Betrugsvorwürfe nach der Kommunalwahl im Mai 1989. Daneben musste ich noch die neue Wohnung in Potsdam – wir hatten vier Zimmer für fünf Personen – ausbauen und den Umzug von Oranienburg vollziehen. Meine drei Söhne gingen damals noch zur Schule.

Als ich 1966 in die SED eintrat, war ich mit einem ausgeprägten sozialen Engagement dabei, so wie ich zuvor ein überzeugter FDJler gewesen bin. Meine Eltern, die beide Behinderungen hatten, waren nicht begeistert von dieser Entscheidung, aber sie akzeptierten sie, weil sie fanden, dass ein soziales Element auch in der SED gegeben war. Mein Vater war 1952 aus der SED ausgetreten, nachdem sie zur „Partei neuen Typus“ umgeformt wurde, während ich schon früh zu Hause dagegen gekämpft habe, dass meine Familie immer Westfernsehen schaute. Aber mir wurde klargemacht, ich könne ja schlafen gehen.

Ab 1970 war ich 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Potsdam und später der FDJ-Bezirksleitung Potsdam. Die Politik der SED habe ich mit voller Überzeugung vertreten. Als Funktionär habe ich mir im Westfernsehen nur politische Sendungen wie *Kontraste* angeschaut, um zu wissen, was dort

* Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung war gleichzeitig Mitglied des Zentralkomitees der SED und im Verteidigungsfalle Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung.



über uns in der DDR oder sogar über mich berichtet wird. Aber man begibt sich natürlich nicht in eine Partei, um zu sagen, ich bin mit allem zufrieden. Das ist keine lohnende Aufgabe. Mit den Jahren wollte ich Veränderungen. Ich wollte, dass die Fragen, die die Bürger zutiefst bewegten, also die nach Wohnraum, besseren Lebensverhältnissen und nach attraktiverem Urlaub beantwortet werden.

In Gesprächen mit Generaldirektoren von Kombinat und den Kollegen im SED-Zentralkomitee merkte ich in den Jahren 1988/89, dass es eine Art Aufbegehren gab, weil es so nicht weitergehen konnte. Meine Überschätzung der wirtschaftlichen Erfolge wurde durch solche Gespräche auf ein Normalmaß gedrückt. Auch die veränderte internationale Situation, die Entwicklungen in Ungarn und Polen, wurde mir in diesen Gesprächen vermittelt und die Sensibilität der jungen Menschen, die wollten, dass sich etwas ändert.

Aber wir waren mit einer sehr rigiden politischen Konzeption des ZK konfrontiert. Es war an Diskussionen nicht interessiert, sondern an der Durchsetzung des Beschlossenen. In diesen Zeiten musste man natürlich überlegen, wie man sich verhält. Es gab ja kein Klima der freien und offenen Auseinandersetzung, was mich schon gestört hat.

Das Verbot der Zeitschrift *Sputnik* 1988 hatte uns in der Partei erstmals verunsichert. Die Wirkungen solcher Maßnahmen waren nicht immer ermutigend. Ich habe noch sehr gut die Diskussion in Erinnerung, als wir unter uns gesagt haben, es darf nicht zu Betrug bei der Kommunalwahl kommen. Der wurde dann am Ende trotzdem organisiert. Es war eine aberwitzige Situation: Man wusste, dass der Betrug durch das Neue Forum auffliegen würde, das die Auszählung beobachten würde, und trotzdem wurde alles von der Staatssicherheit unternommen, dies durch einen Beauftragten bei den öffentlichen Auszählungen in den Wahllokalen zu unterbinden.

Damit hatte sich das System selbst infrage gestellt. Und damit stand für mich die Frage, wie lange mache ich das mit, wenn ich in so einer Verantwortung bin. Distanziere ich mich oder versuche ich, etwas zu verändern. Aber in dieser Situation musste ich einfach Farbe bekennen. Und da sind wir in der innerparteilichen Auseinandersetzung offener geworden.

Wir haben gleichzeitig alle um das Ende der DDR gefürchtet. Es war uns immer klar, dass durch die Konstellation der zwei deutschen Staaten und des Kalten Kriegs Veränderungen daran mit dem Ende der DDR verbunden sein würden. Das hat uns auch in bestimmten Handlungen gelähmt, weil keiner für den Untergang der DDR verantwortlich sein wollte. Aber letztendlich war die Öffnung notwendig, weil die DDR als solche nicht mehr handlungsfähig war.

Am Tag der Maueröffnung selbst, am 9. November, hatten wir 17 Uhr mit dem damals einzigen in Potsdam lebenden jüdischen Bürger eine Ehrung

an der Stelle, an der das jüdische Gemeindehaus gestanden hat. Anschließend gingen wir in das damalige Jugendzentrum zu einem großen Jugendforum gegen rechte Gewalt. So gegen 19 Uhr bekam ich eine Information über eine Pressekonferenz mit Günter Schabowski, Politbüromitglied und mein Amtskollege in Berlin, dass ab sofort die unbeschränkte Ausreise aller DDR-Bürger möglich war. Um 20 Uhr fuhr ich zur Glienicker Brücke und habe gesehen, wie nachts die Grenze aufgemacht wurde. Das haben die Grenzpolizisten jeweils selbst entschieden. Ich fand das souverän. Da ist mancher Grenzsoldat und auch Offizier über sich hinaus gewachsen. Sie haben sich als gute Bürger erwiesen.

Der Fall der Mauer war aber für mich noch kein hinreichender Grund, über meine künftigen politischen Aktivitäten nachzudenken, denn wir wollten ja eine bessere, modernere und demokratischere DDR. Doch die Entwicklungen überschlugen sich und ich war auf einmal hier in Potsdam derjenige, dem der Hut aufgesetzt wurde. Da wäre ich ein Opportunist gewesen, wenn ich davongelaufen wäre. Nein, meine Weggefährten haben erwartet, dass ich mich der Verantwortung stelle. Es waren ja keine leichten Aufgaben zu bewältigen, wenn man beispielsweise an die Auflösung des Apparats der SED denkt. Vor allem haben Gregor Gysi, Lothar Bisky und mein leider schon verstorbener Freund Michael Schumann gesagt, sie hätten alle keine Ahnung von der Partei, das müsste ich schon machen. Im Sommer 1990 dann wurde ich zum Landesvorsitzenden der PDS in Brandenburg gewählt.

Meine politischen Vorstellungen waren die von einer Gesellschaft, die ein solidarisches und ein gerechtes Miteinander sichert und die Auswüchse, die mit absoluter Macht verbunden sind, verhindert. Diese Vorstellungen hatte ich zunächst noch für die DDR im Blick. In unserer Partei wurden wir uns bewusst, warum die DDR gescheitert ist und haben uns zu den Ursachen bekannt. Das Referat „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus“ auf dem außerordentlichen SED-Parteitag vom Dezember 1989, an dem ich mitgearbeitet habe, war die Ausgangsprämisse dafür.

Aber dann wurde Deutschland geeint und da sind wir auch angetreten, die neue Bundesrepublik zu reformieren. Ich habe damals gedacht, wir brauchen eine neue gesellschaftliche Alternative, die als der „dritte Weg“ thematisiert wurde. Um dieses Ziel zu erreichen, war die SED-PDS bzw. die PDS für mich die richtige Partei. Aber ich zähle mich schon zu dem realitätsbezogenen Teil der Linken, denn ich akzeptiere die Bundesrepublik so, wie sie ist. Auch in ihrer Verfasstheit und mit ihrer Verfassung. Was nicht bedeutet, dass man ein System für alle Ewigkeiten festschreiben muss, sondern auch auf Veränderungen hinwirken darf.

Die Idee der Konföderation wäre vielleicht ein Weg gewesen, bei dem man den Einigungsprozess etwas abgeklärter hätte durchführen können.

Aber ich muss fairerweise sagen, für diesen Weg, der beispielsweise mit dem 10-Punkte-Papier von Helmut Kohl im Gespräch war, gab es keine Basis mehr. Das Volk wollte die Einheit und wenn man sich als Teil und Vertreter dieses Volkes sieht, muss man das akzeptieren.

Natürlich hatte ich persönlichen Ehrgeiz. Wenn man überzeugt ist, dass man in einer Gesellschaft etwas verändern will, muss man auch den Willen haben, das umzusetzen und dann nach einer Aufgabe oder einer Funktion streben, wo man etwas bewegen kann. Für die Politik in Brandenburg entschied ich mich, weil ich hier nach wie vor die meisten Ansprechpartner hatte. Die handelnden Personen akzeptierten mich. Das Terrain hätte ich mir woanders erst aufbauen müssen. Bei dem Thema Bundespolitik habe ich mich gefragt, drängt es mich auf eine Ebene, wo die Kameraeinstellung und die Beleuchtungseinstellung eine andere ist? Ich habe für mich entschieden, nein, da drängt es mich nicht hin.

Ganz am Anfang meiner politischen Tätigkeit unter neuen Vorzeichen war ich in der Kommission für die Länderbildung, wobei in dieser Situation des Aufbruchs als Erstes etwas aufgegriffen wurde, was schon an der Wiege der DDR stand: die damaligen Länder. Die passten auch zur Struktur der Bundesrepublik.

Die erste Legislaturperiode Brandenburgs war dann die spannendste Zeit. Alle politischen Kräfte waren von dem Wunsch beseelt, etwas zu schaffen, was es bisher noch nicht gab. Also ein demokratisches Brandenburg mit demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger. Wir schufen die Gesetze für dieses Land, von der Verfassung bis in die Details einzelner Aufgabengebiete. Das war eine Riesenherausforderung. Meine Felder waren vor allem Bund-Länder-Angelegenheiten und der Verfassungsausschuss.

Für die Erarbeitung der Verfassung für das Land Brandenburg hatten wir gute Vorarbeiten von den Kollegen am Runden Tisch. Ich habe mich zudem für die Volksgesetzgebung stark gemacht und ich finde, dass die Mitsprachemöglichkeiten der Bürger in Brandenburg hinreichend sind. Allerdings müssten die Bedingungen dafür geändert werden, da wir ein sehr dünn besiedeltes Land sind. Für Menschen ohne Auto muss es leichter werden, sich zu beteiligen. Ich finde es gut, dass wir auch die Verfassung in einem Volksentscheid angenommen haben, und dass Die Linke in Brandenburg Verfassungspartei wurde, gehört mit zu den positivsten Ereignissen in meinem persönlichen Leben.

Während wir am Anfang noch gedacht haben, wir werden „besetzt“, haben wir dann doch gesehen, wie sich die Kollegen aus den alten Ländern bei der Schaffung der Verwaltungs- und Rechtsstrukturen eingebracht haben. Viele haben auch persönliche Opfer gebracht. Sie haben bisherige Lebensläufe verlassen, um sich in ein Abenteuer hierher zu begeben, und

ich finde einfach, das verdient Anerkennung und Respekt. Gleichzeitig glaube ich, viele aus dem Westen haben verstanden, dass wir von den Linken eben nicht nur Buhmänner sind. Dass nicht immer alles das System gefährdet, sondern manchmal auch einfach nur dazu beiträgt, eine vernünftige Lösung im Interesse der Menschen zu finden. Insofern haben alle etwas dazugelernt in Ost und West.

Ich habe mich in den ersten Jahren in Brandenburg natürlich auch besonders für die Interessen der im Osten Lebenden eingesetzt. Denn die Ungleichbehandlung war ja nicht nur eine Frage der Rhetorik, sondern sie war bei der Anerkennung von Schulabschlüssen, bei den Renten oder auch in der Frage des Eigentums an Grund und Boden für viele real. Später sind glücklicherweise manche dieser Festlegungen korrigiert worden.

Andererseits haben wir als Oppositionspartei manches aus Prinzip abgelehnt, wie zum Beispiel den Haushalt, aber die Fraktionsmitglieder haben nie unter Fraktionszwang gestanden. Als Linke haben wir mit vielen Niederlagen umgehen müssen. Ein Erfolg war manchmal, wenn ein Antrag von unserer Fraktion erst abgelehnt wurde, die Regierung dann aber einen Entschließungsantrag mit gleich lautendem Text einbrachte. Den konnte sie dann mit ihren Stimmen in Kraft setzen, und wir konnten auch zustimmen.

Trotz solcher Umwege hatten wir nie das Gefühl der Ausgrenzung seitens der anderen Parteien. Damals spielten Bürgerrechtler wie Matthias Platzeck und Marianne Birthler, Leute wie Peter-Michael Diestel und Karl-Heinz Kretschmer von der CDU wie auch Wolfgang Birthler von der SPD eine ausgleichende Rolle. Ich wäre ja als Erster, sozusagen als Aushängeschild, zu bekämpfen gewesen. Aber ich bin von Anfang an in dieser Runde akzeptiert worden. Andererseits wurde Anfang der 90er Jahre Manfred Stolpe von manchen Bürgerrechtlern sehr stark kritisiert, was ich persönlich ungerecht fand. Er hat zu DDR-Zeiten im Interesse der Kirche und der von Sicherheitsmaßnahmen der DDR betroffenen Kirchenvertreter Gutes getan. Er hat mit uns von der Partei darüber geredet, was man tun könne und ob wir nicht doch mal helfen. Er hat für den Einzelfall gekämpft wie für den Platz der Kirche in der Gesellschaft.

Leider wurde die Aufgeschlossenheit uns Linken gegenüber, die sich die CDU am Anfang leisten konnte, Ende der 90er-Jahre nicht mehr geduldet. Auch der sachgemäße Umgang der SPD mit uns, der am Anfang normal war, wurde dann von der SPD-Führung unter Rudolf Scharping nicht mehr geduldet.

Ich schäme mich gar nicht, dass ich mich nach dem Zusammenbruch der DDR kritisch mit der Geschichte der DDR und mit der SED, deren Mitglied ich Jahrzehnte lang war, auseinandergesetzt habe. Wenn man etwas Neues machen will, ist die Aufarbeitung der Vergangenheit einfach notwen-

dig. Ein Teil der DDR verklärt sich inzwischen wieder, insbesondere in Krisenzeiten. Ich habe somit nach wie vor die Auseinandersetzung über die Ursachen des Scheiterns der DDR zu führen. Ich will, dass die Menschen in dieser Gesellschaft eine Perspektive haben, aber Planwirtschaft à la DDR ist für mich kein Weg dahin.

Die Aufbruchstimmung von 1989 und den Jahren danach ist natürlich nicht mehr da. Ich kann mir vorstellen, dass die kommende Generation noch weniger damit zu tun hat. Das ist ein typisches Generationenproblem. Aber ich glaube, der große Teil der Bürger Brandenburgs und überhaupt der neuen Bundesländer, akzeptiert die Bundesrepublik. Was sie sich wünschen, ist eine Bundesrepublik, die für alle Chancen bietet.

In Brandenburg haben wir etwas ganz Eigenständiges geschafft: Dass Manfred Stolpe, Regine Hildebrand, Matthias Platzeck, Michael Schumann, ja und später auch Jörg Schönbohm in Brandenburg dabei waren, hat zu einer Form der Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit geführt, die ohne Diskreditierung ausgekommen ist. Meine politische Arbeit hat sich insgesamt gelohnt. Wir finden zunehmend Akzeptanz und Anerkennung dafür, was wir in den letzten 20 Jahren in diese Gesellschaft eingebracht haben. Der Vertrauensbruch der DDR-Obrigkeit im Umgang mit dem Volk war der kritischste Punkt, und es ist wichtig, dass man dieses Vertrauen durch seine Haltung und durch seine Arbeit, die man leistet, wieder aufbaut.

Heinz Vietze, geboren am 19. September 1947 in Zeitz/Sachsen-Anhalt, war seit 1990 für die PDS-LL Abgeordneter des Landtags. Bis 1994 fungierte er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, danach war er bis 2007 Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS bzw. der Partei Die Linke. Von 2004 bis 2007 gehörte er dem Landtagspräsidium an. 2009 kandidierte er nicht mehr für das Landesparlament. Er ist Vorsitzender der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ZUGREIFEN



Frank Dietrich

Politik als Intermezzo

An einen Sonntag im Juli 1989 kann ich mich noch genau erinnern. Damals absolvierte ich meinen Grundwehrdienst bei der NVA in Cottbus. Wir Soldaten des dritten Diensthalbjahres hatten uns zum Grillen zusammengefunden. Auf einmal ratterte gegen 17 Uhr der Fernschreiber, was sehr ungewöhnlich war. Das Fernschreiben hatte unter dem Vermerk: „Geheime Verschlusssache!“ folgenden Inhalt: „Die Entlassung der Entlassungskandidaten 89 II“, also des zweiten Diensthalbjahres, „fällt auf unbestimmte Zeit aus. Keßler, Armeegeneral.“

Ich habe den Satz ein paar Mal gelesen und mich dann entschieden, dieses Fernschreiben nicht zu quittieren, weil es bei meinem Fernschreiber überhaupt nicht hätte ankommen dürfen. Was das Schreiben bedeutete, haben wir dann in der Nacht von Sonntag zu Montag erlebt. Es wurde der totale Gefechtsalarm ausgelöst. Wir durften nicht aus der Kaserne raus, sollten aber ständig die Waffe mit uns herumschleppen. Es tat sich was, denn auch die Radios, Fernseher und Zeitungen wurden eingezogen. Man versuchte, uns von Informationen auszuschließen. Wir wussten diese Aktion nur nicht einzuordnen. Dass sie mit dem Mauerfall im November in Zusammenhang stand, hätten wir nicht gedacht.

Von meinen schulischen Leistungen her hätte ich auf die Erweiterte Oberschule gehen können, aber ich durfte nicht, weil ich keine Jugendweihe gemacht hatte, sondern konfirmiert worden war. Das bewog aber meine Mitschüler dazu, solidarisch mit mir zu sein. Keiner aus unserem Jahrgang ist auf die EOS gegangen. Das hat am Schuljahresende dazu geführt, dass unsere Klassenleiterin nicht mehr sozialistisch tragbar war. Ich habe dann im Chemiefaserwerk Guben Elektromonteur gelernt.

Ganz bewusst habe ich mich 1984 gegen den Staat entschieden, da war ich achtzehn. Ich habe in meinem Heimatort Kerkwitz viel für unseren Jugendklub getan, dessen Leiter ich war. Daher war ich auch Mitglied der FDJ. Das muss denen von der SED gefallen haben, denn sie bedrängten mich, in die Partei einzutreten. Da habe ich mich an unseren Pfarrer gewandt und gesagt, dass ich das nicht wolle. Er hat mir geraten, mich der CDU anzuschließen. Das habe ich getan und hatte dann Ruhe. Allerdings durfte ich 1986 kein berufsbegleitendes Studium beginnen, weil ich meinen Grundwehrdienst noch nicht geleistet hatte. Ebenso konnte ich 1988 nicht

zum partnerschaftlichen Austausch mit der westdeutschen CDU ins Saarland reisen, obwohl ich schon alle Unterlagen beisammen hatte. Ich wurde da kurzfristig zum Militärdienst einberufen. Das kann kein Zufall gewesen sein.

Meine Mitgliedschaft in der CDU hat dazu geführt, dass ich Abgeordneter im Kreistag Guben geworden bin und mich mit Bildungspolitik zu beschäftigen hatte. Im Juni 1989 musste ich eine Rede zum Zustand der Schulen halten. Ich sprach über defekte Heizungsanlagen und Fenster sowie über die mangelnde Ausstattung, aber vergaß anschließend, einen Appell an unsere Jugend zu richten. Die Rede hat den Genossen von der SED nicht gepasst. Manchmal konnte ich mich via Westfernsehen über die aktuelle Situation in der DDR informieren, obwohl der Empfang für mich schwierig war, denn ich wohnte in Kerkwitz etwas hinterm Berg. Für mich war der Vergleich zwischen dem *Schwarzen Kanal* und den Berichten von ARD und ZDF sehr interessant. Ich fragte mich, ob ich im falschen Film sei. Irgendeiner von denen schwindelt. Aber mit der Wende habe ich nicht gerechnet.

Im Oktober 1989 wurde ich nach 18 Monaten aus der Armee entlassen und kehrte an meinen Arbeitsplatz als Schichtelektriker im Chemiefaserwerk Guben zurück. Am Tag des Mauerfalls saß ich in einer Ausschusssitzung zur Frage, wie es im Kreis Guben bezüglich Bildung und Kultur weitergehen sollte. Auf einmal riss einer die Tür auf und sagte, wir sollten aufhören zu tagen, da die Grenze offen sei. Wir fragten ihn, welche Grenze er meine. Ob wir wieder nach Polen könnten.* Er entgegnete, die Mauer in Berlin sei weg. Wir haben den alle ungläubig angeguckt und dachten, der hat einen zuviel getrunken.

Ich hatte an diesem Tag Nachtschicht und bin direkt nach der Sitzung zur Arbeit gefahren. Dort hatten wir als Elektriker natürlich einen Fernseher und wir haben die ganze Nacht die Bilder aus Berlin gesehen. Ich bin dann erst am 11. November mit meiner damaligen Freundin nach Berlin gefahren und mit einer riesigen Menschenmasse in der Sonnenallee über die Grenze gegangen. Das war ein unbeschreibliches Gefühl. Wir haben das triste, graue Ost-Berlin gegenüber dem farbenfrohen West-Berlin gesehen. Aber ich dachte, ehrlich gesagt, Hauptsache, ich komme wieder zurück. Denn wir hatten ja alle keinen Stempel im Pass.

An ein größeres politisches Engagement habe ich damals nicht sofort gedacht. Allerdings habe ich bereits im Dezember 1989 mit Leuten wie Cordula Schubert und Christoph Bender die Christlich-Demokratische Jugend in Berlin gegründet. Das war praktisch die Nachwuchsorganisation der Ost-CDU, die später in der Jungen Union aufgegangen ist. Denn die Werte, für die CDU stand, gefielen mir auch weiterhin. Ich wurde Anfang 1990 von

anderen CDU-Mitgliedern gefragt, ob ich mir vorstellen könne, für die Volkskammerwahlen am 18. März zu kandidieren. Vom Listenplatz neun im Bezirk Cottbus aus habe ich mit Hilfe von Freunden aus der Jungen Union Bielefeld einen guten Wahlkampf gemacht und ein Mandat erobert. Am 22. März rief dann mein Chef auf der Frühschicht an und sagte mir, ich müsste um 15 Uhr in Berlin sein. Meinen Beruf habe ich da natürlich kurzerhand aufgegeben, weil sich herausstellte, dass die Arbeit als Abgeordneter auf eine Vollbeschäftigung hinauslief.

Meine politischen Vorstellungen als Volkskammerabgeordneter bezogen sich zunächst nur auf eine politische Einheit der beiden deutschen Staaten. Die Forderung nach der deutschen Einheit wurde in der Volkskammer erstmals am 17. Juni 1990 gestellt, der damals in der Bundesrepublik „Tag der Deutschen Einheit“ war. In Anwesenheit von Rita Süßmuth und Helmut Kohl sollte eine kurze Parlamentssitzung stattfinden, aber dann kam der Antrag der DSU, die den sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland forderte. Wir wollten alle die Einheit, aber wie schnell und unter welchen gesetzlichen Voraussetzungen, war die Frage. Ich war der Meinung, dass die Interessen von beiden Seiten gleichmäßig berücksichtigt werden sollten. Doch Günther Krause, der den Einigungsvertrag mit ausgehandelt hat, wies uns darauf hin, dass die Bundesrepublik sagen könnte, man möge sich mal überlegen, wer denn hier von wem was wolle. Dass die Westdeutschen uns teilweise überrannt haben, hat natürlich zu einem gewissen Unfrieden beigetragen. Dabei habe ich auch gemerkt, dass die Vertreter aus dem Westen nichts über das wahre Leben in der DDR wussten. Das innerdeutsche Ministerium war ein Papiertiger.

Die deutsche Einheit selbst hat mich beglückt. Dass ich zu diesem geschichtlichen Ereignis sogar ein wenig beigetragen habe, freut mich nach wie vor. Viele Tränen konnte ich der DDR nicht nachweinen, wenn ich da an Unterrichtsfächer wie Staatsbürgerkunde denke. Andere Dinge hätte man möglicherweise erhalten können, aber der Vereinigungsprozess ging so schnell. Die Auflösung der Volkskammer, die Neuwahlen für die Parlamente der neuen Bundesländer und die Bundestagswahl haben wir natürlich in den Abgeordnetengruppen der einzelnen Bezirke besprochen. Ich habe mich für eine Kandidatur in Brandenburg entschieden, weil ich mir dachte, das ist etwas ganz Neues für mich. Außerdem wollte ich nicht unbedingt nach Bonn.

Als Abgeordneter im Brandenburger Landtag gab es verschiedene Themen, die mir wichtig waren. Als Lausitzer, als der ich mich primär fühle, lag mir der Bergbau am Herzen. Zunächst war ich froh, dass der Raubbau an der Landschaft beendet wurde. Aber dann merkte ich, dass wir mit der einseitigen Ausrichtung der Energiepolitik auf die Braunkohleverstromung den falschen Weg gingen. Ich habe das 1990/91 öffentlich gesagt, aber die In-

* Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 durften DDR-Bürger nur noch mit Visum in Polen einreisen.

dustriegewerkschaft Bergbau und Energie hat mir vorgeworfen, ich wolle 60.000 Arbeitsplätze verhindern. Ich habe damals die Gewerkschafter aus den alten Bundesländern gefragt, wie viele Menschen denn noch in NRW im Tagebau arbeiteten, aber mir wurde immer beschieden, das könne man nicht vergleichen. Mit der Zeit haben doch viele ihren Arbeitsplatz verloren. Ich habe mich sehr über solche Besserwissis geärgert, die immer Recht haben wollten, als ob sie die Weisheit mit Löffeln gefressen hätten.

Die Bildungspolitik war ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit. Glücklicherweise hatten wir 1990 die FDP als Koalitionspartner in der Regierung. Ohne ihre Unterstützung hätten wir in Brandenburg keine Realschule eingeführt. Die damalige Bildungsministerin Marianne Birthler war gegen jeglichen Leistungsgedanken in der Schule, weil alle Schüler gleich seien, aber ich finde, Leistung muss sich lohnen und es muss eine gewisse Auswahl an Schulen geben. Wir leben nun mal in einer Leistungsgesellschaft, und Schüler sollten das frühzeitig verstehen.

Im Innenausschuss war damals die Kreisgebietsreform ein wichtiges Thema. Hier in der Lausitz ist diese Reform für viele nicht zufrieden stellend gewesen. Der Altkreis Guben wollte aus historischen Gründen mit dem Altkreis Eisenhüttenstadt zusammengehen. Es gab eine heftige Debatte um den Zuschnitt dieser Kreise. Aber mit nur einer Stimme Mehrheit ist der Landkreis Spree-Neiße aus Guben, Forst, Spremberg und Cottbus-Land gebildet worden, und Eisenhüttenstadt wurde mit Beeskow zum Landkreis Oder-Spree zusammengeschlossen. Ich glaube, da hat es Absprachen gegeben. Kurioserweise wurde dann in Forst für viele Millionen ein Kreishaus gebaut, weil es dort nichts gab. Das Geld hätte man sich bei einem ehrlichen Umgang miteinander sparen können.

Bewegt hat mich auch die Arbeit im Richterwahlausschuss. Es ging darum, möglichst unbelastete Richter an unseren Gerichten einzusetzen. Ich war manchmal sehr überrascht, mit was für einer DDR-Vergangenheit, die aus den Akten ersichtlich war, sich Richterinnen und Richter wieder bei Gericht beworben haben. Trotzdem bin ich dafür gewesen, nach vorne zu schauen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, obwohl ich persönlich das Gefühl des Vertrauensbruchs kannte. Denn nach der Wende habe ich erfahren, dass unser CDU-Kreisgeschäftsführer 1989 ausreisen durfte, weil er regelmäßig Berichte an die Stasi geliefert hat.

Die Stimmung in den Sitzungen war eigentlich immer gut. In der Volkskammer war sie von parlamentarischen Debatten geprägt und nach vorne gerichtet. Es gab viele Vorschläge von allen Seiten, so dass die Diskussionen nicht gleich in eine Richtung führten. Im Landtag von Brandenburg war das ähnlich. Der Prozess der Verfassungsgebung war ein besonders heißes Eisen. Die Verfassung musste ja mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Jede Partei musste eine Kröte schlucken, damit wir zum Schluss in

vielen Punkten noch einen Konsens erzielen konnten. Damals haben wir uns auch sehr stark mit der PDS auseinandergesetzt, die auf allen Ebenen noch einen Kurs rückwärts verfolgt hat. Vor allem bei der kommunalen Selbstverwaltung wollte sie nicht zu viel Selbständigkeit für die Kommunen. Alles sollte wieder schön kontrolliert werden. Ich war immer für Freiheit. Trotzdem finde ich, die Entscheidungen zur Landesverfassung in Brandenburg sind mehrheitlich demokratisch und frei gefallen. Sie ist ja auch per Volksentscheid angenommen worden.

Leider ist das Instrument der Bürgerbeteiligung, das wir damals geschaffen haben, heute schwieriger umzusetzen als in der Aufbruchzeit. Beim letzten Volksbegehren gegen den Tagebau mussten 80.000 Unterschriften gesammelt werden, wozu die Leute mit ihren Ausweisen zum Einwohnermeldeamt mussten. Viele scheuen einfach den Aufwand, zum Amt zu gehen, zumal sich die Einstellung breit gemacht hat, dass die Kommunen und Politiker sowieso alles über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden. Wir haben die Hürde einfach zu hoch gebaut. Aber damals hatten wir bei allen Entscheidungen eine unheimliche Dynamik.

Aus heutiger Sicht ist mir die Erfahrung des Gesetzgebungsprozesses am wichtigsten. Bei meiner jetzigen Arbeit in der Kommune sage ich zu meinen Kollegen oft, dass sie den Gesetzgebungsrahmen nicht so starr auslegen sollen. Wir in den Ämtern sollen ihn mit Leben füllen. Es muss doch nicht alles bis aufs Kleinste geregelt sein. Aber viele sind es noch aus alten Zeiten gewöhnt, dass man ihnen alles genau vorbetet.

Ich habe mich sehr darüber geärgert, dass alte SED-Genossen wie auch Mitglieder der Ost-CDU, die durch ihre Mitgliedschaft Karriere gemacht hatten, in den Landtag gewählt worden sind. Geärgert hat mich auch, dass andere ihre Arbeit behalten haben, die sie nur wegen ihrer Parteimitgliedschaft erhalten hatten. Das beste Beispiel sind für mich die Arbeitsämter. Sie waren in der DDR dem Rat des Kreises angegliedert und natürlich mit linientreuen Genossen besetzt. Ohne Überprüfung wurden diese Ämter in westdeutsches Recht überführt, die Mitarbeiter übernommen und teilweise sogar verbeamtet. Da stand nun der arbeitslose Bittsteller, der auf der Straße demonstriert hatte, vor dem alten Parteimitglied und bekam zu hören, er sei selbst Schuld an seiner Situation. Das führte zu großem Frust. Es war ja schön, dass wir eine friedliche Revolution hatten. Aber es ist nicht schön, dass wir als Volksvertreter mit rechtsstaatlichen Mitteln bestimmte Prozesse nicht verhindern konnten.

Leider war es mir nicht vergönnt, länger Politiker zu sein. Ich hätte gerne noch mehr für die Bürger getan. Aber für meine Haltung zur Braunkohlenproblematik bin ich in der CDU wohl als Bauernopfer abgestraft worden. Ich bekam nur noch den Listenplatz 27. Ich habe versucht, meinen Wahlkreis direkt zu erobern, aber 1994 sind alle 44 Wahlkreise komplett an die SPD-

Kandidaten gegangen, egal wie sie vorher ihren Wahlkreis vertreten hatten, denn die Sympathie der Bevölkerung für den SPD-Ministerpräsidenten Manfred Stolpe war nach den Stasi-Vorwürfen einfach überwältigend.

Ich selbst bin skeptisch in dieser Frage. Für mich gilt immer die Unschuldsumutung, solange es keine knallharten Beweise gibt. Man muss immer bedenken, dass Manfred Stolpe wegen seiner Tätigkeit als Jurist bei der Kirche diese Aufgabe übernehmen musste, ob er wollte oder nicht. Ich glaube, das ging allen so, die auf dieser Verhandlungsbasis tätig waren. Ob Gregor Gysi, Manfred Stolpe oder auch Lothar de Maizière. Für mich sind das immer die gleichen Muster, nach denen versucht wurde, solch eine Tätigkeit politisch hoch zu kochen. Da ist oft sehr schnell geurteilt worden.

Nach dem ungewollten Ausscheiden aus der Politik war ich eine Zeit lang arbeitslos. Ich habe mich dann auf verschiedenen Gebieten qualifiziert und war 1998 mit meiner Bewerbung bei der Gemeinde Schenkendöbern erfolgreich. Ich bin immer noch CDU-Mitglied und versuche, bei meiner Arbeit für den Bürger möglichst fair im Rahmen der Gesetze zu entscheiden. Auf jeden Fall bin ich stolz auf meine politische Vergangenheit. Ich werde bis heute auf diese Zeiten angesprochen, denn die Leute hier kennen mich. Ob für das Land alles richtig gelaufen ist, kann man erst in 20 oder 30 Jahren beurteilen. Die Brandenburger haben zwar dem Land eine Identität gegeben, denn nicht umsonst wollten sie nicht mit Berlin fusionieren. Aber leider ist der Enthusiasmus von damals verflogen, gerade in der Politik.

***Frank Dietrich**, geboren am 3. Mai 1966 in Guben/Lausitz, damals noch Wilhelm-Pieck-Stadt, war von 1990 bis 1994 Abgeordneter der CDU im Landtag Brandenburg. Heute ist er Leiter des Ordnungsamtes der Gemeinde Schenkendöbern*

Hinrich Enderlein

Als Westler gegen Westimporte

Obwohl ich gebürtiger Brandenburger bin, habe ich die DDR nicht oft besucht. Meine Familie lebte in Baden-Württemberg, auch alle Verwandten lebten im Westen. Ich habe wie viele andere nicht daran geglaubt, dass es jemals zu einer Wiedervereinigung kommt. Die jährlichen Reden zum Tag der Deutschen Einheit habe ich teilweise als bedrückend empfunden. Für mich war das Wunschdenken. Ich habe eher gedacht, dass wir versuchen müssen, so viel wie möglich auf friedlichem Wege Einfluss zu nehmen, damit sich die Verhältnisse in der DDR verbessern. Mit der Wende habe ich bis zuletzt überhaupt nicht gerechnet. Dass sie so schnell kam, war für mich eine Überraschung.

Vom Fall der Mauer erfuhr ich am Morgen des 10. November in Bonn. Dort war ich seit 1988 im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft unter meinem Parteifreund Jürgen Möllemann tätig. Nach der Wende gehörte ich dann der Arbeitsgruppe Politische Planung an, die unter anderem das Bildungsministerium von Margot Honecker auflösen musste. Deshalb war ich seit 1990 in Ost-Berlin tätig.

Mir ist damals in keiner Weise in den Sinn gekommen, dass ich politisch in Brandenburg tätig werden könnte. Selbst nach den Landtagswahlen im Oktober 1990 dachte ich nicht daran, als sich eine Ampelkoalition für Brandenburg abzeichnete. Den Ländern und Parteien waren nach der Wende Partnerländer zugeordnet worden. Für Brandenburg und die FDP war das Nordrhein-Westfalen. Der damalige FDP-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann hat mir zunächst den Auftrag gegeben, die Brandenburger FDP zu beraten und dann nach den Landtagswahlen an den Koalitionsverhandlungen teilzunehmen. An denen wirkten jeweils der Landesvorsitzende, der Fraktionsvorsitzende und ein so genannter Westberater der Partei mit. Und der Westberater bei der FDP war ich. Als wir die Koalitionsvereinbarung geschlossen hatten, war mein Auftrag für mich erledigt.

Die FDP hatte das Wirtschafts- und das Wissenschaftsministerium erhalten. Ich hatte mich für einen Wirtschaftsminister aus dem Westen stark gemacht und Walter Hirche wurde es dann auch. Für Wissenschaft, Forschung und Kultur schwebte uns ein Professor aus Brandenburg vor. Nur gab es keine Hochschulen in Brandenburg, so dass die Suche nach einem geeigneten Kandidaten schwer fiel. Dann wurde ich eines Tages gefragt, ob ich das Ministerium übernehmen wolle. Da habe ich nicht lange überlegt, meine Frau und meine drei Kinder gefragt, die sofort zustimmten, und zugesagt. So bin ich durch eine mehrfache Verkettung zu meinem Amt gekommen.

Meine Kollegen im Westen fanden, dass mir diese Aufgabe wie auf den Leib geschnitten war. Von meiner Ausbildung her bin ich Osteuropahistoriker und war als Austauschwissenschaftler 1968/69 in Moskau. Ich spreche Russisch und habe einen Erfahrungsschatz, den die meisten Westdeutschen nicht hatten. Ich glaube, viele Menschen hier haben in mir gar nicht so sehr den Wessi gesehen. Für mich kam allerdings nur ein Engagement in Brandenburg in Frage, weil ich durch meine Mutter doch eine starke Bindung an dieses Land hatte.

Meine Zeit als Brandenburger Wissenschaftsminister war für mich ein großer Glücksfall. Bis 1988 saß ich für die FDP als Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg – 16 Jahre in der Opposition. Nach dieser Erfahrung war es für mich fast eine Art Befreiung, als Mitglied der Regierung nun Politik von Grund auf gestalten zu können, weil man in der Opposition, auch wenn man noch so kreativ ist, nichts durchsetzen kann. Das Ministerium musste aufgebaut und die Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

Durch 16 Jahre Landtagsarbeit war ich der geborene Landespolitiker. Ich fühlte mich aber weniger als Volksvertreter, da ich nicht gewählt war, sondern als Experte für bestimmte Bereiche. Die Stimmung im Kabinett und in den Parlamentssitzungen habe ich als sehr angenehm empfunden. Gleichwohl musste ich mich als alt gedienter Parlamentarier umgewöhnen. Am liebsten hätten die Brandenburger Abgeordneten alles öffentlich gemacht. Ich aber war an das Arbeiten im Ausschuss und die Aussprache im Plenum gewöhnt. Auch herrschte nach den Erfahrungen in der DDR eine starke Basisbezogenheit, was in der Verfassung mit ihren plebiszitären Elementen zum Ausdruck kommt. Schon die Verfassung selbst wurde von den Brandenburgern per Volksentscheid angenommen. Außerdem war das Harmoniebedürfnis sehr ausgeprägt. Auch der letzte Parlamentarier von der Opposition sollte in eine Entscheidung einbezogen werden, wodurch Kompromissfähigkeit demonstriert und bewiesen wurde. Das kannte ich auch nicht aus meiner Zeit in Baden-Württemberg. Andererseits hat sich diese offene und transparente Arbeit bei meinem Hochschulgesetz, das einstimmig verabschiedet wurde, sehr positiv ausgewirkt. Wir konnten ganz anders vorgehen als mit einem knapp durchgebrachten Gesetz.

Mir war klar, dass die Zukunft in einer stark wissenschaftsbasierten Entwicklung liegen musste, da die alten Industriestandorte der Vergangenheit angehörten. In der Koalitionsvereinbarung wie auch in Manfred Stolpes erster Regierungserklärung war von einer Universitäts- und Hochschulgründung die Rede. Aber ich fand, da müsste mehr passieren. Wir haben dann die relativ große und breit gefächerte Universität Potsdam und die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) gegründet, dann noch die Technische Universität in Cottbus und fünf Fachhochschulen: in Eberswalde, Potsdam, Brandenburg, Senftenberg und Wildau.



Mir wurde im Westen natürlich vorgehalten, das sei sehr ehrgeizig und teuer, aber wir haben die Universitäten allein schon durch die Fächerwahl sehr moderat ausgestattet. Daher haben wir auf den gesamten Bereich Medizin, Pharmazie, Tiermedizin und Landwirtschaft verzichtet und stattdessen versucht, mit Berlin zu kooperieren, wo es diese Fakultäten alleamt gibt. Die Fachhochschulen habe ich als Zubringer für die Wirtschaft gesehen, insbesondere für den Aufbau eines Mittelstands, mit dem sie kooperieren könnten. Denn große Firmen, das war uns klar, würden nicht nach Brandenburg kommen. Ich würde mal sagen, Berlin-Brandenburg hat europaweit die größte Konzentration von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Einen Beitrag dazu schreibe ich mir ein bisschen auf die Fahnen.

Leider musste ich ein Hochschulsystem in Brandenburg einführen, von dem ich überzeugt war, dass es ganz miserabel ist. Damals galt ja noch das alte Hochschulrahmengesetz, wodurch der Bund sehr starke Kompetenzen in einem total regulierten System hatte. Ich hätte den Hochschulen viel mehr Autonomie eingeräumt. Soweit möglich, habe ich auf Landesebene zu viele Vorschriften vermieden. Wir sind mit einem Hochschulgesetz mit etwas mehr als 100 Paragraphen ausgekommen. Für dieselbe Materie hatte das Land Baden-Württemberg vier Gesetze; für jede Hochschulart eins.

Bereits bei den Koalitionsverhandlungen hatte ich versucht, bestimmte Unarten aus dem Westen nicht zu importieren. Insbesondere wollte ich eine ausufernde Bürokratie verhindern. Leider hat das nicht geklappt, was mir bis heute nicht aus dem Kopf geht. Aber der Anpassungsdruck aus dem Westen war sehr stark, zumal wir uns nach dem Einigungsvertrag richten mussten.

Ich habe dennoch Erfolge erzielt. Wir haben in Brandenburg keine Hauptschule eingeführt, was mir sehr am Herzen lag. Schon damals zeichnete sich in den alten Ländern ab, dass die Hauptschule mehr und mehr zur Restschule wird. Marianne Birthler hat daher Gesamtschulen, Gymnasien und Realschulen gegründet, womit wir ganz gut gefahren sind, obwohl dadurch die horizontale Trennung der Schulen nach der sechsten und zehnten Klasse stark verankert wurde. Ich bin ein Anhänger von vertikalen Schulen, in denen die Kinder möglichst lange zusammen bleiben. Immerhin haben wir die sechsjährige Grundschule eingeführt. Aber mir fehlt insgesamt die Durchlässigkeit der Schulen. Da ist nicht alles richtig durchdacht gewesen, weil die Arbeit in einer unglaublichen Hatz vonstatten ging.

Auch auf anderen Gebieten wurden Fehler gemacht. In der Wirtschaftspolitik hat sich die Regierung zu lange an den alten Industriestrukturen orientiert oder große Projekte wie den Lausitzring und später die Frankfurter Chipfabrik gefördert. Da wurde leider viel Geld in den märkischen Sand ge-

setzt, statt den Aufbau des Mittelstandes zu unterstützen. Manfred Stolpe wollte etwas für die Menschen tun, hat sich aber vielleicht zu sehr an die vorhandenen Strukturen gehalten. Auch die Gebietsreform 1992 war ein Problem. Es wurden alle Fehler des Westens wiederholt, beispielsweise dass Orte und Gemeinden gegen ihren Willen oder als zu große Einheiten zusammengeschlossen wurden. Die Neugründung Brandenburgs als eigenes Bundesland war allerdings aus meiner Sicht eine ganz logische Entwicklung. Wir haben als Landesregierung beim Wappen bewusst an der brandenburgischen Tradition des roten Adlers der Askanier festgehalten, des ersten brandenburgischen Herrschergeschlechts. Ich hätte auch ein Zusammengehen mit Berlin zu einem Land gut geheißen, doch die Brandenburger wollten die Fusion mit Berlin wegen dessen Größe und Schulden nicht.

Einerseits war die Beratung aus dem Partnerland Nordrhein-Westfalen bei allen Entscheidungen hilfreich. Andererseits aber hatte NRW ganze Bataillone von Beamten in Richtung Brandenburg geschickt, von denen manche gleich bestimmte Schlüsselstellungen im Regierungs- und Verwaltungsapparat besetzten, bevor wir überhaupt die Regierung gebildet hatten. Das galt insbesondere für Posten, die der Regierungspartei SPD vorbehalten waren. Darüber war vor allem die Brandenburger SPD erstaunt. Uns als kleinen Koalitionspartner hat es weniger getroffen, so dass ich den Staatssekretärsposten, das Ministerbüro und die Presseabteilung, wie es mir zustand, selbst besetzen konnte.

Als Westdeutscher habe ich bei meiner Arbeit schwerpunktmäßig den Neuanfang gesehen. Zum Thema Aufarbeitung fühlte ich mich nicht berufen, das ist eine Sache der Bürger der DDR. Ich kann nicht sagen, wie ich mich in der DDR eingerichtet hätte. Allerdings wurde anfangs scheinbar von vielen Aufklärung mit Denunziation verwechselt. Aus meinem Bereich weiß ich, dass Mitarbeitern von Instituten und Universitäten einfach unterstellt wurde, sie wären entweder SED-Kader gewesen oder hätten mit der Stasi zusammengearbeitet. Natürlich gab es Parteimitglieder im Hochschulbereich, aber diesen Umgang mit den Leuten fand ich schändlich. Insbesondere rechte Gruppierungen haben versucht, aus solchen Anschuldigungen Kapital zu schlagen. Aber wir haben uns so gut es ging vor die Mitarbeiter und Professoren der Universitäten und Hochschulen gestellt.

Die Diskussion um Ministerpräsident Stolpe war leider ein Dauerthema, das uns mehr beschäftigt hat als notwendig. Meiner Ansicht nach war er derjenige, dem die Evangelische Kirche diesen Job einfach zugeschanzt hat. Einer musste sich mit dem Staat und auch mit der Stasi einlassen, wenn es darum ging, Bürgern zu helfen. Ich hatte eine unglaubliche Hochachtung vor Manfred Stolpe. Ohne ihn als Ministerpräsident hätte ich das Wissenschaftsressort nicht so einfach nach meinen Vorstellungen führen

können, denn er hat uns Ministern freie Entscheidungsmöglichkeiten gelassen. Meine Haltung habe ich natürlich auch in den Westen transportiert, denn es wunderten sich nicht wenige, wie ich mit „so einem Menschen“ zusammenarbeiten könnte.

Wir haben uns immer als Korrektiv in der Regierung empfunden, was auch Manfred Stolpe so gesehen hat. Leider ist die FDP dann von den Brandenburgern nicht mehr in den Landtag gewählt worden und meine Arbeit war nach vier schönen Jahren zu Ende. Das lag zum einen an der Symbolfigur Manfred Stolpe, der gerade wegen der Diskussion um seine Rolle in der DDR mit absoluter Mehrheit wieder gewählt wurde. Zum anderen hat die Bundespartei nichts aus dem Kapital gemacht, dass sie nach den ersten Landtagswahlen in allen ostdeutschen Parlamenten vertreten war. Auf Landesebene ist es für eine kleine Partei schwierig, ein Profil zu entwickeln. Aber dass wir dann ausgerechnet mit Günter Rexrodt und der Treuhand identifiziert wurden und dieser Spruch von der Partei der Besserverdienenden aufkam, war tödlich.

Ich bin dann noch für die Landtagswahl 1999 als Spitzenkandidat angetreten, aber wir wurden wieder nicht gewählt. Erst danach bin ich zurückgetreten, vorher wäre ich mir wie ein Fahnenflüchtiger vorgekommen. Nach wie vor finde ich mein Engagement für Brandenburg alternativlos, auch wenn es nicht von langer Dauer war. Wenn ich heute zu Veranstaltungen gehe, kommen Professoren auf mich zu und sagen mir, ich hätte sie damals berufen und Anfang der 90er Jahre wäre eine schöne Zeit gewesen.

Wunderbar war vor allem die Offenheit und Diskussionsbereitschaft, die allenthalben herrschte und die ich so anderswo nicht erlebt habe. Ich musste zeitweilig im Halbstundentakt Gespräche führen, um Vertreter der Wissenschaft und Kultur kennen zu lernen. Das war toll für alle Beteiligten. Diese Bereitschaft zum Gespräch und zur Diskussion ist immer noch zu spüren. Auch das Bewusstsein für eine funktionierende Demokratie ist noch vorhanden, selbst wenn es ein bisschen in den Hintergrund gedrängt wurde. Deswegen habe ich auch keine Sorge davor, wenn manche Leute von einer Rückwendung zur DDR sprechen.

Man kann den Menschen nicht ausreden, dass sie ihr eigenes Leben gut in einem Staat gelebt haben, auch wenn es ein Unrechtsstaat war. Daraus zu folgern, sie würden lieber zur DDR zurückkehren, halte ich für unsinnig. Ich stelle immer wieder fest, dass die Menschen trotz aller Probleme nach wie vor dankbar für die Wende sind. In 20 Jahren wird das Bewusstsein dafür sicher abgenommen haben, wenn immer weniger die damalige Zeit miterlebt haben. Insofern müsste sich der Geschichtsunterricht stärker mit der DDR beschäftigen, damit nicht in Vergessenheit gerät, dass die DDR oberhalb des alltäglichen Lebens eine Diktatur war. Wobei für mich

letztlich am wichtigsten ist, dass die Leute selbst Deutschland als demokratischen Staat erleben.

Dr. h.c. Hinrich Enderlein, geboren am 9. Mai 1941 in Luckenwalde bei Berlin, war ab 1972 Abgeordneter der FDP im Landtag Baden-Württemberg, zuletzt als Fraktionsvorsitzender. 1990 bis 1994 amtierte er als Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Land Brandenburg. Nach dem Scheitern der FDP in der Landtagswahl 1994 wurde er Landesvorsitzender und 1999 Spitzenkandidat der FDP, die jedoch erneut nicht ins Parlament einzog. Seither ist er nur noch ehrenamtlich in Brandenburg aktiv. 2006 wurde er zum Ehrenvorsitzenden der FDP Brandenburg gewählt.



Martin Habermann

Vom Partei-Neuling zum Landtagsvizepräsidenten

In der DDR hatte ich drei Gesichter. Das eine Gesicht hatte ich zu Hause, da konnte ich reden und diskutieren, wie und worüber ich wollte. Das zweite Gesicht hatte ich in meinem näheren Umfeld für Bekannte, bei denen ich nicht zu hundert Prozent sicher war, ob ich offen reden konnte. Das dritte Gesicht zeigte ich in der Schule und später im sozialistischen Betrieb bei Kollegen und Genossen. Ich wusste genau, was ich sagen konnte und was nicht. Mit diesen Gesichtern bin ich schon als Kind aufgewachsen. Meine Eltern hatten bereits eine Diktatur erlebt und waren entsprechend kritisch bei der nächsten. So durfte ich nicht zu den Pionieren und war auch nicht bei der Jugendweihe. Diese Distanz zum System hat sich auf uns Kinder übertragen, und ich habe sie an meine Kinder weitergegeben.

Ich war dennoch kein Gegner des Regimes und wäre auch nicht auf die Straße gegangen, weil ich meine Familie nicht gefährden wollte. Ich hatte für mich eine Grenze gezogen, die ich auch nicht überschritten habe. Diese Grenze betraf drei Punkte: Parteieintritt, Beitritt zur bewaffneten Betriebskampfgruppe und Wehrdienst über den NVA-Grundwehrdienst von 18 Monaten hinaus. Meine Mitgliedschaften in Organisationen beschränkten sich auf FDJ, FDGB und Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Trotzdem brachte ich es zum Abteilungsleiter für Rechentechnik am Institut für Kraftwerke in Vetschau nahe meiner Heimatstadt Lübbenau im Kreis Calau. Ich hatte eine Berufsausbildung zum Maschinisten für Dampferzeuger und Turboanlagen gemacht, war Absolvent der Arbeiter- und Bauernfakultät der Technischen Hochschule Dresden und habe an der Technischen Universität Dresden Wärmetechnik studiert. Ich war 1989 der einzige Abteilungsleiter, der es ohne Parteibuch so weit gebracht hatte, weil ich schon Anfang der siebziger Jahre, als die ersten Großrechner aufkamen, die notwendige Software programmieren konnte. Noch weiter konnte ich nicht aufsteigen. Ich hätte Leiter des Rechenzentrums im Kraftwerk Thierbach bei Leipzig werden können, aber Voraussetzung dafür war die SED-Zugehörigkeit. Auch hätte ich aus der Kirche austreten müssen. Beides kam für mich nicht in Frage. Irgendwann wurde ich nicht mehr von Vertretern der Partei angesprochen.

Die Sonntage hatten bei uns immer genaue Abläufe. Nach dem Frühstück gingen meine Frau, meine Kinder und ich gemeinsam in die Kirche. Meine Tochter war im Jahr der Wende gerade 20 Jahre alt geworden und studierte

Medizin, von den Söhnen machte der eine Abitur, der andere ging noch zur Schule. Am Nachmittag unternahmen wir häufig etwas, aber manchmal habe ich auch am Schreibtisch gesessen und gearbeitet. Wir hatten zwar unseren festen Freundeskreis, waren aber meistens für uns. So war es auch im Sommer 1989.

Unter Kollegen im Institut diskutierten wir zu der Zeit häufig. Wir merkten einerseits, dass wir häufiger bestimmte Ersatzteile und Materialien nicht mehr bekamen. Das war andererseits nichts besonderes in der DDR. Wir sprachen auch über die oppositionellen Gruppen in der evangelischen Kirche. Mit einer Änderung der Verhältnisse oder gar Wende hat aber keiner von uns gerechnet. Ganz im Gegenteil, ich hielt unsere DDR-Kraftwerke für Spitze, da ich auf Dienstreisen nach Polen, Ungarn und in die Sowjetunion deren Kraftwerke mit unseren vergleichen konnte. Einen Vergleich zum Westen hatte ich nicht. Deswegen dachte ich nach der friedlichen Revolution zunächst, die DDR müsse nur politisch reformiert werden.

Politisch informiert habe ich mich über das Westfernsehen, das ich für wesentlich objektiver als das DDR-Fernsehen hielt. In der *Aktuellen Kamera* bekamen wir immer nur Erfolgsmeldungen aufgetischt. Da konnte jeder den Widerspruch zur Realität bemerken.

Am Abend des 9. November, einem Donnerstag, saß ich mit der Familie nach dem Abendbrot vor dem Fernseher. Als wir von der Grenzöffnung hörten, schauten wir uns an und dachten, das kann nicht wahr sein. Am Freitag sind wir dann wie immer arbeiten gegangen und am Samstag mit unserem Golf – das Geld dafür hatte uns mein Schwiegervater aus dem Westen gegeben – nach Berlin gefahren. Ich hatte immer davon geträumt, einmal im Leben mit meinem Auto über den Kurfürstendamm zu fahren. Nun konnten wir es. Zum Abschluss des Tages waren wir in der Deutschen Oper in West-Berlin, die zur Feier des Tages für die Ostdeutschen „Die Zauberflöte“ aufführte. So eine emotionale Situation habe ich nie wieder erlebt.

Schon bald nach der Wende gab es auch in Lübbenau einen Runden Tisch. Nach 14 Tagen kam mein Gemeindepfarrer, der den Runden Tisch moderierte, zu mir und berichtete, von der Block-CDU säßen ganz junge Leute ohne Lebenserfahrung und mit wenig Urteilsvermögen in den Verhandlungen. Er bat mich mitzumachen, was ich auch tat. Im Februar 1990 bin ich schließlich in die CDU eingetreten. An der Partei hat mich nicht nur das christliche „C“ angezogen, sondern auch die Forderung nach der deutschen Einheit. Die SPD gefiel mir damals nicht mehr, da genau dieses sofortige Ziel fehlte, ja sogar Spitzenpolitiker der westdeutschen SPD gegen die deutsche Wiedervereinigung polemisierten.

Meine Vorstellung war eigentlich, kommunalpolitisch zu wirken. Ich wollte in meiner Heimatstadt an der Basis etwas ändern. Insbesondere war mir die Einführung demokratischer Prinzipien wichtig. Angetrieben hat mich

dabei immer die Aussicht auf die deutsche Einheit. Schon bald wurde ich Ortsgruppenvorsitzender in meiner Heimatstadt. Nach den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 wurde ich Fraktionsvorsitzender der CDU in der Stadtverordnetenversammlung von Lübbenau und stellvertretender Bürgermeister der Stadt.

Im Sommer kam der damalige CDU-Geschäftsführer des Kreises Calau mit der Bitte auf mich zu, Direktkandidat der CDU für die Landtagswahl zu werden. Er ließ sich sicher von dem Gedanken leiten, dass ich auf Grund meines inzwischen erworbenen Bekanntheitsgrads, der Nicht-Zugehörigkeit zur „Block-CDU“ und der Verwurzelung in Energiewirtschaft und Spree-waldregion ein guter Direktkandidat sein könnte. Von der Landes-CDU bekam ich zwar nur den Platz 48 auf der Liste der Kandidaten für den brandenburgischen Landtag, aber ich gewann das Direktmandat in meinem Wahlkreis und zog so in den Landtag ein.

Die Entscheidung, das Land Brandenburg zu gründen, war anfangs in jedem Fall richtig. Dadurch entstand sehr schnell eine Identifikation der Bürger mit Brandenburg. Allerdings glaube ich, die ehemalige DDR als ein großes Bundesland hätte sich gegenüber den alten Ländern besser behaupten können. Der Identifikation mit der Region Brandenburg hätte das sicher keinen Abbruch getan. Aber nach der Etablierung der Landesregierungen war die Akzeptanz für eine Neugliederung der Länder in Ostdeutschland nicht mehr vorhanden.

Im Landtag wurde ich Mitglied des Hauptausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Weil ich aus der Industrie kam, fühlte ich mich dort richtig platziert. Ich wollte zudem erst einmal verstehen, wie die politische Arbeit im Landtag abläuft. Dass die alten Mitglieder der Block-CDU über uns standen und wir Neumitglieder die Nobodys waren, störte mich nicht. Ich merkte schon bald, dass sie auch nur mit Wasser kochten. Viele von ihnen sind nach der ersten Legislaturperiode auch nicht mehr dabei gewesen.

Als der damalige Vizepräsident des Landtags, Karl-Heinz Kretschmer, der aus den Reihen der CDU-Fraktion kam, zurücktreten musste, fragte mich mein damaliger Fraktionsvorsitzender Peter-Michael Diestel, ob ich für dieses Amt kandidieren würde. Ich wollte – und wurde auch gewählt.

Bei unserer Arbeit im Landtag wurden wir glücklicherweise sehr stark vom Landtag Nordrhein-Westfalen, unserem Partnerland, unterstützt. Unser damaliger westdeutscher Landtagsdirektor Werner Biebusch wusste, was parlamentarisch und verwaltungstechnisch zu tun war, und wie sich ein Landtag gegenüber der Landesregierung abgrenzen muss. Er hat Abteilungen eingerichtet und arbeitsfähig gemacht. Mit ihm zusammen sind wir Abgeordneten in die parlamentarische Arbeit hineingewachsen und schnell selbständig geworden.

Ich habe aber leider auch Westdeutsche getroffen, die als „Glücksritter“ gekommen sind und viel Schaden angerichtet haben. Die saßen weniger in der Landesregierung, sondern als Beamte in Ministerien und Ämtern. Wir nannten sie DiMiDo-Beamte, weil sie dienstags anreisten und donnerstags wieder abreisten.

Da ich der einzige Vizepräsident war, hatten Landtagspräsident Herbert Knoblich von der SPD und ich immer viel zu tun. Es gab gelegentlich auch Differenzen zwischen ihm und mir. Das war natürlich, weil jeder von uns schon auf Grund der Parteizugehörigkeit manchmal andere Schwerpunkte setzte. Bis 2004 sind wir aber ein gutes Gespann geblieben. Andere Landtage haben mehrere Vizepräsidenten, aber wir wollten in Brandenburg damals verhindern, dass die PDS als drittstärkste Partei einen weiteren Vizepräsidenten stellt.

Als Vizepräsident nahm ich weiterhin an Ausschuss- und Fraktionssitzungen teil. In der Fraktion arbeitete ich als Abgeordneter mit wie jeder andere, nur manchmal musste ich die Fraktionskollegen wegen mangelnder Anwesenheit in den Landtagssitzungen rügen. Die Arbeit in den Ausschüssen war recht konstruktiv. Es gab wenig Parteiengezänk. Das lag ganz einfach daran, dass den Ausschüssen in den ersten beiden Legislaturperioden viele Abgeordnete mit spezifischen Fachkenntnissen angehörten. Beispielsweise saßen Erzieherinnen, Sozialarbeiter und Ärzte im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Frauen. Wenn über Gesetzesvorhaben debattiert wurde, brachte jeder aus seiner praktischen Erfahrung Änderungsvorschläge ein. Es wurden auch Anträge vom politischen Gegner angenommen.

So war es auch bei den Sitzungen zur Verfassungsgebung. In die Brandenburger Verfassung sind Ideen und Wünsche aller Parteien eingeflossen. Ich halte sie für eine gute Verfassung. Mit den plebiszitären Elementen in der Verfassung habe ich nach wie vor meine Probleme. Sachverhalte, die ein bisschen komplizierter sind, wie die Fusion von Berlin und Brandenburg, lassen sich nicht in einzelnen Punkten diskutieren. Zum Schluss wird die Entscheidung bestimmt von Polemik, Vorbehalten und Gefühlen und nicht mehr vom nüchternen Abwägen. Einfache, klar formulierbare und abgrenzbare Probleme sind dagegen gut geeignet für plebiszitäre Entscheidungen.

Aus dem Fernsehen kannte ich Bundestagsdebatten, weshalb ich mir politische Entscheidungsprozesse gar nicht viel anders vorgestellt habe. Allerdings hätte ich mir gewünscht, dass man noch mehr den anderen anhört und seine Argumente abwägt. Aber es war schon ein Genuss, dass ich jedem meine Meinung sagen konnte, ohne dass man mich dafür belangen konnte.

Die wichtigste Erfahrung aus dieser Zeit ist für mich: Man sollte auch den anderen zuhören, ihre Ansichten akzeptieren und sich dann fragen, ob ein

Vorschlag gerechtfertigt ist und ob es sich lohnt, dieses Ziel ebenfalls zu vertreten. Denn ich glaube, jeder kann vernünftige Vorschläge machen.

Es wurden auch Absprachen zwischen Regierung und Opposition getroffen, wenn bestimmte Gesetzesvorhaben durchgebracht werden sollten. Das war anfangs allgemeine parlamentarische Praxis. Damals gab es auch Absprachen zur Besetzung von Ämtern. Wir von der Opposition waren sehr erstaunt, dass die SPD viele wichtige Ämter in Brandenburg mit ihren Leuten besetzt hat. Trotzdem hat sie Rücksicht auf uns als demokratische Oppositionspartei genommen und uns nach Absprache mit dem damaligen Fraktionschef Diestel die Besetzung von Posten überlassen. Beispielsweise waren der stellvertretende Direktor des Rechnungshofs in Brandenburg oder der Polizeipräsident von Cottbus CDU-Leute.

Ich hatte bei meiner Arbeit im Landtag immer die Aufarbeitung der Vergangenheit wie auch den Neuanfang im Blick. Wer die Vergangenheit nicht aufarbeitet, erzeugt die Probleme von morgen, weil die Unzufriedenheit der Leute konserviert wird. Den Neuanfang hielt ich dennoch für wichtiger, um den Menschen eine Perspektive zu geben.

Von Anfang an hat mir die Arbeit als Politiker Spaß gemacht. Das Amt des Landtagsvizepräsidenten hat mir gelegen, da ich von Natur aus eine ausgleichende Art habe. Ich bin tolerant und suchte daher nicht die Konfrontation, so wie es Politiker heute manchmal tun. Ich hatte auch ein relativ gutes Verhältnis zu den Kollegen aus der PDS-Fraktion, insbesondere zu Michael Schumann. Auch einige neue Freundschaften habe ich mir in der Politik aufgebaut.

Ich fühlte mich jederzeit als Vertreter des Volkes, da ich in meiner Heimatstadt Lübbenau sehr stark verwurzelt bin. Die Leute kamen und kommen oft auf mich zu, wenn sie mich sehen, um mich auf Probleme anzusprechen. Ein bisschen stolz bin ich darauf, dass ich aktiv mitgeholfen habe, eine Suppenküche, eine Kleider- und eine Möbelkammer aufzubauen. Das war für mich eine innere Verpflichtung und nicht eine logische Folge meines Ehrenamtes als Vorsitzender des örtlichen Deutschen Roten Kreuzes.

Ich bin froh, dass ich damals den Schritt in die Politik gemacht habe und bis 2004 das Land mitgestalten durfte. Ohne den Rückhalt meiner Frau, die für die Familie da war, wäre aber alles nicht so glatt gelaufen.

Von der Begeisterung zur Zeit der friedlichen Revolution ist meiner Ansicht nach nicht mehr viel übrig geblieben, weil die Leute bekommen haben, was sie wollten: Sie haben ihre Währung, die deutsche Einheit und die Reisefreiheit, sie haben ihre demokratischen Verhältnisse und freie Wahlen bekommen. Jetzt herrscht seit langem Normalität.

Nach der Wendezeit werde ich sehr selten befragt. Ein einziges Mal habe ich vor Schülern des Gymnasiums in Lübbenau über die Revolution

und die Arbeit des Parlaments gesprochen, aber das ging auf meine eigene Initiative zurück. Dieses Desinteresse finde ich genauso enttäuschend und ärgerlich wie die geringe Wahlbeteiligung. Es gibt sicherlich Grenzfälle, wo die Arbeitslosigkeit sehr stark das Leben einer Familie verändert hat, aber insgesamt haben sich die Lebensverhältnisse für die Menschen meiner Ansicht nach eindeutig verbessert. Voraussetzung ist allerdings, dass man auch die Chancen wahrnimmt, die einem geboten werden. Ein wahrheitsgetreuer Rückblick in unsere DDR-Vergangenheit kann dabei sehr antriebsfördernd sein.

***Martin Habermann**, geboren am 2. Januar 1943 in Sagan/Schlesien, errang in der Landtagswahl 1990 im Wahlkreis Calau-Senftenberg II eines der 14 Direktmandate der CDU und wurde so Abgeordneter. 1991 trat er die Nachfolge von Karl-Heinz Kretschmer im Amt des Landtagsvizepräsidenten an. Auch in den zwei nachfolgenden Legislaturperioden hatte er diese Funktion inne. 2004 schied er aus dem Landesparlament aus.*

Herbert Knoblich

Auf Distanz zur eigenen Fraktion

Von Hause bin ich Lehrer für Physik und Mathematik. Nach neun Jahren Tätigkeit an zwei Polytechnischen Oberschulen begann ich im September 1970 an der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ in Potsdam als Assistent der Physik. Auf Promotion und Habilitation im Fach hätte ich auch gerne eine Professur angenommen, aber ohne SED-Parteibuch wurde das nur wenigen zugestanden. Meine Familie und meine Freunde sagten, dann dürfte ich mich nicht wundern, wenn damit das Ende der beruflichen Fahrenstange für mich erreicht wäre. Aber ich wollte mich nicht verbiegen lassen. Gelitten habe ich darunter kaum, denn man kannte ja das System. Im Arbeits- und Lebensumfeld der DDR fand jeder seine Grenzen, der seinen Lebensgrundsätzen treu blieb, die der offiziellen Ideologie widersprachen.

In den Jahren 1986/87 durfte ich deshalb an die Universität Riga gehen, womit im Wesentlichen meine „ideologischen Defizite“ kompensiert werden sollten – und dies während der Perestroika. Nach meiner Rückkehr aus Lettland wurde ich in der Sektion Polytechnik Leiter des Bereichs „Technische Systeme“. Als Naturwissenschaftler empfand ich das nicht gerade als Auszeichnung. Dieser kleine Wissenschaftsbereich umfasste 15 Mitarbeiter, und als Dozent hatte ich einen Lehrauftrag für Elektrotechnik, Elektronik und Informatik. Während dieser Zeit überzeugte ich die Mitarbeiter meines Bereiches davon, dass wir völlig andere Konzepte in der Lehre brauchten. Die Hochschulleitung lehnte unsere Vorschläge allerdings kategorisch ab. Gleichwohl war der Umgang unter Kollegen an der Hochschule im allgemeinen recht locker. Auf Veranstaltungen diskutierten wir relativ kritisch und offen. Das hatte wohl mit meinen Wurzeln zu tun, denn Naturwissenschaftler lassen sich nur schwer ideologisieren.

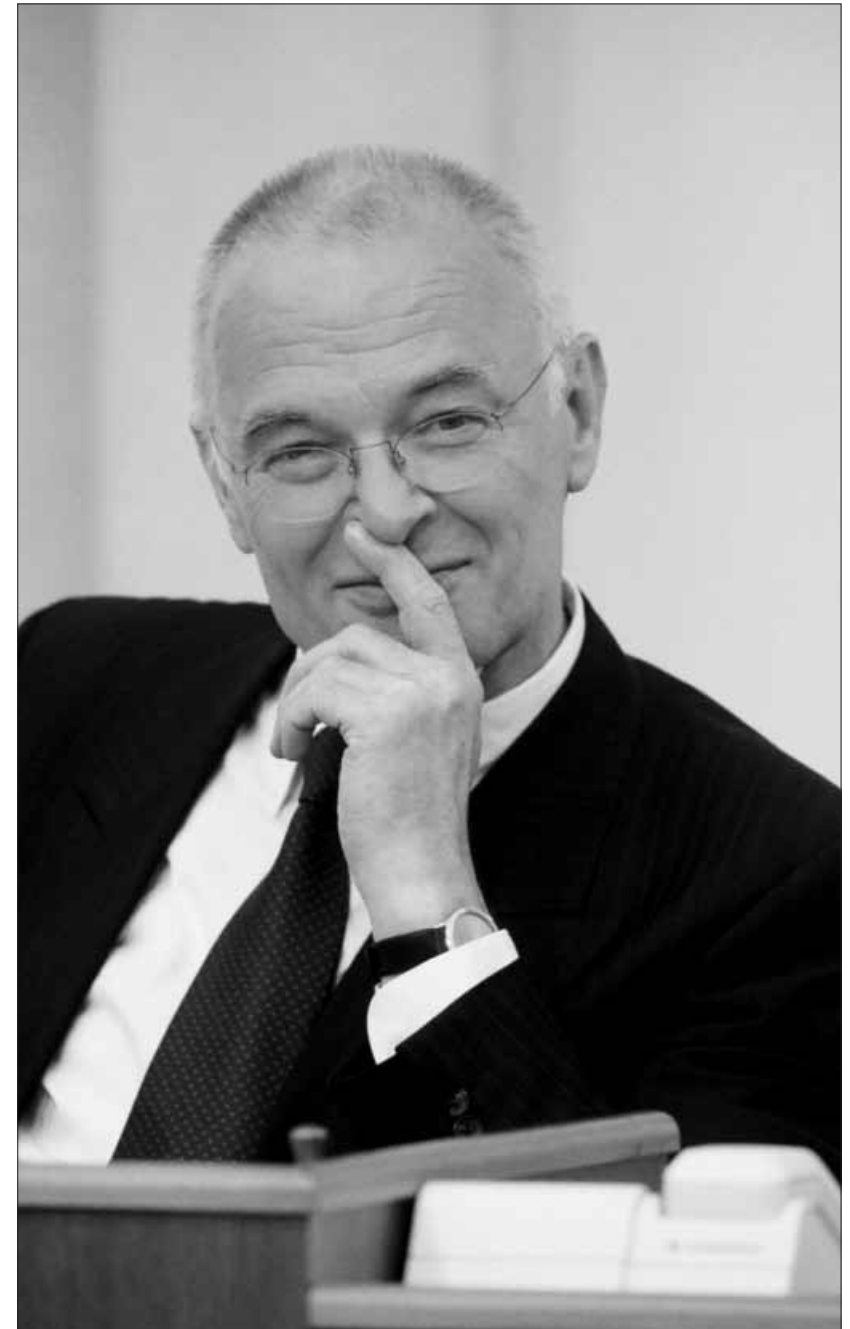
Mein Privatleben unterschied sich nicht von dem anderer DDR-Bürger. Meine Frau und ich hatten uns 1980 außerhalb Potsdams einen recht großen Garten zugelegt, in dem wir vom Frühjahr bis zum Herbst die meisten Wochenenden zubrachten. So entzog man sich von Freitag bis Sonntag dem öffentlichen Blickfeld. Wir gingen wie Bekannte und Freunde in der Nachbarschaft auch Dingen nach, wie sie damals üblich waren: Man traf sich häufig nach der Gartenarbeit privat und genoss Unterhaltung und Geselligkeit am Grill.

Im August 1989 war unsere damals 25jährige Tochter gemeinsam mit ihrem Ehemann legal aus der DDR ausgereist. Mein Schwiegersohn war zuvor wegen des Verdachts auf Republikflucht eingesperrt gewesen. Ich war weder politisch noch kirchlich aktiv. Damals beschränkte sich mein ge-

sellschaftliches Engagement auf die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, für die ich zudem 15 Jahre Vertrauensmann in meinem Wissenschaftsbe-
reich war. Das Militär war mir erspart geblieben, weil ich von 1961 bis 1970
zunächst als Lehrer und anschließend an der Hochschule bis zur Promotion
nach Ansicht der zuständigen Funktionäre unabkömmlich war. Um als Fa-
milienvater dem Wehrdienst endgültig zu entgehen, kam mir Mitte der
1970er Jahre das Angebot gelegen, in die Kampfgruppe der Hochschule
einzutreten. Zuhause haben wir, wie allgemein selbstverständlich, West-
fernsehen gesehen. Nicht zuletzt auf Grund der so gewonnenen Einsichten
haben wir uns oft darüber unterhalten, dass insbesondere die junge Gene-
ration mit der zum großen Teil bestehenden Abneigung gegen das DDR-
System die Voraussetzungen für eine Änderung schaffen könnte. Wie
schnell die Wende vor der Tür stehen würde, hat niemand vorhergesehen.

Am 9. November 1989 diskutierte ich im Dreiländereck Tschechoslowa-
kei-Polen-DDR auf einer Tagung in Olbersdorf mit Kollegen von der Mar-
tin-Luther-Universität Halle über die Möglichkeit, durch Variation der
Kristallisationsbedingungen des Ausgangsmaterials für Leuchtdioden deren
Leuchtfarbe zu verändern. Wir vernahmen wohl, dass in Berlin etwas pas-
siert war, konnten aber dem DDR-Rundfunk nicht so recht folgen, wenn
von „besonnenem Verhalten der Grenzsicherungskräfte“ die Rede war.
Westfernsehen war hier nicht möglich. Erst durch Telefonate erfuhren wir,
was hinter den Meldungen steckte. An diesem Abend erklärte mir mein par-
teiloser Kollege, dass es doch kriminell sei, wenn junge Leute nach ihrer
Ausbildung in der DDR in den Westen gingen. Das galt also auch für meine
Tochter. Sie war nach ihrem Tiefbau-Studium ausgereist. Ich hoffte damals
sehnlichst, dass wir nun in der DDR Wege finden würden, die uns ganz
neue Perspektiven öffneten – nicht nur von der Polytechnik des Ostens zur
Arbeitslehre des Westens.

Als die Mauer gefallen war, dachte ich als Wissenschaftler nicht gleich an
ein politisches Engagement, andererseits hatten mir die lettischen Kollegen
klargemacht, daß auch ein Wissenschaftler Verantwortung für die Gesell-
schaft trägt. Auf der Suche nach Partnern, die sich mit bildungs- und wis-
senschaftspolitischen Fragen beschäftigen, begegnete mir Anfang 1990
eine kleine Gruppe von Eltern, die ausschließlich SPD-orientiert war. Mit
einigen Mitgliedern dieser Gruppe fuhr ich im Februar 1990 das erste Mal
in meinem Leben in den Westen. Wir suchten die Schule „von morgen“,
nachdem wir die „von gestern“ zu kennen glaubten. In Bonn-Beuel lernten
wir u.a. eine Gesamtschule kennen und waren überwiegend begeistert.
Fast alle, die mitgefahren waren, hätten am liebsten sämtliche Polytechni-
schen Oberschulen in Potsdam zu Gesamtschulen konvertiert. Im Auftrag
dieser Gruppe beteiligte ich mich am Runden Tisch „Bildung“ des Bezirkes
Potsdam und analysierte die beabsichtigten Aktivitäten der SED-Bildungs-



funktionäre, um daraus unsere konkreten Forderungen abzuleiten. Im Januar war ich in die SPD eingetreten, weil mir deren Programm am überzeugendsten zu sein schien, wobei ich natürlich die Partei im Sinne hatte, die ich mit Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Helmut Schmidt verband. Nachdem bei den Wahlen Mitte März 1990 die Volkskammer und Anfang Mai die Kommunalvertretungen der DDR zum ersten Male demokratisch legitimiert worden waren und Mitte Mai der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière die Ratsvorsitzenden der alten Bezirke durch von ihm Beauftragte ersetzt hatte, war es deren Aufgabe, die Ressortleiter der so entstandenen Bezirksverwaltungen zu ersetzen. Die SPD-Gruppe schlug mich für das Ressort Bildung, Wissenschaft und Kultur vor. Ich setzte mich gegen einen weiteren Kandidaten durch.

Da neben der Bildung die Wissenschaft mein besonderes Interesse fand, empfahlen mir Berater, für den Landtag zu kandidieren, weil die Wissenschaft hoheitliche Aufgabe der Länder wäre. Mit Anfang 50 schien es durchaus überlegenswert, noch etwas Neues zu beginnen. Meinen Wahlkreis in Potsdam habe ich danach in drei aufeinander folgenden Wahlperioden direkt gewonnen.

Es erfüllte mich mit Stolz, zu den ersten frei gewählten Mandatsträgern des Landes zu gehören, in das ich 1945 als Flüchtlingskind gekommen war und das eine mehr als 1000jährige Geschichte kennzeichnete. Es gab neben Deutschland bisher kein zweites Land auf der Erde, das mit fundamentaler Kenntnis zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme alle Voraussetzungen besaß, unter Nutzung der positiven Merkmale beider Systeme etwas grundlegend Neues aufzubauen. Leider war aus dem Osten scheinbar nichts zu gebrauchen, der Westen aber sorgte für alles.

Meine politischen Vorstellungen als Abgeordneter waren anfangs nicht sehr klar, aber ich wollte weiter bildungs- und wissenschaftspolitisch tätig sein. Als sich die SPD-Fraktion dann am 16. Oktober 1990, zwei Tage nach der Landtagswahl, zur Gründungssitzung traf, kam der designierte Ministerpräsident allerdings auf die Idee, mich als Kandidaten für das vorläufige Landtagspräsidium vorzuschlagen. Meine Unsicherheit in parlamentarischen Dingen ließ mich zögern. Aber einer meiner Kollegen aus der Bezirksverwaltungsbehörde überzeugte mich mit dem Argument, niemand aus der Fraktion brächte Erfahrung als Politiker mit. Mir blieb die Hoffnung, nicht gewählt zu werden. Es kam wie oft im Leben: erstens anders und zweitens als man denkt. Ich erhielt die meisten Stimmen und wurde damit nicht nur Mitglied, sondern Vorsitzender des vorläufigen Landtagspräsidiums!

Nach der Wahl zum Landtagspräsidenten war ich nun Versammlungsleiter des Parlaments und Repräsentant des Landes. Mein Engagement für das Amt lag gerade deshalb bei mindestens 100 Prozent. So begannen vierzehn Jahre mit wochenlang kaum mehr als 35 Stunden Schlaf. Anfangs

habe ich die Wissenschaft schon vermisst, denn ich wollte ja ursprünglich bald auf einen – mir früher verwehrten – Platz an der Uni zurück. Aber dort war in der Zwischenzeit alles besetzt.

Die Parlamentssitzungen in ihrem, alles andere als alltäglichen Charakter waren in prozeduraler Hinsicht von unbändigem Lernen geprägt, wie von der Pflicht voranzukommen, von politischen und persönlichen Vorbehalten und natürlich auch von einer bunten Mischung ganz unterschiedlicher Typen wie Manfred Stolpe von der SPD, früher Kirchenjurist und nun Ministerpräsident, Peter-Michael Diestel von der CDU als Oppositionsführer, in Jugendjahren einmal DDR-Meister im Melken, oder Lothar Bisky als Vorsitzender der PDS-LinkeListe-Fraktion, ehemals Rektor der Filmhochschule in Babelsberg.

Die erste Landtagssitzung nach der Konstituierung fand am 1. November 1990 statt. Wir berieten über die vorläufige Verfassung des Landes Brandenburg. Sie war die Voraussetzung zur Wahl eines Ministerpräsidenten. Noch konnte ich weder bei der Geschäftsordnung noch bei der parlamentarischen Arbeit auf den Rat erfahrener Experten verzichten. Der besagte, über alle Änderungsanträge mit absoluter Mehrheit der Abgeordneten abstimmen zu lassen. Aber wie sollte damit schließlich das Gesamtwerk mit einer Zweidrittelmehrheit auf den Weg zu bringen sein? Da konnten am Ende auch schon ein paar Stimmen fehlen. So war es dann auch! Nun wusste ich keinen geschäftsordnungsgemäßen Weg zur Fortsetzung der Beratung. Die Sitzung musste unterbrochen werden.

Im Präsidiumsraum folgte eine erfolglose Diskussion über zweieinhalb Stunden insbesondere zu einer strittigen Passage im Gesetzestext. Da es auch nach langem Streit keine Bereitschaft zur Einigung zwischen Koalition und Opposition zu einem von mir vorgetragenen Interpretationsvorschlag gab, sah ich keinen Sinn in einer Fortsetzung und schlug vor, ohne Ergebnis abzuschließen. Da hielt Peter-Michael Diestel nochmals Rücksprache mit seiner Fraktion. Der Vorschlag zur Auslegung besagter Stelle des Verfassungsentwurfs wurde akzeptiert. Mit der Zustimmung des zuvor heftig opponierenden Günter Nooke vom Bündnis 90 konnte die Plenarsitzung dank der Unterstützung des letzten amtierenden DDR-Justizministers unter Lothar de Maizière, Manfred Walter (CDU), fortgesetzt werden. Er gab mir beim Eintritt in den Plenarsaal ein Stück Papier, auf dem er skizziert hatte, wie ich die Verfassung noch verabschieden könnte: Nach § 100 GO ließe sich die Geschäftsordnung des Landtags außer Kraft setzen, wenn nicht fünf oder mehr Abgeordnete Einwand erhoben. Es gab keine Gegenstimme, einerseits war vieles für viele neu und dazu noch intransparent, andererseits fühlten die Abgeordneten wohl, dass die Peinlichkeit dann ihren Höhepunkt erreicht hätte. Diese im Ergebnis konstruktive Auseinandersetzung zwischen Koalition und Opposition war nicht nur für mich be-

eindruckend und wurde von einigen etwas zu euphorisch als die Geburtsstunde der Brandenburger Demokratie apostrophiert. In der Folge war ich nun aufmerksam genug, dass fortan alles klappte und wir am Ende in der Lage waren, den Ministerpräsidenten zu wählen und mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Die endgültige Verfassung, die wir im Sommer 1992 verabschiedeten, hat ihre Besonderheit darin, dass sie gleichermaßen konzentrierte wie konservierte, was sich über die Zeit der friedlichen Revolution an politischen Wünschen und Überzeugungen bei uns gebildet hatte, auf keinen Fall aber stellte sie eine Kollision mit dem Westen dar.* Mit der Volksabstimmung begann eine neue Dimension demokratischen Politgebarens, wie es die Verfassung selbst mit ihren plebiszitären Elementen vorsieht.

Eine wegweisende Neuerung in der Verfassung bestimmt, dass die Abgeordneten nicht a priori Immunität besitzen, also vor jedweder Klage geschützt sind. Wir Neu-Parlamentarier verstanden Immunität nicht als Individual-, sondern als Gruppenrecht, wobei Gruppe Parlament oder Fraktion bedeuten kann. Das Parlament kann gemäß Verfassung die Immunität eines Abgeordneten errichten, wenn es dies für erforderlich hält. Damit kann die Beschlussfähigkeit als besonderes Merkmal der Gruppe nicht etwa durch Entscheidungen außerparlamentarischer Herkunft beeinträchtigt werden. Kaum jemand hat diese Besonderheit zur Kenntnis genommen, aber sie garantiert, dass der Mandatsträger in seinen Rechten und Pflichten nicht über seinen Wähler erhoben wird. Eine weitere für uns bedeutsame Innovation betraf die Ausfertigung und Verkündung der Gesetze. Wir hatten auf Grund von unerlaubtem Umgang mit vom Parlament beschlossenen Gesetzestexten durch die Exekutive vorgeschlagen, den alten Zopf abzuschneiden, als der Monarch den Parlamentsbeschlüssen per Unterschrift sein placet geben musste, und das Prozedere umfassend dem Parlament zu übertragen.

In der Anfangszeit mussten die Schriftführer bei Abstimmungen sehr oft zu Auszählungen der Stimmen eingesetzt werden, weil das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten problemorientiert war. Deshalb gab es für manchen Regierungsvorschlag neben Stimmen aus der Opposition auch Gegenstimmen aus der Koalition. Das ist heute unvorstellbar. Die Landesverfassung erklärt in Artikel 67 den Fraktionszwang für unzulässig, deshalb hüte man sich, das parteipolitische Kalkül über den Verstand zu stellen! Wenn der Präsident im Plenum die eigenen Fraktionskollegen wie jeden anderen Abgeordneten aufmerksam begleitet, führt das über unerfüllbare Erwartungen nicht selten zu Spannungen, zuweilen spürt man sogar Dis-

tanz zur Fraktion. Auch wenn der Präsident Mitglied einer Fraktion ist, hat er sich doch in seiner politischen Funktion für das Parlament überparteilich zu verhalten.

Die Hilfe aus dem Westen der Republik war am Anfang unbedingt notwendig. Aber es war wichtig, dass sich jeder von uns mit seinem Erfahrungsgut an der Sicherung des gemeinsamen Erfolges beteiligte. Das hieß eben, hart zu arbeiten, um sich in alle Probleme und Abläufe hineinzudenken und – wenn nötig – auch Alternativen unmissverständlich zu formulieren. Nur so ließ sich etwa verhindern, dass Sachkunde zum persönlichen Vorteil genutzt werden konnte.

Nach dem Ausscheiden aus der Politik, erhielt ich vor allem aus der Öffentlichkeit, aber auch aus den Landtagsfraktionen die Anerkennung, dass ich um politische Kultur im Parlament bemüht gewesen sei. Ob ich erfolgreich war, werden die Wähler bewerten.

Was für Brandenburg richtig gelaufen ist, hängt wohl vom Blickwinkel des Betrachters ab. Ob der Umgang mit dem Bodenreformland gewollt falsch war, ist auf Grund manchmal erschreckend weitreichenden Gedächtnisschwundes der Akteure schwer zu bewerten. Wenn mir heute Forderungen nach kostenloser Kinderbetreuung vom ersten Lebensjahr als eine der besonderen Erkenntnisse auf der Bundesebene begegnen, erinnere ich mich auch des Widerstandes einer gereiften Sozialdemokratin gegen die Absicht in der SPD-Fraktion, schon in der zweiten Wahlperiode in Brandenburg eben dieses Ziel aufzunehmen.

Natürlich ist die Wende noch zu spüren, aber weniger als Aufbruchstimmung, vielmehr sind es ihre Auswirkungen. So gehört Arbeitslosigkeit ebenso zu unserer Wirklichkeit, wie man zunehmender Bürokratie gegenüber steht und ohne Anwalt chancenlos ist. Dass die DDR mittlerweile zu einem Objekt in einer Unterhaltungsgesellschaft geworden ist, sehe ich eher amüsiert. Aber es ist geradezu beglückend, wenn es hin und wieder Interesse an authentischen Informationen über diese hinter uns liegende Zeit gibt. Wir sollten uns perspektivisch daran ausrichten, was wir heute und später zu leisten in der Lage sind. Denn für mich besteht Lebenskunst im richtigen Umgang mit Chancen, denen wir begegnen oder begegnen werden.

Dr. habil. Herbert Knoblich, geboren an 11. Juni 1939 in Alt Jauer/Niederschlesien, war ab 1990 Abgeordneter der SPD im Landtag Brandenburg. In seinem Potsdamer Wahlkreis wurde er zweimal als Direktkandidat wiedergewählt. Bis 2002 amtierte er durchgängig als Landtagspräsident, danach schied er aus der Politik aus.

* Der brandenburgischen Landesverfassung wurde vorgeworfen, sie stünde im Widerspruch zum Grundgesetz oder überdehne die Landeskompetenzen. Dieser Vorwurf erregte bundesweite Aufmerksamkeit.

REINGERATEN

Kinderärztin mit neuen Aufgaben

Als ich Mitte der siebziger Jahre in die SED eintreten wollte, war das gar nicht so einfach. Wegen meiner Ausbildung zur Ärztin war ich keine Arbeiterin mehr, sondern gehörte der Intelligenz an. Aber ich wollte Parteimitglied werden, weil mein Vater schon der Partei angehörte und ich es so kannte. Politische Karrierevorstellungen hatte ich nicht, es war einfach mein Wunsch. Dann klappte es doch.

Nach meinem Medizinstudium in Bukarest, Greifswald und Berlin kehrte ich 1968 nach Finsterwalde zurück. Im Anschluss an meine Facharztausbildung zur Kinderärztin wechselte ich in die Finsterwalder Poliklinik. Später wurde ich Chefärztin der Klinik und war gleichzeitig stellvertretende Leiterin des Krankenhauses.

Meine berufliche Laufbahn wurde durch meine Parteizugehörigkeit weder behindert, noch befördert. Ich hatte keine Zeit, mich politisch zu engagieren, wenn man meine Leitungstätigkeit im Gesundheitswesen nicht als politische Arbeit wertet. Zwar habe ich in einem vierwöchigen Schnellkurs die SED-Kreisparteienschule besucht, aber auf die Bezirksparteischule bin ich nicht gegangen, obwohl die Parteivertreter das gerne gesehen hätten. Ich wollte „meine Kinder“ im Krankenhaus nicht im Stich lassen, solange es keinen Ersatz für mich gab.

Auch hatte ich meine eigene Familie, um die ich mich kümmern musste. Mein ältester Sohn ist noch während meines Studiums zur Welt gekommen, mein zweiter in Finsterwalde. Mein Mann stammt aus Berlin, fühlte sich aber hier auf dem Land sehr wohl. Leider ist unsere Ehe doch in die Brüche gegangen und 1988 geschieden worden.

Typisch für meine Arbeit waren die Wochenenddienste. Einmal im Monat musste ich von Freitagabend bis Montag früh in der Klinik sein. Sonst haben wir in den achtziger Jahren viel an unserem Haus gearbeitet, das wir 1981 gekauft hatten. So waren wir an den Wochenenden bis zuletzt gut ausgelastet.

Von dem sozialistischen System in der DDR war ich überzeugt. Ich war auch Mitglied im FDGB und in der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Ich fand, dass es uns nicht schlecht ging. Nach 1989 haben mich Westdeutsche gelegentlich gefragt, wie wir es nur ohne Bananen aushalten konnten. Das hat mich erschüttert. Ich habe geantwortet, ich hätte in der DDR studiert, hätte meinen Beruf trotz meiner Kinder immer ausüben können und keiner von uns hätte etwas vermisst. Das fand ich nach dem Ende der DDR auch erhaltenswert.



Im Jahr 1989 haben wir in den Leitungssitzungen, an denen ich teilnehmen musste, auch über die wirtschaftliche Situation gesprochen. Mir war nicht entgangen, wie es um die Versorgungslage bestellt war. Aber ich fand das nicht so dramatisch. Selbst im Herbst 1989 habe ich immer noch alles mehr von außen betrachtet.

Ich war ein politisch interessierter Mensch, habe Zeitung gelesen und die Nachrichten verfolgt, wenn auch nicht unbedingt Westfernsehen. Aber ich war nicht nahe genug am Geschehen, als dass ich ernsthaft an eine Wende gedacht oder mir Gedanken über die Zukunft der DDR gemacht hätte. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass alles zusammenbricht.

Am Tag des Mauerfalls war ich hier in Finsterwalde und habe gearbeitet. Die Geschehnisse in Berlin habe ich nach der Arbeit zu Hause am Fernseher verfolgt. Ich bin nicht nach Berlin gefahren, wie andere es getan haben. Später ging ich zu Demonstrationen und Kundgebungen im Ort und habe die Ablösung der Parteivertreter verfolgt. Was uns betrifft, wurde die Kreisärztin, die beim Rat des Kreises angesiedelt war, weggejagt. Ich erinnere mich, dass auf den Kundgebungen Behinderte, auch Kinder, mit einem Schild um den Hals die Ablösung von Parteimitgliedern gefordert haben. Diese Instrumentalisierung konnte ich nicht fassen.

Zur Wendezeit war ich nicht so euphorisch wie andere Leute. Statt der Wiedervereinigung hätte ich mir zwei deutsche Staaten gewünscht. Ich hatte keine Westverwandten, ich hatte nie Westgeld und ich war nie im „Inter-shop“.* Aber ich hab dann nach der Wende bald verstanden, dass es nicht anders ging, weil die Wirtschaft in einem zu schlechten Zustand war. Leider ist der Einigungsvertrag mit heißer Nadel gestrickt worden, weshalb wir von der PDS gegen ihn gestimmt haben. Wer in der Schule in der DDR aufgepasst hatte, der wusste, was auf ihn zukommt. Es war Kapitalismus, der sich nun richtig entfalten konnte. Es gab ja keinen mehr, auf den Rücksicht genommen werden musste. Das haben die DDR-Bürger dann auch erlebt.

Im Frühjahr 1990 bin ich angesprochen worden, ob ich mir vorstellen könne, für den Landtag in Brandenburg zu kandidieren. Die Neugründung Brandenburgs als Bundesland fand ich richtig. Eine Aufteilung der DDR in ein nördliches und ein südliches Land hätte ich nicht gut geheißt. Ich hatte den Eindruck, damals suchte die Partei jemanden, der integer war. Ich entsprach diesen Vorstellungen, weil ich zu DDR-Zeiten keine Funktion inne gehabt hatte und auch sonst nicht auffällig gewesen war. Ich war nicht mal auf den Sonderparteitagen der SED im Dezember 1989 gewesen. Nach kurzer Überlegungszeit habe ich mich aufstellen lassen. Da ich beruflich nicht abkömmlich war, haben mich andere auf den Veranstaltungen vorge-

stellt, bei denen die Kandidaten gewählt wurden. Mir wurde dann gesagt, ich sei auf Listenplatz elf gewählt worden.

Der Wahlkampf war einer meiner schlimmsten Erfahrungen. In Herzberg und Finsterwalde habe ich auf dem Markt gemeinsam mit Gregor Gysi Reden gehalten. Wir standen auf einem LKW-Anhänger und wurden mit Tomaten und Eiern beworfen. Meine Jacke konnte ich hinterher wegwerfen. Ich habe mich da wirklich gefragt, wofür ich so gedemütigt werde, obwohl ich mich doch so sehr um das Wohl der Kinder gekümmert hatte. Ich konnte das nicht verstehen. Trotzdem wurde ich gewählt. Nach der Wahl erhielt ich ein Telegramm mit dem Inhalt: „Herzlichen Glückwunsch zur Wahl. Morgen ist Fraktionssitzung.“

Ich glaube, ich bin als Person und Kinderärztin gewählt worden. Denn es wurden mehr Erststimmen für mich als PDS-Kandidatin im Wahlkreis abgegeben als insgesamt Zweitstimmen für die PDS als Partei. Meine Parteikollegen haben mir sogar angeboten, das Mandat wegen meiner Arbeit abzulehnen. Aber das wollte ich nicht. Das wäre doch eine große Enttäuschung für meine Wähler gewesen. Also habe ich die Wahl angenommen. Zu der ersten Fraktionssitzung in Potsdam bin ich wegen einer Autopanne zu spät gekommen. Ich setzte mich dazu und kannte keinen. Das war schon kurios.

Ich habe versucht, einen Tag pro Woche in der Poliklinik weiterzuarbeiten. Das ging ein Weilchen, bis ich gemerkt habe, die Kinder dort brauchen mich öfter als einen Tag in der Woche. Ich habe dann entschieden, mich ganz in Brandenburg einzubringen und mich für erhaltenswerte alte DDR-Strukturen einzusetzen. Ich habe Politik aber richtig lernen müssen. Da es uns fast allen so ging, haben wir von der PDS uns recht gut zusammengefunden und eigentlich die beste Zeit erlebt, obwohl wir viel wegstecken mussten.

Ich empfand mich als Vertreter des Volkes und halte auch die Brandenburger Verfassung, an der die PDS mitgewirkt hat, für eine moderne Verfassung. Aber dass das Volk nun angemessen an allen Entscheidungen beteiligt gewesen wäre, finde ich nicht. Ich kenne nicht einen Volksentscheid oder eine Volksinitiative, die vom Volk gemacht wurde und die der Landtag anerkannt hat.* Ich denke, bei der Frage der Fusion von Berlin und Brandenburg wurde besonders deutlich, dass das Volk mitreden wollte. Die Landesregierung hat es damals einfach nicht verstanden, die Leute zu überzeugen. Stattdessen haben sich die Brandenburger von den Abgeordneten des ersten Landtags nicht vertreten gefühlt, sondern dachten, sie würden „untergebuttert“. Auch in den Bereichen Bildung und Gesundheit haben sie gedacht, dass sie solche Veränderungen nicht gewollt haben.

* In „Inter-shop“-Geschäften konnten DDR-Bürger legal mit frei konvertierbaren ausländischen Währungen oder mit „Forumschecks“ Waren einkaufen.

* Bis 2009 gab es in Brandenburg 27 Volksinitiativen, die aus verschiedenen Gründen nie in einen Volksentscheid mündeten. Für eine Übersicht siehe http://www.landtag.brandenburg.de/de/mitgestalten/volksgesetzgebung/volksgesetzgebung_in_brandenburg_seit_1992/396602

Dabei haben die Abgeordneten selbst alle in der DDR gelebt und wussten, wovon sie reden. Aber sie haben die DDR verteufelt. Und das war aus meiner Sicht nicht richtig. Deshalb wurde die Fusion mit Berlin abgelehnt. Es zeugt aber auch davon, dass die Brandenburger sich schon früh mit dem neuen Land identifiziert haben.

Am Anfang war die Stimmung in den Landtagssitzungen und -ausschüssen heftig. Es wurde sehr kontrovers diskutiert, und wir als ehemalige SED-Mitglieder haben immer Prügel bezogen. Ich musste eine Menge wegstecken und lernen, damit umzugehen. Ich habe mich, wie schon im Wahlkampf, immer wieder gefragt, warum ich solche Prügel bekomme. Aber es lag einfach daran, dass ich Parteimitglied war. Trotzdem konnten wir uns einbringen und unsere Meinung sagen. Manchmal habe ich mich geärgert, dass gute Vorschläge von uns aus offensichtlicher politischer Gegnerschaft abgelehnt wurden. So hatte ich mir politische Entscheidungsprozesse nicht vorgestellt. Es gab dann solch kuriose Situationen, dass unsere Anträge erst abgelehnt wurden, aber ein späterer Entschließungsantrag der SPD genau den gleichen Inhalt hatte. Da haben wir dann zugestimmt.

Dabei war uns als SED-Nachfolgepartei die Aufarbeitung der Vergangenheit sehr wichtig. Wir waren die Partei, die am meisten in dieser Hinsicht getan hat. Es wird uns zwar immer wieder vorgeworfen, wir seien die Ewiggestrigen. Aber ich glaube, wir haben die Aufarbeitung sehr akribisch betrieben und eindeutig mit dem Stalinismus gebrochen. Auch das hat uns in der Fraktion zusammengeschmiedet und geprägt. Ich war außerdem zwei Jahre im Stolpe-Untersuchungsausschuss, den Lothar Bisky geleitet hat. Dort ist die DDR-Geschichte ebenfalls aufgearbeitet worden. Wenn wir als PDS den Untersuchungsausschuss nicht geleitet hätten, wäre es niemals zu der Entschließung im Landtag gekommen, dass jede DDR-Biografie so behandelt werden sollte wie die von Manfred Stolpe: Dass man akribisch prüft, ob jemand Kontakte zur Stasi gehabt hat, ob er IM war oder ob er jemandem geschadet hat. Das ist zwar leider nicht immer so geschehen, aber alle waren für den Beschluss.

Die DDR-Vergangenheit von Manfred Stolpe hat mich nicht weiter gestört. Er hatte Kontakte zur Staatssicherheit, aber nur weil er das, was er erreichen wollte, ausschließlich über diesen Weg erreichen konnte. Ich glaube nicht, dass er Leuten geschadet hat. Aber das Ergebnis des Ausschusses blieb ja am Ende offen.

Dass ich mich in meiner Meinungsäußerung freier fühlte als zu DDR-Zeiten, kann ich nicht behaupten. Ich habe früher auch immer gesagt, was ich wollte. Das hat mir sicherlich nicht unbedingt Freunde eingebracht. In meiner Funktion als Chefärztin musste ich Berichte über die medizinische Versorgung für die SED-Kreisleitung schreiben. Ich schrieb sie immer sehr realistisch. Als einmal in der Klinik alles zusammenbrach, weil wir so

schlecht besetzt waren, war die Kreisleitung über die Lage völlig erstaut. Ich habe die Vertreter dann gefragt, ob sie unsere Berichte denn nicht lesen würden.

Jedes Fraktionsmitglied hatte ein bestimmtes Politikfeld. Bei mir war klar, dass ich Gesundheitspolitik mache. Ich hätte auch nichts anderes gewollt. Insbesondere wollte ich die Strukturen der DDR-Gesundheitsversorgung erhalten. Ich war von Anfang an der Meinung, die Praxis der privaten Niederlassung von Ärzten sei längst überholt. Die Polikliniken in der DDR waren Häuser, die alles unter einem Dach vereint hatten, die Patienten hatten kurze Wege. Leider wurde diese Struktur zerschlagen, aber jetzt kommt man mit den Gesundheitszentren wieder dahin.

In der DDR gab es außerdem Zentren für die ambulante Versorgung chronisch Kranker, die Spezialsprechstunden mit angestellten spezialisierten Ärzten anboten. Das hätte ich gerne fortgeführt. Schade war auch, dass wir die Kinderbetreuung von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr ebenso wie die Risiko-Sprechstunden für Mütter nicht erhalten haben. Da hätten wir die Kinder weiterhin sehr genau gekannt. Nicht zuletzt halte ich die Privatisierung von Krankenhäusern für ein Unding. Ich finde, Krankenhäuser dienen der allgemeinen Daseinsfürsorge. Mit Regine Hildebrandt, der damaligen Gesundheitsministerin, habe ich oft am gleichen Strang gezogen, auch wenn sie in der SPD war. Sie hätte mich gerne in der SPD gesehen, aber ich konnte mir keine andere Partei als die PDS vorstellen.

Ich glaube, unsere Arbeit in der Opposition war sehr konstruktiv. Ein Vorbild war für mich immer Lothar Bisky mit seiner sachlichen, kompetenten, ruhigen Art, mit der er auch schlichtend gewirkt hat. Mit den anderen Fraktionen haben wir oft Absprachen getroffen, wenn es notwendig war, aber da ging es nie um Posten, sondern nur um politische Entscheidungen. Unsere Fraktion hatte keine Berater aus Westdeutschland, aber soweit ich es aus dem Gesundheitsbereich beurteilen kann, gab es kaum Probleme. Wir hatten zu den Staatssekretären in unserem Landesministerium gute Kontakte und empfanden ihre Arbeit als hilfreich.

Nach der ersten Wahlperiode wollte ich nicht aufhören. Ich hatte mich etabliert und fühlte mich in meiner Arbeit bestätigt. Vielleicht haben mich sogar einige dafür bewundert, dass ich diese Arbeit gemacht und mich da reingefunden habe, obwohl die politische Arbeit nicht mit meinem vorherigen Leben zu vergleichen war. Ich hatte kein freies Wochenende, war immer unterwegs und fuhr die halbe Nacht nach Hause. Das war natürlich anstrengend. Aber ich bin schon ein bisschen stolz darauf, dass ich mitgewirkt habe und vielleicht das eine oder andere erreichen konnte. Ich glaube, dass die Leute mich in meiner Rolle schätzen gelernt haben. In den Abgeordneten-Sprechstunden hatte ich mit vielen Menschen zu tun, die mit ihren Sor-

gen zu mir gekommen sind. Außerdem war ich in zwei Verbänden als Vorstandsmitglied tätig: in der „Lebenshilfe“ und im Frauenverein. Das hat mir viele Wählerstimmen gebracht, nicht nur von Linken oder PDS-Leuten. Daran habe ich gesehen, dass mich die Bürger akzeptieren, weil sie gemerkt haben, dass sich jemand für sie einsetzt. Ich war als linke Politikerin anerkannt und bin zweimal wiedergewählt worden, sicher auch, weil ich in meiner Funktion als Gesundheitsexpertin viel im Land herumgereist bin und die Leute mich kannten.

In Brandenburg ist wirtschaftlich kaum etwas anders gelaufen als in den anderen neuen Bundesländern. Das Land ist mehr oder weniger Bestandteil der gesamten wirtschaftlichen Lage des Ostens. Ich bin davon überzeugt, dass sich durch Regine Hildebrandts sozialpolitisches Engagement einiges bei uns besser entwickelt hat als in anderen neuen Ländern. Aber insgesamt kann man nicht sagen, dass es nun für Brandenburg besonders gut oder schlecht war.

Ich glaube, heute herrscht eine völlig andere Stimmung als zur Wendezeit, weil die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander gegangen ist. Wir erleben zurzeit ja nicht nur eine Finanzkrise, sondern eine gesellschaftliche Krise. Insofern müssen wir schauen, wo der Weg hinführt. Man sieht jetzt, dass die Leute mit dem, was sie jetzt haben, auch nicht zufrieden sind. Was in den nächsten 20 Jahren auf uns zukommt, wird besonders spannend sein.

Die DDR will ich nicht mehr zurück haben. Aber wenn man eine wirkliche Einheit gewollt hätte, hätte man die guten Sachen aus beiden Systemen zusammenführen müssen. Auch in den Köpfen der Menschen hat sich die Einheit nicht vollzogen. Keiner weiß vom anderen genug. Leider werde ich zu der damaligen Zeit außerhalb der Familie viel zu wenig befragt.

Hannelore Birkholz, geboren am 17. September 1940 in Finsterwalde/Brandenburg, war von 1990 bis 2003 Abgeordnete der PDS-LL bzw. der PDS im Landtag Brandenburg. 2003 ist sie während ihrer dritten Legislaturperiode in den Ruhestand getreten.

Hans Otto Bräutigam

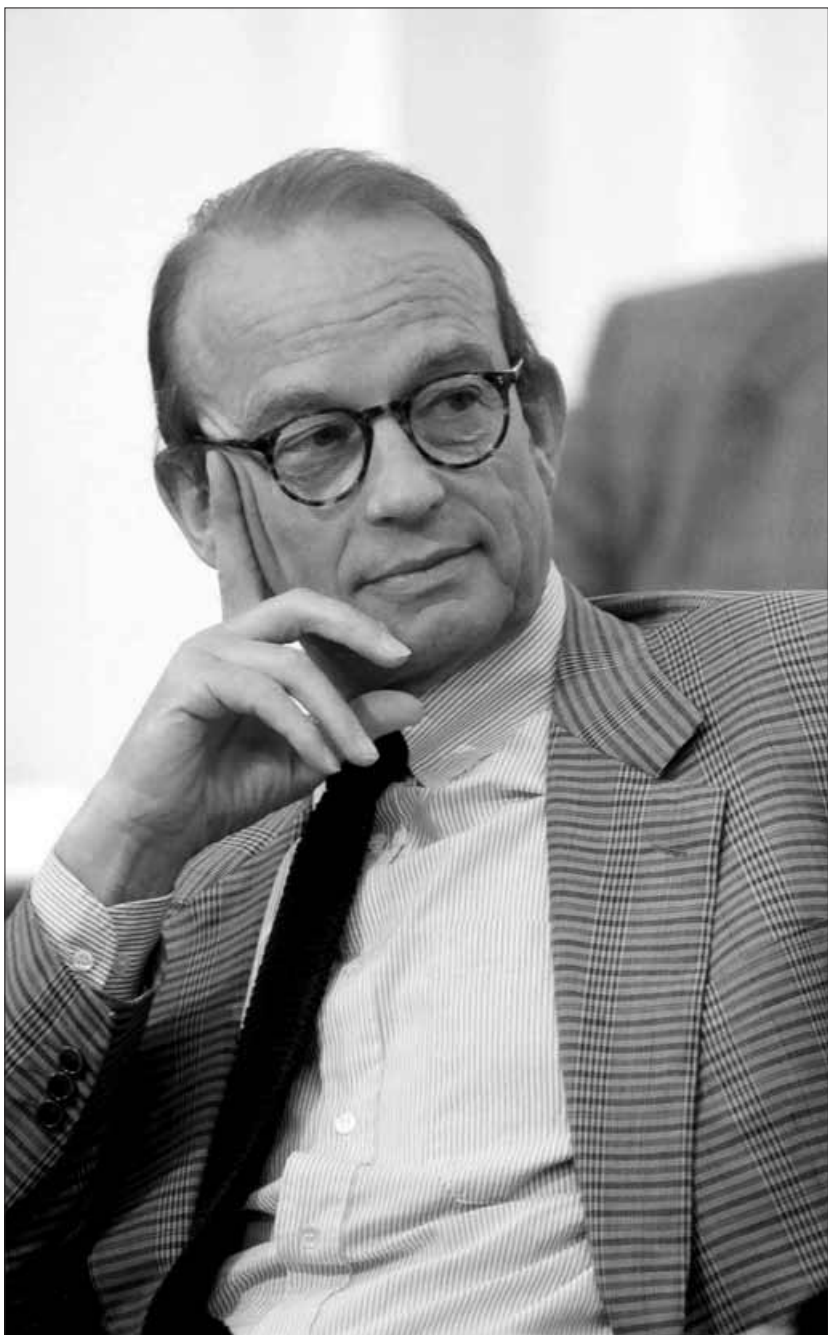
Von New York nach Potsdam – Ein Diplomat wird Landespolitiker

Zu Beginn des Jahres 1989 wurde ich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York. Dieser Wechsel von Deutschland in die USA war schon ein knappes Jahr vorher auf meine eigene Initiative hin festgelegt worden. Da ich insgesamt zehn Jahre, davon sieben Jahre als Leiter, an der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin gearbeitet hatte, wollte ich mich beruflich noch einmal verändern.

Ich kannte die DDR und die politische Szene der DDR nach einer so langen Zeit natürlich recht gut. Als Mitarbeiter der Ständigen Vertretung hatten wir eine Fülle von Kontakten zu Staats- und Parteifunktionären wie zu DDR-Bürgern. Wir machten relativ viele Empfänge, zu denen auch Schriftsteller, Künstler oder Musiker kamen, mit denen man freier reden konnte. Dazu zählten beispielsweise die Schriftsteller Christa Wolf und Stephan Hermlin, aber auch die Maler Bernhard Heisig und Werner Tübke. Ich kannte schon viele Jahre Manfred Stolpe, mit dem ich sehr offen geredet habe. Wir konnten uns ohne allzu viele Worte verständigen.

Aber ich traf mich auch mit Oppositionellen, die damals noch Dissidenten hießen. Ich kannte den Theologen Friedrich Schorlemmer aus Wittenberg ziemlich gut, der einer der führenden Köpfe der Opposition war, und auch Pfarrer Heino Falcke aus Erfurt. In diesen letzten Jahren vor der friedlichen Revolution wurde vor allem das Thema demokratische Mitwirkungsrechte diskutiert. Auf die deutsche Frage kam das Gespräch seltener, obwohl wir natürlich auch über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten gesprochen haben. Meine tägliche Pflichtlektüre war das *Neue Deutschland*. Ich habe es je-den Tag gründlich gelesen, weil es alles aus der Sicht der DDR offiziell Wichtige enthielt. Ich hatte auch Verbindung zu verschiedenen Journalisten, wie dem stellvertretenden Chefredakteur des *Neuen Deutschland* oder dem Chefredakteur des *Horizont*, einer Wochenzeitschrift für internationale Politik.

Es war mir nicht verborgen geblieben, dass die DDR in eine Krise gerutscht war, wirtschaftlich und finanziell, aber auch politisch. Die Gegensätze zwischen Moskau und Berlin traten stärker zu Tage und die überalterte Führung hatte kein rechtes Realitätsbewusstsein mehr. Ich befürchtete, dass die sowjetische Kontrolle angesichts der Probleme in der DDR verstärkt und die Abgrenzung zum Westen verschärft werden könnte. Meiner Ansicht nach braute sich etwas zusammen. So kam es, dass ich mein neues Amt in den USA zu einer Zeit angetreten habe, als ich gar nicht mehr aus Ost-Berlin weg wollte. Die weiteren Entwicklungen in der DDR im Jahr 1989 musste ich also zu meinem Leidwesen aus der Ferne verfolgen.



Für mich war die eigentliche Zäsur der 9. Oktober 1989. Nur zwei Tage nach dem Staatsfeiertag zur Gründung der DDR, als Gorbatschow in Ost-Berlin war und Demonstranten nieder geprügelt worden waren, fand in Leipzig die bis dahin größte Demonstration in der DDR statt. Alle befürchteten, dass wieder so etwas wie in Ost-Berlin passiert. Aber die Volkspolizei und die NVA bekamen keine entsprechenden Befehle, so dass die Demonstration gewaltlos endete. Mit dem Fall der Mauer habe ich dennoch niemals gerechnet.

Von der Maueröffnung erfuhr ich durch den Zeitunterschied zwischen Deutschland und Amerika abends aus dem Fernsehen. Ich war überzeugt, dass die Grenze in der Nacht wieder geschlossen würde und der Reiseverkehr aufgrund des neuen Reisegesetzes ab da weitgehend liberalisiert sein würde. Das fand ich schon großartig. Aber es zeigte sich, dass die Grenze nicht mehr zugemacht werden konnte, da Tausende in den Westen fuhren. Es war etwas außer Kontrolle geraten. Für mich war die DDR, was die Führung des Staates anging, am Ende. Allerdings habe ich mir immer noch nicht einen Zusammenbruch der DDR vorstellen können, geschweige denn, dass die „deutsche Frage“ plötzlich auf die Tagesordnung käme. Da war ich, glaube ich, in guter Gesellschaft. Während der gesamten Zeit tagte die Generalversammlung der Vereinten Nationen und ich war gehalten, anwesend zu sein.

Ich habe mich dann zum Jahreswechsel 1989/90 bei einem Besuch in Berlin um eine Aufgabe im Demokratisierungsprozess der DDR bemüht, da ich so große Kenntnis von der DDR hatte, aber es hat sich nichts ergeben. In der Folgezeit bekam ich in New York Besuch von ost- wie westdeutschen Politikern, die mich über die Ereignisse auf dem Laufenden hielten. Lothar de Maizière, den ich von früher her kannte, lud mich zur Teilnahme an der letzten Sitzung der DDR-Volkskammer am Abend des 2. Oktober 1990 ein. Ich wäre gerne hingefahren, aber ich musste in der Generalversammlung zur Wiedervereinigung sprechen. Insofern konnte ich wieder nicht dabei sein. Das war meine zweite Enttäuschung nach der ersten, dass ich am Tag des Mauerfalls in New York war. Mit dem 3. Oktober dachte ich dann, das war's und sagte in Abwandlung eines Rufs der DDR-Bürgerrechtler zu meiner Frau: „Wir bleiben hier“.

Da kam völlig überraschend ein Anruf von Manfred Stolpe, der mir zunächst das Amt des Beauftragten des Landes Brandenburg bei der Bundesregierung und im Laufe weiterer Gespräche das des Justizministers von Brandenburg antrug. Ich wäre eigentlich lieber Kultusminister geworden, denn von der Aufgabe eines Justizministers hatte ich trotz meines Jurastudiums keine Ahnung. Aber nachdem ich alles mit meiner Frau besprochen hatte, habe ich mich entschlossen, die Ämter zu übernehmen. Nach nur einer Woche hatte ich alles organisiert, ein Nachfolger war für mich gefunden, und Mitte November 1990 war ich im Amt. Die Wahl war

auf mich gefallen, da die Landesregierung jemanden suchte, der das Rechtssystem der Bundesrepublik ebenso kannte wie die DDR-Verhältnisse. Da gab es in der Tat nicht so viele Kandidaten.

Für Brandenburg hatte ich im Grunde keine Präferenzen, außer dass ich Manfred Stolpe sehr gut kannte. Ich wäre auch einem Ruf nach Sachsen gefolgt. Damals waren die Länder schon neu gegründet. Ich finde, das war eine gute Entscheidung. Später habe ich mit dem sächsischen Justizminister Steffen Heitmann in einer gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern für die Neugliederung des Bundesgebietes insgesamt gefochten, aber das wurde von der Mehrheit der Länder abgelehnt.

Das Justizministerium bestand bei meinem Amtsantritt aus vier Personen. Drei davon waren aus dem Osten und wussten genauso wenig wie ich, was ein Justizministerium eigentlich macht. Der vierte Mitarbeiter kam aus dem Justizministerium in Nordrhein-Westfalen. Er allein wusste, was in dieser Situation zu tun war: Wir suchten zunächst Räumlichkeiten und Personal und verteilten die Aufgaben. Allmählich schälte sich dann ein Aufbauprogramm für das Gebiet der Justiz heraus. Von Anfang an habe ich Wert darauf gelegt, dass auch Juristen aus dem Osten dabei waren, wenn auch die Leitungspositionen von erfahrenen Leuten aus dem Westen besetzt wurden. Dieses politische Grundprinzip der Einbeziehung der Ostdeutschen habe ich bis zum Schluss meiner Tätigkeit beibehalten.

Als Justizminister hatte ich mich vorrangig mit der Landesgesetzgebung und der Umgestaltung des Gerichtssystems zu beschäftigen. Kreisgerichte wurden somit zu Amtsgerichten und Bezirksgerichte zu Landgerichten. Wir haben ein neues Oberlandesgericht und ein Landesverfassungsgericht aufgebaut. Gleich zu Beginn besuchte ich alle alten DDR-Gerichte und hörte mir an, was die Beamten zu berichten hatten. Es stellte sich heraus, dass sie noch keine neuen Gesetzestexte und Kommentare bekommen hatten. Darum hatte sich noch niemand im Ministerium gekümmert.

Die Ausarbeitung einer Landesverfassung hingegen lag nicht in unserem Aufgabenbereich, damit war der Verfassungsausschuss beauftragt. Ich finde, sie ist eine ausgesprochen fortschrittliche Verfassung mit einer sehr effektiven Verfassungsgerichtsbarkeit und hat sich in jeder Hinsicht bewährt. Einzig die Volksbegehren und Volksentscheide, deren Aufnahme in die Verfassung hauptsächlich auf die Initiative der Bürgerrechtler zurückging, haben nicht die Erwartungen erfüllt. Es hat kaum welche gegeben, da die Quoren etwas zu hoch sind.

Aber ich hatte auch schwierige Themen zu bewältigen wie den Umgang mit dem SED-Unrecht, die Überprüfung der Justizbeamten und die Neugestaltung der Gefängnisse. Ich war nämlich auch der oberste Gefängnisaufseher. Das empfand ich als besondere Bürde. Zum einen waren die Gefängnisse in einem unbeschreiblichen Zustand, und ständig brachen

Häftlinge aus. Zum anderen gingen die Justizvollzugsbeamten mit den Häftlingen anders um als in West-Deutschland. Deshalb mussten wir die alten Beamten quasi fortbilden. Das haben wir so schnell wie möglich organisiert. Ich habe dann im Laufe der Jahre erkannt, dass die Verbesserung des Strafvollzugs eines unserer wichtigsten Ziele sein muss, weshalb ich die Gefängnisse regelmäßig besucht habe.

Als nächstes mussten wir alle Justizbeamten, vom einfachen Gefängnisaufseher bis zum Staatsanwalt, überprüfen. Für Richter und Staatsanwälte, von denen eigentlich alle SED-Mitglieder waren, hatte die Volkskammer ein Verfahren beschlossen, wonach diese Überprüfung durch Ausschüsse vorgenommen werden sollte. Ich musste dazu Vorschläge machen, ob ich einen Justizbeamten noch für tragbar hielt. Das waren Entscheidungen, die mir sehr schwer gefallen sind, da sie immer auch menschliche Aspekte enthielten. Ich fühlte mich aber durch meine Kenntnisse der DDR-Mentalität ganz gut bei dieser Aufgabe platziert. Dennoch habe ich mit westdeutschen Kollegen im Justizministerium über verschiedene Leute ziemliche Auseinandersetzungen gehabt. Ich war ein bisschen offener als sie, die keinerlei Bezug zur DDR hatten.

Auf der anderen Seite mussten wir auch alle Gerichtsurteile überprüfen. In den meisten politischen Fällen hatte es längst Amnestien gegeben, so dass wir nur Fälle allgemeiner Kriminalität überprüfen mussten, denn es konnte doch hinter diesem oder jenem Urteil ein politisches Motiv stecken. Ich bekam in den ersten Monaten ständig Vorschläge eines Juristenausschusses, wie mit den Urteilen umzugehen sei. Es war nicht so einfach, diese Entscheidung auf der Grundlage der Akten zu treffen.

Nicht zuletzt musste ich mich auch dem Umgang mit SED-Unrecht stellen. Das waren nicht nur Todesfälle durch Mauerschüsse, Körperverletzung oder Folter, sondern auch Wahlfälschung, Korruption, Rechtsbeugung oder Postzensur. Das große Problem dabei war, dass nach der DDR-Rechtspraxis und zum Teil nach den Gesetzen diese Handlungen dort nicht als Unrecht behandelt worden sind, vielmehr waren sie häufig durch Politbüromitglieder abgesegnet. Es galt nun das Prinzip, nur entsprechende Taten, die auch im Westen Unrecht wären, sollten bestraft werden. Es gab dann Tausende Verfahren wegen kleinerer Delikte wie Briefzensur oder Hilfe bei Wahlfälschung, die aber eingestellt wurden. Mit einem Gesetzentwurf für eine Amnestie für leichtes und mittelschweres Unrecht konnte ich mich nicht durchsetzen, aber de facto wurde die Rechtssprechung so gehandhabt. Ansonsten habe ich mich generell aus der Aufarbeitungsdiskussion herausgehalten, soweit ich eben nicht als Justizminister davon betroffen war.

Die Arbeit als parteiloser Minister in Brandenburg war für mich eine sehr positive Erfahrung. Es regierte eine Koalition, die meinem eigenen politischen Empfinden sehr nah war, in der ich mich politisch wohl fühlte. Im Westen

hätten wir sie linksliberal genannt. Mir gefiel außerdem, dass es eine Ost-West-Koalition war, fünf Minister waren aus dem Osten und vier aus dem Westen. Die Zusammenarbeit war parteipolitisch nicht so akzentuiert, sondern sehr sachlich. Andererseits gab es manch ordentlichen und vernünftigen Streit, wie sich das für gute Demokraten gehört. Aber wir waren fähig, uns zu verständigen. Außerdem war Manfred Stolpe ein Moderator, der sich sehr gut darauf verstand, Kompromisse zustande zu bringen.

Obwohl ich nie Mitglied des Landtags war, habe ich an allen Sitzungen teilgenommen, weil ich als Minister das Recht und auch die Pflicht dazu hatte. So hatte ich ein wirklich gutes Verhältnis zu allen Fraktionen, insbesondere auch zu der PDS. Ich habe mir große Mühe gegeben, sie alle ein wenig in die Verantwortung einzubeziehen. So bin ich immer wieder in die PDS-Fraktion gegangen und habe über unsere Arbeit berichtet. Mit der CDU hatte ich ein bisschen mehr Probleme, weil sie eine heftige Opposition war. Was natürlich völlig in Ordnung und im Rahmen des parlamentarisch Zulässigen war.

Trotz der insgesamt erfolgreichen Arbeit hatte ich auch ein paar Niederlagen und Krisen zu überstehen. So bin ich mit meinen Initiativen für eine Amnestie mittlerer und kleinerer Verbrechen, für einen Lastenausgleich, um Ostdeutschen teilweise finanziellen Schadenersatz zu leisten, und ein Antidiskriminierungsgesetz gescheitert. Dem Rücktritt sehr nah war ich in zwei anderen Fällen. Das eine Mal ist ein Schwerstkrimineller aus dem Gefängnis ausgebrochen. Es war ein Fall, bei dem die Gefängnisleitung ziemlich fahrlässig gewesen ist. Da habe ich meinen Rücktritt angeboten, aber den hat der Ministerpräsident abgelehnt. Der zweite war ein ganz anderer Fall. Einem Landtagsabgeordneten der SPD wurde die Beteiligung an Verbrechen der Wehrmacht vorgeworfen. Ich habe verantwortet, dass keine Anklage gegen ihn erhoben wurde, weil nach meiner juristischen Beurteilung dieser Fall verjährt war. Die Opposition hat daraufhin mit großer Enttüstung meinen Rücktritt verlangt. Ich war nicht dazu bereit, weil ich mich im Recht fühlte.

Nach der Landtagswahl 1994 habe ich auf Bitte von Manfred Stolpe weitergemacht und mich dann 1999 aus Altersgründen aus der Politik zurückgezogen. Obwohl ich neun Jahre Justizminister war, haben mich viele Leute trotzdem eher als Leiter der ständigen Vertretung in Erinnerung denn als Justizminister von Brandenburg. Das stelle ich immer wieder bei Veranstaltungen, auch solche zum Jahrestag der friedlichen Revolution, fest. Ich glaube, das liegt daran, dass sich die Leute weniger für Politik interessieren als früher.

Durch meine Arbeit habe ich viele Leute kennen gelernt und neue Freunde über Parteigrenzen hinweg gefunden. Der einzige Wermutstropfen war, dass man für sein Privatleben überhaupt keine Zeit mehr hatte. Ich hatte einen Zwölf-Stunden-Tag, weshalb meine Frau und ich sehr bald auf

Einladungen verzichtet haben. Leider konnte ich meine vielen Kontakte aus DDR-Zeiten daher größtenteils nicht aufrechterhalten.

Natürlich haben wir als Landesregierung auch Fehler gemacht, die uns heute teuer zu stehen kommen. Für mich ist eines der größten Versäumnisse, dass wir uns nicht genügend um die Jugend gekümmert haben. Jugendhäuser wurden geschlossen, Sportvereine gab es nicht mehr. Ich glaube, das ist mit ein Grund dafür, dass der Rechtsextremismus auf dem Land stark verbreitet ist. Dazu kommt die Enttäuschung von großen Teilen der Bevölkerung über den Einigungsprozess. Sie haben das Gefühl, Verlierer der Einheit zu sein. Nur im Zuge von Generationen werden sich die Vermögensverhältnisse in Ost und West allmählich angleichen. Das schafft man eben nicht in wenigen Jahren, so viel Geld ist einfach nicht vorhanden.

***Dr. Hans Otto Bräutigam**, geboren am 6. Februar 1931 in Völklingen an der Saar, war ab 1982 als Staatssekretär Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR und ab 1989 UN-Botschafter in New York, bevor er von 1990 bis 1994 parteiloser Minister der Justiz des Landes Brandenburg und Bevollmächtigter der Landesregierung beim Bund wurde sowie im Anschluss daran bis 1999 Minister der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten. 2006 trat er in den Ruhestand.*



Klaus-Dieter Kühbacher

Zum obersten Finanzexperten in neuem Umfeld

Als die Mauer fiel, war ich bereits 13 Jahre Bundestagsabgeordneter der SPD und seit fast zehn Jahren Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestags. Zuvor hatte ich Erfahrungen im Rechnungsprüfungsausschuss und im Petitionsausschuss gesammelt. Dadurch habe ich mitbekommen, wie öffentliche Verwaltung funktioniert und wie sie eben auch gelegentlich nicht funktioniert. Außerdem habe ich gelernt, wie man beispielsweise mit Beamten der Bundesbaudirektion, die eine Brücke völlig umsonst haben bauen lassen, am besten umgeht. Zum anderen habe ich von ganz privaten Schicksalen Kenntnis bekommen, und wir aus dem Petitionsausschuss haben manch einem zur Rente verholfen oder ihm eine neue Wohnung verschafft.

In den Bundestag bin ich dreimal direkt für meinen Braunschweiger Wahlkreis gewählt worden. Ich hatte mir dort nach so vielen Jahren einiges Gehör verschafft und hatte wirklich etwas zu sagen. Meine politische Zukunft sah ich im Bundestag. Neben meiner parlamentarischen Arbeit habe ich die Wahlkreisarbeit gemacht, war Vorstandsmitglied des SPD-Bezirks Braunschweig und seit 1980 im Landesvorstand der SPD Niedersachsen.

Bei meinen wenigen Besuchen mit der Familie in der DDR ist uns aufgefallen, wie schlecht es den Leuten ging. Es war aus unserer Sicht erbärmlich. Als wir zuletzt 1987 in Ost-Berlin waren, sind wir umhergefahren, haben uns die Stadt angesehen und den schlechten Zustand der Wohnhäuser bemerkt. Man hatte das Gefühl, die Fenster fallen gleich aus dem Rahmen. Es hat überall nach Braunkohle gerochen und die Luft war deutlich schlechter als bei uns im Westen. Auch die Mangelwirtschaft blieb einem nicht verborgen. Im Restaurant des Ost-Berliner Fernsehturms wollte mein jüngster Sohn ein Erdbeereis als Nachtisch essen, aber es gab nur Vanilleeis. Man hatte keine Wahl, obwohl das Restaurant gut gefüllt war. Bei unserem anschließenden Besuch eines Kaufhauses fiel auf, dass es kaum Waren gab. Die Kunden kauften daher drei Blusen auf einmal, weil die gerade zu haben waren.

An ein Ende der DDR habe ich dabei niemals gedacht. Es gab ja immer noch eine Unmenge von Soldaten im Land. Auch als Politiker waren wir über die finanzielle Situation der DDR nicht im Bilde. Erst mit der Wende erfuhren wir mehr, aber selbst da rechnete ich noch nicht mit einem Zusammenbruch des Landes.

Den Mauerfall selbst habe ich zu Hause am Fernseher verfolgt. Es war ein beglückendes Ereignis für mich. Später ergoss sich auch nach Braunschweig fast schon eine Flutwelle an Menschen. Es war ja nicht nur die Mauer in Berlin auf, sondern die ganze DDR-Grenze. Zwar gab es noch immer die Grenzsoldaten, aber meines Erachtens trauten sie sich nicht, die Menschen aufzuhalten.

Für mich persönlich änderte sich durch die Wende zunächst nichts. Mein politischer Alltag als Abgeordneter in Bonn ging weiter wie zuvor. Aufgrund der Ereignisse war nur die Wahl zum nächsten, dem 12. Bundestag auf den 2. Dezember 1990 vorgezogen worden. Im Spätsommer besprachen wir im Vorstand der Braunschweiger SPD die Kandidatur für die Bundestagswahl. Ich wollte wieder kandidieren. In der Woche bevor die Meldefrist ablaufen sollte, bekam ich einen Anruf von Wolfgang Clement, dem damaligen Chef der Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen unter Ministerpräsident Johannes Rau. Nordrhein-Westfalen war ja das westliche Partnerland von Brandenburg. Clement wollte wissen, ob ich mir vorstellen könne, das Finanzministerium in Brandenburg zu übernehmen und gab mir 24 Stunden Zeit zu überlegen.

Ich habe mich dann mit meinen Vorstandskollegen beraten, ob ich aus dem Bundestag aussteigen und nach Brandenburg gehen sollte, obwohl die Stadt Braunschweig dann für voraussichtlich vier Jahre keinen eigenen SPD-Abgeordneten mehr im Bundestag haben würde. Mein Stellvertreter sagte ganz klar, so ein Angebot bekäme ich nur einmal im Leben. Wenn ich das jetzt ausschläge, würde ich auch nichts anderes mehr werden. Das hat mich überzeugt. Weil meine Familie keine Einwände hatte, habe ich Wolfgang Clement zugesagt. Ausschlaggebend für meine Berufung war natürlich nicht nur meine Erfahrung als Finanzpolitiker. Es bestand vielmehr nach den Landtagswahlen in Brandenburg die Gefahr, dass Manfred Stolpe mit der CDU koalieren könnte. Die Bundespartei wollte durch gestandene SPD-Leute wie mich die FDP und das Bündnis 90 an Stolpe binden, was dann ja auch geklappt hat.

Zum Land Brandenburg hatte ich zunächst gar keine Beziehung. Ich wäre auch nach Sachsen oder Thüringen gegangen, wenn es sich ergeben hätte. Mit den Jahren ist meine Bindung an Brandenburg intensiver geworden. Aber ich halte die Neugründung des Landes in seinen alten Grenzen dennoch für unglücklich. Man hätte von Anfang an größere Einheiten schaffen sollen. Ich halte es für einen Fehler, dass das Braunkohlegebiet, das sich über den Süden Brandenburgs und Sachsen erstreckt, geteilt worden ist. Sachsen und ein großer Teil von Brandenburg hätten zusammengefügt werden können. Wenn dann noch Halle dazu gekommen wäre, hätte man ein veritables Bundesland gehabt. Als ich nach Brandenburg kam, konnte man jedoch nicht mehr viel ändern. Die neuen Länder hatten ihre Partnerländer.

NRW war auch in finanzieller Hinsicht nicht das schlechteste. Trotzdem glaube ich, dass die Bundesrepublik sich langfristig diese vielen Länder nicht mehr leisten kann und über einen neuen Länderzuschnitt nachdenken muss.

Als Finanzminister von Brandenburg wurde ich Chef über 44 ehemalige DDR-Finanzämter. Jedem dieser Ämter standen bereits zwei Vorsteher aus dem Partnerland Nordrhein-Westfalen und ein Stellvertreter aus dem Osten vor. Somit war das kleine Bundesland exzellent ausgestattet. Ich habe dann aber sehr schnell entschieden, die Zahl der Ämter zu halbieren, um Personal einsparen zu können. In der Zeit zwischen Mauerfall und deutscher Einheit hatten nun viele Buchhalterinnen aus Fabriken oder LPGs, die arbeitslos geworden waren, in der Finanzverwaltung eine Anstellung gefunden. Diesen Spitzenbuchhalterinnen – denn sie verstanden ihre Arbeit wirklich – musste ich nun mitteilen, dass wir die Zahl der Ämter halbieren wollten und sie in der Stadt- oder Kreisverwaltung in der Finanzabteilung unterkommen könnten. Dort saßen noch die alten Kader, die nur durch ihre Parteizugehörigkeit auf ihre Posten gekommen waren und nicht wegen ihrer Kompetenz. Die Frauen waren wütend über diese Entscheidung, dass sie nun, meist ohne Auto, 20 bis 30 Kilometer zur Arbeit fahren sollten, aber es ging nicht anders, und wir zogen diese schwierige Entscheidung durch.

Andererseits habe ich den Ressorts Geld zur Verfügung stellen müssen, aber natürlich war nie genug da. Besonders hartnäckig war meine Berliner Parteifreundin Regine Hildebrandt, die sich sehr in ihrem Ressort Arbeit und Soziales engagiert hatte. Bei ihren Reisen durch das Land hat sie viele Zusagen zum Neu- oder Umbau von Krankenhäusern gegeben, die wir dann finanzieren sollten. Ich habe ihren Forderungen nicht immer nachgegeben, denn ein Haushaltsplan ist nun mal ein Haushaltsplan. Wir konnten auch nur dann einen Nachtragshaushaltsplan verabschieden, wenn genug Geld da war. Wir haben zwar auch Schulden gemacht, aber dieses Vorgehen war irgendwann nicht mehr zu verantworten.

Wenn ich es heute bedenke, haben wir nach 1990 über unsere Finanzverhältnisse gelebt. Wir haben zu viel zu schnell finanziert. So ist es auch zu mancher Fehlinvestition gekommen. Einige Krankenhäuser, die wir mit Regine Hildebrandts Kraft zu gut ausgestatteten Spezialkrankenhäusern umgebaut haben, sind heute wieder ganz normale Polikliniken wie zuvor. Sie haben sich nicht bewährt, da die Patienten für Untersuchungen von einem Krankenhaus zum anderen reisen mussten. Wenn das dann noch mit dem Krankenwagen geschah, war das für alle Beteiligten besonders teuer.

Auf anderen Gebieten haben wir ebenso fehlinvestiert. Das muss ich auch meinem Kollegen Walter Hirche, dem damaligen FDP-Wirtschaftsminister in Brandenburg, anlasten. Zu viel Geld ist im Rahmen der Wirtschaftsförderung an Kommunen geflossen, so dass es im Land viele Gegenden

mit gut ausgebauten Straßen, Abwässeranschlüssen und Laternen gibt, aber ohne die erhofften Industrieansiedlungen. So wurden bei vielen Menschen Hoffnungen geweckt, die sich nicht erfüllten. Insgesamt finde ich jedoch, dass wir eine Menge richtig gemacht haben.

Bei vielen Entscheidungen hat mir meine berufliche Erfahrung eine ungeheure Selbstsicherheit gegeben. Ich wusste durch meine frühere Tätigkeit in der Stadt- und Kommunalverwaltung von Braunschweig, wie eine Großstadtverwaltung funktioniert. Und durch mein Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie kannte ich den Verlauf von Finanzflüssen. Ich war ja zunächst kein gewählter Volksvertreter und fühlte mich auch nicht als solcher. Manchmal habe ich natürlich gespürt, dass man mich auf dem Land als „den Wessi“ sah, aber ich glaube, die Leute haben mich beim Zuhören als jemanden wahrgenommen, der seinen Sachverstand einbringen will.

Die Kabinettsitzungen in Brandenburg empfand ich als ermüdend und über Gebühr lang. Es gab lange Tagesordnungen, die abgearbeitet wurden, wobei jeder genau wusste, was er wollte. Es hat mich manchmal schon genervt, wenn von einigen Kollegen untergeordnete Punkte ausführlich diskutiert wurden. Einmal ging es beispielsweise um eine kleine Hutfabrik mit etwa 40 Beschäftigten. Diese Fabrik sollte Geld für neue Maschinen bekommen, aber ob die Hüte auch verkauft würden, war in solchen Diskussionen zweitrangig. Ein andermal wurde über Tomaten aus Europa contra Braunkohle-Tomaten aus eigenen Landen diskutiert. Die heimischen Anbieter ärgerten sich über das Angebot aus Spanien oder Holland, obwohl bekannt war, dass ihre Tomaten von Braunkohlestaub belastet waren. Denn die privaten Gärtner heizten wie zu DDR-Zeiten die Gewächshäuser mit Braunkohle. Dann hat die Landesregierung das Heizen der Gewächshäuser mit Briketts aus Umweltschutzgründen verboten und diesem Lamento ein Ende bereitet. In der Folge mussten aber Braunkohlefabriken wie auch Gärtnereien schließen. Wolfgang Birthler, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, warf uns natürlich vor, dass dadurch Menschen ihre Arbeit verlören. Ich war aber zu der Auffassung gekommen, dass die Regierung nicht alle in Lohn und Brot halten könne.

Viele Verhandlungen haben sich so bis in die Nächte gezogen, weil Ministerpräsident Stolpe im wahrsten Sinne des Wortes nicht müde wurde. Wenn es abends länger dauerte, bis ein Tagesordnungspunkt beschlossen war, dann dauerte es eben länger. Wir hatten am Wochenende auch nicht generell frei, sondern immer musste einer von uns Ministern, sehr zum Missfallen meiner Frau, mit Manfred Stolpe samstags oder sonntags auf Besichtigungstour durchs Land fahren. Nach Braunschweig konnte ich dann oft nicht mehr. Das empfand ich auch als kräftezehrend.

Die politische Arbeit war natürlich durch die stabile Mehrheit der Koalition sehr erleichtert. Die CDU war zu der Zeit mehr oder weniger zerstritten, und

die PDS hat sich am Anfang nicht so massiv gerührt. Leider bin ich dann im Jahr 1995 quasi aus dem Kabinett geworfen worden, obwohl ich mittlerweile ordentlich gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Senftenberg war. Ich war von Anfang an gegen eine Fusion der Länder Berlin und Brandenburg, wie Manfred Stolpe und Eberhard Diepgen, der Regierende Bürgermeister von Berlin, sie planten. Allein schon wegen der Bevölkerungszahl Berlins war ich davon überzeugt, dass die Berliner Abgeordneten immer mehr an der Zahl sein würden als die Brandenburger Parlamentarier. Auch die Ost-Berliner Abgeordneten haben nicht automatisch Brandenburger Interessen vertreten. Ich habe dann zunehmend meine ablehnende Haltung geäußert und am Ende ein Bild von der Tasse und dem Schwamm gebraucht: Berlin liegt in Brandenburg, welches ein wasserreiches Land ist. Mitten in diese Suppenschüssel setzt sich Berlin und saugt alles auf. Das hat gewirkt. Bei der Volksabstimmung haben die Brandenburger Bürger die Fusion abgelehnt. Ich wurde sodann für Brandenburg und Berlin in die Deutsche Bundesbank „weggelobt“. Bis zu meiner Pensionierung war ich im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank in Frankfurt vertreten und zugleich Landeszentralbankpräsident von Berlin und Brandenburg. Dadurch bin ich der Region erfreulicherweise verbunden geblieben, auch wenn ich nicht sagen kann, dass ich in dieser Zeit Freundschaften geschlossen hätte. Ich habe viele Bekanntschaften gemacht, besonders in meinem Wahlkreis, aber Freunde findet man durch die Bankenwelt kaum.

So gesehen war die Entscheidung, als Finanzminister nach Brandenburg zu gehen, ein logischer Zwischenschritt auf dem Weg in den Zentralbankrat. Ich würde diese Entscheidung jederzeit wieder treffen, zumal mich meine Frau und meine Söhne dabei unterstützt haben. Ich bin auch ein wenig stolz darauf, Bundesbanker zu sein. Ich habe noch keinen Artikel der Art gelesen, dass meine Arbeit kritisiert worden wäre. Über die damalige Zeit spreche ich mittlerweile nur noch selten. Die heutige Zeit ist sehr schnelllebig geworden, und der Fokus der Bürger richtet sich jetzt mehr auf Europa und die Entscheidungen dort.

Brandenburg funktioniert jetzt recht gut. Es gibt drei Universitäten, eine große Anzahl an Forschungsinstituten und Fachhochschulen, wovon Brandenburg durch den Zuzug von Personal und Studenten sehr profitiert. Ich glaube, bei einer Fusion mit Berlin hätte es auf dem Land diese Entwicklung von wissenschaftlichen und auch kulturellen Einrichtungen nicht in diesem Maße gegeben.

Andererseits existiert das Problem, dass viele junge Leute von hier ihr Glück nach wie vor in den alten Ländern suchen. Dieser Aderlass wird nicht aufzuhalten sein. Denn im industriellen Bereich und bei Dienstleistungen kommt Brandenburg leider nur in Trippelschritten voran. Die Leute, die bleiben, werden immer älter, und sie werden in größere Wohnbereiche ziehen

müssen, da ihre Versorgung sonst nicht gewährleistet werden kann. Im ländlichen Raum werden wir in Zukunft vermehrt Brachen, Versorgungsmängel und lange Wege haben.

Selbst wenn man die Wende für meine Begriffe schon jetzt nicht mehr spürt, glaube ich, dass gerade viele von den älteren Bürgern wissen, dass sie ihre Reisen und Anschaffungen nicht machen könnten, wenn der Staat, sei es der Bund oder das Land, ihnen nicht so viel eigenes Geld lassen würde. Abgesehen von der Potsdamer Innenstadt sind die Mieten günstig, die Lebensmittelpreise niedrig und viele Familien leisten sich zwei Autos. Ein großer Teil der Leute ist in seinen alten bescheidenen Wohnungen geblieben, weil dann mehr Geld für andere Dinge zur Verfügung steht. Im Großen und Ganzen kann man sagen, dass die Menschen das Glück hatten, dass die Bundesrepublik die DDR im weitesten Sinne übernommen hat. Insbesondere, wenn man sich die Entwicklung in anderen ehemaligen Ostblockstaaten ansieht.

Klaus-Dieter Kühbacher, geboren am 30. Oktober 1943 in Heerlen/Holland, war für die SPD Abgeordneter im Landtag Niedersachsen und im Bundestag, bevor er 1990 als Finanzminister nach Brandenburg kam. 1994 wurde er im Wahlkreis Oberspreewald-Lausitz II direkt in den Landtag gewählt und erneut Finanzminister. Ein Jahr später wechselte er als Präsident der Landeszentralbank von Berlin und Brandenburg zur Deutschen Bundesbank. Er trat 2002 in den Ruhestand.

Manfred Stolpe

In die Pflicht genommen

Meine Familie stammt aus Pommern. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs landeten meine Eltern und ich auf der Flucht in Richtung Westen in Greifswald. Obwohl mein älterer Bruder, der in der westlichen Besatzungszone in Gefangenschaft geraten war, und große Teile der Verwandtschaft nach 1945 im Westen lebten, entschieden wir uns, in Greifswald zu bleiben in der Erwartung, es würde schon irgendwie gehen. Ich habe bewusst in der DDR gelebt und mich früh auf das Leben dort eingestellt. Ich war Mitglied der FDJ, der Gesellschaft für Sport und Technik und der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Wir diskutierten zu Hause viel über Politik. Meine Mutter hörte regelmäßig westliche Radiosender, was ich in 40 Jahren DDR beibehalten habe. Ich setzte aber immer darauf, dass sich in der DDR irgendwann etwas verändern würde.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Jena fing ich 1959 als Jurist bei der Verwaltung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg an. Mein Berufswunsch Anwalt blieb mir verwehrt, da ich weder Mitglied der SED noch einer anderen Partei war. Nach verschiedenen Stationen innerhalb der Kirchenverwaltung wurde ich 1982 Konsistorialpräsident, wie der Chef der Kirchenverwaltung offiziell heißt. Gleichzeitig war ich in dieser Funktion Verhandlungsführer der Kirche mit dem Staat und stellvertretender Vorsitzender vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, für den ich ebenfalls Verhandlungsführer war. Meine Arbeitsstelle lag in Ost-Berlin, aber wir wohnten in Potsdam, weil ich für Berlin als Mitarbeiter der Kirche keine Zuzugsgenehmigung bekam.

Von Anfang an war es mein Auftrag bei der Kirche, mit den Staatsorganen zu reden. Kollegen mit einer alten Juristenausbildung wollten diese Aufgabe nicht übernehmen. Ich hatte keine Berührungängste, zumal ich manche meiner Kommilitonen in staatlichen Funktionen wieder traf. Es ging dabei immer um die Frage: Was kann die Kirche für die Menschen in der DDR tun?

Meine Arbeitstage im Sommer 1989 waren sehr ausgefüllt. Kirchengemeinden in der ganzen DDR luden mich zu politischen Veranstaltungen ein. Ich sprach mit Kirchenmitgliedern über ihre Sorgen und erfuhr gleichzeitig viel über die Stimmung im Land. Aber ich führte auch Gespräche mit Vertretern des DDR-Staatsapparates, in denen ich mich für schulisch benachteiligte



Kinder christlichen Glaubens, für politisch Inhaftierte oder Ausreisewillige einsetzte. Dazu kam die alltägliche Büroarbeit innerhalb der Kirchenverwaltung.

Aus Sicht meiner Frau bestanden meine Sonntage damals üblicherweise darin, früh loszufahren und spät abends zurückzukommen. Manchmal gab es aber Sonntage, an denen ich zu Hause in Potsdam war und sogar überlegt habe, ob ich in die Kirche gehen oder lieber richtig „blau machen“ solle. Unsere Tochter war schon 20 Jahre alt, so dass gemeinsame Unternehmungen seltener wurden.

Schon vor dem Herbst 1989 war ich davon überzeugt, dass sich in der DDR etwas ändern würde. Vom neuen Kurs des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow waren Bürger und Funktionäre der SED gleichermaßen elektrisiert. Das stellte ich mehr und mehr in Gesprächen fest. Erhofft wurden insbesondere Reise- und Meinungsfreiheit sowie die Möglichkeit der freien wirtschaftlichen Betätigung. Auch die Evangelische Kirche schloss sich massiv diesen drei Grundforderungen auf einer Tagung des Kirchenparlaments im September 1989 in Eisenach an.

Die Wende hat mich nicht überrascht. Am 19. Oktober lud der neue Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Egon Krenz, die Spitzen der Evangelischen Kirche zum Gespräch. Er teilte uns mit, bis spätestens Weihnachten könne jeder DDR-Bürger ohne Antrag in den Westen reisen. Die Partei wolle Meinungsfreiheit und Oppositionsgruppen zulassen und die Wahlen „freier machen“. Außerdem solle die Wirtschaft effektiver gestaltet werden.

Ich erfuhr von der Maueröffnung am 9. November bei einer Zusammenkunft mit Vertretern der SED, aller anderen Parteien und Oppositionsgruppen sowie der Katholischen Kirche. Es war der Versuch meiner Kirche, alle an einen Tisch zu bringen. Das Wort „Runder Tisch“ vermieden wir, weil wir der SED nicht unnötig Angst machen wollten. Auf einmal bekam ich einen Zettel hereingereicht mit der Information, Günter Schabowski hätte erklärt, reisen sei jetzt möglich. Ich habe mich darüber gefreut, aber mein erster Gedanke war: Na endlich! Dann erfuhr ich von der spontanen Massenbewegung zu den Grenzübergängen. Da hatte ich Sorge, es könnte doch auf die Teilnehmer der Demonstrationen geschossen werden. All die Jahrzehnte hatte ich erlebt, dass zum Schluss die Panzer kamen und auch der Westen nicht half. Aber Gott sei dank blieb alles friedlich.

Nach der Wende ging ich davon aus, dass die Kirchen weiterhin Einfluss im Interesse der Menschen nehmen müssten. Ich wollte meine Aufgabe fortsetzen, da ich in gewisser Weise schon länger politischer Unterhändler meiner Kirche war. Im Frühjahr 1990 merkte ich dann, dass ich als Vertreter der Kirche zur Durchsetzung bestimmter Ziele einen schlechteren Stand

hatte als in der DDR. Die Kirche hatte dort ihr Monopol auf freie und relativ unangefochtene Meinungsäußerung verloren. Sie war eine Gruppe unter vielen geworden. Johannes Rau, der damalige SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, machte mir klar, dass ich mich für eine Partei entscheiden müsse, wenn ich weiterhin Einfluss nehmen wolle. Ich habe mich für die SPD entschieden, da ich die Sozialdemokraten für die Partei der „kleinen Leute“ hielt, aber gleichzeitig für groß genug, um Einfluss nehmen zu können.

Anfangs rechnete ich nicht mit der Einheit. Ich glaubte lange an eine Konföderation beider Staaten, denn ich war davon überzeugt, dass die Sowjetunion die DDR nicht aufgeben würde, weil sonst ihr Imperium zusammenbräche. Als Hans Modrow, der am 13. November neuer Ministerpräsident der DDR geworden war, erstmals von Wahlen zur Volkskammer sprach, hielt ich die deutsche Einheit für denkbar. Mir schwebte ein Beitritt wie der des Saarlandes zur Bundesrepublik 1957 vor: zehn Jahre Übergangsfrist, zwei Währungen nebeneinander, Schutz aller Betriebe und aller Arbeitsplätze. Leider ist bei der Ausarbeitung des Einigungsvertrags alles anders gelaufen.

Zu meinem Engagement in Brandenburg brachte mich mein Parteikollege Steffen Reiche. Er fragte mich, ob ich nicht Spitzenkandidat der SPD bei der Wahl zum Brandenburger Landtag werden wolle. Johannes Rau drängte mich wegen meiner Bekanntheit im Land ebenso dazu. Nur meine Frau war immer dagegen. Bei der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 wurde die SPD stärkste Partei und ich infolgedessen Ministerpräsident des Landes.

Für mich kam von Anfang an nur Brandenburg als regionale Wirkungsstätte in Frage, wenn ich auch zunächst das ganze Territorium der DDR als ein neues Land bevorzugt hätte. Doch das war nicht gegen die Länder der alten Bundesrepublik zu machen. Außerdem wollten auch die Sachsen und Thüringer ihre alten Länder auferstehen lassen. Meine politischen Vorstellungen waren zunächst ganz schlicht, weil ich als Vertreter des Volkes agieren wollte. Ich wollte den Menschen helfen, damit möglichst keiner auf dem Weg in das gemeinsame Deutschland zum Verlierer würde. Ich wollte vermeiden, dass sie plötzlich Fremde im eigenen Land wären. Gerade für Brandenburg, dessen Historie zu DDR-Zeiten völlig tabuisiert war, wollte ich ein neues Heimatgefühl schaffen.

Für die Arbeit in Brandenburg waren die Fachleute mit Erfahrung aus Nordrhein-Westfalen unverzichtbar. Unser Partnerland war beim Aufbau der Verwaltung unser Vorbild, aber wir haben uns auch an Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein orientiert. Beide Länder sind etwa so groß wie Brandenburg. Im Zweifel übernahmen wir viele Verwaltungsstrukturen mit der Überlegung, dass wir sie immer noch ändern können.

Der Grundmechanismus der Demokratie war mir durch meine langjährige Arbeit in der Evangelischen Kirche bekannt. Es gab Kirchenparlamente und Kirchenleitungen mit unterschiedlichen Vorstellungen, und es brauchte oft viel Geduld, ehe Entscheidungen demokratisch gefällt wurden. Neu war für mich nur, dass auf Bundes- und Landesebene am Ende Parteiinteressen häufig über Sachinteressen standen.

Im ersten Brandenburger Kabinett spielten Parteivalitäten noch keine große Rolle, obwohl die Spannung dieser „Ampelkoalition“ darin bestand, dass drei unterschiedliche politische Richtungen im Kabinett vertreten waren. Aber alle Kabinettsmitglieder waren ebenfalls durch ihre bisherigen Erfahrungen und Anschauungen geprägt. Die Grundintention aller bestand darin, gemeinsam etwas zu bewegen. Jeder musste dabei gelegentlich seine parteipolitischen Grenzen ein bisschen zurückstecken. Das galt es immer zu berücksichtigen.

Die Diskussionen im Kabinett waren meistens ergebnisoffen. Ich kam nie mit der Absicht zu den Sitzungen, meinen Kollegen etwas vorzuschreiben. Ich hatte gleichwohl Vorstellungen, was als Bestmögliches in bestimmten Fragen herauskommen könnte und habe, wenn nötig, Überzeugungsarbeit geleistet, so dass sich jeder letztlich mit Entscheidungen identifizieren konnte.

Auch im Parlament standen die Landesinteressen lange über den Parteiinteressen. Es war in den ersten Jahren noch möglich, mit den Oppositionsparteien CDU und PDS Entscheidungen im Interesse des Landes abzusprechen. Mit den ehemaligen SED-Mitgliedern, die nun als PDS-Parlamentarier im Landtag saßen, hatte ich nach meinen jahrelangen Erfahrungen auch keine Berührungängste. Mir war es wichtig, dass die Vergangenheit beim Namen genannt wurde und sich niemand versteckte. Im Interesse des Aufbaus des Landes war mir daher der Neuanfang wichtiger als Rache – oder Siegesgelüste.

Mir persönlich sind solche Entscheidungen schwer gefallen, die mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden waren. Ein schwieriges Kapitel war für mich auch die Aufgabe von Horno für den Tagebau, weil ich den Hornoern zu DDR-Zeiten geholfen hatte, den Ort zu erhalten. Aber auch die Entscheidung für den Ausbau des Flughafens Schönefeld ist mir nicht leicht gefallen, da ich fand, zu viele Menschen würden durch Lärm in Mitleidenschaft gezogen. Auf der anderen Seite litt ich darunter, dass wir es nicht geschafft haben, alle Industrie-Standorte zu erhalten. In Wittenberge beispielsweise mussten sowohl die alteingesessene Nähmaschinenfabrik als auch das Zellstoff- und Zellwollewerk aufgeben. Nur das Bahnbetriebswerk Wittenberge konnte gehalten werden, weil ich mich bei der Deutschen Bahn sehr dafür eingesetzt hatte.

Leider bin ich in den ersten Jahren entgegen meiner sonstigen Skepsis auch auf Leute hereingefallen, die mir die Erfolgsaussichten bestimmter

Projekte besonders rosig vorgetragen haben. Mittlerweile bin ich der Überzeugung, dass wir den Cargolifter sogar hätten verhindern müssen. Unter dem Strich ist aber auch vieles gelungen, das naturgemäß weniger Schlagzeilen produziert. Ich nenne nur den Erhalt von EKO in Eisenhüttenstadt, den Chemiestandort Schwarzeheide oder das Zentrum der Petrochemie und der Papierindustrie in Schwedt/Oder. Wichtige Neuansiedlungen wurden beispielsweise mit dem Druckmaschinenwerk in Brandenburg an der Havel und dem Turbinenwerk in Dahlewitz möglich.

Als ich meine politische Tätigkeit begann, machte ich mir keine Gedanken darüber, wie lange ich diese Aufgabe ausüben könnte. Ich bin in meinem Leben immer „auf Sicht“ gefahren. Was hinter der nächsten Ecke kommt, hat mich nicht bewegt. Die Entscheidung für Brandenburg empfinde ich nach wie vor als richtig, denn ich fühlte mich damals auch in der Pflicht, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich schäme mich auch nicht dafür, dass manches nicht optimal gelaufen ist. Meine wichtigste Erfahrung ist, dass es sich lohnt, etwas gemeinsam mit Menschen anzupacken. So haben wir es auch geschafft, dass die Süd-Lausitzer und West-Prignitzer zu Brandenburg zurückkamen.

Zwei Erfahrungen, die ich nicht gerne gemacht habe, betreffen die Diskussion um meine Arbeit als Konsistorialpräsident. Ich musste lernen, dass der Journalismus immer auch von der Suche nach Skandalgeschichten beherrscht ist. Gerade die „Stasi“, mit der ich qua Amt zu tun hatte, verkauft sich in diesem Zusammenhang immer wieder gut. Genauso hat mich aber die Beobachtung berührt, dass Leute über Sachen sprechen und urteilen, über die sie gar nicht Bescheid wissen. Es bereitet mir bis heute Mühe, verständlich zu machen, dass es das Selbstverständnis der Evangelischen Kirche in der DDR war, sich um Leute zu kümmern, die Hilfe suchten. Die Kirche wollte sich nicht aufs Singen und Beten zurückziehen. Wenn ich nun als Verhandlungsbeauftragter Ergebnisse erreichen wollte, musste ich mit allen verantwortlichen Leuten reden, mit dem Staatsapparat, der SED und der Staatssicherheit. Dabei war das Politbüro das eigentliche Machtzentrum der DDR. Moralische Rückendeckung erhielt ich bei dieser Aufgabe von meinen Kollegen aus der Kirche.

Ich habe seit der Wende viele neue Leute kennen und schätzen gelernt. Darunter waren auch solche, zu denen ich Vertrauen hatte und mit denen ich offen sprechen konnte, die aber auch mir vertrauten. Für mich ist das Freundschaft, und insofern habe ich viele neue Freundschaften mit Menschen aus Ost und West geschlossen.

Ich spreche bei Veranstaltungen, in Interviews oder mit Bekannten viel über die Zeit der Wende und danach, weil ich das für notwendig halte. Sonst erhalten die Personen die Deutungshoheit, die nicht nur nicht dabei waren

und nicht Bescheid wissen, sondern sich auch noch profilieren wollen. Die Wende von 1989 ist und bleibt ein wichtiges Erbe für uns Ostdeutsche. Die deutsche Einheit hätte es nicht gegeben, wenn die Menschen in der DDR keine Veränderungen durchgesetzt hätten. Ohne die Entschlossenheit, Beharrlichkeit, Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit hätten wir nichts Neues auf die Beine gestellt.

Wir müssen daher aufpassen, dass an den Schulen im Unterricht über DDR-Geschichte jetzt nicht nur Gespenstermalerei passiert, sondern dass wir auch den Neuanfang hervorheben. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass die DDR pauschal verteufelt wird. Sonst entsteht bei allen Ostdeutschen der Eindruck, sie müssten sich rechtfertigen, warum sie sich als Mitträger des Systems betätigt haben. Dabei war doch die überwiegende Mehrheit gar nicht im Machtapparat tätig, sondern hat in der DDR einfach nur gelebt und gearbeitet.

Meines Erachtens ist immer noch ein Aufbruch im Land zu spüren. Bei den jungen Leuten kommt mehr und mehr die Überzeugung auf, dass man Chancen nutzen muss. Die Entschlossenheit zu improvisieren, dazubleiben und Selbstbewusstsein zu haben, brauchen wir in Ostdeutschland unbedingt. Dann ist Brandenburg in 20 Jahren ein Land, das auf eigenen Beinen stehen kann und keine Hilfe mehr von anderen benötigt.

Dr. Manfred Stolpe, geboren am 16. Mai 1936 in Stettin/Pommern, wurde 1990 für die SPD in den Landtag Brandenburg gewählt und erster Ministerpräsident des Landes. Stolpe gelang zwei Mal die direkte Wiederwahl in seinem Cottbuser Wahlkreis und die Bestätigung als Ministerpräsident. Während seiner dritten Amtszeit trat er 2002 zurück und wechselte als Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in die Bundesregierung. Dieses Amt hatte er bis 2005 inne.

TREU BLEIBEN

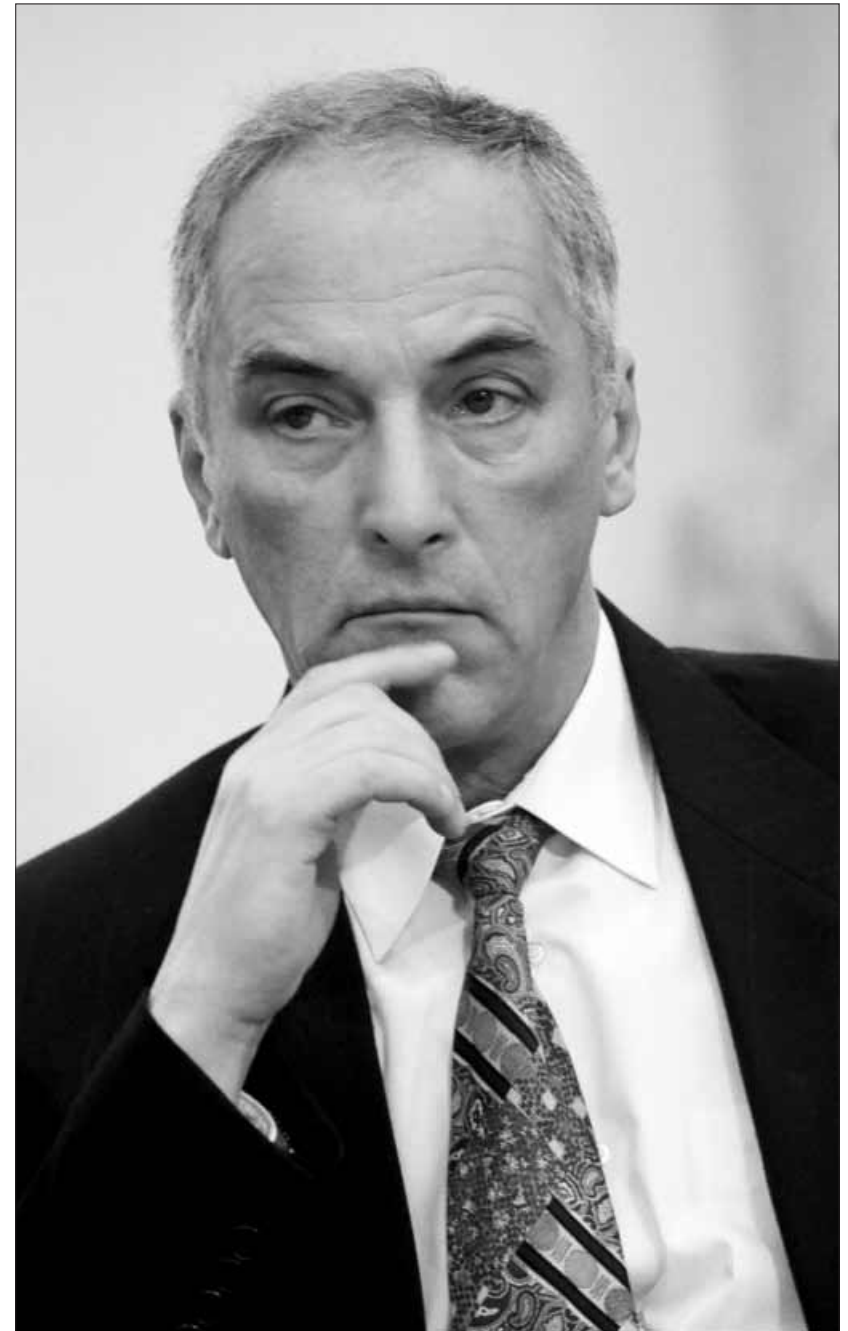
Ein Pragmatiker als Fraktionschef

Ich habe in der DDR 20 Jahre als Tierarzt in der Uckermark gearbeitet. Dabei war ich relativ unabhängig von Weisungen Vorgesetzter und musste meine Arbeitszeiten nur mit den Tierpflegern abstimmen. Einmal im Monat habe ich den Kreistierarzt zur Dienstversammlung getroffen, aber ansonsten konnte mir niemand ans Zeug flicken. Mit meinem Traumberuf hatte ich auch eine gewisse Nische gefunden. Ich hatte immer die Möglichkeit, nebenher andere Dinge zu machen. Ich war mein ganzes Berufsleben in der evangelischen Kirche Brandenburg aktiv, was ich als politisches Engagement verstanden habe. Wir haben versucht, uns gegenseitig zu stützen und uns das Leben irgendwie erträglich zu machen. Denn Kinder von christlichen Familien hatten immer erhebliche Nachteile in der Schule zu ertragen. Ich habe auch den Kirchentag in Berlin mitorganisiert und in meiner Heimatgemeinde mehrere Gesprächskreise geleitet.

Als Christ hatte ich eine sehr ablehnende Haltung zur DDR. Von Anfang an habe ich dieses System gehasst, insbesondere die gesamte Führung. Schon meine Mutter war sehr kritisch eingestellt. Sie war kulturell interessiert und allein die Tatsache, dass sie vorgeschrieben bekam, welche Bücher sie lesen durfte und welche nicht, hat sie aufgebracht. Mein Vater war als Chemiker zwar Werksleiter in Schwedt, aber er hatte immer Funktionäre über sich, die das Sagen hatten. Ich habe dann aus Überzeugung den Wehrdienst verweigert und war stattdessen „Bausoldat“. Während dieser Zeit habe ich viele Freunde gefunden, die so dachten wie ich. Aufgrund meiner Verweigerung konnte ich erst sehr spät Fachtierarzt werden, was allerdings, abgesehen vom höheren Gehalt, bei den geringen Aufstiegschancen kaum eine Rolle gespielt hat. Ich war mehr oder weniger offener Gegner des Systems. Barrikadenkämpfer war ich aber nicht. Das hätte auch nichts gebracht.

Im Jahr 1989 war ich in zweiter Ehe verheiratet. Ich habe fünf Töchter, drei aus erster Ehe, von denen damals einige schon ausgezogen waren. Wenn ich nicht gerade Sonntagsdienst hatte, haben wir im Sommer die Sonntage im Garten verbracht, nach dem Besuch der Kirche, wo ich im Kirchenchor gesungen habe. Wir hatten ein großes Haus mit Hunden und Katzen, so wie man sich das Leben auf dem Land vorstellt.

Informiert haben wir uns über den Sender Freies Berlin und kirchliche Medien. Meine Mutter durfte als Invalidenrentnerin schon früh in den Wes-



ten reisen und hat dann Bücher in die DDR geschmuggelt. So wusste ich eigentlich immer gut Bescheid über politische Ereignisse. Außerdem durfte ich 1987 und 1988 für je zehn Tage in den Westen, da dort nahe Verwandte meiner Eltern einen runden Geburtstag feierten. Wir haben dennoch 1989 erst nur gehofft, dass wir vielleicht Reiseerleichterungen bekommen oder die Regierung einen toleranteren Umgang mit der Bevölkerung an den Tag legt. Einen Systemwechsel habe ich nicht erwartet.

Der 9. November war ein doppelt wichtiges Datum für mich. An diesem Tag trat ich in die Sozialdemokratische Partei (SDP) der DDR ein und dann öffnete sich nachts die Mauer. Die SDP war einen Monat zuvor gegründet worden. Der Eintritt ergab sich fast schon zwangsweise aus meinem kirchlichen Engagement, da die Parteigründer um Markus Meckel und Martin Gutzeit, zu denen ich damals schon Kontakt hatte, mehrheitlich Pastoren waren. Ebenso war unser erster Landesvorsitzender in Brandenburg, Stefan Reiche, Pastor. Eigentlich wollte ich schon am 7. Oktober, dem Tag der Gründung in Schwante, in die SDP eintreten, aber da hatte ich Sonntagsdienst.

Die politische Situation war im Herbst 1989 ziemlich unübersichtlich und ich dachte mir, man muss einfach ein Zeichen gegen die Herrschenden setzen. Mein politisches Ziel war vor allem die Öffnung des starren Systems in der DDR, zumindest mehr Meinungsvielfalt. Ich kannte das demokratische Leben aus der evangelischen Kirche und wollte mehr Menschen für die Demokratie begeistern. Als Mitglied einer Ortsgruppe konnte man selber eine Gruppe gründen, was ich im Dezember in Angermünde getan habe. Eine politische Laufbahn plante ich nicht. Das kam erst im Laufe des Jahres 1990.

Die Entscheidung für die Sozialdemokratie war für mich von Anfang an klar. Es bestand ja schon lange eine Verbindung zwischen der evangelischen Kirche Deutschland und der SPD. Auch haben mich Egon Bahr, Helmut Schmidt und Willy Brandt geprägt. Andere Parteien kamen für mich nicht in Frage. Ich hatte von der Block-CDU die Nase voll, da ich als engagierter Christ besonders negative Erfahrungen mit deren Funktionären gemacht habe. Um meine Bewerbung als Bausoldat haben sich nicht die NVA-Offiziere gekümmert, sondern Abgesandte der CDU haben mir erklärt, weshalb man diesen „sozialistischen Friedensstaat“ mit der Waffe in der Hand verteidigen müsse. Sie haben mich und andere stundenlang bearbeitet. Da ich neben meiner Tierarztstätigkeit eine theologische Ausbildung gemacht habe, bin ich gut damit fertig geworden, aber ich weiß von vielen Bausoldatenkollegen, dass sie sehr darunter gelitten haben.

Meine Parteifreunde wollten mich für die Volkskammerwahlen im März 1990 als Kandidaten aufstellen. Da wollte ich meinen Traumberuf noch nicht aufgeben. Doch das halbe Jahr nach der Volkskammerwahl war dann

so spannend, dass ich zur Landtagswahl in Brandenburg angetreten bin. Das war ein Risiko, da ich Alleinverdiener in der Familie war. Es hätte nach einer Legislaturperiode alles vorbei sein können. Aber meine Frau und Kinder haben mich unterstützt.

Gleichzeitig habe ich mich in der DDR und noch zur Wendezeit als Außenseiter gefühlt, weshalb ich mich nicht als direkter Vertreter des Volkes empfunden habe. Bei dem Slogan „Wir sind das Volk“ habe ich immer Bauchschmerzen gehabt, da er in erster Linie der wirtschaftlichen Situation und der Sehnsucht nach Reisen, D-Mark und Bananen geschuldet war, nicht aber der Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit, die mich angetrieben hat. Aber es war natürlich eine schöne Unterstützung für meine Haltung und die meiner Freunde. Ohne diesen Druck wäre die Mauer nicht gefallen.

Die deutsche Einheit habe ich damals als großes Geschenk empfunden. Noch jahrelang, wenn ich über die Glienicker Brücke zwischen (West-)Berlin und Potsdam gefahren oder von der Friedrichstraße in Richtung Westen gegangen bin, konnte ich das kaum für möglich halten. Wir haben in der SPD zwar auch kurz einen möglichen eigenen Weg der DDR diskutiert, aber es war schnell klar, dass die Wiedervereinigung kommen würde.

Die Gründung Brandenburgs als eigenes Bundesland fand ich zunächst gut. Ich hatte wie viele andere zu DDR-Zeiten den geschichtlichen Bezug völlig vergessen. Wir kannten nur unsere Bezirke und wussten nicht, dass bis 1952 in der DDR noch Länder bestanden haben. Ich fand es schön, dass viele Bürger ihre alten Brandenburgfahnen mit dem roten Adler herausgeholt haben. Später ist mir klar geworden, dass man wegen der Bevölkerungszahl die DDR besser in zwei Länder geteilt hätte. Aber andererseits ist die Verbundenheit der Brandenburger mit ihrem Land recht schnell gewachsen. Daran haben auch Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt einen großen Anteil.

Nach der Landtagswahl am Sonntag fand ich mich bereits am Dienstag als Fraktionschef wieder. Zunächst mussten wir entscheiden, welche Koalition wir bilden. Das war nicht einfach. Dann ging es darum, ein Land aufzubauen mit vielen schwierigen Entscheidungen. Aber wir hatten viele Helfer für die Fraktion aus unseren Partnerländern Nordrhein-Westfalen und Saarland. Sie haben sich sehr zurückgehalten und wurden von allen als hilfreich empfunden. Kaum einer hat gesagt, wir müssten etwas so machen, wie es im Westen immer gemacht wurde. Auch vom Menschlichen her war das eine sehr angenehme Geschichte.

Aus meinem ersten politischen Tätigkeitsfeld Bildung habe ich mich schnell zurückgezogen, da wir viele Lehrer in der Fraktion hatten, die sich über konkrete Bildungssysteme gestritten haben. Es gab ja noch viel mehr zu entscheiden. Wir haben beispielsweise lange diskutiert, ob wir die Luft-

und Raumfahrtmesse nach Brandenburg holen sollen, wohl wissend, dass mindestens ein Drittel militärische Objekte dabei sind. Ich hatte immer noch eine pazifistische Grundhaltung und war dagegen. Letztlich hat sich Manfred Stolpe durchgesetzt, der darin einen Standortfaktor gesehen hat. Allerdings dürfen bis heute nicht mehr als zehn Prozent militärische Flugzeuge, Raketen und ähnliches ausgestellt werden. Inzwischen kräht kein Hahn mehr danach.

Aufregend waren auch die Beratungen zur Verfassung. Es gab tolle Diskussionen über die Frage, ob wir eine Vollverfassung oder nur eine Art Geschäftsordnung für die Landesgesetzgebung wollen und natürlich darüber, was wir letztlich hinein schreiben. Auch hier hatten alle Fraktionen gute Berater. Bei uns war es der ehemalige Bundesverfassungsrichter (und Präsident des evangelischen Kirchentages) Helmut Simon. Es war schon ein Genuss, ihm nur zuzuhören. Alle Berater haben uns Verfassungsvorbilder genannt, an denen wir uns orientieren konnten. Wir hatten dann verschiedene Vorlagen vom Runden Tisch und das Grundgesetz als Grundlage. Im Gespräch wurde über Vorteile, Nachteile und unklare Formulierungen beraten. Das hat richtig Spaß gemacht. Es gab zwar den Grundkonflikt mit der CDU, denen die Staatsziele zu weit gingen, weshalb etwa die Hälfte von deren Fraktion die Verfassung abgelehnt hat. Aber da ging es um Inhalte, nicht um persönliche Anfeindungen. Ich habe mich nur sehr über einige westdeutsche CDU-Politiker geärgert. Rupert Scholz und Rainer Barzel haben allen Ernstes behauptet, unsere Verfassung wäre ein Rückschritt in die DDR und nicht grundgesetzkonform. Insgesamt sind die Entscheidungen zur Landesverfassung demokratisch gefallen, einschließlich der Bevölkerungsbeteiligung war das alles fair und demokratisch. Die Zustimmung beim Volksentscheid war ja auch sehr positiv.* Dass wir offen reden und entscheiden konnten, bleibt für mich auch 20 Jahre später immer noch ein Erlebnis.

Die Stimmung in den Sitzungen und Ausschüssen im Landtag war damals deutlich besser als heute. Ich glaube, ich hatte in den ersten zehn Jahren auch einen Anteil daran, dass der Umgang miteinander von Toleranz geprägt war. Es wurde mehr um die Sache gestritten, es gab viele parteiübergreifende Entscheidungen mit der Opposition. Für uns ging es immer darum, wie wir das Land am besten aufbauen können. Es gab Vorschläge aus der Landesregierung, aber vieles musste das Parlament selbst erarbeiten. Daher war es oft so, dass sich alle fünf Fraktionen zusammengesetzt und eine Lösung gesucht haben. Der Begriff „Brandenburger Weg“ wurde damals geprägt, weil wir auch mit den Oppositionsparteien PDS und

CDU zusammengearbeitet haben, wobei die PDS immer ein sehr verlässlicher Partner war. Die CDU hat zwar am Anfang versucht, die PDS auszugrenzen. Aber wir haben sehr schnell deutlich gemacht, dass gerade die Block-CDU mit ihrer DDR-Vergangenheit still sein sollte. Heute herrscht leider doch ein Blockdenken zwischen Regierungsfraktion und Opposition. Grundsätzlich lehnt unser Koalitionspartner Vorschläge der PDS/Linken ab. Ich halte das für falsch. Warum soll man einen guten Gedanken eines politischen Gegners nicht aufnehmen?

Schwierig war für mich als Fraktionschef im Landtag eher die zweite Legislaturperiode. Das hätte ich mir gerne erspart. Durch die absolute Mehrheit der SPD waren in der Fraktion viele, die über die Landesliste ins Parlament gekommen waren und von Politik keine Ahnung hatten. Die Arbeit mit ihnen war mühsam, weil sie sich als Abgeordnete aufgespielt haben, denen niemand was anhaben kann. Sie erklärten jede Ortsumgebung und jeden Kita-Neubau zur Gewissensentscheidung. Da hat es schon geholfen, dass ich ab und zu mal „donnern“ konnte.

Mir war generell der Neuanfang wichtig. Das Theater um die Stasi hat mich die ganze Zeit gestört. Als ob die DDR nur aus der Stasi bestanden hätte. Mich und meine Kinder haben das Schulsystem und die Benachteiligung der Christen viel mehr belastet als die Stasi. Meine älteste Tochter hat den Wehrkundeunterricht verweigert und durfte deshalb nicht Abitur machen. Mir war aber sofort klar, dass man nicht alle Lehrer entlassen kann, wenn ein Staat 40 Jahre existiert hat. Deshalb konnte und wollte ich auch nicht eine ganze Fraktion ausgrenzen. Es waren in der PDS ja auch sehr kluge Leute wie Lothar Bisky, Heinz Vietze und Michael Schumann, mit denen man angeregt und offen über das alte System reden konnte. Auch wenn sie sich damals schwer getan haben mit der Aufarbeitung.

Ebenso hatte ich keine Probleme mit Manfred Stolpe. Die Stasi-Vorwürfe konnten nur Westdeutsche erheben, die nicht um die Rolle der Kirche in der DDR wussten. Es war einfach notwendig, dass jemand Kontakt zur Stasi hielt: Das war die Rolle des Konsistorialpräsidenten, und das war bekannt. Viele, die sich später hierüber aufregten, hatten die Möglichkeiten, die sie durch Stolpe in der DDR bekamen, sehr wohl genutzt, wenn es beispielsweise um Ausreisearträge ging. Auch die Möglichkeit, den Kriegsdienst zu verweigern, ist von der Kirche mit SED und Stasi ausgehandelt worden. Ohne dieses Engagement und ohne die Geheimdiplomatie hätte es das nicht gegeben.

Ich bin immer noch überrascht, wie wenig Fehler wir gemacht haben, auch wenn man einiges bestimmt hätte besser machen können. Wir nahmen beispielsweise am Anfang die Verschuldung nicht ganz so ernst. Da hat mir der Finanzminister gesagt, dass Geld genug da sei. Wir müssten es jetzt ausgeben und damit Arbeitsplätze sichern. Auch das Schulsystem hät-

* Im Volksentscheid am 14.06.1992 erhielt die Verfassung 94,04 Prozent Zustimmung. Die Wahlbeteiligung lag bei 47,93 Prozent.

ten wir besser ausgestalten können. Aber insgesamt denke ich, ist der Aufbau des Landes recht erfolgreich gelaufen. Mit der Forschungslandschaft und den Unternehmen der Verkehrstechnik hat Brandenburg eine gute wirtschaftliche Basis. Ein weiteres sicheres Standbein könnte der Tourismus sein. Aber da fehlt uns noch die Professionalität anderer Ferienregionen. Wir können Gäste nicht mit griesgrämigem Gesicht begrüßen und ihnen billigen Kartoffelsalat hinstellen. Wenn wir daran arbeiten, haben wir gute Chancen auf Arbeitsplätze auch in abgelegenen Gebieten wie Schorfheide-Chorin.

Ich bin froh und stolz, dass ich mich für den Weg in die Politik und für die Gestaltung des Landes Brandenburg entschieden habe. Es war auch eine schöne Sache, dass ich so viele Menschen kennengelernt habe, mit denen sich zum Teil neue Freundschaften ergeben haben. Als persönliche Belastung habe ich allerdings die Entfernung von Potsdam zur Uckermark empfunden. So habe ich meine jüngste Tochter, die 1990 erst drei Jahre alt war, nur am Wochenende gesehen. Auch den Sozialneid habe ich so nicht erwartet. Besonders schlimm fand ich, dass eine meiner Töchter die Schule in Schwedt wechseln musste, weil sie meinetwegen angefeindet wurde. Viele Kollegen haben die gleiche Erfahrung gemacht.

Brandenburg ist gut in der Bundesrepublik angekommen. Es gibt immer noch die Besonderheiten des Ostens, aber das wird sich in den nächsten 20 Jahren verlaufen. Dann ist für die jüngere Generation die Bundesrepublik etwas Selbstverständliches und die Wende ist Historie. Schon heute ist von ihr nichts mehr zu spüren. Wir haben regelmäßig Schülergruppen hier im Landtag, die mich zwar fragen, warum ich in die Politik gegangen bin, aber sie denken dabei nicht an die Zeit des Mauerfalls. Das ist dann meist ein Anlass, über die damalige Zeit zu reden.

Wolfgang Birthler, geboren am 28. Januar 1947 in Magdeburg, war von 1990 bis 2009 Abgeordneter der SPD im Landtag Brandenburg. Bis 1999 hatte er den Fraktionsvorsitz inne und gehörte dem Landtagspräsidium an. 1999 bis 2004 war er Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung. Er kandidierte 2009 nicht mehr für den Landtag und trat in den Ruhestand.

Stefan Körber

Standpunkte bewahren

Mit Anfang 40 hatte ich mich mit meinem Leben in der DDR eingerichtet. Ich hatte eine gute Ausbildung, war verheiratet und hatte zwei Töchter. Wir hatten uns ein ansprechendes Heim geschaffen, besaßen ein Auto, ein kleines Segelboot und auch einen kleinen Garten. Alles in allem haben wir aus unserem Leben das Beste gemacht und unser Leben gelebt. Andererseits fühlte ich mich seit dem Mauerbau 1961 und der Abschottung der DDR von der internationalen Entwicklung immer stärker eingegrenzt und bevormundet.

Schon meine Eltern haben mich zu einer kritischen Distanz gegenüber dem System erzogen. Sie betrieben mit ihrer Drogerie in der DDR ein privates Geschäft. Bis zum Mauerbau 1961 haben wir auch meine Großeltern in West-Berlin regelmäßig besucht. Das alles hat mich natürlich in meiner kritischen Haltung mitgeprägt. Zur Zeit der Wende war ich in Brandenburg in einer Ausbildungseinrichtung des Ministeriums für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau beschäftigt. Meine Aufgabe war es, Reiskader mit der Anwendung der Informatik und ihren neuen Möglichkeiten vertraut zu machen. An der Technischen Hochschule Magdeburg hatte ich Technische Kybernetik studiert und dort auch promoviert.

Mitglied war ich in den üblichen Organisationen wie FDGB und DSF, aber auch in der Kammer der Technik und im Sportverein. Aus der Kirche bin ich trotz Konfirmation als Erwachsener ausgetreten. Aber ohne Parteimitgliedschaft waren meine beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten begrenzt. Als Spezialist hatte ich aber ein wechselndes und interessantes berufliches Betätigungsfeld.

Im Sommer 1989 spitzte sich die politische Situation zu. Von einem Tag auf den anderen verabschiedeten sich Freunde, weil sie ausreisen durften. Plötzlich fehlten Freundinnen meiner Tochter in der Schule, die mit ihren Eltern den Weg in den Westen gewählt hatten. Die Situation glich der vor dem Mauerbau 1961. Wir hatten 1989 einen Urlaubsort in Ungarn ergattert – hatten auch die Möglichkeit auf kurzem Wege in den Westen zu gehen, haben es aber dennoch nicht getan. Durch regelmäßige Kontakte mit Kollegen aus Leipzig wusste ich, dass die oppositionelle Bürgerrechtsbewegung nicht mehr in die Schranken zu weisen war. Es war erkennbar, dass sich hier etwas verändern musste. Ich habe dann an den Demonstrationen in Brandenburg teilgenommen. Aber ich hätte niemals damit gerechnet, dass die DDR so schnell implodieren würde.



Vom Mauerfall erfuhr ich zu Hause im Fernsehen. Erst sahen wir Günter Schabowskis Pressekonferenz, dann später die ersten Live-Berichte von den Grenzübergängen. Die so belastend empfundene Eingrenzung und Bevormundung schien endlich aufgebrochen. Vor Freude und Erleichterung kamen mir die Tränen. Am Arbeitsplatz wurde die Entwicklung heftig diskutiert. Kurz darauf haben wir, wie viele andere auch, zunächst West-Berlin und später entfernte Verwandte im Bundesgebiet besucht.

Nach dem Mauerfall fragte sich jeder, wie es nun weitergehe. Anfang 1990 entschloss ich mich, mich politisch zu engagieren. Die Blockparteien waren keine Alternative, doch die gerade auch in meiner Heimatstadt neu gegründete SDP stand mir am nächsten. Diese Affinität zur SDP war nicht zuletzt auf Persönlichkeiten wie Herbert Wehner, Willy Brandt und Helmut Schmidt zurückzuführen, die mich mit ihrer Geradlinigkeit und zukunftsweisenden Ostpolitik sehr beeindruckt hatten. Politische Nahziele waren ein weiteres Aufbrechen des Machtmonopols der SED, Informations- und Reisefreiheit, Beseitigung der Mangelwirtschaft und freie Wahlen.

Dann ging alles ganz schnell. Von der Ortsgruppe wurde ich zum Kandidaten für die ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 vorgeschlagen. Ich wurde gewählt und dann in der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière zum parlamentarischen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium ernannt. Rückblickend war diese Zeit die aufregendste, arbeitsreichste und intensivste Zeit meines bisherigen Lebens. Das Ziel, die Wiedervereinigung zu meistern, bedeutete, in kürzester Zeit eine Vielzahl von Gesetzen zur Neuordnung staatlicher Strukturen, des Sozialwesens und der Finanzwirtschaft sowie zur Privatisierung der volkseigenen Wirtschaft zu verabschieden und umzusetzen. Am Treuhandgesetz und am Einigungsvertrag arbeiteten wir besonders intensiv.

Im Nachhinein bin ich sehr dankbar, im Rahmen meiner Möglichkeiten daran mitgewirkt zu haben. Auch gab es eine Vielzahl interessanter Arbeitskontakte. Ich erinnere mich noch gut an ein Kamingespräch mit führenden Vertretern der SPD-Fraktion im Bundestag, an der auch der damalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel teilnahm. Es diente dazu, die politischen Aktivitäten im Prozess der Erarbeitung des Einigungsvertrages miteinander abzugleichen. Er und andere haben uns bei unserer Arbeit sehr unterstützt und sich gleichzeitig bei uns über die Entwicklung in der Noch-DDR informiert. Die Einheit habe ich nach Kräften befördert und dennoch mit gemischten Gefühlen gesehen. Es war auch für mich ein Sprung ins kalte Wasser – allerdings alternativlos. Einerseits war ich hochofret, andererseits konnte ich mir nicht vorstellen, dass die wirtschaftliche Transformation Ostdeutschlands völlig ohne Brüche vonstatten gehen würde. Oft fragte ich mich, wie viele Unternehmen würden am Weltmarkt bestehen, welche Lebensplanungen würden Bestand haben können?

Nach der Auflösung der Volkskammer wollte ich weiter politisch tätig sein. Mir war wichtig, den angeschobenen Veränderungsprozess weiter zu begleiten. Ich habe mich dann über meine Partei um ein Mandat im Landtag beworben und bin dann als SPD-Parlamentarier in den ersten Brandenburger Landtag gewählt worden. Zwischenzeitlich hatte sich die Ost-SDP mit der West-SPD in Berlin zur gesamtdeutschen SPD vereinigt.

Die Neugründung der ostdeutschen Länder, die ja schon in der Volkskammer initiiert wurde, ist sicher historisch begründet gewesen. Hätte man die DDR, von der Einwohnerzahl in etwa so groß wie NRW, als ein neues Bundesland in die Bundesrepublik aufgenommen, hätte man sich in der späteren Föderalismusdiskussion viel ersparen können. Ein Gedanke, dem ich damals durchaus Sympathie entgegenbrachte.

Im Landtag wurde ich von der Fraktion als wirtschaftspolitischer Sprecher gewählt und auch Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Der angeschobene Veränderungsprozess musste im Land Brandenburg mit Leben erfüllt werden. Bei dieser gewaltigen Aufgabenstellung kamen mir natürlich Erfahrungen und Kontakte zu Gute, die ich mir in der Volkskammerzeit erarbeitet hatte. Neben dem Aufbau eines funktionierenden Staatswesens im Land Brandenburg ging es beispielsweise besonders um die Privatisierung großer, ehemals volkseigener Unternehmen, die Bildung eines neuen Mittelstandes, die Ausweisung von Flächen für Neuansiedlungen und Ausgründungen. Kurzum: Der Transformationsprozess der Wirtschaft im Territorium des Landes Brandenburg war so zu organisieren, dass aus dem Abbau des Alten und dem Aufbau des Neuen Zukunftsperspektiven erwachsen konnten.

Eine Schlüsselrolle bei der Transformation der Wirtschaftsbetriebe spielte die Treuhandanstalt. Über den Wirtschaftsausschuss und die Fraktion haben wir uns dafür eingesetzt, dass dem Sanierungsaspekt zunehmend Bedeutung zugemessen wurde und Unternehmen mehr Zeit und Geld bekamen, um marktfähig zu werden. Hierzu gehörte auch, dass wir die Prozesse über zahlreiche Landtagsdebatten in die Öffentlichkeit befördert haben. So konnte sich bis zur Privatisierung zum Beispiel die damalige EKO Stahl AG über vier Jahre am Markt behaupten. Diese, vielfach nur auf Basis aktuellen Fakten- und Detailwissens zu lösenden wirtschaftspolitischen Themenstellungen konnten nur formuliert und bearbeitet werden, indem Betriebsräte Informationen beisteuerten, die eigene Mitwirkung in mehreren Aufsichtsratsgremien wahrgenommen respektive die zeitweilige Vertretung des Ministerpräsidenten im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt in Berlin übernommen wurde. Um meine marktwirtschaftlichen Kenntnisse zu erweitern, nahm ich parallel hierzu an einer Ausbildung zum Unternehmensberater teil.

Ich war dauernd unterwegs, zu Hause fast nur Schlafgast und danke meiner Familie, die das damals alles mitgetragen hat.

Andere Themen, die uns auch immer wieder beschäftigten, waren Eigentumsfragen von Grund und Boden. Aber zu klären war auch die Frage: Wie soll die künftige Energieversorgung aussehen? Wir haben uns im Wirtschaftsausschuss und in der Fraktion für einen Energiemix unter besonderer Berücksichtigung der hiesigen Braunkohlevorkommen eingesetzt. Die Vielfalt der damals zu fällenden Entscheidungen war immens und von hoher Tragweite. Rückblickend bedauere ich, dass der erst vor wenigen Jahren von der Landesregierung gefasste Beschluss industrieller Schwerpunktförderung nicht früher gefällt wurde. Einen ersten Ansatz hierzu gab es bereits mit dem von mir 1992 unterstützten Vorschlag, in einiger Entfernung rund um Berlin Standorte mit guter Verkehrsanbindung und einem noch funktionierenden industriellen Kern als besonders zu fördernde Entwicklungsschwerpunkte zu definieren. Er war damals leider nicht mehrheitsfähig.

Demokratie ist schwierig, das hab ich als Parlamentarier erfahren – auch, dass nur in ganz wenigen Fällen politische Themen angefasst werden, bevor sie zu einem akuten Problem geworden sind.

Ein Abgeordneter kommt leider schnell in Konflikte, wenn er sich mit seiner Meinung bei Abstimmungen gegen die Mehrheitsmeinung stellt. In Erinnerung ist mir die Gesetzgebung um das erste Brandenburger Schulgesetz. Mit ihm wurden unter anderem alle Spezialschulen für Mathematik, Sport oder Musik abgeschafft. Das habe ich nicht verstanden – weil es für ein neues, aufstrebendes Land die völlig falsche Entscheidung war. Es war für mich stets wichtig, meinen Standpunkt zu bewahren. Eine Eigenschaft, die mir sicherlich nicht nur Freunde eingebracht hat.

Als Politiker war mir ebenfalls wichtig, nicht die Bodenhaftung zu verlieren, da mir schon bewusst war, dass ich mich gerade in einer Zeit gewaltiger Umbrüche in einer herausgehobenen Stellung befand. Ich habe versucht, sie durch fleißige und solide Arbeit auszufüllen.

Gewöhnungsbedürftig für viele von uns, aber bereits durch das Wahlgesetz der Volkskammer und den Wählerwillen ermöglicht, war das Wirken der PDS in ihrer neuen Rolle als Oppositionspartei im neuen Landtag. Die sachliche Zusammenarbeit mit den PDS-Kollegen war dennoch alles in allem gut. Zwei von ihnen haben es sogar geschafft, im Herbst 2009 zu Ministern in der Landesregierung ernannt zu werden.

Als ausgesprochen gelungen empfand ich die Einführung plebiszitärer Elemente in die Brandenburger Verfassung. Gab sie doch dem Wähler die Möglichkeit aktiver Mitentscheidung in politischen Fragen. Die Fusion von Berlin und Brandenburg beispielsweise ist durch das Plebiszit abgelehnt worden.

Meine politische Tätigkeit seit dem Frühjahr 1990 hatte mich bis zum Jahr 1993 auch über die eigenen Stadt- und Parteigrenzen bekannt gemacht. Aber im selben Jahr musste ich erfahren, dass Politik, auch wenn man sich viel Mühe gibt, ein Mandat auf Zeit ist. Eine parteiliche Auseinandersetzung, die an einer von mir kurz zuvor bezogenen modernisierten Mietwohnung festgemacht und öffentlich geführt wurde, wurde als bundesweite Kampagne inszeniert. Es wurde sogar ein Ermittlungsverfahren gegen mich eingeleitet, das dann jedoch nach wenigen Wochen eingestellt wurde. Die Vorwürfe hatten sich als unbegründet herausgestellt. Die Art und Weise dieser Auseinandersetzung, die Nichtbewertung von Sachargumenten und der fehlende Rückhalt in der eigenen Partei, weder in meiner Heimatstadt Brandenburg noch in Potsdam, führten dann im Herbst 1993 zum Partei Austritt. Es war durchaus ein schmerzlicher und unfreiwilliger Abschied von der Politik, den ich mir so nicht vorgestellt hatte.

Bis zum Ende der Legislaturperiode gehörte ich dann als parteiloser Abgeordneter dem Landtag an. Anschließend arbeitete ich für das Wirtschaftsministerium des Landes als Regionalbetreuer im Berliner Umland und danach für mehrere Jahre bis zum Ausscheiden aus dem Berufsleben als angestellter Geschäftsführer für den Landesinnungsverband des Tischlerhandwerks Brandenburg mit Sitz in Potsdam.

Rückblickend bin ich sehr dankbar, dass ich die Mandate in der Volkammer und im Landtag ausüben konnte. Beim Gang durch meine Heimatstadt Brandenburg sind es das Oberlandesgericht, die Fachhochschule, das Technologiezentrum oder auch einige bedeutende Industrieunternehmen, deren Aufbau und Ansiedlung in meine aktive politische Zeit fallen. Es erfüllt mich auch im Abstand von nahezu 20 Jahren im Nachhinein mit etwas Stolz, hieran mitgewirkt zu haben. Die Entscheidung damals in die Politik zu gehen, finde ich nach wie vor richtig.

Was noch bleibt, sind wichtige Erfahrungen. Vor allem die, dass Politik ein Mandat auf Zeit ist. Sie erfordert von ihren Akteuren in der Regel eine hohe Kompromiss- und Anpassungsfähigkeit, die mir selbst weniger gegeben war. Kompromisse sind nicht immer die beste Lösung, aber man muss mit ihnen zurechtkommen. Im politischen Raum wird mit harten Bandagen gekämpft. Die Anerkennung, die man während der politischen Tätigkeit erfährt, ist größtenteils dem Amt geschuldet. Übt man das Amt nicht mehr aus, ist es gut, wirkliche Freunde zu haben.

Die Wende wird uns Ostdeutschen in ewiger Erinnerung bleiben. Zwar hat sie uns in den ersten Jahren danach noch viel mehr bewegt, aber die Gedanken an sie sind auch 20 Jahre später noch stark emotional besetzt. Die Wende wird aber mehr und mehr zu einem geschichtlichen Ereignis. Das Leben geht weiter und jeder hat mit der Bewältigung seines Alltags genug zu tun. Ich glaube, die Mehrzahl der ehemaligen DDR-Bürger ist nun in der Bundesrepublik angekommen.

Etwas weniger Aufgeregtheit wünsche ich mir bei der immer erneut aufflackernden Stasi-Debatte. Das Leben in der DDR vor der Wende auf die Stasi-Thematik zu reduzieren, fördert das weitere Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschen nicht. Es ist notwendig, auch die Lebensleistung der Menschen hier anzuerkennen, die sie in einem anderen gesellschaftlichen Umfeld erbringen mussten.

Dr. Stefan Körber, geboren am 5. März 1947 in Brandenburg an der Havel, wurde 1990 für die SPD in den Landtag Brandenburg gewählt. Im September 1993 trat er aus der SPD aus. Er engagierte sich als Fraktionsloser weiter im Landtag, schied aber mit dem Ende der Legislaturperiode 1994 aus der Politik aus.

Der Anfang vom Ende in der alten Partei

Im Oktober 1989 war ich seit drei Jahren hauptberuflich Bezirksvorsitzender der CDU des Bezirkes Cottbus. Von 1981 bis 1986 gehörte ich bereits dem Vorstand des CDU-Kreisverbandes an, deshalb wurde ich nach dem Tod des Bezirksvorsitzenden in diese Position berufen. Es war eine Tätigkeit, bei der ich viel mit den Menschen im Bezirk zusammenkam und von den Sorgen und Nöten der Bevölkerung erfuhr. In einem gewissen Rahmen war es mir auch möglich, etwas zu bewegen. So wurde beispielsweise in Senftenberg ein Anbau an einer katholischen Kirche verwirklicht, der kein Staatsplanvorhaben gewesen war.

Vor meinem beruflichen Wechsel zur CDU hatte ich im Metall-Leichtbaukombinat im Werk Ruhland als Produktionsleiter gearbeitet. Dort fing ich 1970 nach Abschluss meines Maschinenbaustudiums an der Ingenieurschule von Görlitz an. Mir machte die Arbeit sehr viel Spaß, auch wenn es Entscheidungen gab, die ich selbst nicht beeinflussen konnte, weil ich als Nicht-Genosse nicht an den Leitungssitzungen zur Produktionserfüllung teilnehmen durfte. Ich stand natürlich auch immer unter einer gewissen Erwartungshaltung der obersten Führung des Betriebs. Einige SED-Mitglieder, zu denen ich gute Kontakte hatte, halfen mir gelegentlich und haben so meine Position gesichert, indem sie mir aus den Sitzungen berichteten. Ich hatte mich mit der DDR arrangiert. Da ich aus einem katholischen Elternhaus stamme, war unsere Haltung zum System und zur „Partei der Arbeiterklasse“ eher reserviert. Ich war jedoch nicht auf Konfrontation aus.

In die CDU bin ich 1975 eingetreten. Damals war ich schon stellvertretender Produktionsleiter in Ruhland, und mir wurde immer wieder von Funktionären der Beitritt in die SED nahe gelegt. Da sagte mir der Kreisvorsitzende der CDU, der meine Eltern gut kannte, ich hätte meine Ruhe vor dem Werben der SED, wenn ich in die CDU einträte. Diese Mitgliedschaft hat mein berufliches Fortkommen sofort behindert. Ein schon bewilligtes Aufbaustudium in Jura durfte ich nicht mehr aufnehmen.

Normale Sonntage hatte ich im Sommer 1989 schon länger nicht mehr. Bei knapp 8.000 CDU-Mitgliedern im Bezirk Cottbus war ich von Montag bis Sonntag auf Achse, um mit der Basis zu sprechen oder am Wochenende bei Feierlichkeiten anwesend zu sein. Solche Treffen waren, anders als es die SED in ihren Grundorganisationen in den Betrieben praktizieren konnte, immer am Abend. Ich bekam damals die steigende Unzufriedenheit der Leute über die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln, die Materialengpässe in den Betrieben und natürlich auch über die Wahlfälschung bei der



Kommunalwahl im Mai 1989 zu spüren. Mit einem Zusammenbruch der DDR hätte ich dennoch niemals gerechnet.

Am Tag der Maueröffnung war ich in Berlin. Alle 15 Bezirksvorsitzenden der CDU waren zu einer Beratung mit den damaligen Parteivorsitzenden Gerald Götting und Wolfgang Heyl zusammen gekommen, um über Konsequenzen aus dem „Brief aus Weimar“ zu debattieren, den vier kirchlich gebundene CDU-Mitglieder verfasst hatten. Danach sollten Probleme im Land offen von der Partei angesprochen und Lösungen unterbreitet werden. Wir diskutierten darüber, wie es mit der Partei denn nun weitergehen sollte.

Als ich am Abend gegen halb neun nach Hause kam, sagte mir meine Frau, die Mauer sei offen. Das hat mich in große Freude versetzt. Nun konnten wir dem Vater und Bruder meiner Frau sowie anderen Verwandten im Westen einen Gegenbesuch abstatten und alles, was wir aus dem Westfernen kannten, mit eigenen Augen sehen.

Anfang Dezember 1989 wurde ich Vertreter der CDU beim „Runden Tisch“ des Bezirkes Cottbus. Meine politischen Vorstellungen bezogen sich zu der Zeit in erster Linie auf die Wirtschaft. Ich wollte auf jeden Fall mehr Effizienz in die Wirtschaft bringen und die Technologien erneuern. Ich wollte die Umsetzung von Forschungsergebnissen oder Patenten vorantreiben, die durchaus vergleichbar mit denen im Westen waren, aber zu SED-Zeiten aus politischen Gründen nicht eingeführt wurden. Die Verbesserung der Lebensumstände hat mich dabei auch angetrieben, denn sie waren teilweise wirklich belastend. Ich hatte mich auf eine Reform der DDR eingestellt, weil ich nicht wusste, dass die DDR wirtschaftlich am Ende war. Dass die Wiedervereinigung kurz darauf auf die Tagesordnung kommen würde, habe ich nicht gedacht.

Nach den Kommunalwahlen im Mai 1990 wurde ich Regierungsbevollmächtigter und musste den ehemaligen Rat des Bezirkes Cottbus abwickeln. Ich wurde ausgewählt, da ich Erfahrung mit leitenden Posten in der Industrie hatte und es im Bezirk überwiegend Kohle- und Energieindustrie gab. Als es dann um die Wahl des CDU-Landesvorstands für Brandenburg ging, bedrängten mich Parteikollegen, politisch weiterzumachen. Frühere linientreue Mitglieder hatten da schon keine Chance mehr. Reizvoll fand ich, mich der Auswahl der Kandidaten auf demokratische Art und Weise zu stellen. Dieses Abstimmungsverfahren kannte ich aus kirchlichen Gremien, sodass ich mir politische Entscheidungsprozesse nicht viel anders vorstellte. Ich wurde dann zum Mitglied im Parteivorstand des Landesverbands gewählt.

Ich wäre auch an der Bundespolitik interessiert gewesen, aber ich war bereits sehr im Land eingebunden, als die Bundestagskandidaten bestimmt wurden. Mir wurde zudem von Parteifreunden unmissverständlich klar gemacht, dass die westdeutschen Kollegen aus der CDU mich nicht unbedingt in führenden Positionen innerhalb der Bundespartei sehen wollten.

Ich hätte keine Angst gehabt, dort meine Meinung zu sagen, aber als Kandidaten für die Bundestagswahl wurden angepasste CDU-Mitglieder aus dem Osten bevorzugt genommen. Im Landesverband hatte ich hingegen keine Probleme.

Dass Brandenburg als Land neu gegründet würde, war früh absehbar. Es gab zwar die Diskussion, ob die DDR als Ganzes beitreten sollte, aber es fand sich keine Mehrheit dafür. Der Beitritt von zwei aus der DDR gebildeten Ländern, also von Norden bis Berlin reichend und von dort bis Süden, kam ebenfalls nicht zustande, da der südliche Teil hinsichtlich wirtschaftlicher Potenziale besser als der Norden abgeschnitten hätte. Ich hätte eine dieser Lösungen allerdings gut geheißelt.

Die deutsche Einheit hat mich sehr berührt. Am 2. Oktober erklärte ich in Hamburg bei der Vereinigung der Ost- mit der West-CDU den Beitritt unseres Landesverbandes. Schon da standen uns Delegierten die Tränen in den Augen, nachdem sämtliche Landesverbände beigetreten waren. Bei der Feier am 3. Oktober 1990 in Cottbus war ich voller Euphorie, dass die Deutschen jetzt wieder ein Volk sind. Ich war aber immer der Meinung, dass wir die Vergangenheit aufarbeiten müssen, da wir sonst die Zukunft nicht meistern können.

Leider ist die politische Aufarbeitung zu oberflächlich gelaufen. Das lag sicherlich auch an der 180-Grad-Wendung für die DDR-Bürger, die sich in vieler Hinsicht völlig neuen Lebensumständen gegenüber sahen, von denen sie teilweise überfordert waren. Später wurde das Thema Aufarbeitung von Westdeutschen dominiert. Damit habe ich bis heute meine Probleme. Es wurden immer nur die Opfer befragt, aber niemals diejenigen, die Teil des Überwachungsapparats waren.

Nach der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 wurde ich Abgeordneter im Landtag in Brandenburg. Aus einer großen Koalition aus SPD und CDU, wie Beate Blechinger, Peter-Michael Diestel und ich sie in Gesprächen mit der SPD erörtert haben, wurde leider nichts. Ich finde, die „Ampelkoalition“ aus Sozialdemokraten, Bündnis 90 und FDP war keine gute Konstellation, da sich deren Programme in meinen Augen teilweise widersprachen.

Ich wurde Vizepräsident des Landtags, trat allerdings nach nur einem Jahr von diesem Posten zurück. Unser ehemaliger CDU-Landesvorsitzender Herbert Schirmer hatte 1991 in einem Zeitungsinterview behauptet, ich wäre Mitarbeiter der Stasi gewesen. Dagegen habe ich mich zwar erfolgreich in einem Prozess gewehrt – in meiner Stasi-Akte gibt es keinen Nachweis –, aber meine politische Karriere hatte einen Knacks bekommen. Wenn ich nicht vom Amt des Vizepräsidenten zurückgetreten wäre, hätte diese Sache die ganze Legislaturperiode über meinen politischen und privaten Alltag bestimmt. Da zog ich lieber eine klare Trennlinie und blieb nur noch wirtschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion.

Mir war es von Anfang an wichtig, die Funktionsfähigkeit des Landes sicherzustellen. Aber in der Opposition hatten wir keine Chance, unsere Vorschläge in die Regierungsarbeit einzubringen. In den Sitzungen wurde ich teilweise ausgelacht. Wenn Wirtschaftsminister Walter Hirche von der FDP später das gleiche wie ich erzählte, klatschten die Mitglieder der Koalitionsparteien Beifall. Für mich gab es zu viel Gegeneinander in den Sitzungen. Gut funktioniert hat die Verständigung über politische Grenzen hinweg nur im Prozess der Verfassungsgebung. Diese Verfassung spiegelt die politischen Interessen aller Brandenburger Bürger und Politiker wider. Ich persönlich bin allerdings nicht mit den plebiszitären Elementen zufrieden, weil sie auch zu ungewollten politischen Entscheidungen führen können.

Ich hätte mir gewünscht, dass es immer um die Sache gegangen wäre. Nur in wenigen Einzelfällen konnten wir bei einem Abendgespräch mit den Vertretern der Koalitionsparteien Vorschläge lancieren, weil wir die demokratischen Spielregeln des Gebens und Nehmens begriffen hatten.

Ich finde, es ist einiges in Brandenburg falsch gelaufen. Es floss zu viel Geld in Großprojekte. Ich hielt das Chipwerk in Frankfurt (Oder) von Anfang an für ein „Millionengrab“. Auch in den Lausitzring und den Cargolifter hätte ich kein Geld gesteckt. Ich war als einer der wenigen dagegen, was mir natürlich übel genommen wurde. Aber auch die Beibehaltung der vielen städtischen Energie- und Wasserwerke hielt ich für einen Fehler, da ein großes Verbundunternehmen im Wettbewerb günstiger gewesen wäre. Ende der neunziger Jahre waren diese Unternehmen tatsächlich nicht mehr konkurrenzfähig. Stattdessen hätte ich mit der Treuhand Analysen zur Sanierungsfähigkeit von Unternehmen erstellt und entschieden, was zukunftsfähig ist. Ich hätte gesunde wirtschaftliche Kerne erhalten und neue zukunftsträchtige Bereiche hinzugenommen. Ich denke, Brandenburg hätte ein „Macher“-Typ wie der damalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf besser getan. Manfred Stolpe war einfach zu sehr um Ausgleich bemüht und erschwerte dadurch manche wirtschaftlich notwendige Entscheidung.

Bei der Wahl zur zweiten Legislaturperiode 1994 war ich nicht über die Landesliste der CDU abgesichert, sondern habe für ein Direktmandat im Wahlkreis Elbe-Elster kandidiert. Meine SPD-Gegenkandidatin war die überaus populäre Regine Hildebrandt, so dass ich nicht wieder gewählt wurde und aus dem Landtag ausschied. Ich war anschließend eine Weile in der Bauabteilung der Oberfinanzdirektion tätig und zuletzt Leiter der Niederlassung Cottbus des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen.

Die politische Arbeit hätte ich gerne weiter geführt. Als früherer Leiter von Produktions- und Montagekollektiven habe ich mich immer als einer aus dem Volk angesehen und infolgedessen auch als Vertreter des Volkes. Ich finde allerdings grundsätzlich, dass die Brandenburger Bürger nicht an-

gemessen im ersten Landtag vertreten waren. Es gab zu viele Lehrer und Angestellte des Staates, und es gab auch zu wenig gebürtige Brandenburger. Das Volk hat sich in seiner Vielfalt im Landtag nicht widergespiegelt.

Gleiches gilt auch für die Besetzung von Positionen in den Ministerien und Ämtern. Dort saßen einfach zu viele Westdeutsche. Es gab darunter zwar hervorragende Mitarbeiter, die sehr hilfreich waren, aber viele sind nach Brandenburg und auch generell in den Osten gekommen, weil sie für meine Begriffe in den alten Bundesländern keine Aufstiegschance hatten. Ich glaube, auch gut ausgebildete Brandenburger hätten diese Aufgaben übernehmen können.

Gleichwohl war diese Zeit im Landtag für mich sehr lehrreich. Ich möchte sie trotz mancher persönlicher Anfeindungen nicht missen, weil sie einmalig war. Ich war dabei, als zwei unterschiedliche Staaten zusammengeführt wurden. Ich habe neue Freundschaften über Parteigrenzen hinweg geschlossen, die ich noch heute pflege. Meine Frau und meine Kinder haben sich zwar häufig beklagt, dass der Vater selten da sei, aber sie unterstützen mich trotzdem. Eine wichtige Erfahrung ist für mich, dass viele Probleme sich lösen lassen, dass es wichtig ist, sich nicht unterkriegen zu lassen, und weiter zu machen, wenn etwas schief geht.

Die Wende selbst ist nach 20 Jahren nicht mehr zu spüren. Wenn ich im Cottbuser Bürgerverein mit den Leuten spreche, merke ich natürlich hier und da eine gewisse Verärgerung. Aber im Grunde genommen sieht jeder die Verbesserungen, die sich mit dem Ende der DDR ergeben haben. Leider ist das Interesse an der Wende bei den jungen Leuten im Allgemeinen gering. Manchmal werde ich eingeladen, über die Zeit damals zu sprechen. Dann merke ich, wie bei jungen Leuten aus Ost und West Interesse an dieser Zeit aufkommt.

Ich finde, in den Schulen muss in dieser Hinsicht mehr getan werden. Selbst meine Kinder, die heute erwachsen sind, fragen mich nach der damaligen Zeit, weil sie vieles vergessen haben. Die Verklärung der DDR, wie man sie auch bei jungen Leuten antrifft, beruht darauf, dass die DDR zu wenig so dargestellt wird, wie sie wirklich war. Man muss ihnen klar machen, was eine Demokratie ist und was eine Diktatur. Dazu gehört auch zu sagen: Es war nicht alles schlecht, wie beispielsweise die Kinderbetreuung, die Ganztagschule oder die Polikliniken.

Karl-Heinz Kretschmer, geboren am 22. September 1948 in Plessa/Brandenburg, zog 1990 für die CDU in den Landtag Brandenburg ein und wurde Stellvertretender Landtagspräsident. 1991 trat er von dieser Funktion zurück und blieb bis zum Ende der Legislaturperiode einfaches Fraktionsmitglied. 1994 gelang ihm die Wiederwahl nicht. Im Jahr 1998 trat er aus der CDU aus.



Alfred Pracht

Enttäuschungen mit der Partei

Mein berufliches Ziel in der DDR war es, Studenten zu unterrichten. Aus meiner Position als Lehrer für Russisch und Geschichte heraus habe ich mehrmals versucht, an eine Hochschule zu kommen, aber es hat nicht geklappt. Das hat nicht nur an meiner Parteizugehörigkeit zur LDPD gelegen. Ich hatte einen weiteren schwarzen Fleck in meiner Kaderakte, weil eine Schwester illegal die DDR verlassen hatte. Demzufolge war bei mir mit Karriere von Anfang an nicht viel drin.

In die LDPD bin ich im Jahr 1967 während meines Studiums eingetreten, als ich bei einem Schulpraktikum von Lehrern deswegen angesprochen wurde. Das waren Leute, die mir sympathisch waren, und ich habe festgestellt, dass ich sehr offen mit ihnen reden konnte, ohne Gefahr zu laufen, dass man irgendwie angeschwärzt wurde. Auch das liberale Gedankengut hat mich angesprochen. Dass sich die Parteimitgliedschaft in dem Maße nachteilig auswirken würde, dass ich nicht mal eine Weiterbildung machen durfte, war mir damals nicht so bewusst, wenngleich fast niemand in die LDPD eingetreten ist, um Karriere zu machen. Als ich, schon Lehrer, ein weiteres Sprachstudium in der Sowjetunion machen wollte und eigentlich alles klar war, sagte mir der Schulrat zwei Wochen vorher, dass ich doch nicht mitreisen könne. Es gäbe neue Anordnungen von der Partei. Bis heute weiß ich nicht den wahren Grund der kurzfristigen Absage, aber sie hat mich bewogen, dem Werben der LDPD nachzugeben und hauptamtlich in der Partei mitzuarbeiten. So habe ich 1976 meinen Beruf aufgegeben, obwohl mir das sehr schwer fiel, denn ich war mit Leib und Seele Lehrer. Ich bin im Lehreralltag mit allen immer gut klargekommen, meine Arbeit wurde geschätzt und mir wurde öfter gesagt: Wenn du in der richtigen Partei wärst, dann könntest Du weiterkommen.

Aber das Angebot, im Bereich Bildung, Weiterbildung und Kultur zu arbeiten, hatte durchaus interessante Seiten, auch wenn die Ausrichtung natürlich die Gleichschaltung war.

Mit der DDR hatte ich mich arrangiert. Ich bin in diesem System groß geworden und habe als Arbeiterkind studieren dürfen, obwohl ich als FDJ-Mitglied wegen meiner katholischen Eltern nicht die Jugendweihe gemacht habe. Ich habe immer versucht, mich nicht vor einen Karren spannen zu lassen, auch während meiner Tätigkeit als Lehrer. Für mich stand auch die Ausreise nie zur Debatte, obwohl ich gern gereist wäre.

Im Sommer 1989 hat mich die Arbeit als stellvertretender Bezirksvorstand der LDPD in Cottbus sehr in Anspruch genommen. Es fanden mehr Gespräche und Diskussionen an Sonntagen statt als bisher üblich, wir sprachen offener miteinander, auch über Parteigrenzen hinweg, und äußerten Ansichten, die wir uns Jahre vorher nicht getraut hätten zu sagen. Dennoch hatte ich an Sonntagen Zeit für die Familie und war mit meiner damaligen Frau und meinen zwei Kindern wie immer im Sommerurlaub.

In den Gesprächen mit Künstlern, Wirtschaftsvertretern, Parteiangehörigen und anderen spürte ich, dass ein Wille zur Veränderung bestand. Ich erfuhr, wie es um die wirtschaftliche Situation stand und hörte immer häufiger, dass es so nicht weiter gehen könne. Meist kam die Frage danach auf, wie wir die Kurve kriegen könnten und was man verändern könnte. Aber immer noch stand alles unter dem Satz: Der Sozialismus steht nicht zur Disposition. Ich bin selbst erstaunt, wie gut ich durch diese Gespräche und über DDR-Medien, unsere Partei-Zeitung *Der Morgen* und das Westfernsehen, das mich immer begleitet hat, informiert war. Ich habe natürlich auf Grund meiner Sprachkenntnisse auch intensiv russische Medien verfolgt.

Als dann die Demos in Leipzig und Berlin losgingen und die Rufe „Wir sind das Volk“ erklangen, als die Ohnmacht des Politbüros sichtbar wurde, der schnelle Wechsel von Honecker zu Krenz kam, da habe ich auch nicht mehr daran geglaubt, dass die DDR sich hält. Aber als die Mauer fiel, war ich nicht gleich so euphorisch, dass ich mich wie Kollegen von mir ins Auto gesetzt hätte und nach Berlin gefahren wäre. Ich habe alles im Fernsehen verfolgt, einschließlich der Schabowski-Erklärung, und dachte dann, jetzt werden wir ein vereintes Deutschland. Die Einheit war ein beglückendes Gefühl für mich, denn sie war über die Jahrzehnte in so weite Ferne gerückt. Meine Mutter hat immer gesagt, es werde noch mal anders kommen und wieder ein vereintes Deutschland geben. Doch darauf habe ich meist scherzhaft geantwortet, ja, wenn der Sozialismus auf der Welt gesiegt habe, dann seien wir vielleicht wieder zusammen.

Ich wurde natürlich sofort gefragt, ob ich politisch weiterarbeiten wolle. Da ich in einem festen Arbeitsverhältnis bei der Partei stand, sah ich mich in der Verantwortung, weiter zu machen. Denn ich saß ja von Anfang an mit an den Runden Tischen. Plötzlich hatte ich wie andere das Gefühl, jetzt passiert etwas Neues. Jetzt hast du noch mal die Chance, wirklich etwas mitzubewegen.

In die Wende hinein wurde ich Geschäftsführer des Bund freier Demokraten, ein Zusammenschluss dreier Parteien, der bei der Volkskammerwahl 1990 im März antrat. Ich organisierte den Wahlkampf und kümmerte mich um das Tagesgeschäft. Nach der Volkskammerwahl schloss sich dann die NDPD mit der LDPD zur Partei Bund Freier Demokraten zusammen, bis wir alle im August 1990 in der westdeutschen FDP aufgingen. Bis

zum Vereinigungsparteitag war ich der Geschäftsführer der neuen Partei, aber meiner Kandidatur zum Generalsekretär der neuen FDP war leider kein Glück beschieden.

Allerdings wurde ich für die Landtagswahl in Brandenburg auf Platz drei der Landesliste gestellt. Für ein ehemaliges Mitglied der LDPD war das schon eine mittlere Sensation. Ich glaube, ich hatte mir in meiner Zeit als Lehrer ein gewisses Ansehen erarbeitet, weshalb ich gewählt worden bin. Da gab es natürlich anfangs Neider, mein neues Auto wurde zerkratzt, aber die Aufregung um meine Person hat sich erfreulicherweise bald gelegt.

Ich habe dann meine Aufgabe in der Landespolitik gesehen und hatte keine Ambitionen, bundespolitisch zu wirken. Ich war stolz auf meine Aufgabe als parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Aber ich muss ehrlich zugeben, dass ich mich nicht so sehr als Brandenburger fühlte. Ich stamme aus dem Sudetenland, bin in Thüringen aufgewachsen und beruflich nach Brandenburg gekommen. Ich habe die Entstehung des Landes Brandenburg ohne Emotionen hingenommen. Meines Erachtens ist das ganze Land bis heute noch in dem Prozess, ein Brandenburg-Gefühl zu entwickeln, weil die Bürger zu wenig in Entscheidungsprozesse, die ihre Region betreffen, einbezogen werden.

An einen Wechsel in eine andere Partei habe ich nie gedacht, obwohl es auch ein Lernprozess war, sich unter den Buchstaben der FDP wohl zu fühlen. Die westdeutsche FDP hatte einen anderen Stil, sowohl in Diskussionen – sie hatten von vielen Dingen einfach mehr Ahnung –, als auch im Umgang miteinander. Bei uns im Osten herrschte Kameradschaft, aber nun wurden wir nicht immer auf gleicher Augenhöhe behandelt. Das hat mich manchmal gestört, denn bei meiner Arbeit war ich auf Hilfe von erfahrenen Leuten aus den alten Bundesländern angewiesen. Aber insgesamt hat die Zusammenarbeit recht gut funktioniert.

Angetrieben hat mich damals die Chance, etwas verändern zu können. Ich stand neuen Aufgaben und Tätigkeiten seit jeher aufgeschlossen gegenüber. Die Größe dieser Aufgabe haben sicherlich alle unterschätzt, sie hätte uns eigentlich erschlagen müssen. Daher war es vielleicht ein Vorteil, dass wichtige Ereignisse von Tag zu Tag und Monat zu Monat folgten, so dass wir uns immer wieder orientieren und beraten konnten. Auch mussten wir uns daran gewöhnen, wie Parlamentarismus in einem demokratischen Land eigentlich funktioniert. Man war Lernender jeden Tag.

Die politische Arbeit im Landtag war begleitet von oft kontrovers geführten Diskussionen und einer umfangreichen Ausschussarbeit. Es gab kaum eine Vorlage, die in nur einer Sitzung über die Bühne ging. Zwischen den offiziellen Veranstaltungen leisteten wir viel Arbeit in der Verständigung, Abstimmung und Absprache. Dennoch war die Stimmung in den Sitzungen und Ausschüssen sehr gut. Der Verfassungsausschuss beispielsweise,

dem ich auch angehörte, war ganz breit zusammengesetzt. Wenn ein Vorschlag gut war, dann versuchten wir, ihn noch besser zu machen. Aber wir lehnten ihn nicht von vornherein ab, bloß weil er vom politischen Gegner war. Wenn es nach Ulf Fink, dem damaligen CDU-Landesvorsitzenden, gegangen wäre, hätten alle CDU-Fraktionsmitglieder gegen die Verfassung gestimmt. Aber wir haben in Nachtsitzungen mit Peter-Michael Diestel und anderen vernünftigen Leuten gesprochen, sind auf ihre Wünsche hier und da eingegangen und so zu einer Lösung gekommen, der dann ein Teil der CDU zustimmen konnte.* Es stand einfach das Bemühen um die Sache im Vordergrund, parteipolitische Spielchen hat es nicht gegeben. Absprachen gab es nicht, um jemandem einen Gefallen zu tun, sondern dienten einem gemeinsamen Ziel. Man muss sich in einer Regierung vorher abstimmen, wenn es Probleme geben und zu einem Eklat kommen könnte. Als FDP haben wir uns in der Koalition immer als Korrektiv gefühlt. Diese Ampelkoalition wird nicht umsonst bis heute für ihre vernünftige Politik gelobt.

Ich habe zwar an der Brandenburger Verfassung mitgewirkt, dennoch habe ich prinzipiell Bauchschmerzen bezüglich der Fülle der Staatsziele. Der ungeübte Leser wird bei Artikel 48 – dem Recht auf Arbeit – möglicherweise ein einklagbares Recht herauslesen. Der Staat kann aber nichts versprechen, was er nicht halten kann. Wir haben drauf hingewirkt, dass zumindest die Staatszielbestimmung deutlicher wird. Dass das Land im Rahmen seiner Kräfte für Vollbeschäftigung sorgen will, ist natürlich weiterhin illusorisch. Die Brandenburger Verfassung ist eben ein bisschen eine Schönewetterverfassung, in der alles Mögliche versprochen wird. Andererseits sind auch wirklich gute Sachen wie die Mitspracherechte des Volkes hineingekommen. Die Verfassung selbst ist ja durch Volksentscheid angenommen worden. Natürlich hätte ich mich gefreut, wenn sich mehr als nur knapp 50 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt hätten. Aber Wahlzwang hatten wir lange genug. Insgesamt wünsche ich mir, dass die Verfassung viel mehr praktisch angewendet wird.

Mein Herz schlug als ehemaliger Lehrer für die Bildungspolitik. Aber bei der Gestaltung des Schulgesetzes wurden einschneidende Fehler gemacht. Wir wollten beispielsweise das Abitur nach zwölf Jahren. Wir wollten ein mehrgliedriges Schulsystem, bei dem die Durchlässigkeit gesichert ist, und wir wollten die Begabtenförderung genauso wie die Behindertenförderung. Es sollte Chancengleichheit bestehen, die dennoch Leistung stimuliert und belohnt. Gegen dieses Prinzip ist verstoßen worden. Dass das Schulgesetz schon mehrfach reformiert wurde, spricht Bände. Außerdem war ich für freie Forschung, die es zu DDR-Zeiten nicht gegeben hat, und Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Als FDP-Mitglied habe ich mich auch sehr dafür eingesetzt, Wirtschaft und Soziales als Einheit zu sehen.

* Die FDP war von 1990 bis 1994 Teil der Regierungskoalition im Land Brandenburg.

Ich war und bin der Meinung, dass wir als kleine Fraktion mit sechs Mitgliedern im ersten brandenburgischen Landtag sehr gute Arbeit geleistet haben. Nicht alle Vorschläge wurden angenommen, aber oft habe ich gemerkt, dass Gesetzespassagen auf meine Arbeit zurückgingen. Ich musste mich natürlich immer wieder bemühen, um Erfolge verbuchen zu können. Aber die Voraussetzung dafür, politisch aktiv zu sein, ist die Wählergunst. Deswegen war es für uns ein Schock, dass wir bei der zweiten Landtagswahl 1994 nur 2,3 Prozent erreicht haben. Vielleicht hätten wir uns mehr Zeit nehmen sollen und Werbung für unsere erfolgreiche Arbeit machen müssen, als der Spruch von der Partei der Besserverdienenden aufkam. Damit war die FDP im Osten tot. Für uns bedeutete das erst mal Arbeitslosigkeit, denn wir alle hatten unsere vorherige Arbeit aufgegeben. Die Bundespartei hat uns im Stich gelassen, wir bekamen noch ein schönes Schreiben, dass es leider nicht möglich sei, uns in irgendeiner Weise unterzubringen. Ich habe erst nach einem Jahr wieder eine Anstellung bei der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg in Cottbus gefunden. Dennoch bereue ich nicht, mitgemacht zu haben. Mir war es vergönnt, in einer spannenden und entscheidenden Zeit aktiv dabei zu sein. Ich habe neue Freundschaften geschlossen, auch über Parteigrenzen hinweg, die sich bis heute gehalten haben. Wenn ich gesellschaftliche Anerkennung vom Wahlergebnis trenne, glaube ich, dass unsere Arbeit während der ersten Legislaturperiode anerkannt wird.

In den Jahren meiner politischen Arbeit hat mich die Erfahrung besonders geprägt, dass man in der Demokratie Verbündete und Mehrheiten braucht, um Dinge durchzusetzen. Manchmal wird das übersehen, aber man muss alle, die von anstehenden Entscheidungen betroffen sind, rechtzeitig in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Man braucht ausreichend Zeit zum Überlegen und Diskutieren, um dann Entscheidungen zu fällen und zu akzeptieren. Das geht nur miteinander, nicht gegeneinander. Es sollte möglichst auch immer Bürgerinteresse und Sachinteresse vor Parteiinteresse stehen.

Leider musste ich aber die andere Erfahrung machen, dass es manchen allein um Karriere und persönliche Interessen geht. Das Mittel der Denunziation wird angewendet, um unliebsame Konkurrenz auszuschalten. Das ging vor allem am Anfang mit einer einfachen Behauptung über angebliche Stasi-Mitarbeit ganz schnell. Ich habe eine Zusammenarbeit mit jemandem nicht daran scheitern lassen, dass er SED-Mitglied war, wenn ich gesehen habe, dass er sich bemüht hat, aus seiner eigenen Geschichte zu lernen und einen verantwortungsbewussten Umgang damit anzustreben.

Die Zeit ist jetzt reif, die DDR-Geschichte mit Anstand aufzuarbeiten. Wir müssen ein genaues Bild zeichnen, ohne zu überzeichnen und ohne zu verklären. Beides tut meiner Ansicht nach uns und der Geschichte nicht

gut. Gleiches gilt für die Zeit der Wende. Wir müssen der Jugend vermitteln, dass vieles von heute nicht selbstverständlich war, sondern mühsam erarbeitet wurde, und wir an der Verwirklichung der blühenden Landschaften arbeiten müssen, die wir uns alle wünschen. Dazu müssen wir Politik erlebbar und interessant machen, damit den Bürgern das derzeitige Gefühl der Ohnmacht wieder genommen wird.

Alfred Pracht, geboren am 10. März 1946 in Röhrsdorf (Sudetenland), wurde 1990 für die FDP in den Landtag Brandenburg gewählt und war von 1992 bis 1994 Mitglied des Landtagspräsidiums. Nachdem der Partei der Wiedereinzug in den Landtag misslang, schied er aus der Politik aus. 2008 trat er in den Ruhestand.

Marco Schumann über seinen Vater Michael

Konstruktiver Kritiker

Mein Vater, Michael Schumann, ist mir vor allem als „Viel-Arbeiter“ in Erinnerung geblieben. Ich sehe ihn immer noch am Schreibtisch sitzend vor mir, so wie ich ihn oft als Kind erlebt habe. Trotzdem war unser Familienleben das, was man gemeinhin normal nennt. Am Wochenende unternahm meine Eltern und ich, ein Einzelkind, bei schönem Wetter Ausflüge in die Umgebung und Besuche bei Verwandten und Freunden. Der Sommer 1989 war für ihn sicherlich einer der letzten Sommer, in dem es Wochenenden ohne Verpflichtungen gab. Er war damals 42, ich selbst war volljährig und ging schon meine eigenen Wege.

Von 1965 bis 1970 hat mein Vater an der Karl-Marx-Universität in Leipzig Philosophie studiert. Während dieser Zeit, im Jahr 1967, ist er in die SED eingetreten. Die Studienzeit hat ihn sehr geprägt, weil in der politischen Theorie noch sehr viel möglich war. Spätere Entwicklungen in der DDR und ihrem Staatsapparat sind ihm dazu als großer Kontrast erschienen.

Nach zwei Jahren als Parteigruppenorganisator seines Studienjahres trat er im Anschluss an sein Diplom eine Stelle als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Philosophie der Abteilung Marxismus-Leninismus an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ in Potsdam-Babelsberg an. Bis zur Wende blieb er der Lehre und Forschung verpflichtet. Im Jahr 1983 wurde er zum Lehrstuhlleiter an der Akademie berufen und 1986 folgte die Berufung zum Philosophie-Professor.

Ich glaube, er hat niemals eine reine Funktionärslaufbahn in der Partei angestrebt. In anderen Massenorganisationen wie dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund oder der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, in denen er Mitglied war, ist er ebenfalls nie aktiv gewesen. Auch ist er sicher nicht in die Partei eingetreten, um Karriere zu machen. Das wäre nicht seine Art gewesen. Dennoch bewegte er sich bewusst in einem linientreuen Umfeld. Er hatte eine tiefe Grundübereinstimmung mit der DDR und der Partei, insbesondere, da er sie als Alternative zum Kapitalismus sah. Ich würde ihn letztlich als kritischen Marxisten bezeichnen.

Für Menschen wie meinen Vater, die sich beruflich mit Systemfragen beschäftigten, kam die Wende sicher nicht völlig unvorbereitet. Ein Gären der Unzufriedenheit in der Bevölkerung wie auch unter SED-Genossen war spätestens seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows im Jahr 1985 und dessen Politik von Glasnost und Perestroika ab 1986 zu spüren. Das bedeutete für meinen Vater aber noch keine konkrete politische Sorge, dass



die DDR untergehen könne. Vorwiegend stellte sich ihm die Frage nach dem Umgang mit den ideologischen Grundsätzen der Partei. Ich glaube, er hat sich in jedem Fall und sicherlich schon sehr früh damit auseinandergesetzt. Auch zu Hause hat er häufig darüber gesprochen, weil das für ihn ein großes Thema der Zeit war.

Ich denke, er hat erstmals im Herbst 1989 mit einem Zusammenbruch der DDR gerechnet. Wenn auch nicht in dieser endgültigen Form und in dieser Geschwindigkeit. In den Kreisen, zu denen er gehörte, gab es schon länger kritische Diskussionen, vor allem bei regelmäßigen Treffen und Sitzungen in der Akademie. Für alle Beteiligten war der Herbst 1989 sicherlich eine Art Kulminationspunkt. Aber zu Parteiversammlungen auf Kreis- oder Bezirksebene ist er damals meines Wissens immer noch nicht gefahren.

Mein Vater hat sich immer auch via Westfernsehen informiert. Seine Einstellung war da viel liberaler, als man es vielleicht von SED-Mitgliedern erwartet. ARD und ZDF waren für ihn keine Feindsender. Er hat auch nicht erst Westfernsehen geschaut, als die Berichte über die Ausreisewelle von DDR-Bürgern über Ungarn nach Westdeutschland kamen. Wenn etwas ausgestrahlt wurde, was ihn interessierte, sah er es sich an. Er machte ja auch keinen Hehl daraus, dass er gerne ins Ausland reisen würde. Später hat er das nachgeholt, besonders gerne besuchte er den Westteil von Deutschland.

Ich kann nicht sagen, wo er den Fall der Mauer erlebt hat. Aber er ist einige Tage danach erstmals nach West-Berlin gefahren. Da hatte er überhaupt keine Berührungängste, sondern war genauso neugierig wie alle anderen DDR-Bürger auch.

Mitte Dezember 1989 fand ein Außerordentlicher Parteitag der SED statt. Bei den Vorbereitungen der Parteigrundorganisation in der Akademie ist mein Vater, sicher auch für ihn selbst überraschend, zum Delegierten für diesen Parteitag gewählt worden. Mit seiner Wahl hoffte die Grundorganisation, dass er auf dem Parteitag die Gruppe derjenigen stärken würde, die auf einen entschiedenen Neuanfang setzten. Das war im Grunde sein Einstieg in die aktive Politik. Mit seinem Referat auf dem Sonderparteitag, das den Bruch der Partei mit dem Stalinismus verkündete, wurde er dann wohl erst einem breiteren Publikum innerhalb der Partei, vielleicht auch außerhalb, als eine Art Hoffnungsträger bekannt.

Das Referat hatte er gemeinsam mit dem langjährigen Parteifunktionär Heinz Vietze und mit Lothar Bisky, dem Rektor der Filmhochschule in Potsdam, erarbeitet. Ich glaube, alle drei fühlten sich dazu „verdonnert“, aber sie verband die Idee, die SED nicht aufzulösen, sondern eine neue Partei, die PDS, zu schaffen. Aus dieser fast schon zufällig zusammen gestellten Gruppe entstand dann eine jahrelange Freundschaft untereinander, zumal sie alle später auch in Brandenburg aktiv waren.

Als nächstes hat mein Vater dann für die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 kandidiert und von März bis Oktober 1990 gehörte er der Fraktion der PDS an. Damit war die Politik sein Beruf geworden. Wahrscheinlich ging es ihm aber weniger um konkrete Entscheidungen bei seiner politischen Arbeit, sondern ihn bewegten nach wie vor theoretische Fragestellungen. Ich glaube, ihm war es wichtig – vielleicht war das in gewisser Weise seine Mission – das poststalinistische Denken aus den Köpfen seiner Genossen zu kriegen. Deswegen hat er sich immer wieder mit den alten Kadern, die nach wie vor eine feste Parteibasis waren, auseinandergesetzt. Für eine Schlussstrichpolitik war er, meine ich, nie zu haben. Sein Anliegen war nicht nur die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im Allgemeinen, sondern vor allen Dingen mit der Geschichte der Partei und deren Ideologie.

Deshalb konnte er einen gewissen Opportunismus, der sich breit machte, auch nicht ausstehen. Ein Prototyp dieses Charakters war für ihn Günter Schabowski: Nachdem dieser jahrzehntelang als Chefredakteur der SED-Zeitung Neuen Deutschland gearbeitet hatte, schien er nun plötzlich die Wahrheit erkannt zu haben und tat dies der Welt kund. Das fand mein Vater verlogen. Da waren ihm solche Leute lieber, die ihre Grundsätze nicht von einem Tag zum anderen über Bord warfen, sondern sich kritisch damit auseinandersetzten. Er hatte beispielsweise noch Jahre nach der Wende Kontakte zu Egon Krenz.

Anfangs hatte auch mein Vater keine genauen Vorstellungen, wohin sich die DDR entwickeln könnte. In vielen osteuropäischen Ländern war ja nach der Wende ein reformkommunistisches oder auch reformsozialistisches Denken verbreitet. Ich glaube, mein Vater dachte ebenfalls in diese Richtung, aber als sich die deutsche Einheit abzeichnete, hat er diese Form der Überwindung der Systemteilung akzeptiert. Er lehnte nur eine übereilte Wiedervereinigung ab. Das Thema Nation und das Verhältnis der Linken zur Nation haben ihn in diesem Zusammenhang immer wieder beschäftigt. Nach der deutschen Einheit war mein Vater bis Dezember 1990 Mitglied des Bundestags.* Am 2. Dezember 1990 erhielt er auch ein Mandat für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. So viel ich weiß, wurde er von Parteifreunden wie auch von Gregor Gysi gedrängt, das Bundestagsmandat anzunehmen. Aber er hat sich für den Brandenburger Landtag entschieden, in den er im Oktober 1990 ebenfalls gewählt worden war. Dies muss an dem spezifischen „Brandenburger Weg“ gelegen haben. Bundespolitisch gewirkt hat er von da an nur noch durch seine Mitgliedschaft im Präsidium der Partei.

Im Bundestag wurden alle PDS-Abgeordneten sehr stark angefeindet. Das ging fast schon bis zur Diskriminierung. Diese Erfahrung fand er ziem-

lich furchtbar. Er hat einmal geäußert, dass er sich vor jeder Parlamentsrede im Bundestag wie vor einer Abiturprüfung gefühlt hätte. Ihm war sicher klar, dass er in Brandenburg nicht unbedingt mehr bewegen konnte, die PDS war eine sehr kleine Fraktion, aber die politische Kultur sprach ihn stärker an. Anfangs hatte die Atmosphäre im Brandenburger Landtag etwas von einer Konsensdemokratie trotz der recht turbulenten Zeiten. Auch wenn mein Vater als PDS-Abgeordneter vor dem Plenum sprach, war das Podium still. Er hatte immer das Gefühl, dass seine Meinung zählte. Er mochte ja den politischen Schlagabtausch. Wenn beispielsweise ein CDU-Abgeordneter den Vorschlag machte, eine Karl-Marx-Straße umzubenennen oder eine Büste wegzunehmen, dann war das für ihn, wenn es über die Öffentlichkeit ging, ein gefundenes Fressen. Erst später änderte sich die Form der politischen Auseinandersetzung hin zu einem feststehenden Bild von Regierung contra Opposition, so dass er sich die Frage stellte, wie lange er weitermachen solle. Dennoch hat er nie geklagt, er wäre in Brandenburg politischen Anfeindungen ausgesetzt.

Die Landesneugründung Brandenburgs, wo er seit 20 Jahren lebte, war für meinen Vater in gewisser Weise logisch. Alte Verwaltungsstrukturen wurden wieder aufgegriffen. Ich glaube nicht, dass ihn das über Gebühr bewegt hat. Später war Brandenburg für ihn das ostdeutsche Land, in dem die Probleme der Wiedervereinigung besonders zu Tage traten. Als Abgeordneter im Landtag war mein Vater Mitglied im Innenausschuss, wo er sich auch mit Fragen des Polizeigesetzes oder der Kommunalgebietsreform beschäftigt hat. Das waren sehr konkrete Themen im Vergleich zu seinen früheren theoretischen Überlegungen. Aber das hat ihn nicht gestört, im Gegenteil, er kniete sich mit dem ihm eigenen Engagement in diese Arbeit rein. Viele, die seine Vita nicht kannten, hielten ihn wegen seiner Sachkenntnis sogar für einen Juristen.

Ein anderer wichtiger Bereich waren für ihn Verfassungsfragen, obwohl er nicht dem Verfassungsausschuss angehörte. Aber die Themen Verfassung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie waren immer schon sein Terrain. Ich glaube, er hat insofern wie etliche andere die Tatsache, dass er nun in einer parlamentarischen Demokratie wirken und in einem Rechtsstaat leben konnte, als echten Fortschritt begriffen, auch mit allen reformbedürftigen Nachteilen, die sich ihm zeigten. Mein Vater ließe sich hier sicher das Etikett „Verfassungspatriot“ gefallen.

Obwohl er lange ein Mann der Lehre und Forschung gewesen ist, denke ich, dass er sich durch seine Wahl in gewisser Weise auch als Volksvertreter fühlte. Er hat Veranstaltungen in seinem Wahlkreis gehabt und eine Vielzahl Eingaben und Beschwerden von Bürgern bekommen, für die er sich als Parlamentarier verwenden wollte.

* Nach dem 3. Oktober 1990 gingen bis zur Wahl des gesamtdeutschen Bundestages im Dezember 1990 Volkskammerabgeordnete nach einem bestimmten Schlüssel in den Bundestag über.

In der Fraktion arbeitete er intensiv mit Bisky und Vietze zusammen. Diese Troika traf dort viele Richtungsentscheidungen, die sich auch auf die Partei auswirkten. Sie trafen sich regelmäßig mit Vertretern der Landesregierung, aber dass dort Entscheidungen abgesprochen wurden, glaube ich nicht. Das hätte mein Vater bestimmt nicht mitgemacht.

Der Einfluss westdeutscher Berater oder Mitarbeiter war in der Opposition kaum zu spüren. Mit den Westdeutschen, mit denen er zu tun hatte, wie dem parteilosen Justizminister Hans Otto Bräutigam, kam er sehr gut klar. Probleme hatte er vor allem damit, dass Ostdeutsche auf Positionen berufen wurden, die sich nicht unbedingt wegen ihrer Qualifikation empfahlen, sondern einfach dadurch, dass sie nicht SED-Mitglied gewesen sind. Andere wiederum, die viel geeigneter waren, wurden aufgrund pauschaler Beurteilungen aus ihren Ämtern verdrängt.

Politische Vorbilder hatte er meines Wissens keine. Er schätzte vielmehr den Austausch mit Intellektuellen aus West und Ost. Das waren für ihn ebenso wichtige Erfahrungen wie die Begegnung mit dem 90-jährigen Karl Schirdewan, der lange zweiter Mann hinter Walter Ulbricht gewesen war, dann aber wegen seiner wenig linientreuen Ansichten Ende der 50er Jahre alle seine Posten verloren hatte.

Mit den Jahren hatte sich in Brandenburg auch das politische Klima geändert. Umkehrpunkt war die Debatte um die Verfassungsrichterwahl im Jahr 1998. An dieser Wahl sind alle Parteien im Landtag beteiligt. Die PDS schlug 1998 die Journalistin Daniela Dahn als ihre zweite Kandidatin für das Amt der Verfassungsrichterin vor. Nach heftigen Debatten im Landtag zog die PDS den Vorschlag dann zurück. Mein Vater hat sich damals in dieser Sache sehr engagiert und sich über das Ergebnis aufgeregt. Ich denke, dieses Ereignis war für ihn ein bisschen das Ende des „Brandenburger Weges“. Mehr denn je stellte er sich damals die Frage nach dem Ausstieg aus der Politik. Ich glaube, dass die Entscheidung aufzuhören im Jahr 2000 bereits gefallen war. Für ihn war diese parlamentarische Arbeit zwar mehr als nur eine Episode in der eigenen Biografie, aber ich meine, bis zur Rente hätte er sich noch etwas anderes vorstellen können.

Ich glaube, dass meinem Vater die Arbeit als Parlamentarier Spaß gemacht hat und dass diese Phase seines Lebens in einer Autobiografie einen großen Raum eingenommen hätte. Denn gerade der Gegensatz zwischen politischer Theorie und parlamentarischer Praxis wäre mit Sicherheit für ihn ein Thema gewesen. Aber man muss auch bedenken, dass er nach der Wende wohl keine großen Aussichten mehr auf eine Stelle im Wissenschaftsbetrieb gehabt hätte. Sein Arbeitsverhältnis ruhte zwar nur, aber eigentlich war ein Wiedereinstieg in die Lehre undenkbar.

Heute würde meinen Vater mit Sicherheit die Kultur der festgelegten Abstimmungen stören, die streng nach Regierungs- und Oppositionslinien ver-

laufen. Bezogen auf die DDR würde ihn das generelle Verteufeln und undifferenzierte Betrachten genauso ärgern wie Leute, die Entwicklungen verpasst haben. Er selbst setzte sich ja ständig mit alten Parteimitgliedern auseinander, um ihnen die Versäumnisse der Partei in der Vergangenheit nahe zu bringen.

Mit dem neuen Leben war er für sich zufrieden, auch wenn ihn sicher die Sorge um den Abbau von Demokratie, die Aushöhlung von Verfassungsrechten, ja der politischen Kultur im Land insgesamt immer umtrieb. Das Entscheidende für ihn war aber zeitlebens nicht eine Freiheit im Handeln, sondern vor allen Dingen eine Freiheit im Denken.

Prof. Dr. Michael Schumann, geboren am 24. Dezember 1946 in Zella-Mehlis/Thüringen und gestorben am 2. Dezember 2000, war von 1990 bis zu seinem Tod Abgeordneter der PDS-LL bzw. PDS im Landtag Brandenburg.

Aufstieg, Ausstieg, Umstieg. Elitenwechsel in Brandenburg

Astrid Lorenz

Die Schicksale der Menschen sind einzigartig und auch die Rückblicke in diesem Buch bilden sehr persönliche Lebenslinien und Einstellungen ab. Insgesamt vermitteln sie jedoch ein wirklichkeitsnahes Bild davon, was das für Menschen waren, die Brandenburg ab 1990 aufbauten und ihm sein politisches Gepräge gaben. Die Zeitzeugen wurden repräsentativ ausgewählt. Es sind Mitglieder des ersten Landtages dabei und erste Landesminister, Vertreter verschiedener Generationen, Ost- und Westdeutsche, Frauen und Männer und natürlich Angehörige unterschiedlicher Parteien. Dieser Beitrag beschließt den Reigen ihrer Erinnerungen. Er stellt sie in den größeren Zusammenhang des politischen Aufbruchs und Elitenwechsels in Ostdeutschland ab 1990 und bewertet vor diesem Hintergrund Gemeinsamkeiten und Unterschiede Brandenburgs.

Kollaps der DDR

1989/90 war das Jahr, in dem Zehntausende von DDR-Bürgern nicht aus dem Urlaub heimkehrten, weil sie über Ungarn oder die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik flüchteten. Es war das Jahr der Montagsdemos, der DDR-Grenzöffnung, der tanzenden Menschen auf der Berliner Mauer und der Runden Tische. Es war das Jahr des Sturms auf die Stasi-Zentralen und das Jahr der D-Mark. Um Mitternacht des 2. Oktober 1990 kündete nach der letzten Nationalhymne im Rundfunk der DDR ein durchdringender Piepton vom Exitus des kranken Patienten.

1989/90 war aber auch das Jahr, in dem die meisten wie eh und je aus dem Urlaub heimkehrten, im kalten Morgengrauen zur Arbeit schritten und sich auf das nächste Wochenende freuten, das Jahr des Fackelzugs der FDJ zum 40. Jahrestag der DDR mit 100.000 Teilnehmern. Das Jahr, in dem Direktoren und Funktionäre Unmut plötzlich ernst nehmen und sich Diskussionen stellten. In dem in der SED Hoffnungsträger der mittleren Generation einforderten, den Sozialismus zu demokratisieren, Transparenz und Offenheit zu leben. Es war ein Jahr der Widersprüche.

Wie sehr sich die Lebenssituation der Brandenburger zunächst noch ähnelte, zeigen die Rückblicke in diesem Buch. An einem normalen Wochenende im Sommer 1989 genossen sie die Unerreichbarkeit und die kleine Idylle mit Familie und Bekannten im Garten oder in der freien Natur und sie reparierten und renovierten, wenn sie nicht gerade arbeiten mussten. Die meisten hatten sich eingerichtet. Ab dem Spätsommer endete die Normalität schlagartig. Jeder Tag bedeutete tausend Schritte weg vom Vertrauten, Veränderungen in der Politik, den Betrieben, der Kultur, in der ganzen Gesellschaft.

Obwohl viele eine wachsende Unzufriedenheit mit der DDR spürten, flackert in den Erzählungen immer wieder die ungeheure Überraschung darüber auf, was während und nach der Zeitenwende 1989/90 passierte, ja,

was mit ihnen passierte. Niemand rechnete mit dem schnellen Ende des Staates, der deutschen Einheit oder der Bildung demokratisch verfasster Länder im Osten Deutschlands. Hierin unterschied sich Brandenburg nicht vom Rest der DDR (Kowalczyk 2009). Was uns heute selbstverständlich scheint, weil wir wissen, was inzwischen geschehen ist, verdeckte damals ein undurchsichtiger Nebel der Ungewissheit.

Neue Gesichter in den Parteien

Der anschwellende Protest der DDR-Bevölkerung erreichte sein Ziel. Binnen weniger Monate fegte er sämtliche Führungspersonen der DDR aus den öffentlichen Ämtern.

In der SED drängten zunächst die moderaten Reformer die Altvorderen zum Rücktritt. Sie hofften, auf diese Weise an der Macht bleiben zu können. Der DDR-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker musste gehen, die Regierung unter Willi Stoph ebenfalls. Auch unter den Ersten Sekretären der SED-Bezirksleitungen, die qua Amt Mitglieder des Zentralkomitees der SED waren, gab es Bewegung. In Cottbus löste am 9. November Wolfgang Thiel Werner Walde ab. Im Bezirk Potsdam nahm am 15. November Günther Jahn seinen Hut, der am 12. Oktober mit zwei Kollegen aus anderen Bezirken, darunter Hans Modrow, Erich Honecker zum Rücktritt aufgefordert hatte. Seine Position übernahm Heinz Vietze, wie Thiel bis dahin ein Mann der zweiten Reihe in der Bezirksleitung. Er drängte mit Verweis auf den Unmut in der Partei Honecker-Nachfolger Egon Krenz persönlich zum Rücktritt auch des „Putsch“-Politbüros (Krenz 1999). Im Bezirk Frankfurt (Oder) bat Christa Zellmer Bernd Meier, Funktionär im Petrochemischen Kombinat Schwedt, darum, ihre Nachfolge anzutreten.

Zu den neuen Gesichtern gehörten aber auch systemtreue Intellektuelle wie Michael Schumann oder Lothar Bisky, die plötzlich eine wichtige Rolle in der SED spielten. Was sie einbrachten, waren vor allem neue Ideen, denn geistige Regsamkeit und Diskussionsfreude hatten in der Partei seit längerem keine Rolle mehr gespielt und waren nur im kleineren Zirkel gepflegt worden.

Gemeinsam war den Aufsteigern in der SED, dass sie den Sozialismus als überlegene Gesellschaftsordnung betrachteten, aber den pragmatischeren Habitus der Nachkriegsgeneration pflegten. Sie waren bereits in der DDR sozialisiert und sahen im „Arbeiter- und Bauernstaat“ nicht mehr das eigene, unter persönlichen Härten erkämpfte Lebenswerk. Als ihnen die Wucht der Unzufriedenheit bewusst wurde und ein „Weiter so“ nicht mehr ging, zeigten sie sich zum Umdenken bereit.

Die Volkskammer strich am 1. Dezember 1989 den Führungsanspruch der „Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“, der SED,

aus Artikel 1 der DDR-Verfassung. Um das Ziel einer umfassenden internen Reform symbolisch zu unterstreichen, benannte die SED sich in Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) um, trug aber vorübergehend einen Doppelnamen. Auf eine Neugründung verzichtete sie mit dem Gedanken, so das SED-Parteivermögen behalten zu können.* Sie schloss außerdem viele ehemalige Spitzenfunktionäre aus ihren Reihen aus, darunter den ehemaligen Cottbuser Ersten Bezirkssekretär Werner Walde.

Auch die DDR-Blockparteien CDU, LDPD, NDPD und DBD mussten ihre Positionen neu bestimmen. Sie waren ja immer in die Macht eingebunden gewesen und saßen in der Regierung. In der CDU verdrängten ähnlich wie in der SED zunächst die Führungskräfte der unteren Ebenen die Spitzen, stärkere Aufsteiger wie Lothar de Maizière, der im November 1989 den CDU-Vorsitz übernahm und in der Modrow-Regierung Minister für Kirchenfragen wurde, waren die Ausnahme. Auch in Brandenburg war dies so.

Oppositionelle, die sich christlichen Werten verpflichtet fühlten, organisierten sich 1989/90 oft außerhalb der CDU, so wie Regine Hildebrandt, die sich bei Demokratie Jetzt engagierte, und Günter Nooke, der den Demokratischen Aufbruch mitbegründete und später aus ihm austrat, weil er das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ mit der CDU nicht mittragen wollte. Die meisten Blockparteien waren angesichts der politischen Umwälzungen erstarrt und erlangten kein eigenes Profil (Hausmann 2000).

Ein Machtwechsel ist nicht zu verhindern

Der Austausch der Spitzenfunktionäre sicherte der SED nicht den Machterhalt. Überall wurden bereits im Herbst 1989 „Runde Tische“ eingerichtet, an denen sie mit den Oppositionsgruppierungen und neuen Parteien die künftige Entwicklung der DDR verhandelte.

Die meisten Teilnehmer hatten keine gefestigten Programme, die Beteiligten mussten für sich erst einmal klären, welche inhaltlichen Positionen sie eigentlich genau vertraten. Parteiaustritte bzw. -wechsel sollten keine Seltenheit sein. Als einzige Partei schlossen die neu gegründeten Sozialdemokraten im Januar 1990 die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder aus. Bei ihnen und der CDU verengten 1990 die Annäherung und Fusion mit den westdeutschen Schwesterparteien früh die programmatische Profilbildung, wie in den Rückblicken in diesem Buch deutlich wird.

Die Runden Tische wurden eine Art Ersatz- und Trainingsparlamente. Weil die dorthin entsandten Teilnehmer ihren politischen Mitstreitern in den Parteien schnell Wissen voraus hatten, waren sie auch ein Elitenpool der

ersten Stunde. Am Zentralen Runden Tisch der DDR bzw. in seinen Arbeitsgruppen saßen neben anderen der Potsdamer Matthias Platzeck für die Grüne Liga, die Berlinerin Marianne Birthler für die Initiative Frieden und Menschenrechte, Günter Nooke aus Forst für den Demokratischen Aufbruch. Die Teilnehmer einigten sich auf die Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“, die Oppositionsvertreter einschloss, und auf die Abhaltung freier Parlamentswahlen. Als im Februar 1990 Ministerpräsident Hans Modrow (PDS) acht Vertreter neuer Parteien zu Ministern ohne Geschäftsbereich ernannte, war darunter auch Matthias Platzeck (für die Grüne Partei).

Die erste freie Wahl der Volkskammer im März 1990 zementierte den Machtwechsel. Wie in der DDR insgesamt nutzten im Gebiet des späteren Brandenburg 93 Prozent der Bürger ihr Wahlrecht. Mit ihrer Wahlentscheidung brachten sie vor allem zum Ausdruck, was sie von einer schnellen deutschen Einheit hielten, die sich die CDU in West und Ost auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Dieses Thema dominierte den Wahlkampf. Die CDU erhielt insgesamt knapp 41 Prozent der Stimmen, die SPD wurde mit 22 Prozent zweitstärkste Kraft. Auf dem Gebiet des späteren Brandenburg waren die Unterschiede weniger deutlich. Die CDU erhielt 33,6 Prozent der Stimmen, die SPD 30 Prozent (Stöss 2008).

Bei den weiteren Parteien unterschied sich das Abstimmungsverhalten der Brandenburger kaum vom Rest der Republik. Die PDS wählten je um die 17 Prozent. Den Bund freier Demokraten, eine Listenverbindung unter Beteiligung der Blockpartei LDPD, rund fünf Prozent. Die Listenvereinigung Bündnis 90 aus Neuem Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte und Demokratie Jetzt wählten je rund drei Prozent der Bürger. Damit erwiesen sich die Bürgerbewegungen, die intellektuellen Impulsgeber des Systemwechsels, in den Wahlen als nicht massentauglich.

388 der 400 Volkskammer-Abgeordneten waren Neulinge. Für die CDU bildete Lothar de Maizière eine Regierung mit den Sozialdemokraten und den Liberalen. Den DSU-Generalsekretär Diestel ernannte er zum Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten. Regine Hildebrandt aus der SPD stieg zur Ministerin für Arbeit und Soziales auf, SPD-Parteikollege Alwin Ziel wurde ihr Parlamentarischer Staatssekretär. Stefan Körber (SPD) übernahm das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium.

Weitere Prozesse rundeten den Machtwechsel ab: Am 6. Mai fanden Kommunalwahlen statt. Die meisten Brandenburger wählten in ihre Städte- und Gemeindevertretungen Kandidaten der SPD – mit leichtem Vorsprung – und der CDU. So stieg das CDU-Neumitglied Martin Habermann zum stellvertretenden Bürgermeister von Lübbenau auf. Im Mai wurden außerdem nach allen anderen Bereichen die Führungspersonen in der DDR-Wirtschaft weitgehend ausgetauscht (Derlien 2001: 57).

* Dies gelang nur in Teilen. Das Vermögen der SED, der anderen Blockparteien und von 18 Massenorganisationen wurde ab 1990 von der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen (UKPV) geprüft und treuhänderisch verwaltet, später durch die Treuhandanstalt. Der größte Teil ging an die Bundesrepublik bzw. die östlichen Bundesländer über.

Schließlich kam es noch zu weiteren Personalwechseln in und zwischen den Parteien. Die ehemaligen Blockparteien LDPD und NDPD fusionierten mit der FDP, wie sich Alfred Pracht erinnert, und die DDR-Bauernpartei DBD mit der CDU. Diese Fusionen verdrängten alte Eliten, ermöglichten jedoch auch einigen Parteifunktionären, die sich noch 1989 gegen eine Demokratisierung der DDR ausgesprochen hatten, die Fortsetzung ihrer politischen Karriere. Dazu zählte in Brandenburg beispielsweise Ulrich Junghanns, letzter Vorsitzender der DBD. Ein prominenter Parteiwächler war Peter-Michael Diestel, der die DSU verließ und der CDU beitrug. Viele brandenburgische Bürgerrechtler wechselten auch in die SPD, so etwa Regine Hildebrandt (Müller-Enbergs 1992: 467).

Aus Bezirken werden Länder

Ein eigenes Land? Das war ein ganz neuer Gedanke in der Fülle all der Ideen, mit denen sich die neuen Machthaber 1990 beschäftigen mussten. Auch wenn es, vor allem in Sachsen, bereits im Herbst 1989 Forderungen nach einer Wiederbelebung alter Regionalstrukturen gegeben hatte, so gingen die Demonstranten doch vor allem für Demokratie und Freiheit auf die Straße, nicht für eine Ländergründung in Ostdeutschland. Erst als die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten sich als Zukunftsoption abzeichnete, gelangte die Länderneugründung auf die Tagesordnung.

Die DDR war ein zentralistischer Staat, wie die meisten Staaten in Europa. Es gab Bezirke als reine Verwaltungseinheiten. In der Bundesrepublik verfügen die Länder hingegen über eigene politische Entscheidungskompetenzen. Um den Beitritt zu diesem System zu ermöglichen, musste das Gebiet der DDR föderalisiert werden. Auch die noch von den alten Kräften dominierten Räte der Bezirke propagierten die Ländergründung, weil sie die nicht abwendbaren neuen Strukturen frühzeitig mitgestalten und so ihren Machtverlust eindämmen wollten. Die Ländergründung war daher überall politisch unumstritten, wurde bereits von der Regierung Modrow angekündigt und nach den Volkskammerwahlen weitgehend technokratisch von oben gesteuert (Richter 2007).

In Erinnerung an die Anfangsphase der DDR wurde eine Neugründung des Landes Brandenburg aus den Bezirken Frankfurt (Oder), Potsdam und Cottbus vorgesehen. Stärker als in den anderen künftigen neuen Ländern dominierten im späteren Brandenburg die Räte der Bezirke den von ihnen initiierten Koordinierungsausschuss zur Landesbildung. Ihm gehörten neben den Vertretern der Räte Abgesandte der Runden Tische der Bezirke und Wissenschaftler an (Richter 2007). Dieser Ausschuss, der sich zum Vorläufer der Landesregierung entwickelte, beauftragte eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes. Juristen erstellten ihn und überarbeiteten ihn zusammen mit Beratern aus dem späteren Partnerland

Nordrhein-Westfalen. Im Einvernehmen mit den Runden Tischen der Bezirke wurde er Ende April 1990 veröffentlicht (Franke/Kneifel-Haverkamp 1994: 124). Dies war der zweite Verfassungsentwurf nach Sachsen.

Direkt nach den Kommunalwahlen im Mai ernannte die DDR-Regierung für jeden Bezirk einen Bevollmächtigten, der die alten DDR-Bezirkstage abwickeln und die Umwandlung in neue Verwaltungsstrukturen des künftigen Landes vorbereiten sollte. Dies waren die Regionalvorsitzenden der Parteien, die jeweils in den Wahlen vorn gelegen hatten: im Bezirk Frankfurt (Oder) die damals erst 27-jährige Britta Schellin (heute Stark) von der SPD, im Bezirk Cottbus der langjährige CDU-Funktionär Karl-Heinz Kretschmer (CDU) und im Bezirk Potsdam der dortige SPD-Mitbegründer Jochen Wolf. Bis zur Bildung der ersten Landesregierung waren sie den Kommunen übergeordnet und erhielten bei ihrer Arbeit Unterstützung von der Bundesregierung in Bonn und aus Nordrhein-Westfalen (Gräf 2001: 198).

In Umsetzung der deutsch-deutschen Vereinbarungen vom Mai 1990 verabschiedete die Volkskammer am 22. Juli 1990 ein Ländereinführungsgesetz und ein Länderwahlgesetz. Darin legte sie unter anderem die Größe der Landesparlamente fest. In Brandenburg sollte es (wie in Thüringen) 88 Sitze umfassen. Der im August ratifizierte Einigungsvertrag zog die ursprünglich für den 14. Oktober 1990 geplante Neugründung der Länder auf den Tag der inzwischen fest vereinbarten Wiedervereinigung vor, den 3. Oktober, hob die meisten Regelungen des Ländereinführungsgesetzes zugunsten der Geltung von Bundesrecht faktisch auf und regelte die Finanzierung der neuen Bundesländer.

Am 5. September benannte der Ministerrat der DDR Jochen Wolf zum „Landessprecher“ Brandenburgs. Er war für alle mit der Länderbildung zusammenhängenden Aufgaben verantwortlich, diente bis zur Bildung der ersten Landesregierung als Verbindungsstelle zu den Gebietskörperschaften, sollte die Tätigkeit der Regierungsbevollmächtigten und Bezirksverwaltungen organisieren und die Bildung einer funktionsfähigen Landesregierung einschließlich der gesamten Verwaltungsorganisation sowie die Erarbeitung von Gesetzesentwürfen vorbereiten. Ihm wurden Beauftragte für die Bildung der künftigen Landesministerien zugeordnet (Richter 2007).

Die erste Landtagswahl: Gegen den Trend

Kurz nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der Gründung Brandenburgs fand am 14. Oktober 1990 die Wahl des ersten Landesparlaments statt, des Landtags. Dreizehn Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen traten an. CDU, SPD und FDP jeweils allein. Die Bürgerbewegungen konnten sich mit den Grünen nicht einigen und blieben bei der Listenverbindung der Volkskammerwahl, unter Einschluss des Neuen Forum. LDPD, NDPD und DBD gab es nicht mehr. Die PDS bildete

mit der KPD, der USPD und Parteilosen die Verbindung PDS-Linke Liste. Die meisten Wahlkandidaten der SPD und von Bündnis 90 waren Politikneulinge. Sie traten den Parteien oft erst kurz vor der Wahl bei und wurden teils unter chaotischen Bedingungen nominiert. Nicht wenige von ihnen hatten sich aber bereits in kirchlichen Umwelt- und Friedenskreisen engagiert, so wie Regine Hildebrandt. Steffen Reiche, Mitbegründer der Sozialdemokraten in der DDR und Vorsitzender in Brandenburg, überredete den leistungserfahrenen Kirchenmann Manfred Stolpe, der erst im Juli 1990 der SPD beitrug, ihr Spitzenkandidat zu werden.

Die Kandidaten der CDU, der FDP und der PDS waren ganz überwiegend bereits Mitglieder der Blockparteien bzw. der SED gewesen, nicht selten in verantwortlichen Positionen in ihrer Partei oder in der Verwaltung (Lübker/Schüttemeyer 2004: 146f.). Unter den wenigen Ausnahmen waren in der CDU ihr Spitzenkandidat Peter-Michael Diestel, Beate Blechinger und Martin Habermann.

„Wir sind das Volk!“ hatten die Demonstranten 1989 gerufen und damit gefordert, dass sie selbst die politische Entwicklung bestimmen durften. Doch für die meisten Ostdeutschen war es 1990 leichter zu sagen, was sie nicht wollten (Sozialismus, Planwirtschaft), als zu konkretisieren, wen oder was sie wollten. Als sie das Recht durchgesetzt hatten, wirklich frei zu wählen, machten die vielen Ereignisse und Enthüllungen und die Verschiebungen in den Parteien die Wahlentscheidungen noch schwerer. Auch wurde die Bedeutung von Landtagswahlen unterschätzt. Jedenfalls gingen im Herbst nur zwei von drei Brandenburgern an die Urnen, um darüber zu verfügen, wer künftig die Politik im Land bestimmt. Das waren deutlich weniger als bei den Volkskammer-, Kommunalwahlen und den nachfolgenden Bundestagswahlen des Jahres 1990.

Die geringe Beteiligung traf besonders die CDU. Gegenüber der Volkskammerwahl verlor sie fast eine Viertelmillion Wähler, besonders im westlichen Brandenburg und in der Niederlausitz. Sie kam daher nur auf 29,4 Prozent der Stimmen. Die SED-Nachfolgepartei PDS befand sich weiter auf Talfahrt und erhielt nur noch 13 Prozent. Klare Wahlsiegerin war die SPD mit 38 Prozent der Stimmen. In fast allen Wahlkreisen gaben ihr die Brandenburger die meisten Stimmen. Besonders rund um Berlin war ihr Vorsprung vor der CDU sehr groß. Auch die Liberalen und Bündnis 90 legten zu. Das Bündnis 90 konnte seinen Stimmenanteil gegenüber der Volkskammerwahl mehr als verdoppeln und erhielt 6,4 Prozent, der Anteil der Liberalen stieg auf 6,6 Prozent (Feist/Hoffmann 1990: 17, 25). Die DSU, die in der Volkskammerwahl noch auf 6 Prozent gekommen war, erlangte in Brandenburg keine Bedeutung.

Wie die Bürger in den meisten anderen ostdeutschen Bundesländern wählten die Brandenburger damit fünf Parteien in den Landtag. Überall sonst wurde aber jeweils mit deutlichem Vorsprung die Union stärkste Kraft, die auch auf Bundesebene regierte. In Brandenburg hingegen siegte die

SPD, die hier das beste Wahlergebnis in ganz Ostdeutschland erzielte, ebenso wie die Bürgerbewegungen. Die PDS kam hinter Mecklenburg-Vorpommern auf ihr zweitbestes Ergebnis.

Anders als es das Wahlresultat vermuten lässt, hatten die Brandenburger aber keinen klaren politischen Favoriten. Die Abweichungen waren Ergebnisse einer Momentaufnahme, von der die SPD profitierte. In den Bundestagswahlen nur wenige Wochen später wählten wieder die meisten Brandenburger die CDU, die 36 Prozent der Stimmen erhielt, und die SPD wurde mit knapp 33 Prozent zweitstärkste Partei. (Die PDS verlor wieder etwa 2,5 Prozent, und die FDP gewann weitere 3 Prozent hinzu.)

Die Unterschiede der Wähler von SPD und CDU waren auch nicht gravierend. Ostdeutschlandweit wurde die SPD praktisch in allen sozialen Gruppen gewählt, außer von den Gewerbetreibenden und Selbständigen. Sie hatte damit als einzige Partei keine ausgeprägte eigene Hausmacht in einem bestimmten Milieu. Die CDU wurde ebenfalls von vielen sozialen Gruppen gewählt, aber weniger von Akademikern und Auszubildenden. Diese und Arbeitslose bildeten die Wählerbasis der PDS (Feist/Hoffmann 1990: 29).

Die Volksvertreter: Technische Intelligenz, Mann, 44, Ost

In den neuen Landtag zogen 88 Abgeordnete ein – für die SPD 36, für die CDU 27, für die PDS 13. FDP und Bündnis 90 hatten je sechs Mandate. Wodurch zeichneten sich die neuen Abgeordneten aus? Mehr als jeder fünfte Abgeordnete hatte zuvor in der letzten Volkskammer die Abwicklung der DDR mitgestaltet oder erlebt. Von den Personen in diesem Buch waren das Peter-Michael Diestel, Frank Dietrich, Regine Hildebrandt, Stefan Körber, Günter Nooke, Matthias Platzack, Michael Schumann und Alwin Ziel. In der Fraktion von SPD und CDU brachten je fünf Abgeordnete Volkskammer-Erfahrung mit, in der Fraktion der PDS und von Bündnis 90 je vier, bei der FDP eine Abgeordnete. Diese Personen hatten in den Parteien oft Führungspositionen inne.

Im Vergleich aller Bundesländer gestalteten in Brandenburg eher junge Abgeordnete die Politik. Das Durchschnittsalter lag bei 44 Jahren. 43 Prozent der Abgeordneten waren 40 bis 49 Jahre alt und 30 Prozent unter 39 Jahre. Jeder vierte war zwischen 50 und 59, knapp fünf Prozent 60 bis 69 Jahre alt (Lübker/Schüttemeyer 2004: 148).

Bis auf einen SPD-Abgeordneten stammten alle Mandatsträger aus Ostdeutschland, jedoch waren nicht alle gebürtige Brandenburger. Anders als in den anderen neuen Ländern gab es in Brandenburg durch die Nähe zu Berlin als Hauptstadt der ehemaligen DDR viel mehr Menschen als in den anderen neuen Ländern, die vor 1989 für Studium und Beruf ihre Heimatregion verlassen und sich hier angesiedelt hatten. Daher stammte zum Beispiel jeder fünfte Abgeordnete aus dem Sächsischen (Glaeßner 1996: 852).

Nur jeder fünfte Abgeordnete war eine Frau. Dies lag an der großen persönlichen Unsicherheit, die 1989/90 bei allen sonstigen Unwägbarkeiten des Umbruchs mit einem politischen Engagement verbunden war. Und daran, dass Politiker sein, hieß, Abende und Wochenenden zu „opfern“. Dazu waren eher Männer bereit. Im Alterssegment der Abgeordneten zwischen 30 und 39 Jahren gab es besonders wenige Frauen (13 Prozent). Sie waren schon mit der Bewältigung von Arbeit, Haushalt und Kindern nach wie vor sehr belastet, so wie es Beate Blechinger für die Zeit bis 1989 beschreibt. Die meisten Frauen im Landtag waren zum Wahlzeitpunkt Mitte bis Ende vierzig, ihre Kinder schon groß. Nur die PDS-Fraktion bestand aufgrund einer Quote fast zur Hälfte aus Frauen aus allen Altersgruppen, doch standen Männer an der Spitze.

Im Vergleich zu westdeutschen Landesparlamenten waren die Abgeordneten hoch gebildet. Acht von zehn hatten studiert. Wie in ganz Ostdeutschland gab es aber ein Ungleichgewicht. Üblicherweise sind in Parlamenten Absolventen der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften oft vertreten, weil diese Fachrichtungen dem Tätigkeitsfeld nahe liegen. Diese Richtungen waren jedoch politisch belastet und entsprechende Kandidaten wurden seltener gewählt.

Stattdessen dominierten Absolventen medizinischer, technischer und naturwissenschaftlicher Studiengänge, wie Wolfgang Birthler, Herbert Knoblich oder Stefan Körber. Fast jeder zweite wies einen solchen Abschluss vor. Jeder fünfte hatte Sprach- und Kulturwissenschaften studiert, darunter nur zwei Theologie. Fast die Hälfte der Abgeordneten hatte zuvor im Staatsdienst gearbeitet, 17 Prozent waren im Wirtschaftssektor angestellt. Nur zwei Abgeordnete waren zuletzt als Arbeiter tätig (Lübker/Schüttemeyer 2004: 152).

Zusammen mit dem Alter wird deutlich: Den politischen Neustart nach 1990 gestalteten in Brandenburg vor allem jene, die in der DDR in politikfernen Bereichen sehr gut ausgebildet worden waren und sich lange systemtreu verhielten, die aber ab Ende der siebziger Jahre in verstopften Karrierewegen der sozialistischen Planwirtschaft feststeckten und häufig frustriert waren von fehlenden Möglichkeiten der persönlichen und politischen Entfaltung. Die offenen DDR-Dissidenten, die politischen „Abweichler“ also, waren eher schwach vertreten.

Die neue Regierung – ein buntes Gemisch

Die neue Landesregierung war keineswegs ein Parlament im Kleinen, auch wenn sie aus drei der fünf Parlamentsparteien gebildet wurde. Eine erste Abweichung bestand darin, dass der Landtag am 1. November 1990 mit Manfred Stolpe (SPD) einen Kirchenmann zum Ministerpräsidenten wählte. Er bildete mit Bündnis 90 und den Liberalen eine so genannte „Ampelko-

alition“. Aufgrund der Abstimmung mit zwei Parteien dauerten die Koalitionsverhandlungen in Brandenburg länger als in den anderen neuen Ländern. Sie waren Mitte November 1990 abgeschlossen. Die SPD stellte fünf Minister, FDP und Bündnis 90 je zwei, ein Minister war parteilos.

Die zweite große Abweichung in der Zusammensetzung von Landtag und Landesregierung bestand darin, dass nur sechs Ostdeutsche Ministerämter erhielten, davon fünf mit Abgeordnetenmandat. Unter ihnen waren die beiden Minister von Bündnis 90 Matthias Platzeck und Marianne Birthler und Landessprecher Jochen Wolf.

Dagegen gingen vier Ministerien an Personen, die nicht in den Landtag gewählt worden waren und auch gar nicht aus Brandenburg kamen, sondern aus den alten Bundesländern. Dazu zählten Finanzminister Klaus-Dieter Kühbacher (SPD), Hinrich Enderlein (FDP), zuständig für Wissenschaft, Forschung und Kultur, und der parteilose Hans Otto Bräutigam als Justizminister und Beauftragter beim Bund. Er hatte als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik lange Jahre in der DDR gearbeitet und gelebt.

Der Anteil der Westdeutschen unter den Ministern lag damit in Brandenburg leicht über dem Durchschnittswert von einem Drittel in den ersten ostdeutschen Landesregierungen. Die zugewiesenen Bereiche Wirtschaft, Finanzen, Justiz waren jedoch typisch. Es handelte sich um Angelegenheiten, bei denen besondere Rechts-, Fach- und Verwaltungskennnisse sowie praktische Erfahrung als unumgänglich angesehen wurden. Anders als in den osteuropäischen Staaten, die nach 1989 Demokratien aufbauten, standen in Ostdeutschland qualifizierte Eliten aus den alten Bundesländern zur Verfügung, auf die zurückgegriffen wurde (Derlien 1997; Hoffmann-Lange 2002:119). Wie sich die westlichen Aufbauhelfer in diesem Buch erinnern, wurden sie nicht in transparenten Verfahren nominiert, aber der Landtag bestätigte ihre Einsetzung.

Der Unterschied in der Herkunft ging mit unterschiedlichen Lebensläufen einher. Die ostdeutschen Minister stammten aus politisch eher unbelasteten Bereichen und besaßen daher wie die Abgeordneten mehrheitlich eine technisch-naturwissenschaftliche Ausbildung. Anders als noch die ersten Aufsteiger im Herbst 1989 waren sie dadurch aber auch völlig amtsunerfahren. „Ich konnte es mir nicht vorstellen, andererseits hat es mich gelockt... Das war mein Motiv: Ich werde mit aufbauen, wir werden alles neu bauen, nicht mühsam Altes verändern“, erklärte Marianne Birthler später, wie sich das anfühlte (Birthler 1993: 33). Hierin unterschieden sich die brandenburgischen Minister kaum von ihren ostdeutschen Amtskollegen (Derlien 1997).

Sie arbeiteten zuvor teilweise in Behörden auf unterer Leitungsebene, so Matthias Platzeck oder Regine Hildebrandt. Wie die Position Stolpes, der zuletzt Konsistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR gewesen war, setzte dies aber eine gewisse

Staatstreue voraus. Nur Marianne Birthler hatte den persönlichen Lebenslauf und Erfahrungshintergrund einer DDR-Oppositionellen. Dies war typisch für den Elitenwechsel in Ostdeutschland (Hoffmann-Lange 2002: 120).

Wie Stolpe waren die sechs ostdeutschen Minister noch nicht lange Parteimitglieder. Vier hatten in der letzten Volkskammer gesessen – eine typische Quote der ersten ostdeutschen Landesregierungen. Untypisch war hingegen die (kurze) Erfahrung aus einer Tätigkeit in der DDR-Regierung, die drei Minister mitbrachten – Matthias Platzeck, Regine Hildebrandt und Alwin Ziel. Im Gegensatz zu ihren ostdeutschen Kollegen hatten die westdeutschen Kabinettsmitglieder einschlägige Fächer wie Rechtswissenschaft, Verwaltungslehre, Geschichte und Politik studiert, drei besaßen einen Dokortitel. Sie verfügten über Erfahrungen in öffentlichen Ämtern, so Hans Otto Bräutigam, der von seinem Posten als Botschafter bei der UNO nach Brandenburg wechselte oder Walter Hirche, der sein Ministeramt in Baden-Württemberg für Stolpe verließ. Außer Bräutigam waren sie langjährige Parteimitglieder und für ihre jeweilige Partei auch bereits mehrere Jahre Bundestags- oder Landtagsabgeordnete gewesen.

Die Regierung war relativ jung mit einem Durchschnittsalter von knapp 48 Jahren bei Amtsantritt. Der Frauenanteil lag noch etwas niedriger als im Parlament und die Ministerinnen wurden für „typisch weibliche“ Bereiche zuständig – Soziales (Hildebrandt), Schule und Jugend (Birthler).

Mit der Bildung der ersten Stolpe-Regierung waren die politischen DDR-Eliten in Brandenburg weitgehend ausgetauscht. Die Personen in diesem Buch bilden die Machtverteilung im Herbst 1990 ab – hinsichtlich des Wahlerfolgs der Parteien, des Alters, Geschlechts, der Herkunft aus Ost oder West, der Regierungs- und Landtagszugehörigkeit. Es sind auch Parteiwechsler dabei und Personen, die später aus der Politik ausschieden. Schließlich wurde auch versucht, die verschiedenen Strömungen in den Parteien einzufangen.

An die Arbeit

Obwohl die Brandenburger stark auf den Entwurf der Landesverfassung reagiert und über 500 Vorschläge und Hinweise an die Arbeitsgruppe gesandt hatten (Büchner/Franzke 2005: 26), war den allermeisten Ostdeutschen 1990 nicht bewusst, was Landespolitik in der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Die Rückblicke in diesem Buch zeigen, dass es den Volksvertretern ähnlich ging. Es herrschte eine positive Stimmung des Aufbruchs, aber auch eine große Unkenntnis.

Erst mit der Zeit wurde klar, was eigentlich im Bundesland entschieden wird, das eine Verfassung hat, eine Verfassungsgerichtsbarkeit, Interessenvertreter auf Bundes- und inzwischen auch auf europäischer Ebene.

Polizei, Ordnungsrecht, Schulpolitik, Universitäten, Maßnahmen für die Ansiedlung von Unternehmen, Gerichtswesen, Kultur, Presse- und Rundfunkwesen, die Ausführung von Bundesgesetzen – all das sind Belange, die in den Ländern weitgehend entschieden oder mitentschieden werden.

Aber die Macht im Bundesland hat auch Grenzen. Gegen den Rechtsrahmen, den das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht vorgeben, dürfen die Entscheidungen nicht verstoßen. Viele Politikbereiche müssen gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern gestaltet werden. Es kann auf Dauer nur Geld ausgegeben werden, das auch da ist. Und in einer Marktwirtschaft kann die Politik niemanden dazu zwingen, seine Geschäfte in einer bestimmten Region zu betreiben oder bestimmte Produkte zu kaufen. Unternehmen am Leben zu erhalten oder neue anzusiedeln, um Arbeitsplätze zu sichern, ist eine sehr schwierige Aufgabe.

Zwar endete die Phase der gefühlt unbegrenzten politischen Möglichkeiten 1990, aber Brandenburg blieb wie die anderen ostdeutschen Länder ein Experimentierfeld im Kleinen. Auf der Tagesordnung ganz oben standen die Verabschiedung der Verfassung und der Gesetze, die für ein funktionierendes Land nötig sind, und der Aufbau der Verwaltung. Neben dem Grundgesetz setzte vor allem der Einigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik diesen Aktivitäten einen rechtlichen Rahmen (Glaeßner 1996: 853). Weitere Themen waren der Abzug der sowjetischen Armee, die in Brandenburg so viel Personal stationiert hatte wie nirgendwo sonst, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Umstrukturierung der Wirtschaft. Besonders die riesigen Braunkohletagebaue im Süden waren ein Problem. Im August 1991 war in Brandenburg schon jeder Achte arbeitslos – so viel wie in ganz Ostdeutschland. Trotz der Krise gründete die Regierung 1991 drei Universitäten.

Eine prominente Rolle bei all diesen Vorgängen spielte die Landesregierung. Davon zeugen die Erinnerungen der Minister in diesem Buch. 70 Prozent der 256 im Parlament eingebrachten Gesetzentwürfe stammten aus dem Kabinett. Anders als die restlichen 30 Prozent der Entwürfe aus dem Landtag wurden sie – bis auf vier – auch verabschiedet (Lübker/Schüttemeyer 2004: 159f.). Dieser starke Einfluss der Regierung ist ein typisches Merkmal parlamentarischer Demokratien. Er ist dadurch begründet, dass die Regierung durch die Parlamentsmehrheit gewählt wird und daher deren Vertrauen genießt, und dass sie einen großen Vorsprung an Informationen, Sachverstand und Personal hat. Es sind nicht die Minister selbst, die die Entwürfe schreiben, sondern nach ihren Vorgaben die ihnen unterstellten Mitarbeiter in den Ministerien.

Die mittleren und oberen Leitungsebenen dieser Landesministerien wurden in Brandenburg wie in ganz Ostdeutschland personell neu besetzt. Dies war nur möglich, weil die Volkskammer noch kurz vor der Einheit den Plan der Regierung de Maizière und der Bundesregierung gekippt hatte, Ein-

richtungen und Personal der DDR-Regierung in die künftigen Landesverwaltungen zu transferieren, um sich selbst zu entlasten (Richter 2007). Der Landtag war an den Personalfindungskommissionen für die Besetzung hoher Ministeriumsposten beteiligt. Daran, dass bei den Entscheidungen auch Parteizugehörigkeiten eine Rolle spielten, erinnert sich Martin Habermann.

1991 stammten mehr als jeder vierte Mitarbeiter aus dem alten Bundesgebiet; im höheren Dienst mehr als jeder Zweite (Linde 1991). Dies betraf besonders die Ministerien für Inneres, Justiz, Finanzen und Wirtschaft. Der amtsunerfahrene Innenminister Alwin Ziel arbeitete beispielsweise mit westdeutschen Abteilungsleitern – ein in Ostdeutschland typisches Gespann. Die Fachbeamten aus dem Westen bestimmten wesentlich den Aufbau der Ministerien und gestalteten die Gesetzentwürfe oft so, wie sie es „von Zuhause“ kannten. Während sie in den anderen ostdeutschen Ländern vorwiegend aus dem jeweiligen Partnerland kamen, wurde in Brandenburg die mittlere und höhere Verwaltungsebene nicht nur mit Personen aus Nordrhein-Westfalen besetzt, sondern auch mit West-Berlinern, die bessere Karriereaussichten und Bezahlung ins benachbarte Potsdam lockten (Glaeßner 1996: 855 ff.).

Nach Abschluss der Personalverschiebungen in den Ministerien stammte noch jede fünfte Führungsperson aus der DDR-Verwaltung, war 1989/90 zunächst in den reformierten Bezirksverwaltungen untergekommen und von dort in die neue Landesverwaltung gewechselt. Einen etwas höheren Anteil stellten ostdeutsche Seiteneinsteiger. Sie arbeiteten zuvor als Ingenieure, wissenschaftliche Mitarbeiter oder anderer Spezialisten oder erlebten eine solche Tätigkeit als Karriereknick, nachdem sie 1989/90 aus Leitungsfunktionen ausgeschieden waren (Glaeßner 1996: 858).

Weichenstellungen des Landtags

Die Abgeordneten im Landtag gingen nach der Wahl der Regierung mit viel Elan daran, deren Gesetzentwürfe zu diskutieren, zu verändern, zu verabschieden und eigene Entwürfe zu gestalten. Später berief der Landtag auch Untersuchungsausschüsse ein, die sich etwa mit Unregelmäßigkeiten bei der Abfassung von Gesetzestexten oder Immobiliengeschäften befassten. Um ihre Arbeit zu organisieren, wählten die Abgeordneten Herbert Knoblich zum Landtagspräsidenten und Karl-Heinz Kretschmer zum Vizepräsidenten. Wie sich Martin Habermann erinnert, verzichteten sie auf weitere Vizepräsidenten, um der PDS keinen solchen Posten zu verschaffen. Es wurden 14 Fachausschüsse eingesetzt. Lediglich zwei Frauen übernahmen Führungspositionen, als Vorsitzende von Ausschüssen zu wiederum „typisch weiblichen“ Angelegenheiten.

Bis 1994 verbrachten die Abgeordneten etwa 800 Stunden pro Jahr allein in Sitzungen der Parlamentsausschüsse – eine unglaublich hohe Zahl. Das lag nicht nur an den vielen Gesetzen, die in dieser Phase des Neuanfangs verabschiedet werden mussten (zur Neuordnung und Neuschaffung von Gerichten, der Polizei, der Verwaltung, Schulen und so weiter), sondern auch daran, dass die Amtsinhaber mit viel Idealismus in den Landtag eingezogen waren und im Sinne der besten Lösung für die Bürger in langen Diskussionen alle Argumente sorgfältig gegeneinander abwägen wollten. Klaus-Dieter Kühbacher erinnert sich, dass dies auch im Kabinett so war und ihn, der einen anderen Politikbetrieb aus Westdeutschland gewohnt war, mitunter nervte.

Im Vergleich zu den alten Bundesländern brachten die Oppositionsfraktionen neben den üblichen Anträgen für Änderungen an den Gesetzentwürfen auch viele eigene Komplettentwürfe ein. Bemerkenswert war auch, dass immerhin 15 Gesetzentwürfe von allen Fraktionen gemeinsam eingebracht wurden. Dies sollte später nie mehr so sein (Lübker/Schüttemeyer 2004: 159).

Eine ganz wichtige Aufgabe bestand in der Erarbeitung der Brandenburgischen Verfassung, für die ja zunächst nur ein Rohentwurf vorlag. Es gab einen Ehrgeiz, einerseits die Öffentlichkeit breit einzubinden, andererseits den Wettlauf um die Landesverfassung zu gewinnen. Nur knapp gelang dies nicht. Die brandenburgischen Abgeordneten verabschiedeten zwar als Erste ihre Landesverfassung, entschieden sich jedoch anders als ihre Dresdener und Magdeburger Kollegen dafür, sie in einem Volksentscheid der Bevölkerung vorzulegen.

Dieses Verfahren war wie die in der Verfassung festgeschriebenen sozialen Grundrechte, das Recht auf Chancengleichheit der Opposition, die Regelungen zur Volksgesetzgebung, zum Schwangerschaftsabbruch oder zu Geheimdiensten den Ideen am Zentralen Runden Tisch der DDR verpflichtet – ein starker Unterschied etwa zu Sachsen. Viele der inhaltlichen Besonderheiten sorgten für Konflikte mit der CDU und deutschlandweit für Kritik. Nur elf CDU-Abgeordnete stimmten im Landtag für die Annahme der Verfassung. Hingegen unterstützte die PDS aktiv das neue Regelwerk – eine weitere Besonderheit Brandenburgs im Vergleich der neuen Länder. Am 14. Juni 1992 stimmten im Volksentscheid sagenhafte 94 Prozent der Teilnehmer für die Verfassung. Allerdings beteiligte sich weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten.

Ein weiterer Meilenstein des brandenburgischen Aufbaus war die Errichtung des Verfassungsgerichts. Die Abgeordneten verständigten sich parteiübergreifend auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf und verabschiedeten ihn im März 1993. Demnach wählt der Landtag die Verfassungsrichter für die Dauer von zehn Jahren und hat bei der Wahl anzustreben, „dass die politischen Kräfte des Landes angemessen mit Vorschlägen vertreten sind“ (§ 4). Die PDS wollte außerdem festlegen, dass Frauen und Männer jeweils mindestens vier der Verfassungsrichter stellen sollten, scheiterte aber damit.

Die Abgeordneten wählten im Herbst 1993 die von den Parteien gemeinsam nominierten neun Kandidaten. Von den neun Verfassungsrichtern wurden intern vier von der SPD vorgeschlagen (darunter die beiden einzigen Frauen), zwei von der CDU (darunter der Vizepräsident des Gerichts) und je einer von den drei anderen Parteien. Mit durchschnittlich 47 Jahren waren sie recht jung. Drei Richter kamen aus Ostdeutschland, darunter zwei Professoren ohne juristische Kenntnisse (Rolf Mitzner und Richard Schröder) und ein ehemaliger Hochschullehrer der SED-getragenen Akademie für Staat und Recht in Potsdam-Babelsberg (Karl-Heinz Schöneburg). Die sechs „Westimporte“ waren Juristen, jedoch nicht immer Verfassungsrechtler. Zwei führten vor Amtsantritt einen Professorentitel, drei waren bereits in Brandenburg tätig und wirkten beim Neuaufbau des Gerichtswesens mit.

„Brandenburger Weg“

Das politische Klima zwischen den Parteien war in Brandenburg harmonischer als in den anderen Bundesländern. Die SPD besaß zwar einen deutlichen Machtvorsprung vor den anderen Parteien, doch anders als die CDU, für die dasselbe in den anderen neuen Ländern galt, vertrat sie eine gemäßigte mittlere Position zwischen den Parteien (Lübker/Schüttemeyer 2004: 142). Dies ermöglichte grundsätzlich mehr Kompromisse.

Hinzu kam aber eine bewusste Entscheidung der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90, alle Parteien auf breiter Basis in die politischen Entscheidungen einzubeziehen, wie sich etwa Wolfgang Birthler erinnerte. „Unter der verführerischen Überschrift von Toleranz und einer neuen politischen Kultur wollten wir“, schrieb Nooke später, „mit allen freundlich umgehen – mit der Opposition, mit der PDS und sogar mit den alten Genossen, denn sie waren ja demokratisch gewählt“ (Nooke 1996: 67).

Das Ideal hieß „Konsensdemokratie“. Landesinteressen sollten wichtiger sein als Parteiinteressen. Parteiendisperse galten als „Parteiengezänk“. Dieser Sonderweg wurde der „Brandenburger Weg“ genannt. Ein Beispiel war das schon erwähnte Verfahren der Verfassungsgebung, ein anderes die Wahl des von der PDS vorgeschlagenen Kandidaten für das Verfassungsrichteramt. Auch wenn viele Anträge der CDU und der PDS abgelehnt und letztere als nicht koalitionsfähig bezeichnet wurden, waren die Regierungsparteien bereit, in bestimmten Fragen zu kooperieren und Ideen der Opposition aufzunehmen. Die Regierungskoalition unterstützte die Hälfte der CDU-Gesetzesentwürfe (Lübker/Schüttemeyer 2004: 160).

Die Schwäche der CDU machte es ihnen leichter, offen zu sein. Doch verhielt sich die CDU zunächst ihrerseits moderat. Der bis 1992 amtierende

Fraktionschef Diestel war schon als letzter DDR-Innenminister kein Mann des politischen Kehraus und hatte keine Berührungängste gegenüber der SPD und der PDS. Mit letzterer initiierte er 1992 sogar „Komitees für Gerechtigkeit“, die eine Anlaufstelle für Träger des alten Systems waren, die ihre Rechte vertreten wollten. Auch die PDS verhielt sich als kooperative Opposition, denn anders als in den anderen neuen Ländern trug die Politik ja eine sozialdemokratische Handschrift und war ihr näher als eine konservative Linie. Das Engagement für eine sachliche Auseinandersetzung brachte den Abgeordneten der Oppositionsparteien, wie Peter-Michael Diestel, Lothar Bisky oder Michael Schumann, durchaus parteiübergreifend Sympathie ein.

Viele Menschen in diesem Buch erinnern sich mit Zufriedenheit an die Konsensorientierung als Merkmal der damaligen Politik. Bis heute wirkt nach, dass die Protagonisten des Neuanfangs in Brandenburg überwiegend wertschätzend miteinander umgingen und überraschende Kollegialität entwickelten. Dies wirkte identitätsstiftend.

Gegner kritisierten jedoch, dass dieses Verständnis für die Position und Lebensgeschichte des anderen die Suche nach besten Lösungen, die Aufarbeitung der Vergangenheit und auch die Kontrolle der Regierenden durch das Parlament behinderten. Der „Brandenburger Weg“ wurde auch als eine Verlängerung des Blockparteiensystems der DDR bezeichnet, der Meinungsverschiedenheiten, ja die schöpferische Kraft des Konflikts unterdrückte.

Schatten der Vergangenheit

Während in Brandenburg zunächst der Wunsch im Vordergrund stand, gemeinsam Neues zu erschaffen, warf die DDR-Vergangenheit später einen immer größeren Schatten auf die Politik. Eine 1991 vom Landtag eingesetzte „Ehrenkommission“ zur Überprüfung der Abgeordneten auf frühere Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit aus Pfarrer Karl-Heinz Ducke, der den Zentralen Runden Tisch der DDR mit geleitet hatte, und Generalsuperintendent Günter Bransch, ehemals Moderator des Potsdamer Runden Tisches, ließ von der Stasi-Unterlagenbehörde prüfen, ob Akten zu den Abgeordneten vorlagen, und führte anschließend Einzelgespräche mit den Mandatsträgern.

Im Landtag wandten sich Vertreter aller Parteien gegen einfaches Schwarz-Weiß-Denken und hoben die Tatsache hervor, dass Kontakte zur Staatssicherheit in der DDR vielfach unvermeidbar waren. Es sei daher immer die konkrete Einzelsituation zu prüfen (LT-Plenarprotokoll 1/30: 2231, 2235). Ähnlich zurückhaltend agierte die Ehrenkommission. Ihr unveröffentlichter Abschlussbericht an den Landtagspräsidenten vermerkte

lediglich zwölf „Grenzfälle“ einer Zusammenarbeit mit dem MfS. Fünf weitere Personen wurden informell als belastet bezeichnet (Nooke 1996: 68; Berg/Wensierski 2010).

Nur zwei Landtagsabgeordnete von Bündnis 90 legten im Zusammenhang mit der Überprüfung ihr Mandat nieder. Nach Vorwürfen der Zusammenarbeit mit der Stasi, aber auch der Vetternwirtschaft trat außerdem Karl-Heinz Kretschmer (CDU) vom Amt des Landtags-Vizepräsidenten zurück; obgleich die Behauptungen aus seiner Sicht haltlos waren. Damit erfolgten in Brandenburg weniger Rücktritte als in den anderen neuen Ländern, wo mehr Abgeordnete, Minister oder sogar der Ministerpräsident (Thüringen) im Zusammenhang mit Überprüfungen oder Informationen über die Vergangenheit zurücktraten (Schmitt 1995: 266f.). Es wurde auch kein spezieller Posten eines „Stasi-Beauftragten“ geschaffen.

Allerdings berief der Landtag 1992 einen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der Kontakte des Ministerpräsidenten zu Organen des DDR-Staatsapparates und der SED ein. Anlass waren Vorwürfe an Manfred Stolpe, er habe während der achtziger Jahre konspirativ mit der DDR-Staatssicherheit zusammengearbeitet. Der Fall polarisierte, aber die Bevölkerung solidarisierte sich sehr stark mit Stolpe und quer durch die Parteien wurde grundsätzliches Verständnis für Stasi-Kontakte in einem hohen Kirchenamt geäußert. Man solle, so ein gemeinsamer Appell von Vertretern aller Parteien im Landtag, die Vergangenheit „mit menschlichem Maß bewerten“. Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses, der von Abgeordneten der SPD, FDP und PDS getragen wurde, kam zu dem Ergebnis, dass eine ausdrückliche Verpflichtung Stolpes zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit nicht nachzuweisen sei (LT-Drs. 1/3009)* Kritiker brandmarkten diese Bewertung als verharmlosend und problematisierten, dass ausgerechnet ein Politiker der PDS, Lothar Bisky, zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschuss gewählt wurde. Weil sie eine Ungleichbehandlung nicht mittragen wollte, legte Marianne Birthler bereits im Oktober 1992 ihr Amt als Bildungsministerin nieder. Sie hatte grundsätzlich keine Lehrer mit Stasi-Kontakten in den neuen Schuldienst übernommen; ein härterer Maßstab übrigens als ihn etwa Innenminister Ziel für die Polizisten anwandte.**

Der Schatten der Vergangenheit führte 1994 schließlich zum Bruch der Regierungskoalition. Nachdem im März 1994 neue Akten zum Fall Stolpe offengelegt wurden, forderte die Bündnis-Fraktion den Ministerpräsidenten endgültig zum Rücktritt auf, woraufhin dieser die Koalition aufkündigte. Bis zur Neuwahl des Landtags im September 1994 amtierte eine von der PDS tolerierte sozial-liberale Minderheitsregierung.

* Günter Nooke (Bündnis), Markus Vette und Manfred Walther (CDU) erklärten in Sondervoten, seine Aktivitäten seien weit über das vertretbare Maß hinausgegangen (LT-Drs. 1/3009).

** Bis heute blieb Marianne Birthler dieser Haltung treu. Sie war die einzige von uns angefragte Person, die – mit Verweis auf diese Problematik – nicht bereit war, in diesem Buch vertreten zu sein.

Um- und Ausstiege in den Parteien

Der Neuanfang in Brandenburg ging mit einer großen inneren Unruhe bei der CDU und Bündnis 90 einher, die über ihr politisches Profil stritten, während SPD, PDS und Liberale eher geschlossen auftraten.

Bündnis 90, das sich 1992 als Partei gründete, war eine Mischung aus Konservativen, Linksalternativen und Personen der politischen Mitte, die in den Spitzenpersonen Nooke, Birthler und Platzek repräsentiert waren. Es gab ideologische Konflikte, persönliche Animositäten und Machtkämpfe in der Fraktion wie in der Partei insgesamt. Die sechs Mandate, die sie im Landtag innehatte, nahmen in der ersten Legislaturperiode elf verschiedene Personen wahr. 1991 gab es die erwähnten zwei Rücktritte im Zusammenhang mit der Stasi-Überprüfung. Birthler und Platzek schieden im September 1992 aus dem Landtag aus, weil sie die Auffassung entwickelt hatten, ein Minister dürfe nicht gleichzeitig Parlamentsmitglied sein. Kurz darauf trat Birthler vom Ministeramt zurück und wurde Sprecherin der Bundespartei. Ihr Nachfolger Roland Resch besaß kein Abgeordnetenmandat. Eine Abgeordnete wurde wegen eines Grundstücksskandals aus der Partei ausgeschlossen.

Nur Fraktionschef Günter Nooke und Wolfgang Pohl saßen während der gesamten Legislaturperiode im Landtag. Nooke wandte sich aber wiederum wie Minister Platzek gegen den Parteizusammenschluss mit den Grünen. Beide traten der neuen Partei nicht bei (Harper 2000). Bei dieser Konstellation und Unruhe in der Partei verwundert es nicht, dass die Bündnis (90)-Abgeordneten häufig nicht fraktionseinheitlich abstimmten (Lübker 1999: 39). Ebenfalls kaum geschlossen trat die CDU-Fraktion auf. Der durchschnittliche CDU-Abgeordnete wich in neun von 100 namentlichen Abstimmungen von der Parteilinie ab (Lübker 1999: 39). Dies lag an Konflikten zwischen den Mitgliedern der alten Blockparteien und Neumitgliedern, die für alle neuen Länder typisch waren (Der Spiegel 1991) und an Streit um Unregelmäßigkeiten in den Finanzgeschäften der Fraktion. 1991 kam noch ein West-Ost-Konflikt hinzu, nachdem Lothar de Maizière infolge von Stasi-Vorwürfen vom Vorsitz der CDU Brandenburg zurückgetreten war. Bei der Wahl seines Nachfolgers siegte Ulf Fink gegen die damalige Bundesfrauenministerin Angela Merkel.

Der westdeutsche stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB wollte anders als Fraktionschef Peter-Michael Diestel die CDU als Oppositionskraft profilieren und ging dabei in der Partei nicht diplomatisch vor, wie sich Beate Blechinger erinnert. Es häuften sich Konflikte mit Diestel, der seinerseits Alleingänge nicht scheute. Diestel, der die brandenburgische Verfassung mit ausarbeitete, weigerte sich unter anderem, die von Fink vorgegebene Ablehnung durch die CDU mitzutragen und mobilisierte neun weitere Parteikollegen dazu, mit ihm für die Verfassung zu stimmen, darunter Blechinger.

Diestels nachfolgender Rücktritt vom Fraktionsvorsitz beendete die Zerwürfnisse in der CDU nicht. Sie führten zu einer schleichenden Auflösung des Fraktionszusammenhaltes (Lübker 1999: 39f.). 1994 gelang es der Partei kaum, einen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl zu nominieren. Die SPD-Spitzen schafften es aufgrund einer besseren Zusammenarbeit zwischen dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Birthler, dem Parteivorsitzenden Steffen Reiche und Ministerpräsident Manfred Stolpe sowie mit Verweis auf die Regierungsverantwortung besser, die Abgeordneten auf die Parteilinie einzuschwören, auch wenn die Fraktion nur in knapp vier von zehn namentlichen Abstimmungen wirklich geschlossen auftrat. In der Fraktion sorgte die Mahnung zur Geschlossenheit auch für Frustration, denn viele Abgeordnete hatten das erwähnte Ideal ausführlicher Diskussionen und Teilhabe im Kopf, als sie in den Landtag einzogen, und mussten sich daran gewöhnen, dass es sich in der Amtspraxis oft nicht umsetzen ließ (Lübker 1999: 40f.).

Für Unruhe und öffentliche Aufmerksamkeit sorgte bei der SPD die Personalie Jochen Wolf. 1992 beantragte die CDU den ersten Untersuchungsausschuss des Landtages, um Korruptionsvorwürfe gegen ihn zu prüfen. 1993 legte Wolf sein Ministeramt nieder. Ein Jahr später trat er aus der SPD aus und blieb als Fraktionsloser bis zum Ende der Legislaturperiode im Parlament.

Geschlossen trat die PDS-Fraktion auf, die überwiegend aus langjährigen SED-Mitgliedern bestand, so wie Hannelore Birkholz. Die Abgeordneten akzeptierten die inhaltlichen und organisatorischen Überlegungen der Führungstrioika aus dem Parlamentarischen Geschäftsführer Heinz Vietze, Fraktionschef Lothar Bisky, der bis 1993 auch Landesvorsitzender und dann PDS-Vorsitzender war, und Michael Schumann, dem innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion und Mitglied des PDS-Parteivorstandes. Die Akzeptanz wurde offenbar nicht dadurch geschmälert, dass das Trio eher Vorreiter denn Spiegelbild der Parteibasis war (Adolphi 2004: 27f.). Anders als bei der CDU, für die das Gleiche galt, agierte die PDS-Spitze gemeinsam und die Abgeordneten waren homogener.

Am geschlossensten zeigten sich jedoch die sechs FDP-Abgeordneten. Sie sahen dies als beste Möglichkeit, ihre Interessen in und gegenüber der Regierung zu vertreten. Als weiterer Grund für die Geschlossenheit wurde die Erfahrung aus politischen Ämtern genannt, die sie für die LDPD und NDPD ausgeübt hatten. Hinzu kam aber auch, dass die FDP von vornherein nicht anstrebte, Direktmandate in einzelnen Wahlkreisen zu erringen. Bei „heißen Eisen“ wie dem Bombodrom oder den Tagebauen fühlte sie sich nicht unter Druck, Rücksicht auf lokale Stimmungen zu nehmen und es gab keine Spannungen zwischen Partei- und Regionalinteressen (Lübker 1999: 39f.).

Arbeitszeugnis durch das Volk

1994 oblag es den Brandenburgern, in den zweiten Landtagswahlen ihren Politikern ein Arbeitszeugnis für ihre Ausgestaltung des Neuanfangs auszustellen. Es fiel ganz unterschiedlich aus. Die SPD wurde für ihre Regierungspolitik belohnt. Sie erhielt fast 100.000 Stimmen mehr als 1990 und erzielte damit einen Zuwachs von 16 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dies übertraf sogar noch den Aufwärtstrend in den Kommunalwahlen vom Dezember 1993. Die PDS gewann gegenüber 1990 ebenfalls dazu: fast 30.000 Wählerstimmen oder gut fünf Prozent (Schmitt 1995). Zu diesem Ergebnis passte, dass 1994 PDS-Kandidat Rolf Kutzmutz beinahe ins Amt des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam gewählt wurde. Damit gab es in Brandenburg entgegen den bundespolitischen Mehrheiten weiter eine Mehrheit für eine linke Politik und sogar eine absolute für die SPD. SPD und PDS waren die Nutznießer des „Brandenburger Wegs“.

Dies lag auch an der Schwäche der CDU. Sie brach in der Wählergunst wie schon in den vorangegangenen Kommunalwahlen sehr deutlich ein und fuhr die bundesweit schlechtesten Wahlergebnisse ein. Knapp 19 Prozent der Wahlteilnehmer stimmten in den Landtagswahlen 1994 für sie. Bemerkenswert ist, dass die CDU-Anhänger mit dem SPD-Spitzenkandidaten Manfred Stolpe weit mehr sympathisierten als mit ihrem eigenen Herausforderer; er genoss unter ihnen eine so große Zuneigung wie kein Ministerpräsident in Westdeutschland (Schmitt 1995; Stöss 2008). Viele einstige CDU-Wähler nahmen gar nicht an der Wahl teil.

Die bisherigen Regierungsparteien FDP und Bündnis 90/Grüne erreichten nur gut zwei bzw. drei Prozent der Stimmen und fielen ganz aus dem Landtag heraus. Der Partei BürgerBündnis von einstigen Bündnis-Politikern gelang ebenfalls nicht der Einzug in das Landesparlament.

Viele Bürger verzichteten freiwillig auf ihr demokratisches Recht, die Machtverteilung im Land zu bestimmen. Die Wahlbeteiligung fiel auf 56,3 Prozent der Wahlberechtigten. Das, was 1989/90 für viele so verheißungsvoll klang – freie Wahlen, Rede- und Versammlungsfreiheit –, war alltäglich und verwirrend geworden. Die geringe Bereitschaft zur politischen Beteiligung war zuvor bereits auf der kommunalen Ebene festgestellt worden. Wenige Brandenburger waren bereit, für ein Bürgermeisteramt oder andere kommunale Ämter zu kandidieren (Crome/Franzke 1993: 278).

Trotz des „Brandenburger Wegs“, der breiten Zustimmung zur Verfassung und der großen Sympathie der Bevölkerung für den Ministerpräsidenten Manfred Stolpe und die „Mutter Courage“ Regine Hildebrandt blieben die Parteien schwach in der Bevölkerung verwurzelt. Während 1990 noch knapp drei Parteimitglieder auf 100 wahlberechtigte Brandenburger kamen, waren es 1994 nur noch zwei.

Die PDS war am Ende des Neuanfangs weiter die mitgliederstärkste Partei. Auf gut 100 Wahlberechtigte kam ein PDS-Mitglied (das meist über 50 Jahre alt war), obwohl die Partei 6.700 Mitglieder von 1991 bis 1994 verloren hatte. Die Christdemokraten büßten 4.100 Mitglieder ein, doch kam wegen ihres hohen DDR-Altbestands 1994 noch auf 200 Wahlberechtigte ein Mitglied. Die SPD stagnierte bei einem Mitglied pro 300 Wahlberechtigte. Die FDP verlor bis 1994 fast zwei Drittel ihrer Mitglieder, die sie fast vollständig von der LDPD und der NDPD übernommen hatte. 1994 kam auf 500 Wahlberechtigte noch ein FDP-Mitglied (Lübker 1999: 27f.). Am wenigsten Mitglieder hatte Bündnis 90. Trotz Vereinigung mit den Grünen fiel ihre Zahl bis 1994 auf 469 und damit auf weniger als vor dem Zusammenschluss (Harper 2000).

Die starken Zugewinne für SPD und PDS und die Verluste für die anderen Parteien führten 1994 noch einmal zu einem bedeutenden Elitenwandel im Landtag und in der Regierung. Nur 45 der 88 Abgeordneten zogen wieder in das Landesparlament ein. Beinahe jeder Zweite kam also neu hinzu, zumeist als Abgeordneter von SPD und PDS. Das Profil ihrer Abgeordneten änderte sich dadurch. Bei der CDU-Fraktion ging die Änderung der Mandatszahl ebenfalls mit einem inneren Wandel einher. Es gab nun weniger Abgeordnete, die schon vor 1990 Funktionen in der Partei inne hatten, wie Karl-Heinz Kretschmer, denn sie waren auf schlechteren Listenplätzen oft Opfer der Stimmeneinbußen geworden. Mit dem Ausscheiden der FDP saßen auch keine anderen Nachfolger von Blockparteien mehr in politischen Ämtern. Und Bürgerrechtler verfügten nur noch dann über politischen Einfluss, wenn sie sich in den größeren Parteien organisierten.

Was bleibt?

Die Menschen in diesem Buch erinnern sich stellvertretend für all diejenigen, die ab 1990 den Neuanfang in Brandenburg gestalteten. Wer ihre Rückblicke liest, erfährt von Lebenslinien, die sich verselbständigten. Es war ein historischer Moment: Gefestigte Persönlichkeiten, die sich eingerichtet hatten und ihre Zukunft zu kennen glaubten, wurden zu Fordernden, dann zu selbst Geforderten, zu Lernenden, deren Wissen über die Welt täglich zerrann und neu entstand. Niemand war 1994 so, wie er 1989 war – selbst wenn er zu jenen zählte, die nicht Neues schaffen, sondern Altes bewahren wollten.

Was der Einzelne im Schnelldurchlauf erlebte, widerfuhr der Gesellschaft insgesamt als Elitenwechsel. Unterhalb der Führungspositionen herrschte durchaus oft Konstanz, aber je höher die Ebene, desto mehr Personalwechsel gab es – innerhalb der SED, PDS und der Blockparteien, über die Neugründung von Parteien und Fusionen, in den politischen Or-

ganen, über die Besetzung neuer Organe, den Austausch der Verwaltungs- und Wirtschaftseliten, Personalwechsel nach 1990 im Zuge von Stasi-Überprüfung und politischer Auseinandersetzungen. Diese Prozesse zeichnete der vorliegende Beitrag nach, um das Verständnis für die einzelnen Rückblicke und das „Drumherum“ zu schärfen.

Jeder Einzelne in diesem Buch hat Aufstieg, Ausstieg, Umstieg selbst erlebt. Sie sehen ihre eigenen Leistungen aus der damaligen Zeit heute durchaus nicht nur rosig. „Schönwetterverfassung“, Fehlentscheidungen in der Wirtschaftspolitik, im Bildungs- und Gesundheitsbereich, die nicht funktionierende Bürgerbeteiligung benennen sie als Probleme. Entscheidungen in der Grauzone zwischen mangelnder Amtserfahrung und versuchter Vorteilsnahme – besonders im Zusammenhang mit Grundstücks- und Finanzgeschäften – beschäftigten Untersuchungsausschüsse des Landtags und Gerichte.* Die meisten Personen aber erinnern sich gern an die Phase des Neuanfangs in Brandenburg.

Dies mag auch daran liegen, dass sie dem schmerzhaften Teil der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit aus dem Weg gingen. Die Bereitschaft, Einsicht in frühere Fehler mit gegenseitigem Vergeben zu belohnen, entwickelten die Beteiligten unter sich und nicht im transparenten öffentlichen Diskurs. Ein solcher Diskurs hätte verdeutlicht, dass individuelle Verantwortung und Schuld sich nicht auf eine Zusammenarbeit mit der Stasi reduzieren lassen, sondern Auftraggeber, Informationsempfänger und Dulder einschließen,** er kann einen Konsens darüber herstellen, wie und warum wem vergeben oder nicht vergeben wird.

Seit dem Neuanfang ist viel geschehen. Es gab Konflikte und Koalitionen, die nicht absehbar waren. Die geringe Wahlbeteiligung, politische Stimmungsschwankungen der Bürger und ihr Misstrauen gegenüber Parteien blieben in allen neuen Ländern. Das ist schade. Denn der Geist der „Gründergeneration“ lebt nur fort, wenn sich viele Menschen für die Demokratie in ihrem Land begeistern und bereit sind mitzugestalten – durch Lob und Kritik, durch Wählen und Handeln. Dieses Vermächtnis ist noch nicht erfüllt.

* Manche dieser Vorwürfe ließen sich nicht erhärten, wie bei Stefan Körber.

** So äußerte Heinz Vietze immer offen: „Ich habe keine Berichte geschrieben. Für mich wurden sie geschrieben“ (Beyerlein 2007), womit er darauf anspielte, dass er aktiver Teil des DDR-Machtapparates war, der sich einen Staatssicherheitsdienst zur Absicherung der eigenen Herrschaft hielt.

Literaturverzeichnis

Adolphi, Wolfram 2004: Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Berlin, S. 11-32.

Berg, Stefan/Wensierski, Peter 2010: Das organisierte Vergessen, in: Der Spiegel 4, S. 36-38.

Beyerlein, Andrea 2007: Lenin und das Grundgesetz, in: Berliner Zeitung, 20.09.2007. <http://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2007/0920/brandenburg/0010/index.html>.

Birthler, Marianne 1993: Berlin Brandenburg, in: Schweitzer, Carl-Christoph u.a. (Hrsg.), Lebensläufe hüben und drüben, Opladen/Leipzig, S. 21-34.

Büchner, Christiane/Franzke, Jochen 2005: Das Land Brandenburg. Kleine politische Landeskunde, Potsdam.

Derlien, Hans-Ulrich 1997: Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionsebenen 1989-1994, in: Wollmann, Hellmut u.a., Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen, S. 329-415.

Feist, Ursula/Hoffmann, Hans-Jürgen 1990: Die Landtagswahlen in der ehemaligen DDR am 14. Oktober 1990, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22.1, S. 5-33.

Franke, Dietrich/Kneifel-Haverkamp, Reiner 1994: Die brandenburgische Landesverfassung, in: Häberle, Peter (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 42, Tübingen, S. 111-148.

Glaeßner, Gert-Joachim 1996: Regimewechsel und Elitentransfer. Parlamentarisch-politische und Verwaltungseliten in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv 29.6, S. 849-862.

Gräf, Horst 2001: Aufbau und Umbau von Regierung und Verwaltung in Brandenburg, in: Schröter, Eckhard (Hrsg.), Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Lokale, nationale und internationale Perspektiven, Opladen, S. 195-209.

Harper, Beatrice S. 2000: Small Parties in the New Bundesländer: Bündnis 90 Die Grünen in Brandenburg, in: German Politics 9.2, S. 89-108.

Hausmann, Christopher 2000: Die 10. Volkskammer der DDR 1990: Elitenpool der ersten Stunde, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31.3, S. 527-541.

Hoffmann-Lange, Ursula 2002: Elite West – Elite Ost, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), Deutschland Ost – Deutschland West, Opladen, S. 105-131.

Kowalczyk, Ilko-Sascha 2009: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München.

Krenz, Egon 1999: Sekt statt Blut, in: Der Spiegel 35, S. 60-71.

Linde, Jürgen 1991: Der Neubau eines Landes: das Beispiel Brandenburg, in: Staatswissenschaften und Staatspraxis 3, S. 282-303.

LT-Drs. 1/3009: Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 vom 29.4.1994. http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku//w1/drs/ab_3000/3009.pdf

LT-Plenarprotokoll 1/30: Plenarprotokoll des Landtags Brandenburg vom 27. November 1991. <http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku//w1/plpr/30.pdf>

Lübker, Malte/Schüttemeyer, Suzanne S. 2004: Der Brandenburgische Landtag, in: Mielke, Siegfried/Reutter, Werner (Hrsg.), Länderparlamentarismus in Deutschland, Wiesbaden, S. 137-168.

Lübker, Malte 1999: Repräsentation: Abgeordnete zwischen Wählern, Gewissen und Partei, in: Schüttemeyer, Suzanne S./Kolkmann, Michael/Lübker, Malte, Die Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages: Alltag für die Bürger, Potsdam, S. 21-52.

Müller-Enbergs, Helmut 1992: Beobachtungen zum Bündnis 90 in Brandenburg, in: Eichener, Volker u.a. (Hrsg.), Organisierte Interessen in Ostdeutschland, Marburg, S. 463-477.

Nooke, Günter 1996: Beispiel Brandenburg, in: Die politische Meinung 318.41, S. 67-73.

Richter, Michael 2007: Föderalisierung als Ergebnis der friedlichen Revolution in der DDR 1989/90, in: Besier, Gerhard/Stoklosa, Katarzyna (Hrsg.), 15 Jahre Deutsche Einheit, Berlin/Münster, S. 57-71.

Schmitt, Karl 1995: Die Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26.2, S. 261-295.

Der Spiegel 1991: „Mehr Power für die Neuen“ Die Reform der von Alt-Funktionären beherrschten CDU-Ost kommt nur mühsam voran, in Heft 39, S. 21-25.

Stöss, Richard 2008: Das Parteiensystem Brandenburgs, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 167-191.

Über die Autorinnen

Andrea von Gersdorff, 1964 in Dormagen / Rheinland geboren, arbeitet als freie Journalistin in Berlin. Sie hat die Zeitzeugen in diesem Buch interviewt und ihre Erinnerungen zu Erzählungen zusammengefasst. Außerdem wirkte sie bei der Auswahl der Befragten und der Zusammenstellung der Fragen mit. Andrea von Gersdorff studierte Japanologie, Neuere Geschichte und Volkswirtschaftslehre (Magister Artium) an der Universität Bonn. Anschließend absolvierte sie ebenfalls in Bonn ein journalistisches Volontariat bei einer Zeitschrift für energiewirtschaftliche Themen. Sie hat u.a. für das Handelsblatt, die Süddeutsche Zeitung und Die Welt geschrieben.

Prof. Dr. Astrid Lorenz, 1975 in Rostock geboren, ist Politikwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie konzipierte das Buch und die Kriterien der Zeitzeugenauswahl, erstellte gemeinsam mit Andrea von Gersdorff den Interviewleitfaden und schrieb die Analyse zum Elitenwandel. Astrid Lorenz forscht zu politischen Entscheidungsprozessen, Verfassungspolitik und Systemwandel in etablierten Demokratien und in Osteuropa. Sie studierte Politikwissenschaft (Diplom) und Osteuropastudien (Magister Artium) an der Freien Universität Berlin und promovierte an der Humboldt-Universität im Graduiertenkolleg „Das neue Europa“. Für ihre Habilitationsschrift „Verfassungsänderungen in etablierten Demokratien“ erhielt sie 2009 den Wissenschaftspreis der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.

